Donnerstag, 17. April 1986 - D ★★★

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 89 - 16.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 bfr, Türkei 750 TL, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 400,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts.

POLITIK

Ministerberater: Mit 15 Jahren ist Cyrille de Vignemont (Foto) aus Lyon der bislang jüngste Regierungsberater in Frankreich. Das Informatik-Genie soll sich im Auftrag des Ministers für öffentliche Dienste und Planung vor allem um die Ausbildung von Jugendlichen kümmern und „Pläne für die Zukunft" entwickeln.



Verfahren: Gegen den früheren philippinischen Präsidenten Marcos, seine Frau und 24 seiner Anhänger ist von der Staatsanwaltschaft Anklage wegen Unterschlagung öffentlicher Mittel und Bestechung erhoben worden. Sie sollen mindestens fünf Milliarden Dollar unterschlagen haben.

Abkommen: Zwischen Washington und Prag ist ein über vier Jahre laufendes Kulturabkommen unterzeichnet worden. Es sieht Zusammenarbeit zwischen Universitäten, Studentenaustausch sowie im Wechsel Theater- und Konzertveranstaltungen vor.

Protest: Ungarische Naturschützer haben in der Wiener Zeitung „Die Presse" gegen die geplante Beteiligung Österreichs am Donau-Kraftwerk Gabcikovo-Nagymaros protestiert. (S. 6)

Grenzen: Die Bundesrepublik hat sich zu Beginn des KSZE-Expertentreffens über menschliche Kontakte eindringlich dafür eingesetzt, „Hindernisse abzubauen, die dem Zusammenkommen von Menschen entgegenstehen". Es sei ein Widerspruch, daß die Transport- und Kommunikationsmittel immer moderner, viele Menschen aber immer stärker *voneinander getrennt würden.*

Tarife: Am vierten Tag des Streiks in der Seeschiffahrt sind gestern in Hamburg die Tarifverhandlungen für die 20 000 Seeleute wieder aufgenommen worden. *Zuletzt waren 31 Schiffe durch* den Ausstand lahmgelegt.

Nominiert: Die Berliner FDP hat den parteilosen Chemieprofessor Jürgen Starnick für das Amt des Umweltsenators nominiert. Die FDP wird im Senat künftig auch die Staatssekretäre für Stadtentwicklung, Umwelt sowie Jugend und *Familie* stellen. (S. 4)

Folgen: Der libysch-amerikanische Konflikt hat erste Auswirkungen auf den Tourismus in Spanien. Allein an der Costa del Sol wurden seit Ende März 50 Prozent der Reservierungen amerikanischer Urlauber und Unternehmen annulliert; zuletzt durch IBM.

Polen: Angesichts der Differenzen zwischen der Warschauer Regierung und der katholischen Kirche über den geplanten Agrarfonds hat die EG 3,7 Millionen Dollar Hilfsmittel für Polen blockiert.

Pfarrer: Das Angebot der bayerischen evangelischen Kirche, Pfarrer in die „DDR" zu entsenden, um dort dem Mangel an Geistlichen zu begegnen, läßt sich derzeit nicht verwirklichen.

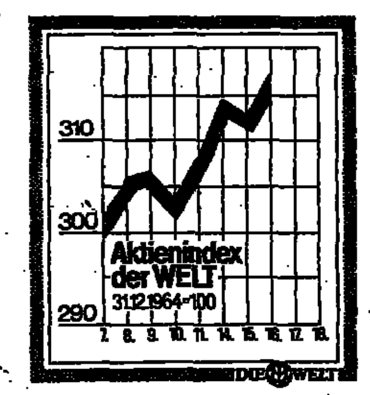
WIRTSCHAFT

OECD: Im Zeichen der Kontinuität steht die heute in Paris beginnende Ministerratstagung der OECD, der im Hinblick auf den Weltwirtschaftsgipfel besondere Bedeutung zukommt. Die 24 Mitgliedsstaaten werden sich voraussichtlich für die Fortsetzung einer inflationsneutralen Wachstumspolitik aussprechen. (S. 11)

Messe: Die Zweiteilung der Hannover-Messe hat sich bewährt. Zufrieden zeigen sich die Messeleitung wie auch die 5500 Aussteller. Mit rund 420 000 Besuchern wurden die Erwartungen erfüllt.

Handel: Die USA haben der Europäischen Gemeinschaft vorgeschlagen, beide Seiten sollten in Fragen des Handels einen Waffenstillstand schließen, bevor es zum „Handelskrieg" kommt. Nach EG-Angaben lassen neue Vorschläge Washingtons allerdings nicht darauf schließen, daß die USA ihre Haltung grundsätzlich geändert haben könnten.

Börse: Die libyschen Irritationen waren an den Aktienmärkten schnell vergessen. Die Kurse kletterten aufgrund starker Nachfrage auf einen neuen Höchststand. Auch der Rentenmarkt war fester. WELT-Aktienindex 317,39 (312,94). BHF Rentenindex 108,248 (108,051). BHF Performance Index 105,047 (104,828). Dollarmittelkurs 2,2662 (2,3317) Mark. Goldpreis pro Feinunze 339,00 (341,75) Dollar.



KULTUR

Maienzeit: *Gemeinsam mit* Jan Kiepura bildete sie ein Weltklassepaar der musikalischen Unterhaltung in der Maienzeit des Singe- und Küsse-Films. Sie sang sich vielsprachig Europa ins Herz. Heute wird Martha Eggerth 75 Jahre alt – oder 73, oder 76? Und das Genre, in dem sie mit Kiepura brillierte, ist im Abseits. (S. 21)

Aufschlüsse: Eine Kaiserin wird besichtigt. In der Wiener „Hermesvilla" gibt es eine Ausstellung über Elisabeth von Österreich. Sie forderte Freiheit für die Erziehung ihrer Kinder, sie dichtete „Hoch muß ich die Thiere schätzen..." und nannte Heinrich Heine ihr literarisches Idol. Die Ausstellung gibt Aufschlüsse. (S. 20)

SPORT

Eishockey: Titelverteidiger CSSR konnte auch sein viertes Spiel bei der Weltmeisterschaft in Moskau nicht gewinnen. Gegen Finnland gab es lediglich ein 1:1, der Rückfall in die Abstiegsrunde ist kaum zu vermeiden. (S. 7)

Fußball: Jetzt ist es perfekt: Nationalspieler Pierre Littbarski vom 1. FC Köln wechselt zum Racing Club de Paris. Sein bisheriger Verein erhält 2,75 Millionen Mark Ablöse, er selbst etwa 1,5 Millionen Mark Handgeld. (S. 7)

AUS ALLER WELT



Roncalli: Der Schweizer Pantomime „Pic" mit seiner virtuosen „Seifenblasen-Poesie" (Foto) wird zweifellos wieder erklärter Liebling des Publikums im neuen Programm des Zirkus Roncalli sein, der seit zehn Jahren hundertausende kleiner und großer Zuschauer fasziniert hat – Traum und derber Spaß. (S. 22)

Be-greifen: Das Bonner Museum Koenig hat sich etwas Besonderes einfallen lassen. In einer Dauerausstellung für Blinde laden zwei Dutzend ausgestopfte Tiere, Schädel und Felltelle den Nichtsehenden zum Ertasten seiner Umwelt ein. Die Ausstellungsstücke stammen aus dem Lebensraum der Besucher oder sind aus Erzählungen gegenwärtig. (S. 22)

Schießereien in Tripolis. Khadhafis Schicksal ungewiß

Flucht in anderes arabisches Land dementiert / Kämpft Armee gegen Miliz?

DW. **Tripolis/Washington**

Einen Tag nach dem amerikanischen Luftangriff gegen Libyen ist die Situation im Land unübersichtlich. *Auf dem Gelände des Hauptquartiers von Revolutionsführer Khadhafi ist es gestern zu Schießereien gekommen.* Das Schicksal des Diktators ist ungewiß. Seit drei Tagen ist er nicht mehr in der Öffentlichkeit aufgetreten. In der Nähe seiner Unkunft soll es nach Berichten der US-Fernsehgesellschaft CNN zu Straßenkämpfen gekommen sein.

Das italienische Fernsehen meldete unter Berufung auf US-Korrespondenten, möglicherweise seien in Tripolis Kämpfe zwischen der Luftwaffe und der Miliz im Gange. Die Luftwaffe versuche, Revolutionsführer Khadhafi zu stürzen, und die Miliz *verteidige ihn. Khadhafi selbst sei* seit dem Angriff der Amerikaner nicht mehr in der Öffentlichkeit gesehen worden. In Rom umlaufende Berichte, Khadhafi habe sich in ein anderes arabisches Land abgesetzt, seien falsch, hieß es.

Die Armee galt lange Zeit als Hauptpfeiler, auf den sich Khadhafis Macht stützte. In den letzten Jahren wurde aber über Meutereien und Unmut in den Rängen der Offiziere berichtet. Der Grund liegt in der Präsenz mehrerer tausend Militärberater aus Ländern des Warschauer Pakts; Khadhafis Offiziere fühlen sich oft übergangen.

Inzwischen steht fest, daß die heranfliegenden amerikanischen Flugzeuge in Tripolis lediglich mit Rohrartillerie beschossen wurden. Raketen feuerten die Libyer nicht ab, auch stiegen keine Abfangjäger auf. Dies deutet darauf hin, daß sich ein Teil der libyschen Armee verweigert hat.

Bei der US-Operation in der Nacht zum Dienstag gab es nach Angaben aus diplomatischen Kreisen in Tripolis mehrere hundert Tote und Verletzte. Ein Arzt der Familie Khadhafi teilte mit, *dessen Adoptivtochter sei ihren Verletzungen erlegen,* zwei seiner Söhne seien schwer verletzt.

Libyen reagierte auf das Vorgehen der USA mit einem Raketenangriff auf die Insel Lampedusa. Zwei sowjetische Boden-Boden-Raketen vom Typ „Scud" waren von dem mehr als 300 Kilometer entfernten libyschen Territorium abgeschossen worden. Ihr Ziel war die auf der Insel liegende amerikanische „Logan"-Radarstation. Die Raketen landeten etwa einen Kilometer vor diesem Ziel im Meer, wo ihre Explosion riesige Wassersäulen hochtrieb.

Die römische Regierung protestierte daraufhin energisch. Eine Zeitung in Rom wies darauf hin, daß Italien zum erstenmal seit Ende des Zweiten Weltkrieges militärisch attackiert worden sei. Unter Vorsitz von Staatspräsident Cossiga trat der Oberste Verteidigungsrat zusammen. Das Gros der Luftstreitkräfte wurde nach Süditalien verlegt.

Amerikas UNO-Botschafter Vernon Walters, der erst vor einigen Tagen von einer Rundreise zu den europäischen Verbündeten der USA zurückgekehrt war, verteidigte den Einsatz gegen Libyen als „einen Akt der Notwehr". Die Botschaften in Libyen wollen nach Angaben von Diplomaten mit der Evakuierung von Ausländern zunächst noch warten. Die meisten westlichen Vertretungen hätten dennoch Vorbereitungen für den Notfall getroffen.

Pullach knackte den Code der Libyer

Funksprüche beweisen Verantwortung für blutige Anschläge in Berlin, Wien und Rom

ms. **Bonn**

Der Bundesregierung liegen „beweiskräftige nachrichtendienstliche Erkenntnisse" über eine Beteiligung Libyens an den blutigen Anschlägen auf den Flughäfen von Rom und Wien (beide am 27. Dezember 1985), gegen das „Maison de France" in Berlin am 25. August 1983 und jüngst auf die Discothek „La Belle" in Berlin vor. Nach diesen Erkenntnissen war Libyen *in allen Fällen „der Drahtzieher" im Hintergrund.* Tripolis setzte bei der Ausführung der Verbrechen *zumeist Palästinenser ein.*

Eine Schaltstelle des Terrorismus, so wurde in Sicherheitskreisen bestätigt, sei das libysche Volksbüro in Ost-Berlin. Hingegen werde die diplomatische Vertretung Libyens in Bonn von Tripolis als „zu schwach" für solche Operationen eingeschätzt, weil sie zu stark bewacht werde.

Nach Informationen der WELT hat der amerikanische Geheimdienst sein „Rohmaterial" über die abgehörten Funksprüche in Ost-Berlin dem Bun*desnachrichtendienst* (BND) in Pullach zur Verfügung gestellt, ohne allerdings den eigenen Code zur Entschlüsselung zu nennen. Dem BND sei es gelungen, den Code zu knacken.

Die Detail-Auswertung des regen Funksprechverkehrs zwischen Ost-Berlin und Tripolis habe ergeben, daß das Volksbüro die Aktion gegen die Discothek am 4. April für den nächsten Tag angekündigt hat. Unmittelbar nach dem Anschlag, am 6. April um 1.30 Uhr, habe das Volksbüro die erfolgreiche Durchführung der *Aktion nach Tripolis gemeldet und mit* dem Hinweis versehen, daß keine Spuren hinterlassen worden seien. Bei diesem Sprengstoffanschlag waren zwei Menschen getötet und mehr als 200 verletzt worden.

Inzwischen wurden weitere Einzelheiten im Zusammenhang mit dem Bombenangriff der US-Flugzeuge auf Tripolis und Bengasi bekannt, außerdem über die vertraulichen Gespräche, die es im Vorfeld der Aktion zwischen Washington und Moskau gegeben hat. Nach Informationen der WELT hat Moskau keine Drohkulisse aufgefahren, *um den Angriff gegen* Kasernen und Terroristenausbildungslager in Libyen zu verhindern. Die sowjetische Seite habe vielmehr erklärt, wenn Syrien angegriffen werde, sei es von den USA oder von Israel, dann wären die eigenen Interessen „unmittelbar betroffen" und Moskau würde einen solchen Vorgang „nicht hinnehmen".

Mit dieser Erklärung hatte die Sowjetunion den Amerikanern signalisiert, daß eine Aktion gegen Libyen keine militärischen Konsequenzen nach sich ziehen werde. Und in der Tat – dies wurde von den Geheimdiensten registriert – gab es im Zusammenhang mit dem Angriff weder bei der sowjetischen Mittelmeerflotte noch im übrigen sowjetischen Militärapparat Auffälligkeiten – obwohl bei dem Angriff auf den Luftwaffenstützpunkt Benina in der Nähe von Bengasi auch syrische Flugzeuge beschädigt wurden, die dort in zwei Staffeln stationiert sind.

Gorbatschow „brüderlich" empfangen

Bei SED erstmals Gast auf kommunistischem Parteitag / Auszeichnung für Honecker

D. D./DW. **Berlin**

Der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow ist gestern an der Spitze einer sowjetischen Delegation nach Ost-Berlin gekommen. Er nimmt als Gast am 11. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) teil. Während des fünftägigen Kongresses, der heute beginnt, wird SED-Chef Erich Honecker die Eckdaten des Fünfjahresplans 1986 bis 1990 vorlegen. Honecker hat als Ziel bereits ein durchschnittliches jährliches Wirtschaftswachstum von vier bis fünf Prozent genannt.

Das offizielle Besuchsprogramm Gorbatschows steht noch nicht genau fest. Politische Beobachter rechnen damit, daß Gorbatschow dem Parteitag während der gesamten Dauer beiwohnen wird. Der Besuch des KPdSU-Generalsekretärs ist der erste eines sowjetischen Parteichefs auf einem SED-Parteitag seit 1971. Nach Ansicht von Diplomaten ist das persönliche Erscheinen Gorbatschows *eine Auszeichnung für die Arbeit der* „DDR" im gesamten Ostblock. Die KP-Parteitage Bulgariens und der Tschechoslowakei in diesem Jahr hatte Gorbatschow nicht besucht. Bei seiner für Freitag vormittag erwarteten Begrüßungsrede werden ähnlich kritische Töne über Erscheinungen *im Sozialismus erwartet wie beim KPdSU-Parteitag* im Februar in Moskau. Nach den Bombenangriffen der USA auf Ziele in Libyen wird

SEITE 10:
Kirche loben, Autoren tadeln

auch eine grundsätzliche außenpolitische Erklärung des Moskauer Par*teichefs für möglich gehalten.*

Gorbatschow kam in Begleitung seiner Frau Raissa nach Ost-Berlin, des ZK-Sekretärs Wadim Medwedew und weiterer Funktionäre. Auf dem Flughafen Berlin-Schönefeld wurde die sowjetische *Delegation* von Staats- und Parteichef Erich Honecker „brüderlich willkommen geheißen", wie es in einer Meldung der amtlichen Nachrichtenagentur ADN hieß. Gorbatschow und Honecker hätten sich „herzlich umarmt". Neben Honecker waren auch Ministerpräsident Stoph, Volkskammerpräsident Sindermann und 22 weitere Mitglieder und Kandidaten des Politbüros zu dem Empfang gekommen. Raissa Gorbatschow verließ die Aeroflot-Maschine erst, nachdem die offizielle Begrüßung beendet war. Ihr Mann wurde in Ost-Berlin betont schlicht empfangen. An der Gedenkstätte des ehemaligen KPD-Führers Ernst Thälmann legte der sowjetische Gast ein Gebinde roter Nelken nieder.

Die Anwesenheit des 57 Jahre alten ZK-Sekretärs Medwedew in der sowjetischen Delegation weist darauf hin, daß er im Zentralkommitee der KPdSU künftig mit den Beziehungen zu den „Bruderparteien" beauftragt *wird. Medwedew war im Juli 1983* vom damaligen Staats- und Parteichef Juri Andropow an die Spitze der ZK-Abteilung für Wissenschaft und Technik berufen worden.

„Das Auto bewegt sich wie auf Eis"

K. Bl. **Bonn**

Hört das englisch-deutsche Formel-1-Team Brabham-BMW am Wochenende auf zu bestehen? Dann wären in britisch-bayerischer Zusammenarbeit 23 Millionen Mark Entwicklungs- und Gestehungskosten in den Sand gesetzt worden.

Die beiden italienischen Rennfahrer Riccardo Patrese und Elio de Angelis testen in dieser Woche in Imola den bisher äußerst erfolglosen Brabham-BMW BT 55. Sollten diese Tests ergeben, daß der extrem flache Rennwagen eine irreparable Fehlkonstruktion ist, soll nach Informationen der WELT die *Zusammenarbeit in der bestehenden Form nicht mehr fortgeführt werden.*

Denn BMW baut auf das Engagement im Grand-Prix-Sport, um es zielgerichtet für seine neue sportlich ausgerichtete Werbestrategie zu verwenden. Doch der Renn-Erfolg bleibt aus, was sich nach dem jetzigen Wissensstand auch in den nächsten Monaten nicht ändern wird. Das führt in München zu den Überlegungen, das bisherige Engagement als Partner von Brabham und als Ersteller spezieller Turbo-Motoren wahrscheinlich zu beenden.

Anstelle dieser Partnerschaft wäre dann eine Form möglich, wie sie Porsche in der *Zusammenarbeit mit* McLaren gewählt hat: Die Stuttgarter entwickelten ein Turbo-Aggregat im Auftrag der *arabischen Firma TAG.* Bei Mißerfolg in der Formel 1 verweist man auf TAG, beim Erfolg auf Porsche.

BMW-Berater Niki Lauda, dreimaliger Weltmeister der Formel-1, sagt *über den Brabham-BMW BT 55:* „Das Auto hat keinen Anbremsdruck, es bewegt sich wie auf Eis." Laudas Kritik *geht auch, daß von den Fahrern Pa*trese und de Angelis kaum brauchbare Informationen kommen, um diese *Misere abzustellen.* Wie weit das Team bereits in der Sackgasse steckt, beweisen auch die Aktivitäten des Pirelli-Cheftechnikers Mezzanote. Der italienische Reifenlieferant verlagerte seine Interessen bereits von Brabham-BMW auf die Teams Benetton und Ligier. Wobei anzumerken ist, daß Benetton bei BMW Motoren *kauft, die nicht speziell für dieses* Team entwickelt werden, aber erfolgreicher sind.

Der Konstrukteur des Brabham-BMW, der Engländer Gordon Murray (Konstrukteur-Weltmeister 1981 und 1983) *reiste desinteressiert ab,* als das Auto in Rio de Janeiro getestet wurde – was die Folge der Personalpolitik in diesem Team zu sein scheint. Brabham-Boß Ecclestone möchte nämlich als Spitzenfahrer den in der Weltmeisterschaft führenden Brasilianer Ayrton Senna verpflichten.

Der aber hat sich an den hervorragenden französischen Lotus-Konstrukteur Gerard Ducarouge gebunden: Wer Senna haben will, muß auch Ducarouge nehmen – oder umgekehrt. Und das erklärt das Desinteresse Murrays, weil er in diesem Falle seinen Posten räumen muß.

Seite 7: Knallfrosch zehrt am Image

DER KOMMENTAR

Ein Russe in Berlin

HERBERT KREMP

Bei den Tschechoslowaken war er nicht, bei den Bulgaren auch nicht, aber er geht zu den Deutschen, pardon, zur SED, die ihm sicher die liebste unter all den Bruderparteien ist. So müßten sie halt alle sein, auch die polnische, auch die ungarische. Am kommenden Montag, zum Ausklang des Parteitages, feiert die Einheitspartei den vierzigsten Geburtstag. Es war eine Zangengeburt, der ein gewaltsamer Zeugungsakt vorausging. Unter Zwang wurden SPD und KPD vereinigt. Das Gebilde, das mithin entstand, bezeichnete Honecker in einer Eigenbeglückwünschung als die „erfolgreichste Partei auf deutschem Boden". Welche Konkurrenten hat er im Auge?

Mit Wohlgefallen ruht der Blick Gorbatschows auf der braven, treuen SED. Sie ist der Garant der deutschen Spaltung. Sie ist der Riegel vor Polen. Ihre Truppen marschierten 1968 tapfer mit in die Tschechoslowakei, um den Frühling dort in den Winter zu kehren. Dank des Gewöhnungseffektes und der Mithilfe einiger Bundesregierungen ist das internationale Ansehen der Partei gewachsen. Auf Honecker braucht Bonn nicht so lange zu warten wie auf Godot. Er kommt im Sommer, wenn da nicht gerade Eiszeit herrscht. Der SED-Chef hatte sich zunächst ein wenig gegen neue sowjetische Raketen geziert, *erkannte dann aber wendig ihre* Friedensrolle. Der Kreml-Herr kann sich auf seinen leitenden Angestellten verlassen. Er repräsentiert sein Stück Deutschland.

Auf Deutschland wird Gorbatschow in seiner Parteitagsrede zu sprechen kommen. Die Bundesrepublik erhält wegen ihrer Mitwirkung am militärischen SDI-Programm Ronald Reagans eine Rüge. Der Akzent wird jedoch auf Werbung, genau gesagt auf Abwerbung liegen. Mehrmals schon gebrauchte Gorbatschow das Wort vom *„gemeinsamen europäischen Haus".* Der amerikanische Untermieter soll ausziehen. Diesen Deutschland-Plan wird Gorbatschow, der Mann mit Lebenserwartung, in seiner Zeit hartnäckig verfolgen.

Bundestag einig über Khadhafi

gba. **Bonn**

Bundeskanzler Helmut Kohl hat in einer Regierungserklärung über die Bekämpfung des internationalen Terrorismus im Bundestag davor gewarnt, das Vorgehen der USA gegen Libyen zu einem „primitiven Antiamerikanismus" zu nutzen. Auch dürfe man sich nicht dazu verleiten lassen, „aus tagespolitischem Opportunismus eine Krise der Allianz herbeizureden oder sogar wider besseren Wissens Angst vor einem Krieg zu schüren". Der Friede in Europa stehe nicht auf dem Spiel. Oppositionsführer Vogel (SPD) stimmte dem Kanzler in der Verurteilung des internationalen Terrorismus und der Rolle Libyens bei der Unterstützung von Terrorakten vor, allem gegen die USA, zu. Er kritisierte allerdings das militärische Vorgehen der USA als „völkerrechtswidrig" und nannte die mangelnde Konsultation der europäischen Verbündeten einen „Schlag ins Gesicht" Europas.

Der FDP-Abgeordnete Schäfer unterstützte die Haltung der Bundesregierung in dieser Frage, meldete allerdings „Besorgnisse" über die militärische Intervention der USA an. Die Grünen forderten schlicht den Austritt *Bonns aus der NATO.*

Seiten 5 und 11: Weitere Beiträge

Späth: Kompromiß im Medienstreit

HARALD GÜNTER, **Stuttgart**

Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) will im Streit um den Abschluß eines Gesamtmedienvertrags und um die Zukunft der ARD einen letzten Vermittlungsversuch unternehmen. Wie Späth in einem Interview mit der WELT erläuterte, schlägt er seinen Amtskollegen in den Ländern vor, auf der Basis der Bremerhavener Beschlüsse von 1984 einen vorläufigen Dachstaatsvertrag abzuschließen, in den die noch nicht ratifizierten Einzelstaatsverträge der Nord- und Südschiene „eingebunden" werden *könnten.* Den endgültigen Staatsvertrag über die Neuordnung des Rundfunkwesens im Bundesgebiet will Späth Ende 1987 mit einem neuen Gebührenstaatsvertrag koppeln.

In einem solchen Vorstaatsvertrag sieht Späth auch eine Lösung für das

exklusiv in der WELT

Problem der Zulassung des ARD-Satellitenprogramms Eins Plus. Zugleich sollte es nach Späths Plänen den Bundesländern freigestellt bleiben, ob sie die ihnen nach bestimmten Quoten zustehenden Kanäle des direkt strahlenden Fernsehsatelliten TV-Sat an private oder öffentlich-rechtliche Programmveranstalter vergeben. Der Zulassungsbedarf privater Bewerber sei mit den zwei Kanälen der unionsregierten Länder im Süden und Norden gedeckt.

Späth deutete an, daß eine Einigung mit Hessen dadurch erreicht werden könnte, daß „die Werbefrage *zurückgestellt" wird. Bisher waren alle* Einigungsbemühungen an der Fernsehwerbung im Dritten Programm des Hessischen Rundfunks gescheitert. Falls auch dieser Schlichtungsversuch scheitere, gebe es nur geringe Chancen für einen neuen Gebührenstaatsvertrag.

Seite 6: Wortlaut des Interviews

Wolf wird nicht Mielke-Nachfolger

W. K. **Bonn/Berlin**

Nachfolger des 78jährigen „DDR"-Ministers für Staatssicherheit (MfS), Erich Mielke, soll sein Stellvertreter, Horst Felber, werden. Der frühere Produktionsarbeiter war nach dem Jura-Studium 1954 in den Staatssicherheitsdienst eingetreten und 1980 mit der Parteileitung des MfS beauftragt worden. Ein Zeitpunkt für den Amtswechsel wurde noch nicht bekanntgegeben. Bisher galt Spionagechef Markus Wolf als Favorit für die Nachfolge.

China setzt auf die billigeren Kohle- und Wasserkraftwerke

Nach Verfall der Ölpreise fehlen Peking die Devisen

DW. **Peking**

Die Volksrepublik China sucht in den Zeiten der Energiekrise nach neuen Wegen, um ihre Energieversorgung zu sichern. Dabei soll vom bisherigen Konzept abgerückt werden, das den Bau von bis zu zehn Atomkraftwerken vorsieht. Sie sollen von billigeren Energiequellen wie Kohle- und Wasserkraftwerken ersetzt werden. Die chinesische Industrie ist in zunehmenden Maße von Strom*knappheit betroffen. Von offizieller* Seite heißt es, daß die Wirtschaft schneller wachse als neue Versorgungsquellen erschlossen würden.

Im vergangenen Monat zerschlugen sich Verhandlungen mit der deutschen Kraftwerksunion (KWU) über den Bau eines Atomkraftwerkes für 2,3 Milliarden Dollar, das in der Nähe von Shanghai geplant war. Kurz danach wurden Verträge im Wert von mehr als 750 Millionen Dollar über den Bau von *fünf Kohlekraftwerken* abgeschlossen. Zu den Alternativlösungen gehört auch die Errichtung eines Staudamms für ein Wasserkraftwerk auf dem Jangtse-Fluß in Zentralchina. Sollte der Damm gebaut werden, der bis zu 20 Milliarden Dollar kosten würde, so wäre er mit 152 Meter Höhe einer der größten Staudämme der Welt. Die Regierung hat allerdings noch nicht endgültig über dieses Projekt entschieden, das Strom für Mittel- und Ostchina liefern könnte.

Einer der Gründe für die Wende in der chinesischen Energiepolitik ist der Verfall der Ölpreise, der schon im vergangenen Jahr zum Rekordhandelsbilanzdefizit der Volksrepublik beitrug. Der Erdölexport ist Chinas wichtigster Devisenbringer. Da sich keine baldige Erholung der Preise abzeichnet, fehlen der Regierung Devisen für kostspielige Projekte.

Von dem groß angelegten Konzept zum Bau von Atomkraftwerken wird vorerst kaum etwas übrig bleiben. Nur zwei sollen gebaut werden. Dennoch hält Peking an seinem Kernkraft-Projekt langfristig fest. Ein westlicher Diplomat meinte dazu, das Programm sei nicht aufgehoben, sondern nur um mindestens fünf Jahre verschoben.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die Hydra beseitigen

Von Enno v. Loewenstern

In der Libyen-Debatte hat der Bundeskanzler verdienstvollerweise mit dem Geraune ein Ende gemacht, daß keine Beweise für eine Verwicklung Libyens in den Berliner Disco-Anschlag vorlägen. Sein Bericht über die Funksprüche aus dem libyschen Volksbüro in Ost-Berlin und sein „ich betone noch einmal: Diese Quellen sind eindeutig beweisfähig" beenden ein für allemal das Gerede, daß Khadhafi das Opferlamm einer unbegründeten Entrüstung war.

Wichtig sind zweitens die Aussagen: „Wer wie Oberst Khadhafi ständig Gewalt predigt und praktiziert, muß damit rechnen, daß sich die Betroffenen wehren", und: „Wer jetzt glaubt, die amerikanischen militärischen Aktionen als Vehikel nutzen zu können, um einen primitiven Antiamerikanismus zu schüren, wird auf unseren entschiedenen Widerstand stoßen." Damit ist dem Eindruck ein Ende gemacht, die Bundesregierung stünde im Ernstfall nicht zu dem Alliierten, der ihr Schutz gegen Terrorstaaten aller Art ist.

Was demgegenüber seine Anmerkungen betrifft: „Mit militärischen Mitteln wird man die Hydra des Terrorismus auf die Dauer nicht beseitigen können" und: „Andererseits können wir nicht akzeptieren, wenn der amerikanische Regierungssprecher erklärt, die Erklärung der EG-Außenminister in Den Haag habe bei der amerikanischen Entscheidung keine Rolle gespielt", so räumte der Bundeskanzler ein: „Wenn wir Europäer den Amerikanern aus unseren Gründen nicht folgen wollen, müssen wir selbst Initiativen entfalten, von denen wir mehr Wirkung erwarten können. Mit bloßem Wehgeschrei und Klageliedern werden wir dem internationalen Terrorismus nicht beikommen können."

Genau das, Wehgeschrei und Klagelieder, plus Beschwichtigung, war die bisherige Politik der Europäer. Kein Wunder, daß die Amerikaner in der Verfolgung ihrer – und ja auch unserer! – Interessen nicht nur die EG-Minister ignorierten, sondern dies auch noch sagten. Schließlich hat Herakles die Hydra seinerzeit nur mit militärischen Mitteln zu beseitigen vermocht. Jetzt haben sich die Europäer selbst verpflichtet, zu zeigen, daß sie es besser können.

Grünes Gerangel

Von Hans-Jürgen Mahnke

Kommt sie oder kommt sie nicht, die eine Milliarde Mark zusätzlich für die deutschen Landwirte? Trotz des Treffens von Kanzler Kohl am Montag mit den Spitzen des Bauernverbandes auf einem Hof bei Hannover, wo eine sofortige Hilfe zugesagt wurde, steht noch nicht fest, wie sie aussehen soll.

Und vor allem: Zahlen will auch noch niemand nennen. Aber es soll rasch geholfen werden. Denn das Schielen auf den Wahltermin in Niedersachsen Mitte Juni ist nun einmal zu offenkundig, was nicht illegitim ist, wenn die Maßnahmen, die ergriffen werden, einen Sinn machen.

Ganz ohne gemischte Gefühle ist es schwer, an die beiden Komplexe heranzugehen, die jetzt beschlossen werden. Da ist einmal die Entlastung der kleineren und mittleren Betriebe bei ihren Beiträgen zur Sozialversicherung, und zwar sozial gestaffelt und nicht für die Großbetriebe. Dies läßt sich angesichts der als prekär empfundenen Lage dieser Landwirte vertreten, weil von dieser Maßnahme keine zusätzlichen Anreize auf die Produktion ausgehen. Überzeugender wäre es noch, wenn dieser Ersatz für Preiserhöhungen auch damit gerechtfertig würde, daß wegen der gewaltigen Überschüsse auch längerfristig auf höhere Preis verzichtet würde. Solche Zahlungen würden die Bauern schon goutieren.

Die Ausweitung der benachteiligten Gebiete stößt auf Skepsis, weil kaum vorstellbar ist, daß die Häfte dieser Republik unter dieses Kriterium fallen kann. Verständlich ist dieses nur vor dem Hintergrund, daß die Subventionen an einem Tatbestand aufgehängt werden sollen, den es in der EG gibt, bei dem aber ein nationaler Spielraum vorhanden ist. Der Widerspruch zur gleichzeitigen Forderung nach einem Programm zur Flächenstillegung drängt sich gerade auf. Aber es gibt mehr Ungereimtes auf dem Acker.

Als Sofortprogramm können sich die Maßnahmen sehen lassen. Wenn daraus jedoch ein Dauerzustand werden soll, dann müssen sie sich in ein Gesamtkonzept einfügen, was in der EG noch nicht steht. Wenn das der Fall ist, dann ist der Streit, ob es etwas mehr oder weniger als 700 Millionen diesmal wird, müßig.

A conto Duvalier

Von Alfred Zänker

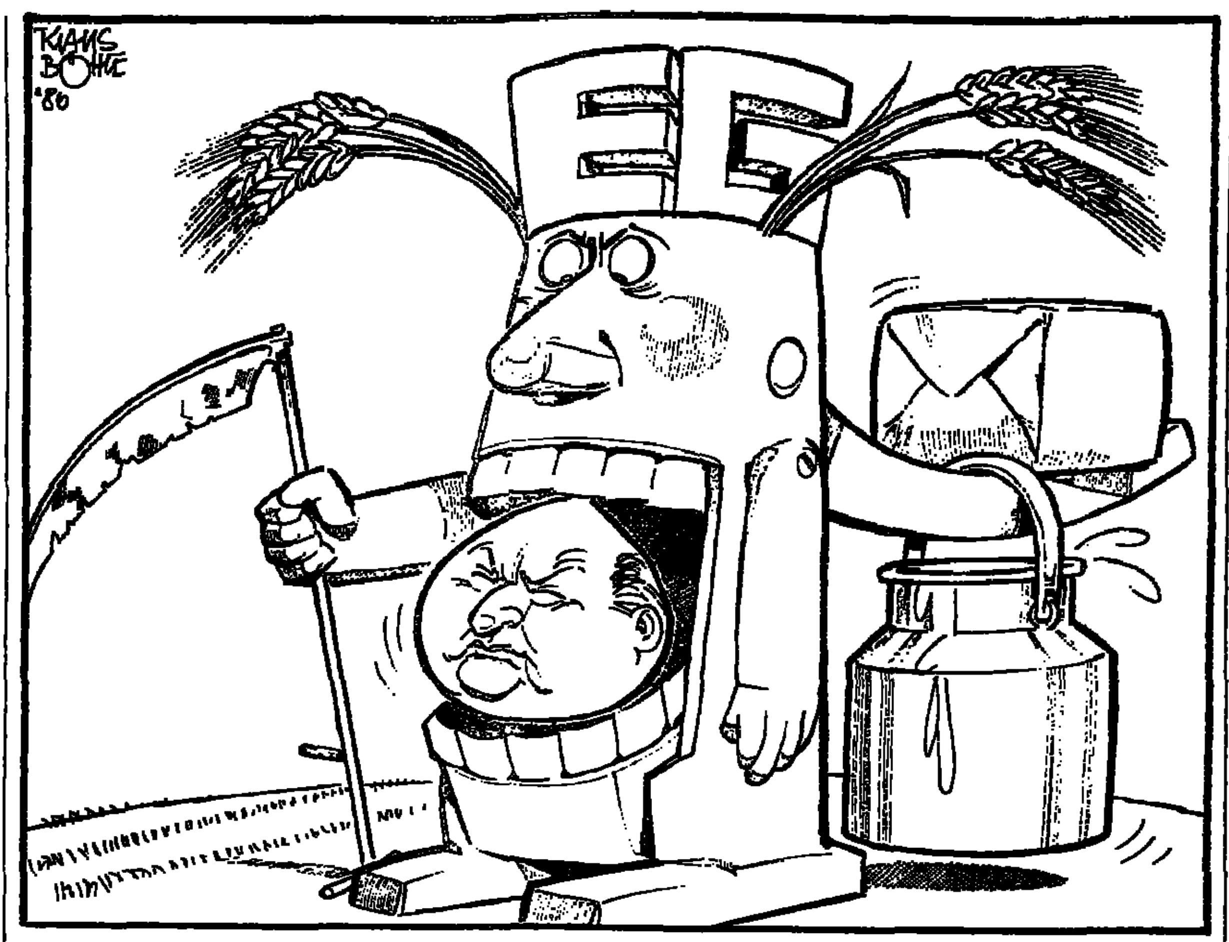
Zum zweitenmal in wenigen Wochen haben die Schweizer Behörden die Konten eines abgedankten ausländischen Diktators gesperrt und damit den traditionellen Schutz des einst sakrosankten Bankgeheimnisses durchbrochen. Das Bundesamt für Polizeiwesen in Bern blockierte die Guthaben des ehemaligen Präsidenten Haitis, Jean-Claude Duvalier, auf Banken in Genf, Lausanne und Zürich, nachdem Haiti am Dienstag die Schweiz per Telex darum ersucht hatte. Duvalier soll etwa 600 Millionen Dollar weggeschafft haben.

Der Eingriff stützt sich auf ein jüngst in Kraft getretenes „Bundesgesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen". Danach können die Behörden „auf ausdrückliches Ersuchen eines anderen Staates Maßnahmen zur Wahrung bedrohter rechtlicher Interessen" anordnen, vorausgesetzt, daß es sich um ein auch in der Schweiz strafbares Delikt handelt. Duvalier wird Unterschlagung vorgeworfen.

Erst vor kurzem hatte Bern überraschend unter Berufung auf nationales „Notrecht" die Konten des philippinischen Ex-Diktators Ferdinand Marcos sperren lassen. Dieser Schritt „im Interesse des internationalen Ansehens der Schweiz" erfolgte sogar außerhalb des ordentlichen Rechtsweges, weil angeblich Gefahr bestand, daß Marcos' Gelder aus der Schweiz abgezogen würden. Die philippinische Regierung hat bis heute noch keinen formellen Rechtshilfeantrag gestellt.

Das Vorgehen Berns steht in krassem Widerspruch zur früheren Praxis. 1979 wurden iranische Vorstöße zur Sperrung der Schah-Konten abgewiesen worden. Auch die Guthaben des äthiopischen Kaisers Haile Selassie blieben unberührt; ebenso die Fluchtgelder anderer Machthaber aus der Dritten Welt, von mittelamerikanischen Diktatoren bis zu Bokassa.

Dazu meint der Zürcher Privatbankier Nicolas Bär: „Normale Kunden werden von alledem nicht berührt. Sie dürfen nach wie vor unserem Bankgeheimnis vertrauen. Ausländische Potentaten dagegen, die auf Schweizer Konten Geld zweifelhafter Herkunft deponieren, können sich nicht mehr in Sicherheit wiegen". Die normalen Kunden werden die Entwicklung natürlich aufmerksam beobachten, denn früher, ob man es nun für normal hielt oder nicht, galt jeder Kunde als normal.



KLAUS BÖHLE

Schwiers Discount-Schule

Von Paul F. Reitze

Die Kultusministerkonferenz, die heute und morgen in München tagt, ist ein Gremium, das gelernt hat, mit schwerfälligen Kompromissen zu leben. Dafür gibt es sachliche wie organisatorische Gründe. Schulen und Hochschulen dürfen sich nicht so weit auseinanderentwickeln, daß ein Wechsel von Bundesland zu Bundesland unmöglich wird. Beschlüsse müssen einstimmig gefaßt werden. Der nordrhein-westfälische Kultusminister Hans Schwier (SPD) aber hat es nun auf Streit angelegt.

Vor zehn Jahren begann an Rhein und Ruhr ein Modellversuch „Kollegschule" mit einer Zwanzig-Millionen-Geldspritze aus Bonn. Die Kultusminister schlossen eine Sondervereinbarung. Bis zum 31. Juli 1985 würden die anderen Bundesländer die Zeugnisse der Kollegiaten anerkennen. Dann sollte ein Abschlußbericht über die Erfahrungen vorliegen, als Basis für endgültige Entscheidungen.

Schwier hat das Versprechen nicht nur bis heute nicht eingelöst, sondern ex cathedra verfügt, daß der Versuch als gelungen zu betrachten sei. Als sei dies seines Amtes, verkündete er die bundesweite Respektierung. Gleichzeitig stellte er einen weiteren ungedeckten Scheck aus, indem er, ohne die Kultusministerkonferenz zu konsultieren, erklärte, künftig könne man in Nordrhein-Westfalen auch an Höheren Berufsfachschulen ein vollgültiges Abitur machen.

Ein Billig-Weg zur allgemeinen Hochschulreife, hier wie dort. Die Kollegschule arbeitet durchgängig zu Discount-Preisen. Dadurch unterscheidet sie sich graduell auch von der Höheren Berufsfachschule, die durch Einführung einer zweiten Fremdsprache so weit angehoben werden könnte, daß sie zumindest formal bundesweiten Vereinbarungen entsprechen würde. Aber dafür müßte Nordrhein-Westfalen erst die Weichen stellen, bevor überhaupt verhandelt werden kann.

Die Kollegschule hat sich auf den ersten Blick Großes vorgenommen. Die Absolventen sollen gleichzeitig einen Berufs- und Schulabschluß erhalten, zur Zeit jeder Achtzehnte sogar das Abitur. Eine Genie-Penne? Die Wirklichkeit sieht anders aus. Wichtige Fächer sind reduziert; im Deutschunterricht etwa werden der „Struwwelpeter" (für die Unterprima!) und andere Kinderbücher als Lektüre empfohlen. Der Unterricht erfolgt nicht systematisch, sondern in einzelnen Projekten; die Fülle des am Gymnasium zu erlernenden Stoffes verkommt zu einer beliebigen Auswahl. In die Oberstufe kann wechseln, wer will, ohne nachgewiesene Qualifikation.

Die Kollegschule erweist sich somit als ein Auffangbecken für jene, die sich weder das Gymnasium noch den gymnasialen Zweig der Gesamtschule zutrauen. Studierfähigkeit der Absolventen? Schwier hat vorgebaut. Nordrhein-Westfalen sei in der Versorgung mit Hochschulplätzen autark, erklärte er. Dies liefe darauf hinaus, daß ein bildungspolitischer Zaun zwischen SPD- und unionsregierten Ländern niederginge, denn Hamburg und Bremen, Hessen und das Saarland würden wohl nicht zögern können, Genossensolidarität zu praktizieren.

Es überrascht nicht, daß sich auch der DGB zu Wort gemeldet hat. Der stellvertretende Vorsitzende Gustav Fehrenbach (CDU) trat vor – oder wurde vorgeschickt wegen des einen Buches, das man in diesen Kreisen noch liest, des Parteibuches – und sprach von einem „nicht gutzumachenden Schaden", falls Schwier nicht in München volle Absolution erhielte.

Derweil bedrängt der Philologenverband die Kultusminister der Union, nicht zu wanken. Auch die Standesvertretung der Professoren hat ihre Sorge artikuliert. Der Bund Freiheit der Wissenschaft warnte „eindringlich vor einer Fortsetzung der bislang geübten Politik, Kompromisse nach der Art des kleinsten gemeinsamen Nenners in der KMK zu schließen". Er erinnert daran, daß es schon jetzt mit der Studierfähigkeit vieler Abiturienten nicht zum besten bestellt sei.



Bildungsgut Struwwelpeter: Kultusminister Schwier
FOTO: JUPP DARCHINGER

Drei Entscheidungen der Ministerrunde sind denkbar. Erstens: Man vertagt sich, wie schon im vergangenen November. Damit würde der vertragslose Zustand ein weiteres halbes Jahr fortdauern. Ein solches Kneifen ist nach derzeitigem Stand unwahrscheinlich. Zweitens: Die Unionsseite setzt Schwiers Salamitaktik ein Ende. Drittens: Man sucht einen Kompromiß, wie bisher immer, aber zu härteren Konditionen.

Vorgespräche zwischen den Kultusministern Franke (Bremen), Oschatz (Niedersachsen) und Schwier unter Beteiligung eines baden-württembergischen Beamten könnten in diese Richtung weisen. Es wurde darüber Vertraulichkeit vereinbart. Die Linie ist dennoch klar, auch wenn der beim Treffen formulierte Beschlußvorschlag wie eine Geheimsache behandelt wird.

Die Unionsseite könnte letztendlich zustimmen, daß die Kollegschule als Versuch befristet weitergeführt wird. Eine endgültige Entscheidung fiele dann im Rahmen späterer Beratungen zur Reform der gymnasialen Oberstufe.

Dies liefe auf eine Neuinszenierung mit verändertem Bühnenbild hinaus. Schwier dürfte nicht nur die bisherige Zahl der Kollegschulen nicht erhöhen, er müßte auch einige Preisetikette ändern. Aber: Wer Qualität ernst nimmt, kann über einen ideologischen Wechselbalg nicht im Rahmen von Reformberatungen zur gymnasialen Oberstufe verhandeln.

Wer dagegen immer nachgibt, braucht sich nicht zu wundern, wenn seine Friedfertigkeit mißbraucht wird. Bildungspolitische Krankheit läßt sich nicht durch Handauflegen kurieren. Schwier begab sich aufs Glatteis. Jetzt muß er sehen, wie er ohne Sturz herunterkommt.

IM GESPRÄCH José Maria Sison

Kommunist im Inselreich

Von Volker S. Stahr

Eine der ersten Entscheidungen der neuen philippinischen Präsidentin Corazan Aquino war die Freilassung von José Maria Sison und drei anderen (ehemaligen?) Führern der Guerrilla-Armee NPA. Besonders umstritten war die Entlassung Sisons, des Gründers der unter Marcos verbotenen KP der Philippinen.

José Maria Sison, der jugendlich wirkende schlanke Mann mit den feinen Gesichtszügen, ist heute 47 Jahre alt. Politisch aktiv wurde er in den sechziger Jahren. Er war damals ein junger Lektor der „Universität der Philippinen" in Manila und machte als Theoretiker des Kommunismus von sich reden. 1964 war er Mitbegründer einer Jugendliga („Kabataang Makabayan") der schon seit 1930 bestehenden KP.

Allerdings kritisierte Sison den Moskaukurs der Partei, griff ihre Führer und besonders den militärischen Flügel „Huk" scharf an wegen mangelnden revolutionären Elans. Er propagierte den Maoismus als strahlendes neues Ideal. 1967 wurde er deswegen aus der Partei ausgeschlossen. Ein Jahr später gründete er auf Luzon eine eigene KP. Sie sollte sich bald an Stelle der ersten etablieren. Dabei kamen ihnen die Fehler des Ferdinand Marcos entgegen. Sison nannte ihn einmal „unseren wichtigsten Verbündeten".

1969 traf Sison mit Bernabé Buscayno zusammen, dem legendären „Commander Dante", der jetzt ebenfalls zu den Freigelassenen gehörte. Dieser hatte sich gerade von der zur Schmuggler- und Räuberbande heruntergekommenen „Huk" losgesagt. Gemeinsam gründeten sie als militärischen Arm die NPA. In den siebziger Jahren begann der Kampf gegen Marcos mit sechzig Guerrilleros; heute sind es mehr als zehntausend. Aber die NPA kämpft auf Inseln weit von der Hauptstadt im Verhältnis 1:10 gegen die Regierungstruppen. Diese Schwäche ist wohl der Grund, warum



Jetzt unter Bewährungsaufsicht: Sison
FOTO: AP

Frau Aquino nichts von einer „roten Gefahr" wissen will.

In seinen Schriften verteidigte Sison den bewaffneten Kampf. Allein mit einer Handvoll Abgeordneter könne man die Macht der Herrschenden nicht zerstören. 1977 wurde Sison verhaftet. Gemäß dem Parteigebot, bei Verhaftung alle Ämter abzulegen, gab er die Führung an Rudolfo Salas ab. Unter dessen Ägide erhielt die KP beträchtlichen Zulauf, wiewohl sie sich auch ein wenig von der streng marxistischen Linie Sisons löste.

Bei seiner Freilassung versprach Sison, Frau Aquino bei ihrer „großen Aufgabe der nationalen Versöhnung" zu helfen. Darüber hinaus wolle er wieder ein bürgerliches Leben führen. Er hofft, auf seinen Posten an der Universität Manila zurückkehren zu können.

Im zivilen Leben wird ihm übrigens ein Pate zur Seite stehen: der Minister und Anwalt Arroyo. Dies war der Kompromiß, auf den sich Gegner und Befürworter der Amnestie einigten: Angesehenen Filipinos wurde die Verantwortung für das umstrittene Quartett übertragen, darunter auch der Mutter Benigno Aquinos.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Der Schlag gegen Libyen beherrscht weiterhin die Diskussion:

THE TIMES

Es bleibt eine bemerkenswerte Tatsache des politischen Lebens in Großbritannien im Jahr 1986, daß ein konservativer Premierminister so hart kämpfen muß, um es zu verteidigen, daß ein Alliierter seine eigenen Flugzeuge und seine eigenen Piloten zum Angriff auf einen gemeinsamen Feind der westlichen Zivilisation einsetzt. Die Rechtfertigung für das US-Unternehmen sollte nicht in Zweifel stehen. Khadhafi führt einen Terroristenstaat. (London)

Neue Zürcher Zeitung

Als vor einiger Zeit Washington seine Verbündeten zu ökonomischen und diplomatischen Schritten zur Isolierung Khadhafis veranlassen wollte, stieß es auf Ablehnung. Kaum hatte es jetzt seine Flugzeugträger auffahren lassen, entdeckten die europäischen Staaten den Wert genau solcher Maßnahmen.

LA REPUBBLICA

Die Versprechungen „legaler Konsultationen" im Rahmen der Allianz, die so oft verlangt und verwirklicht wurden, haben sich aufgelöst. (Rom)

LE SOIR

Die Europäer sind reichlich schlecht plaziert, um als Zensoren aufzutreten. Was haben sie außer schönen Erklärungen und Halbheiten unternommen, um konkret gegen den Terrorismus auf der doppelten Ebene der Sicherheit und der Diplomatie anzukämpfen? ... Das rechtfertigt aber in keiner Weise die zugleich brutale und ungeschickte amerikanische Aktion. (Brüssel)

Frankfurter Allgemeine

Doch gibt es bei nüchterner Analyse der Lage auch kaum Indizien dafür, daß der libysch-amerikanische Konflikt sich zu einem großen Brand ausweiten könnte. Khadhafi ist in der Welt weitgehend isoliert.

Allgemeine Zeitung

Auch wenn sich Bundeskanzler Kohl gestern direkter Kritik am amerikanischen Vorgehen enthielt und Libyen erhebliche Schuld an der jüngsten Entwicklung zuwies, war seine Enttäuschung nicht zu übersehen. (Mainz)

NRZ NEUE RUHR ZEITUNG

Wo ist denn Europa geblieben, was hat Europa getan in den zwei Jahrzehnten des Terrors gegen friedliebende Menschen, gegen Zivilisten, gegen völlig Unbeteiligte, gegen Flugzeuge, gegen Flughäfen, gegen Discos?

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Überlassen wir den Luxus des Zögerns unseren Regierungen und die innere Unruhe den Moralpredigern. Sie profitieren wie alle vom amerikanischen Mut, ohne sich selbst die Finger schmutzig zu machen ... Moskau hält auf jeden Fall still. Und was uns, den Westen, betrifft, so scheint uns, daß ein Bedürfnis nach Gerechtigkeit und Würde befriedigt wurde.

Sind Wissenschaftler grundsätzlich herzlos?

Wer alles über Tierversuche entscheiden soll / Von Ludwig Kürten

Zur heutigen zweiten und dritten Lesung der Novellierung des Tierschutzgesetzes liegen ein Entwurf der Regierung sowie ein Gegenantrag der Opposition vor. Vor wenigen Wochen hat der federführende Ausschuß für Landwirtschaft Empfehlungen vorgelegt, die über den Gesetzentwurf der Bundesregierung hinausgehen.

Das Gesetz soll verhindern, daß Tiere „unnötig" Schmerzen oder Leiden erdulden müssen. Kann es das überhaupt? Die Schwierigkeiten beginnen schon bei dem in Anführungszeichen gesetzten Wort. Außerdem bleiben die Bereiche, in denen heute die überwiegende Zahl der Tiere „zu leiden" hat, nämlich in der Nutztierhaltung und in den gesetzlich vorgeschriebenen Versuchen zur Prüfung von Arzneimitteln und Kosmetika, fast völlig unberührt.

Während die Koalition mit der Novelle das seit 1972 geltende Tierschutzgesetz vor allem in der Frage der Tierversuche entscheidend verbessert zu haben glaubt, geht den Tierschutzorganisationen kein Gesetzentwurf weit genug, solange er nicht Versuche mit Tieren grundsätzlich verbietet.

Die Regierungsvorlage läßt Experimente an Tieren zu, wenn „wissenschaftlich begründet dargelegt" werden kann, daß die angestrebten Ergebnisse für „wesentliche Bedürfnisse von Mensch und Tier ... von hervorragender Bedeutung sein werden". Der Landwirtschaftsausschuß empfiehlt nun, den Terminus „wissenschaftlich begründet darlegen" durch „glaubhaft machen" zu ersetzen. Die SPD fordert, Tierversuche grundsätzlich zu verbieten; Ausnahmen seien durch eigene Gesetze zu regeln. Das klingt fortschrittlich, löst das Problem jedoch auch nicht. Denn: wie wird entschieden, ob die Ergebnisse, zu deren Gewinnung ein Tierversuch vorgenommen wird, „notwendig", „sinnvoll" oder „wesentlich" sind? Und: Wer soll entscheiden? Dafür ist es gleichgültig, ob man von der Regel oder von der Ausnahme ausgeht.

Alle Tierversuche bedürfen einer Genehmigung, die – je nach Bundesland – vom Regierungspräsidenten oder von den Veterinärämtern erteilt wird. Diesen Genehmigungsbehörden sollen demnächst sogenannte „Ethikkommissionen" beratend zur Seite gestellt werden. Die Mehrheit der Mitglieder muß „die für die Beurteilung von Tierversuchen erforderlichen Fachkenntnisse der Veterinärmedizin, der Medizin oder einer naturwissenschaftlichen Fachrichtung besitzen". Ein Drittel der Kommissionen soll aus Vertretern von Tierschutzorganisationen bestehen.

Den Wissenschaftlern geht der Gesetzentwurf zu weit. Die großen Forschungsorganisationen wehren sich dagegen, daß künftig „Laien" ein Mitspracherecht bei Tierversuchen haben und empfehlen, „labornahe" Kommissionen einzurichten, in denen die Forscher sich gegenseitig kontrollieren.

Wie soll man dem Dilemma entkommen? Wichtiger als neue Gesetze oder Kommissionen scheint doch wohl zu sein, daß man ernster als bisher mit dem Wort „notwendig" umgeht und sich fragt, was es eigentlich heißt, daß ein Tier „Leiden, Schmerzen oder Schaden" erleidet. Ähnlich wie sich hierzulande auch die Wertschätzung einer natürlichen Umwelt gewandelt hat, sollte auch das Verhältnis des Menschen zu den Tieren ständig neu überdacht und niemals der Gleichgültigkeit oder gar Gewohnheit überlassen werden. Da stellen sich manche Fragen, auch die, ob Hühner ihr Leben in einem Käfig mit der Grundfläche eines halben Schreibmaschinenbogens fristen müssen, oder ob jedes der Millionen Tiere in den sogenannten LD-50 Versuchen nur deshalb stirbt, weil ein wirklich dringend benötigtes Produkt dadurch auf seine Sicherheit getestet wird.

Sicher ist nur soviel: um mitreden zu können, welcher Versuch und welches Maß an Leiden nötig oder unnötig sind, ist Sachverstand unumgänglich. Die Unterstellung, Wissenschaftler seien *ispo facto* herzlos und quälten gern ein Tier zum Scherz, während alle Herzensgüte bei den organisierten Laien versammelt ist, kann vielleicht der Polemik, aber nicht der Gesetzgebung zugrunde gelegt werden. Wenn ein Versuch nötig ist und hier nicht gemacht werden darf, weil die Politik sich der Populistik beugt, dann wird er anderswo gemacht werden.

Es gibt ehrliche, wenn auch manchmal übereifrige Tierschützer, es gibt aber auch eine gewisse Tendenz in gewissen Kreisen, im Namen einer angeblichen Menschlichkeit gezielt jeden Ansatz zu blockieren, der etwas mit wissenschaftlichem, technischem, letztlich: wirtschaftlichem Fortschritt zu tun hat. Deshalb ist ein seriöses Prüfungsverfahren nötig und nicht eines, das sich an Stimmungen orientiert.

Mit hohen Gästen aus Politik und Gesellschaft feierte die WELT die ersten vier Jahrzehnte ihres Bestehens



Bundeskanzler Helmut Kohl im Gespräch mit Peter Tamm, dem Vorstandsvorsitzenden der Axel Springer AG



Die WELT-Chefredakteure Peter Gillies (li.) und Manfred Schell (re.) präsentieren Regierungssprecher Friedhelm Ost zwei WELT-Titelseiten, zwischen denen vier ereignisreiche Jahrzehnte liegen



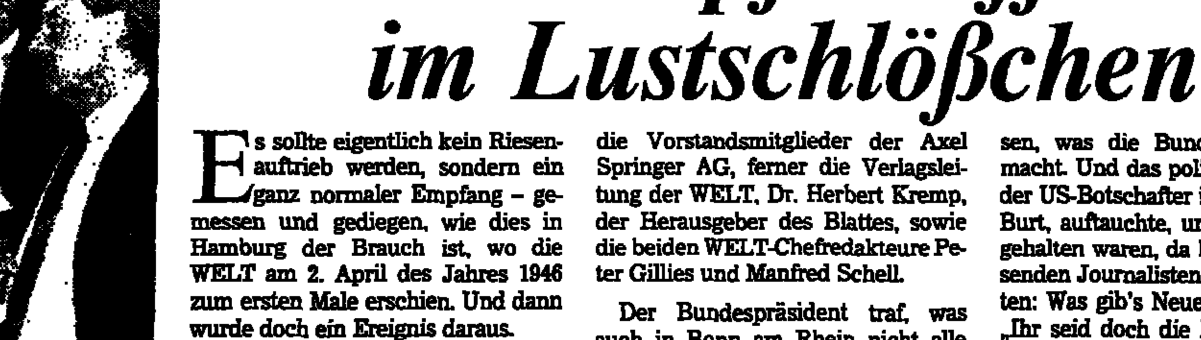
Frau Friede Springer begrüßt Bundespräsident Richard von Weizsäcker als Gast der Jubiläumsfeier der WELT



Verleger Hubert Burda im Gespräch mit Kanzler-Gattin Hannelore Kohl



Verteidigungsminister Manfred Wörner mit ZDF-Korrespondent Peter Hopen



Ein Gipfeltreffen im Lustschlößchen

Es sollte eigentlich kein Riesenauftrieb werden, sondern ein ganz normaler Empfang – gemessen und gediegen, wie dies in Hamburg der Brauch ist, wo die WELT am 2. April des Jahres 1946 zum ersten Male erschien. Und dann wurde doch ein Ereignis daraus.

Als der Bundespräsident an der Redoute in Bad Godesberg vorfuhr, war das ehedem kurfürstliche Lustschlößchen, sozusagen, bis unters Schieferdach besetzt. Richard von Weizsäcker hatte sich übrigens von einer anderen, seiner eigenen Geburtstagsfeier für eine Stunde dispensiert, um der WELT bei ihrem Jubiläum die Ehre geben zu können.

Der Bundespräsident sah ein festliches, ihm freilich von vielen Staatsempfängen her vertrautes Bild: das Menschengewoge im Spiegelsaal, die Blumenbuketts – blaue Lilien, goldgelbe Osterglocken und Fresien – und die Ranken und Rosen der Rokoko-Stukkatur, die im Lichtergefunkel der fünf mächtigen Lüster aus Kristall zu schweben schienen.

Hier nahmen Friede Springer und Peter Tamm die Glückwünsche ihrer Gäste entgegen, der Minister und Manager, der Medien-Löwen und Militärs, der Exzellenzen, Magnifizenzen und – last not least – auch vieler Bonner Korrespondenten. Neben Frau Springer und Peter Tamm repräsentierten während der Gratulationscour die Vorstandsmitglieder der Axel Springer AG, ferner die Verlagsleitung der WELT, Dr. Herbert Kremp, der Herausgeber des Blattes, sowie die beiden WELT-Chefredakteure Peter Gillies und Manfred Schell.

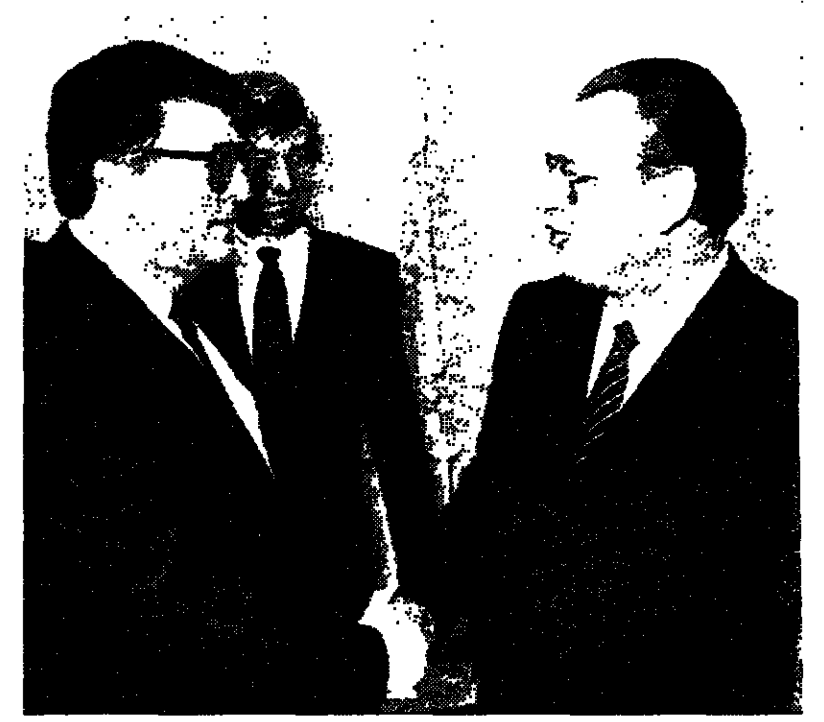
Der Bundespräsident traf, was auch in Bonn am Rhein nicht alle Tage vorkommt, zwei andere „Spitzen der Republik": Bundestagspräsident Philipp Jenninger und Bundeskanzler Helmut Kohl. Man sah Hans-Jochen Vogel, den Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, voll milder Gelassenheit an einem Glas Campari-Orange nippen und den agilen CDU-Generalsekretär Heiner Geißler neben vielen anderen Abgeordneten.

Mancher Gast mochte vom Umfang der Veranstaltung überwältigt sein – „Wo kommen bloß die vielen Leute her?" fragte Günter Diehl, Botschafter a. D. und früher sogar einmal Regierungssprecher. Aber eine Zeitung, ein Verlagshaus, die wachsen eben wie ein Baum: in Jahresringen, die mit der Zeit alle und alles umschließen, jeden Bereich des politischen und gesellschaftlichen Lebens. Da kommen ganz von selbst schließlich viele Namen zusammen.

Für diesen einen WELT-Abend jedenfalls wurde das Gesellschaftshaus von Kurfürst Max Franz, einem Sohn der kinderreichen Kaiserin Maria-Theresia, zum Schnittpunkt all dessen, was die Bundesrepublik ausmacht. Und das politische Bonn. Als der US-Botschafter in Bonn, Richard Burt, auftauchte, und als die Reden gehalten waren, da konnte die anwesenden Journalisten keiner mehr halten: Was gib's Neues von Khadhafi? „Ihr seid doch die Presse", sagte er grinsend, „ihr müßt es doch viel besser wissen." Sein Lächeln war immerhin kollegial, schließlich kommt Burt ja aus der Zunft.

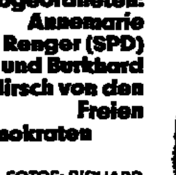
Ein ZDF-Team, das für die „Bonner Perspektiven" des kommenden Sonntags Stellungnahmen zum amerikanisch-libyschen Konflikt einholen wollte, verband in der Redoute das Angenehme mit dem Nützlichen. Denn da standen sie alle versammelt, die was zu sagen hatten – und haben. Man fühlte sich wie im Auge des Taifuns, wo Stille herrscht, während ringsum die Wirbel brausen.

Nachdem das Büffet eröffnet und die WELT-Torte angeschnitten war, kamen auch die routinierten Bonner Cocktail-Künstler und Polit-Causeure zu ihrem gewohnten Sport: Das Glas mit dem Daumen auf den buntbelegten Teller geklemmt, um dann, schmausend, auf möglichst viele Gesprächskontakte aus zu sein. Dabei hätte allein schon der Wein, Kremser und Klosterneuburger, Grüner Veltliner, Österreicher also, zu einer Hauptsache werden können. Es währte bis tief in die Nacht.



Auch Bundestagspräsident Philipp Jenninger (hier mit Peter Tamm) gab der WELT die Ehre







Gespräch unter Abgeordneten: Annemarie Renger (SPD) und Burkhard Hirsch von den Freien Demokraten

FOTOS: RICHARD SCHULZE-VORBERG (10), MICHAEL EBNER (1)

Der Chef der CSU-Landesgruppe Theo Waigel (li.) mit ZDF-Intendant Professor Dieter Stolte

Botschafter a. D. Günter Diehl, Staatssekretär Lothar Rühl, Diplomat Erich Straetling



Aufmerksame Zuhörer: Ex-Bundespräsident Karl Carstens sowie die Minister Professor Rita Süssmuth und Heinrich Windelen

Aus der Gästeliste des Jubiläums-Empfangs

Bundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker, Bundestagspräsident Dr. Philipp Jenninger, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Fraktionsvorsitzender Dr. Hans-Jochen Vogel, Dr. Max Adenauer, Wolfgang Altenburg, Botschafter Benedetto Amari, Dr. Hans Apel, Dr. Rainer Barzel, Botschafter Dr. Friedrich Bauer, Gerhart Baum, Botschafter Jitzhak Ben-Ari, Alfred Biehle, Dr. Klaus Blech, Minister Dr. Norbert Blüm, Prälat Paul Bocklet, Dr. Hubert Burda, Bundespräsident a.D. Karl Carstens, Ernst J. Cramer, Bundestagsvizepräsident Dieter-Julius Cronenberg, Oberbürgermeister Dr. Hans Daniels, Günter Diehl, Fraktionsvorsitzender Alfred Dregger (CDU/CSU), Botschafter Lennart Eckerberg, Eberhard Eimler, Benno Erhard, Dr. Günter Ermisch, Botschafter Ahmed Ali Abu Eshey, Botschafter Guo Fengmin, Botschafter Luigi Vittorio Ferraris, Botschafter Dr. Paul Fischer, Liselotte Funke, Dr. Heiner Geißler, Dr. Hansjörg Häfele, Wolfram Hatesaul, Dr. Helmut Haussmann, Constantin Freiherr von Heereman, Dr. Ottfried Hennig, Dr. Burkhard Hirsch, Botschafter Iscen, Minister Reimut Jochimsen, Dr. F.-A. Jahn, Botschafter Antti Karppinen, Botschafter Nikolas Katapodis, Gerhard Kienbaum, Dr. Dieter Kirchner, Franz Kroppenstedt, Minister Ignaz Kiechle, Ulrich de Maizière, Dr. Siegfried Mann, Dr. Erich Mende, Dr. Karl Miltner, Botschafter Yasushi Miyazawa, Jürgen Möllemann, Hans Neusel, Dr. Eberhard Nolte, Friedhelm Ost, Dr. Theodor Paul, Dr. Rolf F. Pauls, Günter Prinz, Dr. Albert Probst, Annemarie Renger, Jean-Claude Riber, Volker Rühe, Dr. Lothar Rühl, Botschafter Dr. Friedrich Ruth, Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein, Carl-Dieter Spranger, Prof. Hartmut Schiedermaier, Peter M. Schmidhuber, Minister Dr. Oscar Schneider, Wolf Schneider, Dr. Jürgen Schmude, Prof. Dr. Rupert Scholz, Prof. Dr. Schreckenberger, Dr. Gerhard Schröder, Artur Schuschnigg, Prof. Dieter Stolte, Ministerin Prof. Rita Süssmuth, Dr. Jürgen Todenhöfer, Roswitha Verhülsdonk, Minister Friedrich Vogel, Dr. Friedrich Voss, Dr. Horst Waffenschmidt, Dr. Theo Waigel, Minister Dr. Jürgen Warnke, Dr. Erwin Wickert, Minister Heinrich Windelen, Hans-Jürgen Wischnewski, Matthias Wissmann, Minister Dr. Manfred Wörner, Peter Kurt Würzbach, Minister Dr. Friedrich Zimmermann.



WELT-Herausgeber Herbert Kremp mit dem Botschafter der Volksrepublik China in Bonn, Professor Guo Fengmin

Revirement in Karlsruhe: Finanzhof geht leer aus

Die Nachfolge des Völkerrechtlers Steinberger ist noch offen

HENNING FRANK, Köln

Wird die „Vorherrschaft" der Richter des Bundesgerichtshofes beim Bundesverfassungsgericht wiederhergestellt? Unter den drei Bundesrichtern, die jedem der beiden Senate des Karlsruher Zwillingsgerichts angehören müssen, werden sich statt bisher drei nur zwei befinden, die nicht vom Bundesgerichtshof kommen: der ehemalige Vorsitzende Richter am Bundessozialgericht in Kassel, Hermann Heussner, im 1. und im 2. Senat der Nachfolger des im November 1987 ausscheidenden Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes, Wolfgang Zeidler, der wie dieser dem Vernehmen nach ein Richter des Bundesverwaltungsgerichtes in Berlin sein wird.

Dagegen ist für das kürzlich verstorbene Mitglied des 1. Senats, Franz Niedermaier, der vorher ebenfalls als Vorsitzender des Beamtenrechtssenates dem „kleinen Bruder" des Bundesverfassungsgerichtes in Berlin angehört hatte, ein Richter eines Zivilsenats des Bundesgerichtshofes vorgesehen, der schon in einer der nächsten Wochen vom Wahlmännerausschuß des Bundestages gewählt werden soll. Der Bundesfinanzhof in München wie auch das Bundesarbeitsgericht in Kassel gehen bei dem größten Revirement in der Geschichte des Bundesverfassungsgerichts, bei dem die Hälfte der 16 Richter „ausgewechselt" wird, leer aus.

Statt des ursprünglich von der SPD favorisierten Bundesfinanzrichters Klaus Schwendy wird im Oktober 1986 Karin Graßhof, die seit 1984 Richterin des Bundesgerichtshofes ist, den Platz des letzten „lebenslänglichen" Richters Hans Justus Rinck einnehmen.

Und auch, wer im nächsten Jahr für den bayerischen Verwaltungsjuristen Engelbert Niedler nachrückt, scheint beschlossene Sache zu sein. Zur großen Überraschung der CDU hat sich die Staatsregierung in München durch einen Kabinettsbeschluß darauf „festgelegt", den „bayerischen Sitz" im 2. Senat mit dem Ministerialdirigenten Konrad Kruis, der in der Staatskanzlei für Gesetzgebung und Recht zuständig ist, ab November 1987 zu besetzen.

Dagegen ist das Rennen um die Nachfolge des renommierten Völkerrechtlers Helmut Steinberger noch offen. Neben seinen Kollegen Albrecht Randelzhofer (Freie Universität Berlin) und Hartmut Schiedermaier (Universität Köln) sind auch der Kölner Staatsrechtler Klaus Stern (54) und der Bonner Verfassungsrechtler Fritz Ossenbühl (52) als Nachfolger Steinbergers im Gespräch.

Setzt Hiersemann mit Wackersdorf auf das falsche Wahlkampf-Pferd?

Von PETER SCHMALZ

Zu den Pflichtübungen einer jeden Partei gehört vor der Wahl das Formulieren, Drucken und Verteilen eines Wahlprogramms, in dem selbst Ungereimtes schon deshalb kaum auffällt, weil solche Papiere zumeist ungelesen den kurzen Weg in die Ablage oder in den Papierkorb nehmen. Daß Wählerstimmen nicht mit dem zweiten Satz im vierten Absatz auf der zwölften Seite eines Programmpapiers gewonnen werden, wissen auch der bayerische SPD-Landesvorsitzende Rudolf Schöfberger und sein Geschäftsführer Wolfgang Metz. Aber dennoch mußten sie aus einem Wust von 400 Seiten Vorschlägen für die Landtagswahl eine handliche Fassung von 68 Seiten basteln.

Ihr Lieblingsthema für die Bayern-Wahl am 12. Oktober haben die Genossen unabhängig von Programmentwürfen ohnehin längst gefunden: Mit dem Nein zur Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf will der als „neue Kraft für Bayern" apostrophierte Spitzenkandidat Karl-Heinz Hiersemann das von ihm selbst gesteckte und für weißblaue Sozialdemokraten schon aufregend hohe Ergebnis von 35 Prozent erreichen.

Die auf dieses Thema gerichteten Aktivitäten vermitteln den Eindruck, die SPD konzentriere Kraft und Ideen weitgehend und einseitig nur in diese Richtung. Im Landtag hat sie einen WAA-Untersuchungsausschuß durchgeboxt. vor Ort im Taxöldener Forst ruft sie zu Großdemonstrationen auf, das Münchner Parteipräsidium faßt schockweise Anti-WAA-Beschlüsse, und der SPD-Umweltpreis – im vergangenen Jahr gegründet und damals dem Naturschutzbund-Vorsitzenden Hubert Weinzierl gegeben – *muß diesmal hinabsteigen* in die politischen Niederungen: Weil's



in den Landtagswahlkampf gut paßt, wurde er dem Schwandorfer SPD-Landrat Hans Schuierer vermacht, wobei Schöfberger bei seiner Laudatio bemerkenswerterweise wenig von Umwelttaten des Landrats und viel mehr von dessen „entschlossenem, unbeugsamem Auftreten" gegenüber der bayerischen Staatsregierung gesprochen hat.

Doch auch innerhalb der SPD werden *Zweifel* geäußert, ob diese einseitige Fixierung auf die WAA der Partei tatsächlich den erhofften Stimmengewinn bringen kann. Wie groß, so die Frage, ist der schädliche Eindruck auf die bürgerliche SPD-Wählerschicht, wenn die Partei wie am Ostermontag an einer Großkundgebung teilnimmt, die optisch beherrscht wird von roten Kommunistentransparenten und an deren Rand vermummte Chaoten gegen den Bauzaun anrennen?

Und ist die WAA tatsächlich ein Thema, das die bayerischen Bürger von Hof bis Lindau bewegt? Franz Schönhuber, einst populärer Fernsehmann und heute als Chef der Splitterpartei „Republikaner" fast täglich in bayerischen Wirtshäusern und Versammlungssälen unterwegs, sieht die Genossen auf dem Holzweg. „Außer in und um Schwandorf werde ich von den Bürgern überhaupt nicht auf dieses Thema angesprochen", sagt er gegenüber der WELT. „Nur die Journalisten wollen überall wissen, wie ich zur WAA stehe."

Auch Gerold Tandler, CSU-Generalsekretär und Fraktionschef, glaubt nicht an die sozialdemokratische Stimmenmehrung durch Wackersdorf. Das einzige, was sie damit erreichen, so Tandler, ist eine Wahlhilfe für die Grünen. Mit ihrem Einzug ins Münchner Maximilianeum wird allgemein gerechnet, während die Wetten für die FDP sehr schlecht stehen.

Die Gegenüberstellung soll Klarheit bringen

Hellenbroich und Rombach vor dem Untersuchungs-Ausschuß

GÜNTHER BADING, Bonn

In seiner ersten Sitzung nach der Osterpause wird der Bundestags-Untersuchungsausschuß zur Aufhellung der Spionagefälle des vergangenen Jahres heute wegen widersprüchlicher Aussagen den früheren Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Heribert Hellenbroich, und den Direktor im BfV, Engelbert Rombach, einander gegenüberstellen. Rombach war Ende *1983* in das Bundesamt für Verfassungsschutz gewechselt und als Abteilungsleiter der Spionageabwehr Vorgesetzter des im August 1985 in die „DDR" übergelaufenen Beamten Hans-Joachim Tiedge. Rombach hatte vor dem Untersuchungsausschuß gesagt, er habe Hellenbroich zweimal seine Sicherheitsbedenken gegen Tiedge vorgetragen. Hellenbroich hatte dies aber bestritten.

Deutlich geworden ist im Untersuchungsausschuß, daß das Verhältnis zwischen dem früheren Amtschef Hellenbroich und seinem Abteilungsleiter Rombach nicht intakt war. Dies allerdings ist nicht auf den Fall Tiedge zurückzuführen, sondern auf einen schon vor Beginn der Zusammenarbeit im Verfassungsschutz seit Ende *1983 zwischen beiden schwelenden* Grundsatzstreit *um das Problem* der „legalen Residenturen". Rombach war damals noch Mitarbeiter der CDU/CSU-Fraktion und befasste sich mit Sicherheitsfragen; Hellenbroich war Abteilungsleiter und später Vizepräsident im BfV.

Das Bundesamt hatte in den siebziger Jahren große Erfolge mit den zum Aufspüren von Spionen entwickelten methodischen Instrumenten. Rombach war jedoch davon überzeugt, daß sich diese Erfolge mit der bisherigen Verfahrensweise *nicht* fortsetzen lassen würden. Vor allem, da die Spionagetätigkeit verstärkt über Handelsmissionen und Botschaften lief und die Wirtschaftsspionage immer breiteren Raum einnahm: Rombach kam zum Schluß, daß sich im Bereich der „legalen Residenturen" ein neuer Schwerpunkt der Spionage entwickle.

Hellenbroich, zur selben Zeit noch Abteilungsleiter für diesen Bereich, hatte jedoch diese Entwicklung entgegengesetzt bewertet und noch Anfang der *80er* Jahre wenig Gewicht beigemessen. Tatsächlich hat sich dann die Prognose Rombachs bestätigt. So wurde 1985 ein Mitarbeiter der sowjetischen Handelsvertretung *in Köln als Führungsoffizier enttarnt, verhaftet und verurteilt. Beim jüngsten* Agentenaustausch ist er dem Osten überstellt worden.

Unmut in Berliner FDP

Rasch setzt Starnick als Senats-Kandidat nur knapp durch

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Erst 21 Minuten nach Mitternacht atmete FDP-Chef Walter Rasch gestern nacht auf: Mit 45 gegen zwei Stimmen – knapp 40 Prozent des Landesausschusses – bestimmte das höchste FDP-Gremium zwischen den Parteitagen den parteilosen Fachmann und Ex-TU-Präsidenten Jürgen Starnick als Kandidaten für das Amt des Senators für Stadtentwicklung und Umweltschutz. Heute findet die Wahl von Bürgermeisterin Hanna-Renate Laurien, der CDU-Bewerber Kewenig (Innen), Wittwer (Bau) und Turner (Wissenschaft) sowie von Starnick statt. Abstimmungspannen schließt niemand aus. Dennoch dürfte die Senatsumbildung am Ende „stehen", zumal die CDU/FDP-Koalition das Rennen mit einem 18-Stimmen-Vorsprung aufnimmt.

Dem Ja zu Starnick waren stundenlange, dramatische Debatten vorausgegangen, in denen FDP-Chef Walter Rasch seine Kandidatenfindung immer wieder verteidigen mußte. Seine Kritiker rieben sich daran, daß Starnick nicht der FDP angehöre und die Partei somit ohne Not einen von ohnehin nur drei FDP-Länderministerposten nicht mit einem Mann ihrer Couleur besetze. Zudem sei Starnick in Stadtentwicklungsfragen nicht kompetent. Das Partei-Argument hatte in einer früheren Sitzung auch FDP-Vizefraktionschef Hans-Günter Hoppe gebraucht. Der zurückgetretene Senator Horst Vetter hatte die „unpolitische Lösung" ebenfalls bedauert, sich aber letzten Endes für Starnick eingesetzt.

Die Zerstrittenheit der Partei dürfte sich, befürchten Insider, am kommenden Wochenende auf dem turnusmäßigen FDP-Parteimeeting fortsetzen. Auch Wohlmeinende in der FDP sehen FDP-Chef Rasch mit Blessuren aus dem Gesamt-Vorgang hervorgehen und sprechen von einem „fatalen Management" der Vetter-Nachfolge. Mit seinem optimistischen Naturell will sich Rasch jedoch von „defaitistischen Stimmen", wie er zur WELT sagte, nicht beeinflussen lassen.

Im Tauziehen mit der höchst verärgerten CDU, die mit Diepgen an der Spitze eine Woche lang tatenlos der FDP-Willensbildung zusehen mußte, erreichte Rasch, daß Jugendsenatorin Cornelia Schmalz-Jacobsen einen FDP-Staatssekretär zur Seite bekommt. Außerdem stellen die Freien Demokraten künftig auch den für Stadtentwicklung zuständigen Staatssekretär im künftigen Starnick-Ressort. Schulsenatorin Laurien läßt dafür den Juristen Jochen Koch, ihren bisherigen Stellvertreter, hinüberwechseln.

‚Bundestags-Sanierung nicht aufschieben'

Jenninger: Zwei weitere Jahre der Planung kosteten noch einmal 10 Millionen Mark

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Mit der Feststellung: „Ich habe nicht das Bedürfnis, als größter Bauherr von Bonn in die Geschichte einzugehen", hat Bundestagspräsident Philipp Jenninger im Rahmen der parlamentarischen Sitzungen um die große Bausanierungs-Maßnahme des Deutschen Bundestages den Versuch zurückgewiesen, ihn als Promotor einer Super-Lösung dieses Vorhabens hinzustellen.

Nachdem am Montag die Baukommission des Bundestages, in den Tagen darauf Fraktionsvorsitzende, Präsidium und Ältestenrat zu keinerlei Beschlüssen kamen, müssen sich weitere Sitzungen anschließen. Verkürzt gesagt geht es um die Entscheidung, ob das Parlament dabei bleibt, mit der durch Auflage der zuständigen Bauaufsichtsbehörde in Köln von 1980 erzwungenen Totalsanierung des Plenarsaals auch die projektierte neue Eingangshalle und den zum Rhein hin gelegenen neuen Präsidiumsflügel zu bauen.

SPD steht zu Beschluß

Am geschlossensten steht zu dieser Beschlußlage die SPD-Fraktion. Im übrigen zeigte sich die wachsende Tendenz, das ganze Vorhaben nach 17 Jahren Planung noch einmal in die nächste Legislaturperiode zu verschieben – ein Ausweichen, dem Jenninger auf keinen Fall nachgeben möchte: „Noch zwei Jahre Planung kosten noch einmal 10 Millionen Mark."

Selbst den in die Idee vernarrten Parlamentariern, die an eine Weiterbenutzung des alten Plenarsaals nach Baumaßnahmen in Höhe von acht bis zehn Milliarden Mark glauben, ist in dieser Woche klar geworden, daß es einen „alten Plenarsaal" nicht mehr geben wird. Das ist nicht nur durch die Auflage der oberen Baubehörde (Regierungspräsident Köln) unumgänglich, nach der die Decke, der Fußboden, die Glas-Seitenwände, die Stützen des Saals und die Träger der Tribünen aus baupolizeilichen Gründen zu ersetzen sind, sondern auch *durch die „Versammlungsordnung"*. Sie besagt, daß es zwischen den Sitzreihen breitere „Fluchtwege" für Gefahrenlagen geben muß: die bisherigen Zweier-Blocks der Sitzordnung müssen durch Dreierblocks ersetzt werden.

Würde der Bundestag beschließen, daß der Plenarsaal originalgetreu wieder aufgebaut werden soll, dann würden die beizubringenden Unterlagen für den Haushaltsausschuß nach Schätzungen von Experten ein Jahr Verzögerung bewirken. Angesichts einer Lage, in der selbst bisher stramme Verfechter der Sanierungspläne wegen des heraufziehenden Bundestags-Wahljahres knieweich werden, hat der Bundestagsabgeordnete Peter Conradi (SPD) in den Bonner Konferenzen mit der Frage Aufsehen erregt: „Wir haben doch eine klare Beschlußlage – wer will eigentlich num 'was Neues?"

Geringes Interesse

Dieses „Störpotential" ist freilich schwer auszumachen. Das Interesse der Abgeordneten an dem Komplex ist seit jeher gebremst. Nicht nur, daß ein Jahrzehnt lang im Plenum darüber kein Wort fiel: bei der CDU/CSU-Fraktion zum Beispiel fand eine interne Informations-Ver*anstaltung das Interesse von nur 15* Abgeordneten.

Nunmehr wäre es entgegen Jenningers Wünschen denkbar, daß zwecks zügigen Voranschreitens ein Neubau des Präsidentenflügels, für den dem Haushaltsausschuß und dem Bundesrechnungshof noch nicht die kompletten Unterlagen vorliegen, vom übrigen Baugeschehen abgekoppelt wird. Bis zum 26. Juni will die Bundesbaubehörde die Unterlagen vorlegen. Klappt das wirklich, dann könnte am 1. Juli planmäßig die Baustelle „eingerichtet" werden.

US-Offerte an Europäer

Geheimdaten / Erste Auswirkungen des SDI-Abkommens

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die deutsch-amerikanischen Vereinbarungen über eine Beteiligung an der amerikanischen SDI-Forschung wirken sich bereits konkret aus. Nach Angaben des CDU-Bundestagsabgeordneten Willy Wimmer, der vergangene Woche in Washington war, wird das SDI-Büro von Generalleutnant Abrahamson im Pentagon in den nächsten 30 Tagen interessierte Unternehmen auffordern, Projektvorschläge für ihre Beteiligung an der Erforschung der technischen Möglichkeiten für eine für Europa wirksame strategische Verteidigung zu unterbreiten.

Neu an diesem „request of proposal" ist Wimmer zufolge, daß amerikanische und europäische Firmen zur gleichen Zeit mit denselben Geheimdaten versorgt werden sollen, die sie zur Erarbeitung ihres Antrags für eine Forschungsbeteiligung benötigen. Dabei geht es vor allem um die Kriterien, nach denen eine europabezogene Bedrohung zu erwarten und zu messen wäre. Wimmer, der in seiner Fraktion die Arbeitsgruppe Verteidigung leitet, sagte vor Journalisten, deutsche Firmen könnten allerdings nur dann mit dem Zuschlag rechnen, „wenn sie besser und billiger als die amerikanische Konkurrenz sind".

Im Zusammenhang mit diesem amerikanischen Angebot erscheint für die europäischen NATO-Verbündeten auch die Offerte der USA interessant, künftig mit Informationen über sowjetische Raketenstarts aus europäischen Gebieten westlich des Ural versorgt zu werden. Die in Schottland bei Fylingdales im Bau befindliche US-Frühwarnstation, die mit phasengesteuertem Radar Europa bis zum Ural bestrahlen kann und Raketenstarts wenige Sekunden nach Beginn entdecken wird, soll diese Informationen nicht nur verzugslos („real time") an die strategische US-Warnzentrale „Norad" in den Bergen bei Colorado Springs in den Rocky Mountains, sondern auch an das europäische NATO-Hauptquartier „Shape" in Mons südlich von Brüssel geben.

Wimmer erklärte, damit erhalte der europäische Teil der NATO künftig Gelegenheit zur Sammlung und Bewertung von Daten über sowjetische Raketenstarts, die als Bedrohung von Westeuropa betrachtet werden müßten. Dies sei ein wesentlicher Schritt zur Verbesserung des strategischen Datenaustauschs mit den USA. Im übrigen habe sich das Pentagon bereiterklärt, in den nächsten Wochen den Verteidigungsausschuß des Bundestages über die Nukleartests der USA zu unterrichten.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geltal; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

STUDIEN PLATZ BÖRSE

Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Sommersemester 1986

Humanmedizin

1. vorklin. Semester

	von	nach
1	Essen	Hamburg
2	Erlangen	Münster
3	Göttingen	Bonn
4	Göttingen	Hannover
5	Göttingen	Münster
6	Hamburg	Freiburg
7	Hamburg	Göttingen
8	Hamburg	München
9	Würzburg	Göttingen

Zahnmedizin

1. Semester

	von	nach
1	Bonn	Düsseldorf
2	Berlin	Aachen
3	Berlin	Bonn
4	Berlin	Göttingen
5	Berlin	Hannover
6	Berlin	Köln
7	Berlin	Marburg
8	Berlin	München
9	Berlin	Mainz
10	Erlangen	Bonn
11	Erlangen	Düsseldorf
12	Erlangen	Köln
13	Erlangen	Münster
14	Erlangen	Mainz
15	Erlangen	Tübingen
16	Frankfurt	Bonn
17	Frankfurt	Düsseldorf
18	Frankfurt	Hamburg
19	Frankfurt	Münster
20	Frankfurt	Mainz
21	Freiburg	Bonn
22	Göttingen	Mainz
23	Heidelberg	Göttingen
24	Hamburg	Heidelberg
25	Köln	Bonn
26	Kiel	Aachen
27	Kiel	Göttingen
28	Kiel	Hamburg
29	Marburg	Bonn
30	Marburg	Düsseldorf
31	Marburg	Göttingen
32	Marburg	Köln
33	Mainz	Bonn
34	Regensburg	Bonn
35	Regensburg	Köln
36	Regensburg	Münster
37	Regensburg	München
38	Ulm	Aachen
39	Ulm	Bonn
40	Ulm	Düsseldorf
41	Würzburg	Bonn
42	Würzburg	Düsseldorf
43	Würzburg	Köln

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Wintersemester 1985/86



Nach dem Schlag gegen Libyen: Der Bundestag debattiert über Terror / Abkühlung zwischen Washington und Moskau

Kohl: Wehgeschrei hilft nicht gegen Terrorismus

GÜNTHER BADING, **Bonn**

Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Europäer zu gemeinsamem politischen Handeln bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus aufgerufen. „Mit bloßem Wehgeschrei und Klageliedern werden wir dem internationalen Terrorismus nicht beikommen können", sagte Kohl in einer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag, in der er die Rolle Libyens und seines Staatschefs Oberst Khadhafi bei der Unterstützung internationaler Terrorkommandos scharf kritisierte. Erstmals sprach der Kanzler auch in der Öffentlichkeit von „eindeutig beweisfähigen nachrichtendienstlichen Quellen", die die Verantwortung Libyens für den Bombenanschlag in West-Berlin am 6. April belegten. Erneut äußerte Kohl in vorsichtiger Formulierung Verständnis für den amerikanischen Angriff auf Libyen. Er warnte die Parlamentarier, es sich nicht zu einfach zu machen und „die USA dafür zu kritisieren, daß sie schließlich zu Mitteln gegriffen haben, die wir nicht gewählt hätten".

Als nicht akzeptabel bezeichnete der Kanzler, „wenn der amerikanische Regierungssprecher kurz und bündig erklärt, die Erklärung der EG-Außenminister in Den Haag habe bei der amerikanischen Entscheidung keine Rolle gespielt".

Zentrum des Terrorismus

Hier wie auch in der Verurteilung des internationalen Terrors stimmte Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel (SPD) dem Kanzler uneingeschränkt zu. „Wir haben auch keinen Grund, Ihrer Einschätzung des gegenwärtigen libyschen Regimes zu widersprechen", sagte Vogel. Kohl hatte Libyen wie folgt charakterisiert: „In der Tat ist Libyen unter Oberst Khadhafi in den letzten anderthalb Jahrzehnten zu einem Zentrum des internationalen Terrorismus geworden. Der nahöstliche Terrorismus hat in Libyen eine feste Basis und eine lebenswichtige Infrastruktur. Zahlreiche internationale Terrororganisationen unterhalten Ausbildungslager in Libyen in Kenntnis und mit Förderung der dortigen Behörden. Für Libyens führende Rolle bei Ermutigung, Unterstützung und selbständiger Steuerung zahlreicher Akte des internationalen Terrorismus gibt es klare Beweise. Der von Libyen ausgehende Terrorismus, in den libysche Behörden verwickelt sind und für den sie selbst vielfach die Verantwortung übernommen haben, hat in den letzten Jahren in zahlreichen Ländern Europas, Afrikas und des Nahen Ostens eine blutige Spur hinterlassen." Als Beispiele führte er Morde in Deutschland, die Tötung einer Polizistin in London, Anschläge auf Flughäfen und zum Schluß den Anschlag in Berlin an.

Solidarität mit den USA

Oppositionsführer Vogel begrüßte ausdrücklich die Erklärung der zwölf EG-Außenminister, die der deutsche Ressortchef Genscher bei sich hatte, als er auf dem Weg nach Washington von der Nachricht überrascht wurde, daß die USA libysche Militäreinrichtungen angegriffen hätten. Die Erklärung hatte von militärischem Vorgehen abgeraten. Dies, so Vogel, „atmet den Geist der Festigkeit und der Besonnenheit". Die Militäraktion der USA dagegen „verläßt diesen Boden. Sie ist mit dem Völkerrecht nicht zu vereinbaren. Sie widerspricht auch den Geboten der politischen Klugheit. Sie ist deshalb für uns unannehmbar, sie ist zu verurteilen".

Der FDP-Abgeordnete Helmut Schäfer bescheinigte dem Kanzler, er habe auch die Haltung der liberalen Fraktion deutlich gemacht. Er ging dabei nicht auf die langwierige und kontroverse Diskussion ein, die am Vortag der Debatte in der liberalen Fraktion zu diesem Thema mehrere Stunden gedauert hatte. Bei aller Solidarität mit den USA müsse man auch Besorgnisse deutlich zum Ausdruck bringen, sagte der außenpolitische Experte der FDP. Man dürfe nicht nach dem Motto vorgehen, daß der Zweck die Mittel heilige. Auch der FDP-Sprecher kritisierte „die übergroße Zurückhaltung" der Europäer bei der Lösung der Nahost-Probleme, wie das der Bundeskanzler in seiner Ansprache vor dem auch bei diesem wichtigen Theme nur zur Hälfte besetzten Hohen Haus getan hatte.

Bundesinnenminister Zimmermann sagte, es wäre „sicherlich unzutreffend, alle Aktionen des internationalen Terrorismus dem libyschen Regime anzulasten". Zutreffend sei aber, daß von dort aus „terroristische Bewegungen in vielen Teilen der Welt ermuntert" würden.

Thatcher läßt Kritik an ihrem Handeln nicht zu

gat, **London**

Unbeirrt von der Kritik, auch aus den eigenen Reihen, hat die britische Premierministerin Margaret Thatcher den US-Angriff auf Libyen und ihren Entschluß, den USA die britischen Luftwaffenstützpunkte für die Militäraktionen zur Verfügung zu stellen, verteidigt. Vor dem Unterhaus sagte sie: „Es ist für mich undenkbar, den Amerikanern das Recht zu verweigern, ihre eigenen Landsleute zu verteidigen."

Sie sei außerdem überzeugt, daß die Attacke ein Akt der Selbstverteidigung gemäß Paragaph 51 der UN-Charta sei, und deshalb habe es für sie keinen Grund gegeben, den Start der 18 F-111-Bomber von England aus zu verhindern.

Frau Thatcher behauptet, bei ihrem Entschluß eng mit Verteidigungsminister George Younger und Außenminister Sir Geoffrey Howe zusammengearbeitet zu haben.

In London heißt es, daß zumindest der Außenminister vor den negativen diplomatischen Folgen der – wenn auch passiven – britischen Beteiligung an diesem Unternehmen gewarnt habe. Sie beeindruckten Frau Thatcher allerdings ebensowenig wie der Hinweis auf eine mögliche neue Terrorwelle.

Auf den Vorwurf, das Leben libyscher Zivilisten aufs Spiel gesetzt zu haben, sagte sie: „Natürlich geht man immer ein Risiko ein. Diejenigen, die diese Argumente vortragen, wollen damit offenbar sagen, daß man nie den Staatsterrorismus angreifen kann." Weiter sagte die Regierungschefin: „Die USA, unser zuverlässiger Alliierter, haben 300 000 Soldaten in Europa, um unsere Freiheit zu verteidigen. Ohne die USA wäre Europa heute nicht frei."

Die uneingeschränkte Unterstützung Präsident Reagans muß jedoch auch als ein Danke für dessen Hilfe im Krieg der Briten gegen Argentinien um die Falkland-Inseln gesehen werden. Darüber hinaus haben die Briten ihre eigenen schlimmen Erfahrungen mit dem libyschen Terrorismus gemacht, als im Februar 1984 die Polizistin Yvonne Fletcher von Khadhafis Diplomaten erschossen wurde.

Zudem gibt es zahlreiche Beweise dafür, daß Libyen die nordirischen IRA-Terroristen mit Geld und Waffen versorgt.

Zuspruch für Reagans Entschluß

FRITZ WIRTH, **Washington**

Präsident Reagan ist zu weiteren Vergeltungsschlägen gegen Oberst Khadhafi entschlossen, wenn er seine Terroraktionen gegen amerikanische Bürger und Ziele fortsetzt. „Wir würden es begrüßen, wenn wir die Aktionen der letzten Nacht nicht wiederholen müssen", sagte Reagan 24 Stunden nach der Bombardierung militärischer Anlagen und Terroristenlager in Libyen. Er nannte diese amerikanische Antwort „die einzige Sprache, die Oberst Khadhafi zu verstehen scheint".

Meinungsumfragen zeigen, daß Reagan bei seinen Aktionen gegen Khadhafi auf die Unterstützung der überwiegenden Mehrheit der amerikanischen Bürger rechnen kann. Eine Umfrage der Fernsehgesellschaft ABC ergab, daß 70 Prozent der Befragten die amerikanischen Aktionen gutheißen und nur 17 Prozent sie ablehnen.

Nach einer Umfrage der Tageszeitung „USA Today" stehen sogar 79 Prozent der Amerikaner hinter den Aktionen Reagans, von denen wiederum 84 Prozent der Meinung sind, daß sie wiederholt werden sollten, wenn Khadhafi neue Terroraktionen nachgewiesen werden können.

Die gleiche Unterstützung ist dem Präsidenten bisher aus dem Kongreß zuteil geworden. Thomas O'Neill, der Sprecher des Repräsentantenhauses und in vielen politischen Schlachten ein entschiedener Gegner des Präsidenten, sagte: „Der Präsident hat absolut richtig gehandelt. Ich fordere alle Mitglieder meiner Partei und alle amerikanischen Bürger auf, ihn in dieser Sache zu unterstützen."

Robert Michel, der Führer der Republikaner im Repräsentantenhaus, erklärte: „Wir befinden uns in einer neuen Art von Krieg. Wir haben eine Schwelle überschritten, und wir müssen daran denken, was folgt." Zu den wenigen Dissidenten im Kongreß, der sich allgemein gewünscht hätte, schneller und besser vom Weißen Haus informiert zu werden, gehört der republikanische Senator Lowell Weicker. Er ist der Meinung, daß sich die amerikanische militärische Aktion nicht von den Terrorakten Kadhafis unterscheide. „Ich wünsche nicht, daß sich die USA auf diese Ebene begeben."

Im Weißen Haus und im State Department hat man begonnen, die politischen Konsequenzen dieser Aktionen abzuschätzen und einzuordnen. Man ist nicht glücklich über die Haltung der meisten EG-Staaten, hat jedoch bisher keine öffentliche Kritik an ihnen geübt. Außenminister Shultz ist der Meinung, daß hier die Dinge zugunsten der USA in Bewegung gekommen sind.

Überrascht hat im State Department die Absage des geplanten Besuches des sowjetischen Außenministers Schewardnadse Mitte Mai in Washington, bei dem der bevorstehende Gipfel zwischen Reagan und Gorbatschow vorbereitet werden sollte. Die Absage dieses Besuchs schließt praktisch aus, daß der Gipfel noch im Sommer stattfindet, wie es Reagan gern gesehen hätte.

Dennoch geht man in der Administration davon aus, daß die Sowjets nach wie vor an diesem Gipfel interessiert sind. Ein hochstehender ausländischer Politiker erklärte zur Schewardnadse-Absage: „Von allen möglichen strafenden politischen Gesten des Kremls ist dies eine, die den größten Propagandaeffekt hat und zugleich am schnellsten wieder zu korrigieren ist." In der Reagan-Administration herrscht über die Absage Schewardnadses deshalb keine Alarmstimmung. Der außenpolitische Berater Gorbatschows, Arbatow, erklärte gestern im amerikanischen Fernsehen, daß das Zustandekommen des Gipfels „vom weiteren Verhalten der USA abhängt".

*

rmc. **Bonn**

Trotz der Spannung, die zwischen den USA und Europa wegen der amerikanischen Libyen-Aktion herrscht, ist Washington zuversichtlich, daß der gemeinsame Kampf gegen den Terrorismus von den Staaten der freien Welt weitergehen wird. US-Außenminister George Shultz sagte gestern in einer über einen Fernsehsatelliten übertragenen Pressekonferenz, die Erklärung der Außenminister der Europäischen Gemeinschaft vom letzten Montag an die Adresse Libyens sei nützlich und hilfreich gewesen. Insbesondere begrüßte Shultz auch die Erklärung der Bonner Bundesregierung vom Dienstag, in der Bundeskanzler Kohl alle Staaten zum gemeinsamen Vorgehen gegen den Terrorismus aufgefordert hatte. Dies werde „die Dinge voranbringen".

Genscher von Whitehead überrascht

wth. **Washington**

Außenminister Genscher hat in seinen Washingtoner Gesprächen mit seinem amerikanischen Kollegen Shultz und Verteidigungsminister Weinberger deutlich seine Bedenken gegen die amerikanische militärische Aktion in Libyen zu erkennen gegeben und betont, daß er eine politische Lösung vorziehe. Umso überraschter war er am Abend seines ersten Besuchstags, als er erfuhr, daß der stellvertretende amerikanische Außenminister John Whitehead in einem Fernsehinterview die Bundesrepublik zusammen mit Großbritannien, Kandada und Israel in die Reihe jener Staaten einordnete, von denen die USA „starke Unterstützung für ihre Aktionen in Libyen" erhalten habe. Whitehead, der vorher dem Gespräch mit Genscher im Statedepartment beigewohnt hatte, stützte seine Einschätzung der deutschen Haltung auf Äußerungen von Bundeskanzler Kohl.

Genscher erklärte, er habe in seinen Gesprächen mit Shultz und Weinberger klargemacht, daß man nun beginnen müsse zu überlegen, wie man dem Terrorismus an sich begegne und seine Befürchtung ausgedrückt, daß die Gefahr des Terrorismus jetzt noch größer geworden sei. Er habe darauf gedrängt, daß im Zuge der Terrorismusbekämpfung stärkere Kontakte zu den arabischen Ländern und Ostblockstaaten gesucht werden müßten. In diesem Zusammenhang habe er auch auf die langjährige, intensive und erfolgreiche politische und polizeiliche deutsch-amerikanische Zusammenarbeit bei der Terroristenbekämpfung hingewiesen.

Genschers Besuch, der lange vor den jüngsten Ereignissen in Libyen geplant war und eigentlich im Rahmen der NATO-Konferenz in Kanada und des Wirtschaftsgipfels in Tokio galt, wurde deutlich von der Diskussion über die Terrorismusbekämpfung überschattet. Er warnte im militärpolitischen Teil seiner Gespräche davor, angesichts der großen Haushaltsprobleme Washingtons Truppenabzüge aus Europa zu erwägen. Das würde „die falschen Signale senden" und „im Kreml als ein Zeichen der Schwäche interpretiert werden".

Tass bereitete die Absage des Kreml vor

RMB, **Moskau**

Moskau hat sich lange Zeit gelassen, um auf den amerikanischen Luftangriff zu antworten: Erst am späten Dienstag abend teilte ein Sprecher in der Tagesschau mit, daß das Mitte Mai in Aussicht genommene Treffen der beiden Außenminister Schewardnadse und Shultz zur Vorbereitung eines Gipfeltreffens nicht stattfinden werde. Während des ganzen Tages über wurde allerdings die amtliche Nachrichtenagentur Tass als Stimmungsmacher vorangeschickt.

Der Stil von Tass war von einer Schärfe, die versöhnlichere Töne nach dem Genfer Gipfeltreffen völlig in Vergessenheit geraten ließ. Tass sprach von „Kriegstreiberei", „Raubüberfall", „Blutspur". Libyen sei zum Objekt der amerikanischen „Interventionsaktionen", zum Erprobungsobjekt des „neuen Globalismus" Washingtons geworden. Die Absage aus dem Kreml war nach diesem verbalen Vorgefecht unvermeidlich.

Interessant jedoch ist die Form dieser Absage. KP-Chef Michail Gorbatschow schickte keine Note ans Weiße Haus, kein diplomatischer Kurier wurde auf den Weg geschickt, sondern ein Nachrichtensprecher verlas sie. Gorbatschow ging wie schon in der Vergangenheit wieder an die (kontrollierte) Öffentlichkeit.

Politische Beobachter in Moskau halten dieses Vorgehen für eine Demonstration der „Stärke" nach innen. Nach außen läßt der KP-Chef aber „die Tür offen". Denn mit der Formulierung, die amerikanische Regierung habe das vorbereitete Treffen der Außenminister durch ihr Verhalten platzen lassen, schiebt Gorbatschow dem Weißen Haus den Schwarzen Peter zu. Ähnlich verhielten sich die Sowjets auch im Fall des Atomteststopp-Abkommens. Washington müsse nun den ersten Schritt tun, wenn es am Treffen festhalten wolle.

Auf diese Weise versuche Gorbatschow, aus der Libyen-Affäre politisches Kapital im Ost-West-Verhältnis und möglicherweise auch für die internen Machtverhältnisse zu schlagen. Ob dies der erste Schritt Moskaus zur Absage an den Gipfel bedeutet, ist angesichts der ansonsten eher zurückhaltenden Äußerungen noch offen. Auszuschließen ist es nach Meinung westlicher Diplomaten nicht.

Alfonsin will neue Hauptstadt für Argentinien

AP, Buenos Aires

Der argentinische Präsident Raul Alfonsin hat seine Landsleute mit einem Plan zur Verwaltungsreform bekannt gemacht, der unter anderem die Verlegung der Hauptstadt in den Norden Ost-Patagoniens vorsieht. Wie Alfonsin in einer Fernsehansprache ausführte, soll die neue Hauptstadt aus den rund 960 Kilometer südlich von Buenos Aires gelegenen Städten Viedma und Carmen de Patagones entstehen. Viedma, das zur Zeit etwa 30 000 Einwohner zählt, liegt in der Provinz Rio Negro. Carmen de Patagones ist die südlichste Stadt der Provinz Buenos Aires, grenzt an Viedma an und hat 20 000 Bewohner. Alfonsin kündigte an, daß er dem Rat für die Festigung der Demokratie, seinem Beratergremium, den Plan vorlegen werde, nannte aber noch keinen Termin für die Verwirklichung des Vorhabens.

Alfonsin begründete seinen Vorschlag mit der derzeitigen politischen und wirtschaftlichen Übermacht von Buenos Aires. In der Noch-Hauptstadt lebten 35 Prozent der 35 Millionen Argentinier, 39 Prozent der gesamten in Argentinien erzeugten Energie würden in Buenos Aires verbraucht, und fast die Hälfte aller Arbeitsplätze in der Industrie seien hier konzentriert.

Oppositionelle in Polen vor Gericht

dpa, Warschau

Vor dem Bezirksgericht in Warschau hat am Dienstag der Vertreter der Staatsanwaltschaft Gefängnisstrafen zwischen vier und sechs Jahren gegen fünf führende Mitglieder der nationalistischen oppositionellen Organisation „Konföderation Unabhängiges Polen" (KPN) beantragt. Wie aus Oppositionskreisen verlautete, forderte die Staatsanwältin für den Führer der KPN, Leszek Moczulski, sechs Jahre Freiheitsentzug. Die fünf Angeklagten wurden im März 1985 verhaftet und stehen seit dem 3. März dieses Jahres unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft in einer verbrecherischen Organisation und der Verleumdung und Erniedrigung der obersten Staatsorgane Polens vor Gericht. Das Urteil wird noch in dieser Woche erwartet.

Streik legt Verkehr in Finnland lahm

DW. Helsinki

Die knapp 42 000 Angestellten des öffentlichen Dienstes in Finnland sind gestern in einen landesweiten Streik getreten. Der Ausstand, der vor zwei Wochen als regionaler Streik der rund 15 000 Beamten in Helsinki begonnen hatte, weitete sich am frühen Morgen landesweit aus, nachdem die Gewerkschaft ein Angebot der Regierung abgelehnt hatte. Behörden blieben geschlossen, Züge wurden angehalten und internationale Flüge wurden erheblich verzögert.

Silva: Portugal gehört zur NATO

dpa, Berlin

Für wirksame Absrüstungskontrollen hat sich der portugiesische Ministerpräsident Silva eingesetzt. Während *seines Besuchs gestern in Berlin*, bei dem er auch an die Mauer fuhr, betonte er zugleich, daß bei den diplomatischen Bemühungen um Abrüstung ein gefährliches Ungleichgewicht der Kräfte unbedingt vermieden werden müsse. Silva bekräftigte die Verankerung Portugals in der NATO. Die Allianz sei ein Eckpfeiler zur Wahrung von Freiheit und Demokratie. Die europäischen Länder dürften deshalb neutralistischen Versuchungen, die einen „dritten Weg" zwischen den beiden Supermächten zum Ziel hätten, nicht nachgeben. Bei der Eintragung in das Goldene Buch der Stadt bezeichnete der portugiesische Regierungschef Berlin als ein „Symbol der Freiheit und des Mutes".

Chirac: Mehr Rechte für Zentralbank

DW. Paris

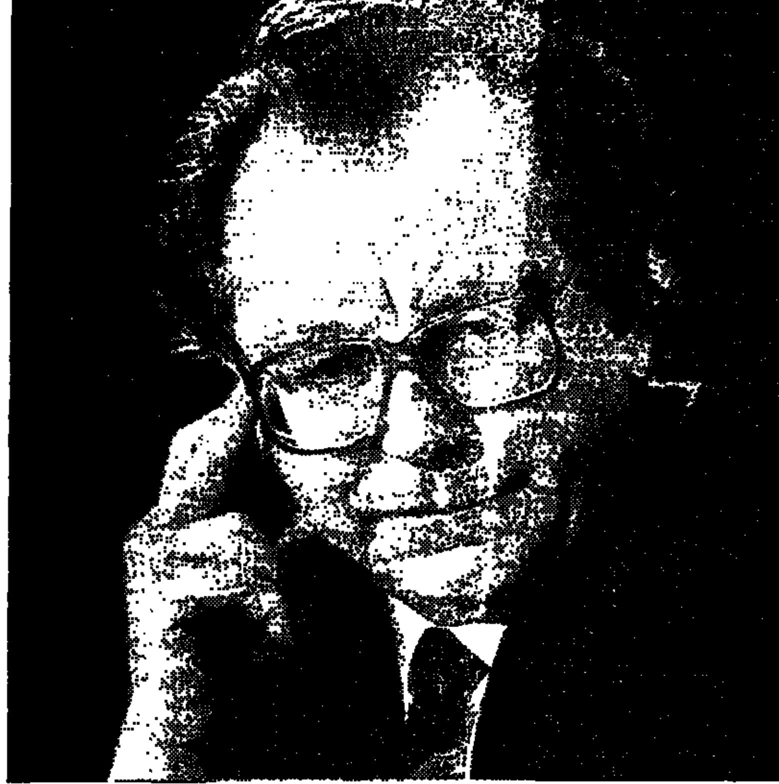
Die neue französische Regierung will der Zentralbank einen Autonomie-Status geben. Premierminister Jacques Chirac kündigte in Paris vor dem Senat einen entsprechenden Gesetzentwurf an. Damit würde die Regierung die von dem bisherigen sozialistischen Finanzminister Pierre Beregovoy begonnene Liberalisierung und Reform des Finanz- und Währungswesens in Frankreich fortsetzen. Chirac bezeichnete die „Erhaltung des Binnen- und Außenwertes des Francs" als Hauptziel der künftigen Währungspolitik.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc. 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632

Lothar Späth strebt eine Zwischenlösung im Medienstreit der Länder an

„Wir wollen keinen Kollaps der ARD"

Mit Hilfe einer Art Vorstaatsvertrag aller Länder, der die Zeit bis zum Abschluß eines endgültigen Gesamtstaatsvertrags über die Neuordnung des Rundfunkwesens überbrückt und regionale Vereinbarungen über die Nutzung des neuen Fernsehsatelliten TV-Sat zuläßt, bietet Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) eine Zwischenlösung im Medienstreit an. Im Gespräch mit Harald Günter erläuterte Späth seine Vorstellungen.



Will einen „Vorstaatsvertrag": Ministerpräsident Lothar Späth FOTO: WERNER SCHÜRING

WELT: Herr Späth, die Verhandlungen der Länderregierungschefs um den Abschluß eines Gesamtmedienstaatsvertrags sind gescheitert, im Norden und im Süden entstehen Einzelstaatsverträge über die Nutzung des neuen Fernsehsatelliten TV-Sat. Dennoch hoffen Sie noch auf eine übergreifende Gesamtlösung. Wie berechtigt ist Ihr Optimismus?

Späth: Ich räume ein, daß in der Medienpolitik gegenwärtig Optimismus schwerfällt. Aber ich glaube nicht, daß man politische Verantwortung, auch für den Föderalismus in der Bundesrepublik, tragen kann, *ohne immer wieder zu überlegen*, wie auseinanderlaufende Dinge zusammengebracht werden könnten. Von folgenden Einsichten müssen wir dabei ausgehen. Erstens: Der von uns angestrebte umfassende Medienstaatsvertrag scheint gegenwärtig *nicht erreichbar zu sein. Das Haupt*hindernis war, wie jeder weiß, die Frage der Fernsehwerbung im dritten Programm des Hessischen Rundfunks. Zweitens: Gegen die jetzt angestrebten Teillösungen in Nord- und Süddeutschland wird wahrscheinlich prozessiert. Und das nützt niemandem. Das Ergebnis wären noch mehr Rechtsunsicherheit und eine Verhärtung der Fronten im Blick auf den zum 1. Januar 1988 auslaufenden Gebührenstaatsvertrag. Am Ende würde, was wir alle nicht wollen, in der Tat der Zusammenbruch der ARD stehen.

WELT: Wie könnte eine Lösung aussehen?

Späth: Ich schlage vor, daß wir den Süd- und den Nordstaatsvertrag vor der Ratifizierung durch die zuständigen Länderparlamente in eine Art Vorstufe zu einem späteren Gesamtstaatsvertrag einbinden, die auf den Vereinbarungen von Bremerhaven im Jahr 1984 aufbaut. Den endgültigen Staatsvertrag sollte man dann zusammen mit einem neuen Gebührenstaatsvertrag abschließen.

WELT: Was sollte in dem von Ihnen vorgeschlagenen Vor- und Rahmenstaatsvertrag noch geregelt werden?

Späth: Die Länder haben sich bisher im Rahmen einer Art Verwaltungsvereinbarung auf die Verteilung und Nutzung der Kanäle sogenannter Rundfunksatelliten verständigt. Dabei sind sowohl das private SAT-1-Konsortium als auch die öffentlich-rechtlichen Zusatzprogramme 3SAT und ARD Eins Plus zum Zuge gekommen. So wurde zwar die Kanalnutzung geregelt, die Programmgenehmigung, speziell für Eins Plus, aber fehlt. Und darum dreht sich der Rechtsstreit mit der ARD. Ich meine, wir könnten das Problem so lösen, daß die Länder beschließen, ihre bisherigen staatsvertraglichen Bestimmungen über die ARD auszuweiten und ähnlich beim 3SAT-Programm des ZDF zu verfahren. Dann gibt es noch die in Hannover getroffene Vereinbarung der Ministerpräsidenten über die Verteilung der Quoten für die Nutzung der fünf Kanäle auf dem neuen Fernsehsatelliten TV-Sat.

In einem Vorstaatsvertrag könnte die Nutzung dieser Quoten in das Ermessen der dafür zuständigen Länder gestellt werden. Dann könnten beispielsweise Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Bayern den ihnen zustehenden Kanal an einen privaten Interessenten vergeben. Ebenso könnten die Nordländer verfahren. Umgekehrt könnten wir es mittragen, wenn Nordrhein-Westfalen zusammen mit Hessen, dem Saarland und Bremen vereinbaren würden, ihren Kanal der ARD oder dem ZDF zur Verfügung zu stellen.

WELT: Für wie ausgeprägt halten Sie den Wunsch privater Programmanbieter nach direkt strahlenden Satellitenkanälen?

Späth: Ein Interessent wäre mit Sicherheit SAT 1. Dann gibt es vielleicht noch einen zweiten und, wenn's hochkommt, einen dritten. Diesen Bedarf können wir im Norden und Süden decken. Der vierte Kanal, der nach Abzug des digitalen Hörfunkkanals übrigbleibt, könnte den Öffentlich-Rechtlichen zur gemeinsamen Nutzung überlassen werden.

WELT: Haben wir Sie richtig verstanden, daß Sie alle Länder, also *auch Hessen* in den *skizzierten* Vorstaatsvertrag einbinden wollen?

Späth: Ja. Meiner Meinung nach hat Hessen unsere Nutzungsüberlegungen bisher mitgetragen. Ich glaube daher, daß es einem Staatsvertrag, der die Werbefrage zurückstellen wird, zustimmen kann.

WELT: Ist Ihr Konzept eigentlich das der Union? Sie haben am vergangenen Montag, im Präsidium der CDU, darüber bereits gesprochen.

Späth: Ich habe den Eindruck, die CDU-Länder würden ein solches Konzept mittragen, auch wenn da sicher noch ein paar Meinungsverschiedenheiten auszuräumen sind. Und Gesprächen mit Kollegen der SPD, wie beispielsweise Johannes Rau, entnehme ich, daß sie bereit *sind, über einen gemeinsamen* Weg nachzudenken.

WELT: Wann und wie sollte ein solcher Vorvertrag abgeschlossen werden?

Späth: Meiner Meinung nach noch vor der Sommerpause. Ich plädiere hier aber ausdrücklich nicht mehr für große Konferenzen. Die Ministerpräsidenten sollten bilateral miteinander reden, dann setzt man sich in der CDU und in der SPD zusammen, dann muß man sich noch einmal gemeinsam treffen und, hoffentlich, einen Schlußstrich ziehen.

WELT: Herr Späth, was würde passieren, wenn nichts passiert?

Späth: Wir haben jetzt noch die Chance einer gleichgewichtigen Entwicklung von privaten und öffentlich-rechtlichen Programmanbietern. Wer eine Seite aber total blockiert, der muß wissen, daß in zwei Jahren *die Stunde der Wahrheit schlägt*, dann werden es die Ministerpräsidenten der Union nicht bei der Abmahnung für Eins Plus belassen, sondern auch das derzeitige Gebührensystem in Frage stellen. Das kann dazu führen, daß wir uns nicht mehr auf einheitliche Ländergebühren einigen und letzten Endes der Finanzausgleich unter den Anstalten kippt.

WELT: In der Union möchten viele den Privaten ein Stück vom großen Gebührenkuchen abgeben. Was sagen Sie dazu?

Späth: Ich persönlich habe bisher *Vorbehalte gegen diesen Vorschlag.* Ich weiß aber nicht, ob man sich ihm auf Dauer wird verschließen können, wenn die öffentlich-rechtliche Seite nicht bereit ist, vernünftige Kompromisse einzugehen. Es ist ja beispielsweise kein Geheimnis, in welchem Ausmaß ARD und ZDF in Amerika Filme aufgekauft haben. Das geschah nicht, weil die nichts mehr in ihren Beständen haben, sondern weil sie die Chancen der Privaten auch auf dem Unterhaltungssektor schon im Vorfeld systematisch einengen wollen.

Chirac will „verpaßte Chancen" wettmachen

Frankreichs Premier heute bei Kohl / Engere Kooperation

PETER RUGE, Paris

*Daß der neue französische Pre*mierminister als Ziel seiner ersten Reise ins europäische Ausland Bonn wählt, ist ein Signal: Jacques Chirac macht deutlich, wie wichtig er die Zusammenarbeit mit den Deutschen nimmt – es geht also um mehr als *bloße Höflichkeit bei dem heutigen* Besuch im Kanzleramt.

Paris hat bisher nicht den Eindruck, daß am Rhein die Veränderungen seit dem Machtwechsel an der Seine vor fünf Wochen entsprechend eingeordnet werden. Bonn hat sich wohl zu lange daran gewöhnt, in Staatspräsident Mitterrand den ebenbürtigen Gesprächspartner des Bundeskanzlers zu sehen; französische Ministerpräsidenten wurden vom deutschen Protokoll allenfalls der Ebene des Vize-Kanzlers zugeordnet.

Dies mag auch erklären, daß Berater *des Kanzlers Kontakte zu dem* gaullistischen Parteiführer und nach wie vor amtierenden Bürgermeister von Paris bislang nicht für besonders zwingend *hielten*, obwohl seit Februar die Meinungsumfragen in Frankreich die Bürgerlichen favorisierten. In der Umgebung Jacques Chiracs spricht man daher offen von den „verpaßten *Gelegenheiten*": Bundeskanzler *Kohl* war in der Wahlkampfzeit zweimal in Paris – zur Umweltkonferenz „Silva" und zum deutsch-französischen Gipfel. Ein Treffen kam nicht zustande.

Ungewißheit in Bonn

Beide, der Kanzler und der französische Premier, kennen sich daher kaum. Hinzu kommt die Unsicherheit auf deutscher Seite in der Beurteilung der „Cohabitation", wer denn nun eigentlich in Paris im außenpolitischen Bereich das Sagen habe: Der Staatspräsident oder dieser 53jährige schnittige Regierungschef, der soeben im Parlament einen eindeutigen Vertrauensbeweis erhielt – für eine neue Politik, die für Jacques Chirac auch Akzentverschiebungen in der deutsch-französischen Zusammenarbeit einschließt.

Engere Kooperation, frische, gemeinsame Impulse, Wiederbelebung des Vertragswerkes von 1963, zwar im Geiste Adenauers und de Gaulles, aber den heutigen Zeiten angepaßt – das sind die allgemeinen Stichworte, *die viele gebremste Projekte* wieder mit neuem Schwung versehen sollen, darunter Weltraumfähre „Hermes", Schnellbahnverbindung Paris–Köln und europäisches Kampfflugzeug. Zu der Eureka-Euphorie des deutschen Außenministers Genscher, setzt Chirac sein Interesse für SDI, das amerikanische Technologieprogramm. Darüber dürften Kanzler und französischer Premier wohl schnell zu einem gegenseitigen Verstehen finden.

Sicherheit gekoppelt

Chirac dürfte sich auch gegenüber einer zentralen Frage des deutsch-französischen Verhältnisses aufgeschlossener als frühere Regierungen zeigen: Für ihn ist der Rhein nicht mehr die Ostgrenze Frankreichs, vor der es den Deutschen allein überlassen bleibt, einen östlichen Aggressor abzuwehren: Er sieht die Sicherheit Frankreichs und der Bundesrepublik gekoppelt, als eine Schicksalsgemeinschaft, für die im Zuge der geplanten Armeereform auch eine neue Definition der französischen Nuklearverteidigung gefunden werden muß.

Jacques Chirac, der als Wehrpflichtiger seinen Militärdienst in Neustadt/Weinstraße ableistete, weiß um die nationale Not der Deutschen: ihre Trennung, die er für unnatürlich hält. Er könnte von Bonn als Fürsprecher in der „deutschen Frage" gewonnen werden, denn er sieht in der Teilung Europas keine Normalität; Jalta muß überwunden werden. Chirac läßt kaum eine Gelegenheit aus, um auf die Unterdrückung der Völker im Osten hinzuweisen: „Wenn eine Nation berufen ist, für die Freiheit einzutreten, dann ist es Frankreich."

Schweden mahnt Kreml

Erster Besuch von Ministerpräsident Carlsson in Moskau

R.-M. BÖRNGÄSSER, Moskau

*Die Sowjetunion hat in ihre Bemü*hungen um eine Wiederbelebung der Kontakte mit dem europäischen Westen nun auch das neutrale Schweden einbezogen. Erstmals seit zehn Jahren hält sich jetzt wieder ein schwedischer Regierungschef, der Palme-Nachfolger Ingvar Carlsson, zu einem Besuch in Moskau auf. Schon vor seinem Eintreffen war in den sowjetischen Medien mit Genugtuung Carlssons positive Haltung zu den neuen sowjetischen Abrüstungsinitiativen hervorgehoben worden.

Beide Seiten erhoffen sich von dem Besuch eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen. Denn seit 1982 vor dem schwedischen Marinestützpunkt Karlskrona ein sowjetisches Atom-U-Boot mit einem Felsen kollidierte und auftauchen mußte, weht den Sowjets von Skandinavien ein schärferer Wind ins Gesicht. Die Diskrepanz zwischen der friedliebenden Rhetorik der Sowjets und den Spionage-Missionen in schwedischen Hoheitsgewässern öffnete den Skandinaviern die Augen.

Politischen Beobachtern in Moskau fiel auf, daß der schwedische Ministerpräsident bei seinen Begegnungen mit sowjetischen Spitzenpolitikern, darunter Parteichef Gorbatschow, eine „außergewöhnlich" feste Position vertrat. So machte er ihnen klar, daß Neutralität nicht bedeuten dürfe, „daß man sie einfach beliebig verletzen könne". „Auch wir können Grenzen ziehen", sagte Carlsson weiter. Diese Passagen wurden allerdings *nicht in den sowjetischen Zeitungen* abgedruckt. Zum Themenkatalog des schwedischen Regierungschefs gehörte auch die immer noch nicht geklärte Frage der Grenzen in der Ostsee. Carlsson plädierte für eine Vereinbarung auf den Prinzipien des internationalen Rechts. Auch hier eine Lösung zu finden, würde zur Verbesserung der Beziehungen beitragen. Bei einem Essen im Kreml, das Ministerpräsident Ryschkow gab, sprach Carlsson dieses Thema unverblümt an und erklärte: „Ohne guten Zaun, gibt es keine gute Nachbarschaft."

Eine Verbesserung der politischen Beziehungen soll nach schwedischen Erwartungen auch zu einer Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit führen. Carlsson war mit einer hochkarätigen Wirtschaftsdelegation angereist. Wie verlautete, haben beide Seiten Handels- und Kreditabkommen abgeschlossen. Einzelheiten waren allerdings zunächst nicht zu erfahren.

Außerdem vereinbarten Moskau und Stockholm ein Urheberrechts-Abkommen. Schwedische Autoren erhalten rückwirkend und künftig Tantiemen aus ihren Werken, die in der Sowjetunion veröffentlicht wurden, in konvertierbarer Währung. Zu den schwedischen Autoren, die von diesem neuen Abkommen begünstigt sind, zählt auch Astrid Lindgren, die zu den bekanntesten Kinderbuch-Autorinnen in der Sowjetunion zählt.

Rotsch brach in Tränen aus

lz. München

Der KGB-Spion Manfred Rotsch will ein sehr nachlässiger Agent gewesen sein. Er wollte „die ganze Sache im Sande verlaufen" lassen, erklärte der 61jährige ehemalige MBB-Abteilungsleiter gestern vor dem Bayerischen Obersten Landesgericht in München. Er sei national erzogen worden und aus Protest gegen die Ostverträge Mitglied der CSU geworden. Unter Tränen erklärte der Ost-Agent zu seiner politischen Einstellung, es möge paradox klingen, er habe aber nie die Vertreibung aus seiner sudetendeutschen Heimat durch die Sowjets vergessen. Er hätte sich den Behörden im Westen offenbart, wenn er gewußt hätte, daß er dadurch auch nach seiner Anwerbung durch den KGB straffrei geblieben wäre. Rotsch, der zuletzt bei MBB 7300 Mark im Monat verdiente, soll für seine 30jährige Agententätigkeit nur 25 000 Mark erhalten haben.

Engelhard legt Gutachten vor

gba. Bonn

Bundesjustizminister Engelhard hat in einer von seinem Haus unter Beteiligung des Arbeits- und des Innenministeriums erarbeiteten Studie den Kernthesen des Benda-Gutachtens zum Paragraph 116 im Arbeitsförderungsgesetz widersprochen:

- Die Änderung des 116 AFG verstoße nicht gegen den Eigentumsschutz des Grundgesetzes;
- der Beschluß des Bundestages hierzu „verstößt nicht gegen die Koalitionsfreiheit, sondern konkretisiert in zulässiger Weise die Pflicht des Staates zur Neutralität im Arbeitskampf";
- das Rechtsstaatsprinzip sei nicht verletzt, weil der Gesetzgeber keineswegs die eigentliche Zielsetzung – Sicherung der Neutralität des Staates – verdecke.

Auch Staatsrechtler Scholz war im Exklusivbeitrag für die WELT (14. 4.) zu diesem Ergebnis gekommen.

Grünes Licht für Sicherheitsgesetze

gba. Bonn

Das Bundeskabinett hat gestern die Gegenäußerung zu den Änderungsvorschlägen des Bundesrates in den Entwürfen der Sicherheitsgesetze, einschließlich des „Zusammenarbeitsgesetzes" (ZAG) gebilligt und damit grünes Licht für die weitere Behandlung im Gesetzgebungsverfahren gegeben. Auch das bisher nicht eingebrachte ZAG kann nun im Beratungsgang des Bundestages zusammen mit den anderen Sicherheitsgesetzen, wie Datenschutzgesetz, Verfassungsschutzgesetz und Änderung des Straßenverkehrsgesetzes behandelt werden. Bundeskanzler Kohl hatte vor kurzem erklärt, er sehe diese Gesetzesvorhaben als ein Gesamtpaket an. Erst nach den Anhörungen dazu, Ende des Monats, kann in der Koalition entschieden werden, ob die Entwürfe noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden können.

Gemeinnützigkeit soll bleiben

A.G. Bonn

Nach langem Schweigen hat sich jetzt der Gesamtverband Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen zu den Vorgängen um sein Mitglied Neue Heimat geäußert. In einer Erklärung der Spitzengremien dieser Dachorganisation wird vor Massenverkäufen von NH-Wohnungen gewarnt: Aus Sicht der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft sei eine Sanierung auf diesem Weg „problematisch und sozial- wie wohnungspolitisch unerwünscht". An Eigentümer und die öffentliche Hand wird appelliert, die Gespräche mit dem Ziel fortzusetzen, *die wohnungsgemeinnützigen* Bindungen bei den Wohnungen zu erhalten. Im übrigen sei die gemeinnützige Wohnungswirtschaft zwar von den Vorgängen auch betroffen, aber die Lage der NH sei nicht repräsentativ für die rund 1800 gemeinnützigen Wohnungsunternehmen mit ihren 3,4 Millionen Wohnungen.

Botha bietet Gespräch an. Brandt nennt Bedingung

DW. Johannesburg

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat bei seinem Südafrika-Besuch eine Einladung zu einem Treffen mit Präsident Pieter Botha angenommen. Brandt forderte jedoch gleichzeitig, mit dem gefangenen Schwarzen-Führer Nelson Mandela zusammentreffen *zu können. Gestern ist* der SPD-Vorsitzende in Johannesburg mit Repräsentanten der deutschen Wirtschaft zusammengetroffen. Trotz unterschiedlicher Meinungen beider Seiten über wirtschaftliche Druckmaßnahmen gegen die Apartheidsregierung bezeichneten Teilnehmer das Gespräch als hilfreich und positiv.

Die deutschen Wirtschafts-Vertreter wiesen Brandt auf das sozialpolitische Engagement ihrer Unternehmen hin, das von der SPD auch anerkannt worden sei. Die Sozialdemokraten – Brandt wird von den SPD-Politikern Hans Koschnick und Günter Verheugen begleitet – forderten die deutschen Unternehmen auf, ihre kritische Haltung zur Regierung in Pretoria auch öffentlich deutlicher zu machen. Sie sollten in ihren Unternehmen Modelle für die Zeit nach Abschaffung der Apartheid entwickeln, meinte Verheugen.



SPD-Chef Willy Brandt beim Gespräch mit Winnie Mandela FOTO: AP

Zuvor war Brandt mit Vertretern der „Vereinigten Demokratischen Front" (UDF), der größten oppositionellen Sammlungsbewegung in Südafrika, zusammengetroffen. Wie schon bei seinen Gesprächen mit schwarzen Politikern am Vortag sei ihm auch hierbei nach Schil[illegible] von Teilnehmern eine „ver[illegible] Darstellung der Situation in [illegible]ka gegeben worden. Die F[illegible] nach wirtschaftlichen Sanktionen wurde mit *großem Nachdruck* vertreten. Die Bundesrepublik müsse sich entscheiden, auf welche Seite sie sich stellen wolle.

Die Frage von Saktionen stand auch im Mittelpunkt der Gespräche, die Brandt am Vortag in Johannesburg mit der Bürgerrechtlerin Winnie Mandela geführt hatte. Der SPD-Vor[illegible]ende hatte die Frau des seit mehr [illegible] zwanzig Jahren inhaftierten Nel[illegible] Mandela im Haus des stellvertre[illegible]den deutschen Botschafters Fritz Ziefer getroffen. Frau Mandela steht offiziell immer noch unter dem „Bann" der Regierung, der ihr einschneidende Kontakt-Beschränkungen auferlegt.

Hans Koschnick und Günter Verheugen bezeichneten diese Unterredung als sehr offen. Es sei deutlich geworden, daß ein Dialog der Schwarzen mit der weißen Regierung erst möglich werde, wenn die Apartheid in allen Erscheinungsformen abgeschafft sei.

Protest kommt per Inserat

Ungarische Intellektuelle kritisieren Budapest in Wiener Blatt

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Prominente ungarische Intellektuelle, Schriftsteller und Wissenschaftler haben in einem ganzseitigen Inserat in einer westlichen Tageszeitung gegen Maßnahmen ihrer eigenen Regierung protestiert und die westliche *Öffentlichkeit um Hilfe* gebeten. In einem Aufruf, der von 30 in Ungarn lebenden ungarischen Staatsbürgern unterzeichnet ist, werden die Österreicher aufgefordert, eine Beteiligung der Wiener Regierung und der österreichischen Donaukraftwerke am Bau der umstrittenen tschechoslowakisch-ungarischen Donau-Wasserkraftprojekte Gabcikowo-Nagymaros zu verhindern.

Der Aufruf wurde gestern in der Wiener Tageszeitung „Die Presse" veröffentlicht. Neben bekannten ungarischen Dissidenten haben auch zahlreiche Persönlichkeiten unterschrieben, die bisher an regimekritischen Protestaktionen niemals teilnahmen und eher dem Establishment der Volksrepublik zuzurechnen sind. Dazu gehören der Dichter Sandor Csoori, der Kunsthistoriker Dezsö Dercsenyi, der Schriftsteller Miklos Meszöly und der Pianist Zoltan Kocsis.

„Die sollten wissen", heißt es in dem Inserat, „daß das Projekt des Staustufensystems Gabcikovo-Nagymaros in Ungarn auf friedlichen, jedoch entschiedenen und deutlichen Widerstand stößt." Seit Jahrzehnten sei dies die „bedeutendste staatsbürgerliche Willensäußerung" in Ungarn. Doch lasse die ungarische Regierung keinerlei Kritik in den Medien und keine Gegenmeinung zu.

Durch das tschechoslowakisch-ungarische Projekt solle die Donau auf einer Strecke von 200 Kilometern völlig umgestaltet werden. Um die vier Meter hohe Flutwelle zu bändigen, die zweimal täglich durch das tschechoslowakische Kraftwerk abgelassen werde, müsse man auch dem romantisch-schönen Donauknie oberhalb Budapests „zu Leibe rücken".

Weiter wird in dem Inserat auf schwere Bedenken der ungarischen Akademie der Wissenschaften hingewiesen.

Der Aufruf der ungarischen Intellektuellen an die Österreicher schließt mit den Worten: „Verhindern Sie, daß sich Österreich, wenn auch ungewollt, in die Diskussion zwischen Regierung und Gesellschaft Ungarns einmischt. Eine demokratische Gesellschaft – und wir sehen Österreich als solche an – darf sich nicht gestatten, die Demokratie-Mängel eines anderen Landes zum eigenen materiellen Vorteil zu nutzen."

Ein Knallfrosch zehrt am Image der weiß-blauen Motoren-Hersteller

Das Team hat Motorsport-Geschichte gemacht: 1983 wurde der Brasilianer Nelson Piquet in der Formel 1 auf einem Brabham-BMW erster Weltmeister mit einem Turbo-angetriebenen Rennwagen. In dieser Saison fahren die Brabham-BMW-Rennwagen jedoch hinterher – wenn sie überhaupt mal ins Ziel kommen.

Die bisherige Bilanz: Beim ersten Saison-Rennen in Rio de Janeiro schied der Italiener Riccardo Patrese in der 22. Runde mit gebrochener Wasserleitung aus. Sein Landsmann und Teamkollege Elio de Angelis erreichte das Ziel erst mit drei Runden Rückstand auf den Sieger als Achter.

Beim Grand Prix von Spanien in Jerez kam Patrese nur noch acht Runden weit, dann stoppte ihn ein Getriebeschaden. De Angelis ereilte diese Panne beträchtlich später, nämlich erst in der 29. Runde.

Was danach folgte, waren ständige Krisensitzungen zwischen dem Brabham-Eigner Bernie Ecclestone und Peter Flohr, dem Geschäftsführer der BMW-Motorsport GmbH. Denn der stete Mißerfolg paßt so gar nicht zu jenem Image, das sich die weiß-blauen Motorenbauer gerade in diesem Jahr mit Hilfe der Formel 1 verpassen wollen: dynamisch, sportlich, erfolgreich. Mit dieser Devise wollen sie schließlich ihre Autos verkaufen. Autos, die so zuverlässig sein sollen, wie die BMW-Fabrikate in der Formel 1...

Was freilich vorerst ein Wunschtraum ist, denn es jährt sich nunmehr zum dritten Mal, daß sich für Brabham-BMW die Mißerfolge geradezu häufen. Und Nelson Piquet, der zweimalige Weltmeister, war es wohl satt, sich mit Autos herumzuplagen, die lediglich eine Anhäufung fast unlösbarer Probleme waren. So wechselte er zum Team Williams-Honda. Mit einem solchen Auto gewann er prompt den Großen Preis von Brasilien.

Als Piquet gekündigt hatte, mußte Brabham-BMW nehmen, was auf dem Fahrer-Markt übrig geblieben war: die beiden Italiener Riccardo Patrese und Elio de Angelis. Nach fachlich-untadeliger Einschätzung des BMW-Beraters Niki Lauda, immerhin dreimal Formel-1-Weltmeister, fehlt den beiden ebenso das Zeug zum Erfolgsfahrer wie auch die Qualifikation, technische Probleme mit Hilfe der Ingenieure zu lösen. Lauda war übrigens auch darin ein Meister.

Das Lösen technischer Probleme scheint diesmal ganz besonders vonnöten zu sein, denn Brabham-Konstrukteur Gordon Murray hat einen

STAND ● PUNKT

Wagen gebaut, der 30 Zentimeter flacher ist als jede andere Konstruktion in der Formel-1-Zunft. Versehen mit dem von BMW entwickelten stärksten Turbo-Motor der Formel 1 sollte das superflache Gefährt ein Knaller ersten Ranges werden. Was heraus kam, war jedoch nur ein Knallfrosch.

Und warum das alles?

Wohl in erster Linie deshalb, weil das Auto ohne die notwendige Entwicklungsarbeit bei brauchbaren Testfahrten sofort im Rennen eingesetzt wurde. Das heißt, alle Erfahrungen, die man für Modifikationen benötigt und die man bei Testfahrten erlangt, erfährt man bei BMW im Training oder gar erst im Rennen selbst. Das wiederum heißt, daß es für Brabham-BMW nicht darum gehen kann zu gewinnen oder Weltmeisterschafts-Punkte zu sammeln, sondern vorerst nur darum, eine unausgereifte Konstruktion einigermaßen erträglich in den Griff zu bekommen.

Die italienischen Partner des Teams, der Reifenhersteller Pirelli und der Schreibmaschinen-Produzent Olivetti als Hauptsponsor, reagieren darauf mittlerweile nervös. Denn es geht dabei schließlich auch um deren Image. Pirellis Aufmerksamkeiten gelten wohl auch deshalb nun mehr der Konkurrenz als dem bislang bevorzugten Team Brabham-BMW.

Was kein Wunder ist, denn die Konkurrenz, die sich die nicht speziell entwickelten BMW-Rennmotoren kauft, fährt damit auf den Geraden den Brabham-BMW-Rennwagen auf und davon. Und für so etwas hat man in britisch-bayerischer Zusammenarbeit immerhin rund 23 Millionen Mark an Entwicklungs- und Gestehungskosten verbraucht. Das Fachblatt „Powerslide" höhnte: „Brabham-BMW oder der Turmbau zu Babel".

Vor dem Großen Preis von San Marino in Imola am 27. April werden Gordon Murrays Konstruktionen auf der dortigen Rennstrecke getestet. Wobei eher der Begriff Bestandsaufnahme gewählt werden muß. Sollte sich nämlich herausstellen, daß nicht die BMW-Triebwerke Basis aller Mißerfolge sind, sondern vielmehr Murrays angeblich in die Zukunft weisende Konstruktion, könnte es zur Trennung zwischen Brabham und BMW kommen. Die Zusammenarbeit würde dann auf das Verhältnis Verkäufer und Kunde schrumpfen. Oder vielleicht geht es sogar noch ein bißchen weiter. Der private Fernsehsender Radio Luxemburg (RTL-plus) empfahl, beim Testergebnis zugunsten von BMW die Brabham-Autos gleich zu verschrotten...

KLAUS BLUME



Bat holländische Firmen um Hilfe: Huub Rothengatter
FOTO: DE TELEGRAAF

Huub Rothengatter zweiter Fahrer bei Zackspeed

DW. Bonn

Beim dritten Lauf zur Formel-1-Weltmeisterschaft, dem Großen Preis von San Marino in Imola am 27. April, wird das deutsche Zackspeed-Team aus Niederzissen in der Eifel mit einem zweiten Wagen antreten. Zweiter Fahrer neben dem bisher verpflichteten englischen Arzt Jonathan Palmer ist der 31 Jahre alte Holländer Huub Rothengatter aus Laren bei Hilversum. Das Team wird Rothengatter am Freitag in Amsterdam als Neuzugang der Öffentlichkeit präsentieren.

Rothengatter, der 1975 die mittlere Reife ablegte, ist Autorennfahrer „gegen meinen Willen und nur, weil ausgerechnet bei mir dieser Virus so furchtbar zugeschlagen hat". Seinen größten Erfolg errang er 1982 mit dem Sieg beim Formel-2-Europameisterschaftsrennen in Zolder. 1985 unterschrieb er seinen ersten Vertrag in der Formel-1 – beim italienischen Orsella-Team. Seine Option für eine Verpflichtung in dieser Saison gab Rothengatter bei Orsella auf, wo der Münchner Christian Danner verpflichtet wurde.

Ende letzten Jahres erregte Rothengatter auch über die Grenzen Hollands hinweg Aufsehen, als er in der größten holländischen Tageszeitung „Telegraaf" ganzseitige, vierfarbige Inserate für je 65 000 Mark schaltete. Rothengatter bat darin die holländische Wirtschaft, ihn als Rennfahrer finanziell zu unterstützen.

FUSSBALL / Neuer Ärger um Pal Csernai

Rolf Schafstall neuer Trainer von Bochums Nachbar Schalke 04?

BERND WEBER, Dortmund

Also, großer Fußball war es sicherlich nicht, den Borussia Dortmund und der VfL Bochum den gut 22 000 Zuschauern am Dienstag abend im Westfalenstadion geboten haben. Immerhin, der Wille, auch am Ende einer kräftezehrenden Saison zumindest zu kämpfen solange die Kräfte reichen, war bei allen erkennbar. Und so gingen denn die meisten Besucher am Ende durchaus zufrieden nach Hause – dies allein schon deshalb, weil die Gastgeber mit 1:0 gewonnen und sich damit im Abstiegskampf wieder ein wenig Luft verschafft haben. Die Bochumer ehrt es, daß sie zu keiner Zeit der Begegnung den Verdacht aufkommen ließen, sie wollten Nachbarschaftshilfe leisten. „Borussia bekommt, auch wenn es für uns praktisch um nichts mehr geht, nichts geschenkt", hatte Bochums Kapitän Klaus Fischer vorher angekündigt.

Auf dem Spielfeld sah es dann so aus, daß die Bochumer eigentlich ständig deutliche Feldvorteile hatten, vor dem Tor des Gegners aber entweder nicht entschlossen genug zu Werke gingen (vor allem Stefan Kuntz, mit 22 Treffern derzeit Erster in der Bundesliga-Torschützenliste, wurde von seinem früheren Mannschaftskollegen Bernd Storck klar abgemeldet) oder in Torwart Eike Immel Endstation ihren Meister fanden. Auf der Gegenseite konnte sich Spielmacher Marcel Raducanu einmal der hautengen Bewachung entziehen. Der Exil-Rumäne nahm eine Flanke von Storck volley und schmetterte den Ball mit einem Seitfallrückzieher ins Netz. Dafür bekam er minutenlange Ovationen.

Im Prinzip aber haben alle Beteiligten das Spiel schnell abgehakt, dafür gab es genügend Zündstoff am Rande der Begegnung. Dortmunds Vereins-Präsident Reinhard Rauball zum Beispiel regte sich über den Reviernachbarn Schalke 04 auf, der sich – ohne vorherige Absprache, wie sie die Bundesligabosse untereinander vereinbart haben – ab der nächsten Saison die Dienste von Mittelstürmer Jürgen Wegmann gesichert hatte. Rauball zur WELT: „Dieses Vorgehen nehme ich meinem Kollegen Fenne äußerst übel." Bei den Verhandlungen um die Ablöse will Dortmund keine Mark preisgeben. Im Raum steht eine Forderung von zwei Millionen Mark. Wegmann selbst hielt sich aus dem Streit heraus. Er betonte nur noch einmal, wie froh er sei, von Borussia, vor allem aber von seinem jetzigen Trainer Pal Csernai wegzukommen. Der freilich hat nicht nur bei Wegmann, sondern inzwischen bei nahezu allen Fans in Dortmund seine letzten Sympathien verspielt.

In der Tat sind die Handlungsweisen des exzentrischen Ungarn kaum noch nachzuvollziehen. Gegen Bochum sah er regungs- und tatenlos zu, wie seine beiden Mittelfeldspieler Uli Bittcher und Ralf Loose kräftemäßig völlig einbrachen – eine Auswechslung wäre zwingend notwendig gewesen. Csernai aber unternahm nichts.

Den früheren Spieler und Obmann Helmut Bracht regte die Lethargie des Trainers dermaßen auf, daß er lautstark auf der Tribüne schimpfte: „Noch nie hat es hier in Dortmund einen Mann gegeben, der seine Umwelt so bewußt provoziert hat wie Csernai. Wenn ich nicht genau wüßte, daß er woanders schon mit Erfolg gearbeitet hat, müßte ich beinahe annehmen, er hat seinen Trainerschein irgendwo in der Puszta gefunden..." Rauball trug die heftigen Attacken nicht mit. Bei ihm ist das Bemühen spürbar, die letzten Tage mit Csernai (der angeblich zum FC Zürich wechseln wird) mit Anstand über die Bühne zu bringen.

Auch auf Bochumer Seite standen die Personaldiskussionen im Mittelpunkt. So zeichnet sich immer deutlicher ab, daß Trainer Rolf Schafstall vorzeitig aus seinem Vertrag aussteigen und zu Schalke wechseln wird. Absolut sicher ist, daß Kuntz den VfL Bochum verlassen wird. Am Wochenende will er die letzten Detailfragen seines Wechsels klären. Bochums Vorsitzender Ottokar Wüst: „Bei dem Gehaltsangebot, daß Kuntz vorliegen hat, sind wir machtlos." Wohin der Polizeibeamte gehen wird, scheint auch geklärt – zu Bayer 05 Uerdingen. Kuntz liegt aber auch noch ein Angebot des französischen Erstliga-Klubs AS Monaco vor.

NACHRICHTEN

Schwenker tritt zurück

Kiel (sid) – Der Kieler Linksaußen Uwe Schenker (27) hat nach 63 Länderspielen seinen Rücktritt aus der Handball-Nationalmannschaft erklärt. Schwenker begründet seinen Schritt so: „Ich studiere Betriebswirtschaft und stehe vor einer Prüfung als Versicherungs-Kaufmann. Da bleibt für die Nationalmannschaft keine Zeit mehr."

Rummenigge bleibt

München (sid) – Michael Rummenigge (22) und Ludwig Kögl (20) bleiben beim Fußball-Bundesligaklub Bayern München. Beide verlängerten ihre Verträge mit dem deutschen Meister bis 1987. Dieter Hoeneß will seinen auslaufenden Vertrag noch um ein Jahr verlängern.

2:1 gegen Ungarn

Straubing (dpa) – In einem Länderspiel besiegte die deutsche Fußball-Nationalmannschaft der Frauen in Straubing Ungarn mit 2:1. Die Tore für das deutsche Team erzielten Andrea Haberlass (6. Minute) und Petra Dahm (48.).

Eva Pfaff ohne Chance

Amelia Island (dpa) – Eva Pfaff (Frankfurt) unterlag beim internationalen Damen-Tennisturnier von Amelia Island (USA) der Bulgarin Manuela Maleeva mit 0:6, 3:6. Die deutsche Ranglisten-Fünfte war in der 65 Minuten dauernden Begegnung ohne Chance.

Becker in Forest Hills

New York (sid) – Nach Yannick Noah (Frankreich) und den Amerikanern Jimmy Arias und Aaron Krickstein hat jetzt auch Boris Becker (Leimen) seine Teilnahme am Tennis-Grand-Prix-Turnier in Forest Hills (USA) zugesagt. Das Turnier findet vom 5. bis 11. Mai statt und ist mit 615 000 Dollar dotiert.

Roggensack kommt

Braunschweig (sid) – Neuer Trainer beim Fußball-Zweitligaklub Eintracht Braunschweig wird Gerd Roggensack (44). Roggensack war Ende des letzten Jahres von Arminia Bielefeld beurlaubt worden.

ZAHLEN

EISHOCKEY

Weltmeisterschaft in Moskau, 2. Spieltag: Deutschland – USA 2:9, CSSR – Schweden 2:3, UdSSR – Polen 7:2. – 3. Spieltag: Finnland – CSSR 1:1.

DIE TABELLE

1.UdSSR	3	3	0	0	15:5	6:0
2.Finnland	4	2	1	1	10:11	5:3
3.USA	3	2	0	1	20:9	4:2
4.Schweden	3	2	0	1	9:7	4:2
5.Kanada	3	1	0	2	11:10	2:4
6.Polen	3	1	0	2	6:15	2:4
7.Deutschland	3	1	0	2	9:20	2:4
8.CSSR	4	0	1	3	7:10	1:7

VOLLEYBALL

Spring-Cup der Männer in Österreich, letzter Spieltag der Vorrunde, Gruppe A: Spanien – Österreich 1:3, beide Mannschaften in der Finalrunde. – Gruppe B: Frankreich – Schweiz 3:1, Frankreich und Norwegen weiter. – Gruppe C: Deutschland – Belgien 3:1, beide Teams weiter. – Gruppe D: Gibraltar – Portugal 0:3, Türkei und Portugal weiter.

EISHOCKEY / 1:1 gegen Finnland – schon wieder kein Sieg für die CSSR

Wie ein „Boxer, der nach schweren Schlägen auf den Gong wartet..."

dpa, Moskau

So früh wie noch nie bei einer Eishockey-Weltmeisterschaft hat in Moskau das große Rechnen um Punkte und direkte Duelle begonnen. Ein sportlich vor dem Turnier kaum faßbarer Gedanke wird schon nach drei Spieltagen im Luschniki-Sportpalast ebenso verblüfft wie ernsthaft diskutiert: Weltmeister CSSR und Vize-Weltmeister Kanada mit Aufsteiger Polen und Deutschland in der Abstiegsrunde. Die Tschechoslowakei konnte auch in ihrem vierten Spiel nicht gewinnen. Gegen Finnland reichte es nur zu einem mageren 1:1.

CSSR-Trainer Jano Starsi ist in den für ihn so bitteren Tagen von Moskau nach drei Niederlagen in Folge ein anderer Mensch geworden. Der einst leutselige, offene Charakter des einstigen Meistermachers vom SC Riessersee hat sich gewandelt. Wie gelähmt wirkt er, nur schwer ansprechbar, verschlossen, ratlos, schon jetzt ein Gezeichneter. Die Ausflüchte klingen hilflos und weisen kaum den richtigen Weg aus der Krise: „Hier wird offenbar, daß wir den Titel im letzten Jahr glücklich gewonnen haben." Diese Erkenntnis nutzt seiner Mannschaft in Moskau gewiß nichts.

Starsi und die 16 Weltmeister von Prag im Moskauer CSSR-Team sind auf dem Tiefpunkt angelangt, weil sie von den Ergebnissen gegen Polen (1:2), Deutschland (3:4) und Schweden (2:3) völlig unerwartet wie von Blitzen aus heiterem Himmel getroffen worden sind. In der Heimat heißt es bei „Ceskoslovensky Sport", die CSSR-Auswahl erinnere „an einen Boxer, der nach schweren Schlägen nur mühselig auf den Füßen steht und auf den barmherzigen Gongschlag wartet".

Dem Trainer-Gespann Starsi/Pospisil ist vorzuwerfen, keine Antwort auf die Strukturveränderungen im internationalen Eishockey gefunden zu haben. Was sich schon in Prag 1985 abzeichnete, ist in Moskau praktisch in jedem Match zu sehen: Das Spiel verarmt. Die Sowjets scheiterten vor einem Jahr an Tschechoslowaken und Kanadiern, weil diese aus der Defensive das Prinzip der Zerstörung des Spiels erfolgreich anwandten. Jetzt ist die CSSR selbst das Opfer dieser Taktik, die dem Eishockey nicht gut bekommt. Wer nicht kämpft, verliert. Das CSSR-Team spielt nicht und kämpft nicht.

Ratlosigkeit, absolute Ratlosigkeit, kennzeichnet die Stimmung. Weder Stars wie Ruzicka, Rosol und Liba noch der junge Torjäger Sejba waren bisher fähig, dem Spiel Zusammenhang zu verleihen. Im Tor fehlt der nach Rosenheim gewechselte Jiri Kralik schmerzlich. Die Aktionen auf dem Eis zerfallen in Bruchstücke und kleinste Splitter. Mit dem Wort Nervosität sind einzelne Leistungen zu gering beschrieben. Panik führt die Schlägerkellen. „Wir suchen unser Gesicht", sagte Jano Starsi nach den drei Pleiten. Die Antwort der Zeitung „Mlada Fronta" in Prag: „Bisher finden wir es im unbarmherzigen Spiegel der WM." Die Enttäuschung im Land des Weltmeisters ist riesengroß: „Die CSSR steht am Abgrund" und „Die Teilnahme in der Finalrunde würde einem Wunder gleichkommen."

Etwas mehr Hoffnungen auf eine positive Wende haben die Kanadier (2:4 Punkte), die nach drei Spieltagen durch das 8:3 über Deutschland wenigstens zwei Punkte mehr auf ihrem Konto besitzen als die CSSR (0:6). Aber das 2:3 gegen Finnland könnte den Weg in die Finalrunde versperren. Das Ergebnis des direkten Duells gibt bei Punktgleichheit den Ausschlag und ist damit in der Endabrechnung mindestens so viel wert wie ein Auswärtstor im Fußball-Europapokal.

*

Für den Kölner Verteidiger Uwe Krupp (20) ist die Weltmeisterschaft schon nach drei Spielen zu Ende. Der jüngste Spieler in der deutschen Nationalmannschaft erlitt bei der 2:9-Niederlage gegen die USA in der 42. Minuten einen Knochenbruch im linken Fuß. Das ergab eine Untersuchung in einem Moskauer Krankenhaus. Sobald die starke Schwellung abgeklungen ist, soll er nach Hause fliegen. Er wird voraussichtlich schon am Montag in Köln operiert. Zusammen mit seinem Vereinskollegen Udo Kießling bildete Krupp die stärkste Verteidigung der deutschen Mannschaft, er erzielte bereits zwei Treffer.

LADENDIEBSTAHL

Funktionär aus der „DDR" ertappt

dpa, München

Der Generalsekretär des Deutschen Eislaufverbandes der „DDR", Hans-Joachim Grünwald, ist beim Ladendiebstahl ertappt worden. Während eines Einkaufbummels mit Jutta Müller, der Trainerin von Vize-Weltmeisterin Katarina Witt, hatte Grünwald in einem Kaufhaus (Karstadt am Dom) in München einen Spielzeughund im Wert von 9,95 Mark entwendet und wurde dabei von einem Hausdetektiv erwischt. Das Kaufhaus erstattete gegen Grünwald Anzeige wegen Diebstahls.

Der Sportfunktionär aus der „DDR" sei eindeutig des Ladendiebstahls überführt worden, teilte gestern die Kaufhaus-Hauptverwaltung in Essen und der Organisationsleiter des Münchner Kaufhauses, Gerd Wozniak, mit. Nach Feststellung der Personalien wurde er von der herbeigerufenen Polizei mitgenommen und wenig später freigelassen. Die „DDR"-Nachrichtenagentur ADN bezeichnet den Vorfall als „Provokation gegen die Sportbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR". Grünwald, so ADN, sei „in übler Weise beleidigt worden", die Spielzeugfigur sei „ihm vor die Füße geworfen worden", er habe sie nur aufgehoben...

FUSSBALL

Kehren die alten Zeiten zurück?

dpa, Zürich

Gute alte Zeit? Früher winkte der Schiedsrichter nach dem Schlußpfiff beide Mannschaften noch einmal zur Mittellinie, ließ sie antreten und gab das Zeichen zum Sportgruß: „Gut Sport". Eine Annäherung an diese alte Fußballsitte hat der internationale Verband (FIFA) für die Weltmeisterschaft in Mexiko beschlossen.

Jetzt sind die Mannschaften wieder verpflichtet, sich nach dem Abpfiff wie vor dem Abspielen der Nationalhymnen im Mittelkreis des Spielfeldes aufzustellen, das Publikum durch Winken zu grüßen, wenigstens einem ihrer Gegenspieler die Hand zu schütteln, um dann gemeinsam den Rasen zu verlassen. Damit will die FIFA ein Zeichen der Fairneß setzen, die anständigste Mannschaft erhält am Ende des Turniers einen eigens gestifteten Fairneß-Pokal.

Wer diesen Pokal gewinnen will, darf auch nicht gegen die neue Kleiderordnung verstoßen: Trikottausch vor den Zuschauern wird mit zehn Minuspunkten bestraft. Punktabzüge in der Fairneß-Wertung gibt es auch, wenn ein Spieler sein Trikot aus der Hose hängen läßt oder sich die Stutzen auf die Knöchel hinunterrollt. Schlechte Zeiten für Matthias Herget und Hans-Peter Briegel?

RINGEN

Heugabel vor dem Titelgewinn

sid, Piräus

Reiner Heugabel aus Goldbach, der deutsche Ringermeister im Papiergewicht, steuert bei den 29. Europameisterschaften in Athen den Titelgewinn an. Nach Punktsiegen über den Rumänen Pacaraiu, den Griechen Sidiropoulos und den Türken Ocal hat er die Silber-Medaille bereits sicher. Im Finale trifft der Olympia-Fünfte und Militär-Weltmeister auf den Sowjetrussen Dorzou.

Neben Heugabel hat Superschwergewichtler Ralf Bremmer (Anger) das kleine Finale erreicht, während Cakici (Goldbach), Lukowski (Witten) und Colling (Aldenhoven) um die Plätze fünf und sechs kämpfen. Bremmer (23) verlor nach einem Freilos in der ersten Runde gegen den sowjetischen Europameister Mermaniswili, landete dann aber einen Aufgabesieg gegen den Bulgaren Hristov. Er trifft im Kampf um Platz drei auf den Polen Adam Sandurski. Der gebürtige Türke Cakici scheiterte an dem Finnen Jukka Rauhalla, dem Olympiadritten von Los Angeles.

Nicht unter die ersten Sechs placieren konnten sich trotz zweier Siege der Winzelner Mittelgewichtler Reiner Trik sowie der Aalener Fliegengewichtler Herbert Trutsch und Ralf Lyding aus Witten im Federgewicht.

BUNDESLIGA

DIE ERGEBNISSE

Dortmund – Bochum	1:0	(1:0)
Hamburger SV – Schalke	2:0	(0:0)

DIE TABELLE

1.Bremen	31	20	7	4	81:38	47:15
2.München	31	20	5	6	76:31	45:17
3.M'gladbach	31	15	11	5	63:42	41:21
4.Stuttgart	31	15	7	9	62:42	37:25
5.Uerdingen	29	15	6	8	48:54	36:22
6.Leverkusen	31	14	8	9	59:48	36:26
7.Hamburg	31	15	5	11	48:33	35:27
8.Mannheim	31	11	10	10	40:38	32:30
9.Bochum	31	12	4	15	52:54	28:34
10.Schalke	31	11	6	14	48:52	28:34
11.Frankfurt	30	7	13	10	34:44	27:33
12.Nürnberg	31	11	5	15	46:46	27:35
13.Köln	31	8	10	13	41:55	26:36
14.Dortmund	31	9	7	15	44:59	25:37
15.Düsseldorf	31	9	7	15	47:71	25:37
16.K'lautern	31	7	10	14	39:52	24:38
17.Saarbrücken	31	5	9	17	36:60	19:43
18.Hannover	30	5	6	19	41:86	16:44

Die Torschützen: Hamburg – Schalke: 1:0 Plessers (46.), 2:0 Kaltz (78., Foulelfmeter). – Der Schalker Kruse ist für Samstag nach seiner vierten gelben Karte automatisch gesperrt. – Dortmund – Bochum: 1:0 Raducanu (39).

DIE VORSCHAU

Heute, 20.00 Uhr

Bremen – M'gladbach	(2:1)
Hannover – Frankfurt	(3:1)
Freitag, 18.4., 20.00 Uhr:	
Uerdingen – Nürnberg	(2:1)
Samstag, 19.4., 15.30 Uhr:	
Schalke – K'lautern	(0:0)
Köln – Düsseldorf	(3:1)
München – Leverkusen	(2:1)
Stuttgart – Dortmund	(0:2)
Saarbrücken – Bochum	(1:3)
Hamburg – Mannheim	(1:0)

In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde.

*

Das Spiel Bremen gegen Mönchengladbach wird heute ab 20.00 Uhr von SAT 1 live übertragen. Zeitversetzt und in einer Aufzeichnung können die Fußball-Freunde, die SAT 1 nicht empfangen können, Ausschnitte des Spiels im Ersten Deutschen Fernsehen (ARD) sehen. Ab 22.30 Uhr in der Sendung „Sport-Extra".

2. Liga

DIE ERGEBNISSE

Kassel – Darmstadt	4:0	(2:0)
Freiburg – TB Berlin	1:2	(1:1)
Bayreuth – Duisburg	2:1	(1:0)
Homburg – Braunschweig	1:0	(0:0)
Osnabrück – Köln	1:1	(1:0)
Wattenscheid – Aachen	5:0	(2:0)

DIE TABELLE

1.BW Berlin	33	16	11	6	70:41	43:23
2.Köln	31	18	6	7	54:39	42:20
3.Homburg	33	17	8	8	68:37	42:24
4.Aachen	33	14	12	7	52:35	40:26
5.Wattenscheid	33	16	8	9	56:48	40:26
6.Karlsruhe	33	16	7	10	57:41	39:27
7.Bielefeld	33	15	8	10	53:42	38:28
8.Darmstadt	33	14	8	11	60:50	36:30
9.Kassel	32	15	5	12	50:45	35:29
10.Stuttgart	32	13	8	11	55:49	34:30
11.Oberhausen	33	10	11	12	52:52	31:35
12.Braunschweig	32	10	10	12	55:51	30:34
13.Osnabrück	32	9	12	11	40:43	30:34
14.Solingen	31	9	11	11	40:54	29:33
15.Aschaffenb.	32	12	3	17	44:54	27:37
16.Freiburg	32	9	8	15	45:55	26:38
17.Hertha BSC	33	6	14	13	43:56	26:40
18.Bayreuth	31	8	8	15	32:61	24:38
19.TB Berlin	32	8	8	16	41:65	24:40
20.Duisburg	32	3	4	25	23:72	10:54

DIE VORSCHAU

Freitag, 18.4., 18.15 Uhr: Bayreuth – Braunschweig; **20 Uhr:** Osnabrück – Freiburg, Duisburg – Hertha BSC. – **Samstag, 19.4., 15.30 Uhr:** BW Berlin – Homburg, Wattenscheid – Stuttgart, Aschaffenburg – Aachen, Kassel – Köln, Karlsruhe – Oberhausen, Darmstadt – Solingen. – **Sonntag, 20.4., 15 Uhr:** TB Berlin – Bielefeld.

Schumacher verdient am Verkauf von Littbarski mit

sid, Knokke

Ort der Handlung: das Foyer im altehrwürdigen Hotel „La Reserve" im belgischen Seebad Knokke. Dort ließ der Präsident des Fußball-Bundesligaklubs 1. FC Köln, Peter Weiand, 20 Stunden vor dem Halbfinal-Rückspiel im UEFA-Pokal gegen den KSV Waregem im kleinen Kreis die Bombe platzen und offenbarte zugleich Details eines der aufsehenerregendsten Transfers im deutschen Fußball.

Nationalspieler Pierre Littbarski, der gestern 26 Jahre alt wurde, wechselt (bisher war das nur Vermutung) zum französischen Erstliga-Aufsteiger Racing Club Paris und unterschreibt dort einen Dreijahresvertrag. Der finanzielle Rahmen des Wechsels sprengt die ursprünglich angenommenen Dimensionen: Köln erhält 2,75 Millionen Mark als Ablöse, Littbarski soll insgesamt drei Millionen Mark kassieren.

„Wir konnten ihn nicht halten. Das wäre genauso gewesen, als ob man jemanden daran hindern möchte, Millionär zu werden", sagte Weiand zu mitternächtlicher Stunde emotionslos. Sein Klub hatte den kleinen Berliner vor acht Jahren für rund 50 000 Mark als A-Jugendlichen von Hertha Zehlendorf geholt.

Nach Karl-Heinz Rummenigges Wechsel zu Inter Mailand (zehn Millionen Mark) und Bernd Schusters Abgang zum FC Barcelona (3,6 Millionen) sorgte der Dribbelkönig für den bedeutendsten Verkauf eines deutschen Spielers.

Das Besondere am Littbarski-Transfer: Köln stellt dem Klub aus Paris eine Rechnung in Höhe eines Betrages zwischen 4,5 und 5 Millionen Mark aus, der Differenzbetrag zur Ablöse – also 1,75 oder gar 2,25 Millionen Mark – fließt als Handgeld in die Taschen des Spielers.

„Für dieses Entgegenkommen erhalten wir 350 000 Mark mehr als die durch die UEFA festgeschriebene Ablöse innerhalb von EG-Ländern von 2,4 Millionen", begründete Weiand. Hintergrund der Konstruktion ist die Tatsache, daß Littbarskis Jahresgage (man spricht von 300 000 Mark) relativ gering ist.

In die Einmaligkeit des Wechsels paßt eine weitere Besonderheit: Mannschaftskollege Harald Schumacher verdient, zumindest mittelbar, am Transfer mit. Der Nationaltorwart ist zusammen mit dem ehemaligen Kölner Spieler Herbert Neumann Teilhaber an der Sport-Agentur des Spielerbetreuers Rüdiger Schmitz. Weiand beziffert den finanziellen Anteil des Euskirchener Managers am Littbarski-Wechsel auf „höchstens fünf Prozent". Bei dem Gesamtvolumen von drei Millionen wären dies immerhin 150 000 Mark, an denen Schumacher partizipiert.

Der Präsident des 1. FC Köln sieht darin nichts Verwerfliches: „Littbarski wäre auch ohne Schumacher gegangen. Herr Schumacher ist Teilhaber an der GmbH von Schmitz, das ist durchaus legitim. Schließlich ist das die Entscheidung eines jeden Spielers, sich einen Berater zu nehmen oder nicht."

Das einzige, was den Millionen-Coup noch platzen lassen könnte, wäre eine negativ verlaufende medizinische Untersuchung. „Das muß man erst abwarten. Davon hängt letztendlich alles ab", sagt Littbarski, der noch an den Folgen eines doppelten Bänderrisses im linken Sprunggelenk laboriert und auch gegen Waregem fehlte. Am Montag will er mit dem Lauftraining beginnen.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Falschinformationen

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie „redlich" der hessische Kultusminister die Vorbereitungen zur Einführung der Zwangsförderstufe trifft, zeigen seine Angaben über die Wanderbewegung hessischer Schüler aus Bereichen mit flächendeckender Förderstufe oder Gesamtschulen.

Im September 1985 hatte die CDU-Landtagsfraktion eine Anfrage zu den Schülerabwanderungen im allgemeinbildenden Schulwesen an die Landesregierung gerichtet. Nach mehr als sechs Monaten hat nun der hessische Kultusminister diese Anfrage beantwortet und dabei völlig falsche Zahlen angegeben. Für den Landkreis Offenbach nennt der Minister 15 abwandernde Schüler, in Wahrheit sind dies jedoch 2632 (1461 an öffentliche Schulen, der Rest an Privatschulen), für den Main-Taunus-Kreis nennt Schneider 410 Schüler, tatsächlich mußte der Kreis für 3651 Schüler Gastschulbeiträge zahlen, für den Schulträger Main-Kinzig-Kreis gibt der Minister 101 „Abwanderer" an, Gastschulbeiträge wurden für 3611 Schüler gezahlt, die in die Schulträgerbereiche Stadt Hanau, Wetteraukreis oder Frankfurt „flüchten".

Dem hessischen Kultusminister ist als Verfahrensbeteiligter bekannt, daß seine Angaben dem Hessischen Staatsgerichtshof als Beweismittel bei der Klage gegen das Förderstufen-Abschlußgesetz vorgelegt werden sollten. Was müssen Hessens Eltern eigentlich von einem Kultusminister halten, der in solcher Weise Falschinformationen verbreitet? Wie steht es in diesem Fall mit der „rechtsstaatlichen Bindung der Exekutive"?

Laut Pressemeldungen hat Minister Schneider inzwischen zugegeben, daß seine Zahlen falsch sind, „er wolle die Anfrage korrekt beantworten, vermöge aber nicht abzuschätzen, wann er dazu in der Lage sei".

Mit freundlichen Grüßen
Hermann Gruner,
Geschäftsführer
Deutscher Elternverein, Wiesbaden

Unglaubwürdige Kritik

Liebe Kollegen,

leider erst heute gelangt mir Ihr Bericht über den „Trans-Media-Kongreß" der fernsehkritischen Initiative „Bürger fragen Journalisten" zur Kenntnis.

Seit zweieinhalb Jahren für die Nicaragua-Berichterstattung des Ersten Deutschen Fernsehens zuständig, fühle ich mich insbesondere durch die von Ihnen verbreiteten Zitate des Professors Kriele zu Unrecht angegriffen. Gerne wüßte ich zum Beispiel, konkret welchen „Schwindel" wir verbreitet haben.

Die Kritik des Professors Kriele teilt mit seinem Werk über Nicaragua, das weder journalistischen noch wissenschaftlichen Kriterien genügt, einen entscheidenden Nachteil: Sie stimmt nicht. Im Gegenteil, hätte sich Herr Professor Kriele die Mühe gemacht, meine und die Berichterstattung meines Vorgängers eingehend zu verfolgen, dann hätte er schon seit Jahren eindeutige Kritik dort wahrnehmen müssen, wo sie angebracht war.

Solche Kritik wird aber gerade dann unglaubwürdig, wenn Autoren wie Kriele von einigen richtigen Ansatzpunkten ausgehend sich im weiten Feld ihrer eigenen politischen Phantasie und Ideologie verlieren.

Hier geschieht nichts anderes, als das was Kriele – teilweise zu Recht – linken Autoren vorwirft, nur daß das Resultat nicht eine mißverstandene Utopie, sondern ein ebenso falsches Zerrbild einer blutrünstigen kommunistischen Diktatur ist.

Im Gegensatz zu Professor Kriele haben wir uns in den letzten Jahren monatelang in und um Nicaragua aufgehalten, teilweise unter erheblichen persönlichen Risiken. Unser bisheriges Fazit: Es ist alles weder so einfach, wie Kriele es sehen will, noch so, wie viele Nicaragua-Pilger behaupten.

Mit freundlichen Grüßen
Hartmann von der Tann,
ARD-Korrespondent Mexico-City

Wort des Tages

„Die Menschen sind da, um einander zu helfen, und wenn man eines Menschen Hilfe in rechten Dingen nötig hat, muß man ihn dafür ansprechen."

Jeremias Gotthelf, Schweizer Autor (1797–1854)

Bundeswehr

Sehr geehrter Herr Range,

ich habe mit großem Interesse Ihren Artikel „Die letzten Offiziere mit Kriegserfahrung gehen", erschienen in der WELT vom 1. April, gelesen. Dies ist wirklich ein Markstein und ein großer Einschnitt in der Geschichte der Bundeswehr.

Ich danke Ihnen, daß Sie – obwohl ich als ehemaliger aktiver Offizier der Deutschen Wehrmacht nicht mehr in der Bundeswehr gewesen bin – auf die Leistungen der ehemaligen Offiziere der Deutschen Wehrmacht beim Aufbau der Bundeswehr hingewiesen haben.

Ich persönlich habe hin und wieder das Gefühl, daß die Bundeswehr selbst gern unterschlägt, wer diese Aufbauarbeit geleistet hat, und daß sie sich stets in der Versuchung befindet, keine gerade Linie von der ehemaligen Deutschen Wehrmacht zur heutigen Bundeswehr zu ziehen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. F.W. v. Seydlitz-Kurzbach.
Ulm/Donau

„Schilda"

„Die Botschafter des deutschen Gemütes kümmert kein Spott"; WELT vom 7. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Vergnügen las ich Ihren Artikel über die Gartenzwerge mit dem wohl erstaunlichen Hinweis, daß deren gesteigerte Vermehrung auch ohne Frauen kontinuierlich vorangeht.

Belächelt hier, verspottet dort. Was schert's die Gartenzwerge? Ihre Existenz läßt sich bis in die Zeit der ältesten Pyramiden nachweisen. Und ihre Verbreitung heute erstreckt sich fast über die ganze Welt. Angesichts dieser nun wahrhaft friedlichen UNO der Gartenzwergfreunde ist eine Ehrenrettung schon lange fällig.

Mit dem inneren Gartenzwerg scheinen sich dagegen einige Beamte in Heidenheim herumzuplagen. Wie anders sollte man sonst die Tatsache deuten, daß die örtliche Baubehörde einem dort ansässigen Gartenarchitekten die Existenz seiner drei Schnapsnasenmänner energisch rügte. Durch Bürger-Frotzeleien unsicher geworden, wandten sich die Kommunalen nach Bonn, wo ein gestandener Regierungsdirektor des Wohnungsbauministeriums sich dieser hochbrisanten Angelegenheit annahm und unter dem Aktenzeichen RS I 5/640 103/16-85 ein mehrseitiges Gutachten über diesen Problemfall verfaßte. Danach kann ein Gartenzwerg je nach Höhe und Volumen eine bauliche Anlage sein und sei als solche genehmigungspflichtig.

Die Schildbürger lassen grüßen.

Mit freundlichen Grüßen
Karlheinz Jacobi,
Meckenheim-Merl

Memel

„Einigkeit, Recht, Freiheit"; WELT vom 12. April

Herr Dr. Nitschke schreibt, „daß der Deutsche Bund ... weit über das geographische Gebiet im Liede hinausging". Das trifft aber auf die Memel nicht zu, weil Ostpreußen nicht zum Deutschen Bund gehörte.

Mit freundlichen Grüßen
Karl-Heinz Tigges,
Medebach

Unglaublich

„CDU will neuen Konflikt vermeiden"; WELT vom 9. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

was muß in den Betrieben noch passieren, um der Bundesregierung klar werden zu lassen, worum es geht. Da werden auf der Zeche „Schlägel und Eisen" mehr Unterschriften durch die DGB-Gewerkschaft gesammelt, als es überhaupt Belegschaftsmitglieder gibt und ein (von derselben Gewerkschaft gestellter) Wahlvorstand „merkt" dies nicht. Da werden reihenweise Verstöße gegen die einfachsten Regeln der Demokratie begangen, die jederzeit zu belegen sind, und es scheint so, als nehme man dies gern in Kauf.

In einem Staat, in welchem so mit Minderheiten umgegangen wird, muß dem Verfassungsgericht besondere Bedeutung zukommen. So hat es auch gesprochen und das Unterschriftenquorum für verfassungswidrig erklärt.

Wie kann eine Regierung nunmehr aus Gründen der Anbiederei an den DGB auch noch den Spruch aus Karlsruhe übergehen?

Mit freundlichem Gruß
Detlef Lutz,
stellv. Bundesvorsitzender
Christliche Gewerkschaft Bergbau
Chemie Energie, Essen

Personalien

GEBURTSTAG

Der Ulmer Mikrobiologe Professor **Albrecht K. Kleinschmidt**, der eine Methode entwickelte, Erbsubstanz sichtbar zu machen, feiert am Samstag seinen 70. Geburtstag. Auch nach seiner Emeritierung leitet er – bis zur Bestellung eines Nachfolgers – die Abteilung Mikrobiologie I (Virologie) der Universität Ulm, an die er 1973 als Ordinarius berufen worden war. Der gebürtige Friedrichshafener studierte von 1937 bis 1942 in Hamburg, Jena und München Medizin. Über die Pathologie (Lehre von den Krankheiten und ihrer Entstehung) und Parasitologie (Lehre von krankheitserregenden Schmarotzern) gelangte er zur medizinischen Mikrobiologie. Experimente zur elektronenmikroskopischen Darstellung von Desoxyribonukleinsäure (DNS) machten Kleinschmidt 1958 bekannt. Ab 1963 arbeitete Kleinschmidt zehn Jahre in Berkeley und New York. 1978 erhielt er – inzwischen Ordinarius an der Universität Ulm – den Robert-Koch-Preis.

AUSZEICHNUNGEN

Der aus Ungarn stammende österreichische Komponist **György Ligeti** ist mit dem größten internationalen Musikpreis, dem mit 150 000 Dollar dotierten Grawemeyer-Preis der Universität von Louisville (US-Bundesstaat Kentucky), ausgezeichnet worden. Der 62jährige Ligeti ist der zweite Preisträger nach dem Polen **Witold Lutoslawski**, der im Vorjahr die Ehrung erhielt. Ligeti will einen Teil des Preises für Stipendien an junge Komponisten und Interpreten bereitstellen.

György Ligeti
FOTO: PETER PEITSCH

*

Der Beethoven-Preis der Stadt Bonn für 1986 ist zu gleichen Teilen an die drei Nachwuchsmusiker **Jörg Birkenkötter** (23), **Michael Jarrell** (28) und **Konstantinos Warotsis** (23) vergeben worden. 57 Komponisten hatten sich um den mit 25 000 Mark dotierten Preis zur Förderung junger Komponisten beworben.

BUCHVORSTELLUNG

„Unsere Neuerscheinung ist ein Informationsvermittler zwischen Befürwortern und Gegnern der Sicherheitspolitik", so der Geschäftsführer des Bernard & Graefe Verlags, **Manfred Sadlowski**, bei der Vorstellung des Buches „Alternative Strategien" in Bonn. Der Band enthält die Gutachten und Stellungnahmen der Sachverständigen-Anhörung über „Alternative Strategien" 1983/84 vor dem Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages. Der Herausgeber des Buches, **Alfred Biehle**, sprach von einem „verlegerischen Mammutwerk", das zu einer Versachlichung der sicherheitspolitischen Diskussion beitrage. Bundesverteidigungsminister **Manfred Wörner** warnte davor, strategisches Denken als Militarismus zu tabuisieren.

WAHL

Die Witwe des kürzlich in Hamburg gestorbenen evangelischen Theologieprofessors **Helmut Thielicke**, **Marie-Luise Thielicke** (74), ist zur Nachfolgerin ihres Mannes als Vorsitzende der „Projektgruppe Glaubensinformation" gewählt worden. Helmut Thielicke war 17 Jahre lang Vorsitzender des gemeinnützigen Vereins, zu dessen Aufgaben soziale Arbeit und die Entwicklung neuer Formen der Religionsvermittlung gehören. Der Kreis von Theologen, Journalisten, Hausfrauen und Lehrerinnen will sich weiterhin einmal monatlich im Hause der Familie Thielicke treffen.

PREIS

„Und gab dem Reh einen ganz kleinen Stips. Und da war es aus Gips."; **Joachim Ringelnatz**, mit bürgerlichen Namen **Hans Bötticher**, lebte, liebte und litt von 1914 bis 1918 in Cuxhaven. „Eine Stadt, die mir gipsern, starr und unverträglich langweilig vorkam", wie er in seiner autobiographischen Erzählung „Als Mariner im Krieg" die kaiserliche Marinegarnison nicht gerade schmeichelhaft darstellte. Morgen – fast 70 Jahre danach – wollen Cuxhavens Stadtväter den zu seinen Lebzeiten nur selten geehrten Schöpfer der „Kuttel Daddeldu"-Geschichten mit einem „Joachim-Ringelnatz-Preis für Lyrik" ehren.



Joachim Ringelnatz
ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Franz Nitsche, früherer Caritas-Direktor in Breslau, Kattowitz und Erfurt, ist im Alter von 80 Jahren in Erfurt verstorben. Wenige Monate vor seinem Tode war Nitsche noch von Papst Johannes Paul II. mit dem Titel eines Apostolischen Protonotars geehrt worden. Nitsche wurde 1905 in Oberschlesien geboren und 1930 in Breslau zum Priester geweiht. 1934 übernahm er das Amt des Caritas-Direktors für Oberschlesien, ein Gebiet mit damals 1,3 Millionen Katholiken. Dank seines Einsatzes in den Konflikten mit den Nationalsozialisten konnten Hunderte von Ordensschwestern und Caritas-Fürsorgerinnen ihre Arbeit fortsetzen. 1946 begann Nitsche in Erfurt mit dem Aufbau der Caritas-Arbeit im Ostteil des Bistums Fulda. Zeitweilig war er stellvertretender Landesvorsitzender der „Volkssolidarität" in Thüringen. Bis 1980 führte Nitsche den Vorsitz der Diözesan-Caritas im Bischöflichen Amt Erfurt, seit 1965 war er außerdem Ordinariatsrat.

Dr. E. h. Dr. h. c. Kurt Herrmann

Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und des Großen Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich sowie der ersten Ehrenmedaille der Stadt Reinbek

Kurz nach seinem 66. Geburtstag ist der Gründer und persönlich haftende Gesellschafter unserer Firma nach lang ertragener, heimtückischer Krankheit verstorben.

Mit seinem Ideenreichtum, seinem beispielhaften Spürsinn, seinem unternehmerischen Wagemut und seiner Tatkraft prägte er die erfolgreiche Entwicklung unseres Unternehmens.

Durch seine Leistungen und seine Mitwirkung in zahlreichen Institutionen schuf er sich Anerkennung weit über die Grenzen unseres Landes hinaus.

Er wird uns allen Vorbild sein in dem Bemühen, sein Werk in seinem Sinne fortzusetzen.

Gesellschafter, Geschäftsleitung, Betriebsrat und Mitarbeiter

Hermal-Chemie Kurt Herrmann

2057 Reinbek b. Hamburg, 15. April 1986

Die Trauerfeier findet am Dienstag, dem 22. April 1986, um 12 Uhr in der Maria-Magdalenen-Kirche in Reinbek, Schönningstedter Straße, statt.

Die Beisetzung erfolgt anschließend im engsten Kreis.

Auferstehen ist unser Glaube,
Wiedersehen unsere Hoffnung,
Gedenken unsere Liebe.

Dr. med. E. h. Dr. med. h. c.
Kurt Herrmann

* 12. März 1920 † 15. April 1986

Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland
Rechtsritter des Johanniterordens

Eva Herrmann

2057 Reinbek
Danziger Str. 3

Die Trauerfeier findet am Dienstag, dem 22. April 1986, um 12 Uhr in der Maria-Magdalenen-Kirche in Reinbek, Schönningstedter Str., statt.

Die Beisetzung erfolgt anschließend im engsten Kreis.

Wir trauern um unseren langjährigen Kollegen und unser Vorstandsmitglied

Dr. E. h. Dr. h. c.
Kurt Herrmann

der am 15. April 1986 nach schwerer Krankheit verstorben ist.

Mit seinen Fachkenntnissen und seinem unternehmerischen Können hat Dr. Herrmann wesentlich zur Gestaltung der Verbandsarbeit im Interesse insbesondere der mittelständischen Unternehmen beigetragen.

Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e. V.
Landesverband Hamburg und Schleswig-Holstein

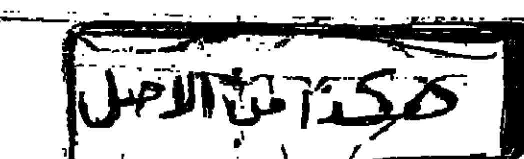




FOTO: 3M

Sägeblatt mit kühlem Kopf

Eine neue Generation von Sägeblättern ermöglicht ein besseres Arbeiten in der sog. kleinen Knochenchirurgie. Die zugrunde liegende spezielle Herstellungstechnik stammt aus der Schweiz. Die jetzt patentierten, neuartigen Sägebätter (rechts) werden nicht mehr – wie das bisher üblich war – gestanzt und geschliffen (links), sondern galvanisch, also durch elektrolytische Metall-Abscheidung hergestellt; das Material ist somit nicht verformt und weist keine Spannung auf.

Die Chirurgie-Sägeblätter sind nur 0,35 mm dick und erlauben eine nahezu „kalte Trennung". Denn aufgesetzte, dreieckige Mikrospitzen verursachen mit ihrer minimalen Berührungsfläche erheblich weniger Reibung als Blätter der alten Generation. Das bedingt eine geringere Wärmeentwicklung; die entstehende Wärme der Kaltschnitt-Sägeblätter – Cool-Tip-Cutting genannt – wird sofort abgeführt.

Für den Chirurgen bedeutet dies ein präzises und gewebeschonendes Arbeiten, verbunden mit eine stark reduzierten Gefahr thermaler Verletzungen. D.T.

Wie man die Sonne in eine Kochstelle packt

Zwei deutsche Ingenieure entwickeln einen Speicher-Solarherd, der besonders für Entwicklungsländer geeignet ist

Von RUDOLF WEBER

In vielen Ländern der Dritten Welt wird der kostbare „Rohstoff" Holz zum Kochen verschwendet. Abhilfe könnten hier Solarherde schaffen. Aber alle bisher entwickelten Geräte funktionieren nur bei Sonnenschein, während in jenen Ländern erst nach Sonnenuntergang gekocht wird. Nun haben zwei deutsche Ingenieure einen einfachen Solarherd konstruiert, der genügend Hitze für Abendessen und Frühstück speichert. Entwicklungshelfer bezeichnen ihn als das „erste wirklich brauchbare Gerät". Damit er auch erschwinglich wird, soll ein Partygrill als Luxusausgabe für Europa die Serienherstellung ankurbeln.

Solarherde sind nichts Neues. Schon 1877 konstruierte der französische Solarpionier Augustin Mouchot im Auftrag seiner Regierung tragbare Solarkocher für die Afrika-Truppen. Wie Mouchot verwenden auch die meisten Geräte aus jüngerer Zeit einen zusammenfaltbaren, regenschirmgroßen Brennspiegel aus Metallblech, der die Sonnenstrahlen auf den Kochtopf bündelt. Als Entwicklungshilfe geliefert, fanden diese Herde jedoch keine Gegenliebe bei den Empfängern.

Die deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), eine in der Entwicklungshilfe erfahrene Körperschaft, hat inzwischen *auch herausgefunden warum: Mit* einem Brennspiegel kann man nur kochen, braten und backen, solange die Sonne scheint – doch in den heißen Ländern kocht man nicht zu Mittag, sondern erst nach Sonnenuntergang. Also muß ein brauchbarer Solarherd unbedingt mit einem Wärmespeicher ausgestattet sein.

Diese Bedingung vor Augen, haben zwei deutsche Ingenieure einen Solarherd konstruiert. Die Ideen dazu stammen von Erich Pöhlmann aus dem bayerischen Kulmbach und Bernd Stoy aus dem nordrhein-westfälischen Ratingen. Inzwischen erhielten sie in vielen Ländern, darunter auch in der Bundesrepublik, ein Patent auf das Funktionsprinzip. Das nunmehr serienreife Gerät für einen Vier- bis Acht-Personen-Haushalt besteht aus folgenden Teilen:

● Den – etwa 20 Grad geneigten, 170 cm langen und 60 cm breiten – Solarteil bilden drei Röhrenkollektoren, die sowohl direkte Sonnenstrahlen wie gestreutes Tageslicht sammeln und sich bis auf 240° C erwärmen können.

Komfortgeräte haben eine Regeleinrichtung

Am oberen Ende der Kollektoren, die wie vergrößerte Leuchtstofflampen aussehen und auswechselbar sind, fließt die Hitze zum Wärmespeicher.

● Als Wärmespeicher kann Magnesit (wie bei elektrischen Speicherheizgeräten) oder ein Metall (z. B. Aluminium) verwendet werden. Einschließlich der hochwertigen Wärmedämmung auch im Deckel mißt er 60 x 40 x 40 cm.

● Bei der Einfachausführung für Entwicklungsländer sind auf der Oberseite des Wärmespeichers Koch- und Bratmulden eingelassen. Komfortgeräte und Partygrill für Industrieländer haben eine Regeleinrichtung, mit der sich die Wärmeabgabe aus dem Speicher unterbrechen oder feinstufig regeln läßt, was schnelles Abkochen und langsames Fortkochen wie bei einem Elektro- oder Gasherd ermöglicht.

● Der Kochteil kann auch im Haus und der Solarteil draußen (auf der Südseite) aufgestellt werden. Auch Sonderausführungen für die Trinkwasser*aufbereitung sind in Vorbereitung.*

Erich Pöhlmann erprobte einen in seiner Entwicklungswerkstatt gebauten Prototyp in Spanien und auf den Seychellen. In der Sommersonne *heizte sich der Speicher auf 220° C* auf. Wenn man sowohl Abendessen wie Frühstück gekocht hatte, betrug die Speichertemperatur immer noch 150° C. Im Winter liegen die Temperaturen etwas tiefer. Im Philips Forschungszentrum (Eindhoven) wurden diese Ergebnisse unter einer künstlichen Sonne, welche die Einstrahlung in jenen Ländern simulierte, bestätigt.

Allein der Speicher wiegt, so klein er ist, 70 Kilogramm und das ganze Gerät fast 100 kg. Gewicht aber kostet Geld bei Herstellung und Transport. Dennoch sollte es möglich sein, bei Serienherstellung den Preis des Ein*fachgeräts unter 1000 Mark zu halten.* Die ersten, noch einzeln gefertigten Partygrills dagegen kosten fast 3000 Mark und werden – gegen einen geringen Aufpreis – mit einer Elektro-Zusatzheizung im Wärmespeicher für sonnenarme Tage ausgerüstet. Zwei deutsche Hersteller zeigten sie jetzt auf der Hannover Messe.

Damit Serienherstellung wie Nachbau in Entwicklungsländern möglich werden, muß zunächst einmal eine Produktion überhaupt in Gang kommen. „Die ersten Kühlschränke, die zum heutigen Geldwert etwa 10 000 *Mark kosteten, die ersten Autos, die* ersten Wärmepumpen sind stets von gutbetuchten, technikbegeisterten Käufern erworben worden.

Kommt die Starthilfe aus den Industrieländern?

Nur diese Pioniere machten es möglich, daß technische Geräte heute für viele Menschen selbstverständlich sind", meint Bernd Stoy. Daher setzen er und Pöhlmann darauf, daß die Starthilfe von einer Käuferschicht in den Industrieländern gegeben wird, die sich Außergewöhnliches etwas kosten läßt, zumal in dem Bewußtsein, damit echte Entwicklungshilfe zu leisten.

„Einer der großen Vorteile unseres Solarherds ist, daß er sich für die Reichsten der Reichen wie für die Ärmsten der Armen eignet", ein Argument, was möglicherweise ebenfalls Interessenten anlockt. Wenn je*doch der Solarherd zu denen kom*men soll, die ihn so dringend brauchen, sind auch 1000 Mark viel zuviel – da muß die Entwicklungshilfe einspringen.

Das aktuelle Fachbuch

Anleitung für Sternengucker

Hierzulande gibt es eine große Gemeinde von Hobbyastronomen, die sich der Beobachtung von Sternen und Planeten verschrieben hat. Hilfe für jeden Anfänger, für den der Sternenhimmel noch ein Buch mit sieben Siegeln ist, bietet ein neuer Band aus der Reihe von Naturführern des Mosaik Verlages. Es besticht vor allem durch die übersichtliche Aufteilung und viele farbige Karten und Graphiken.

Nach einer Einführung in das „Handwerkszeug" der Himmelsbeobachtung stellt der Autor Joachim Herrmann, seit fast 25 Jahren Leiter der Recklinghäuser Sternwarte, zunächst die Sternkarten für jeden Monat und anschließend alle auf der Nordhalbkugel beobachtbaren Sternbilder ausführlich vor.

Die zum großen Teil aus der Antike stammenden Figuren werden dabei ebenso beschrieben, wie die astronomischen Eigenheiten der beteiligten Sterne, dazu die in den Sternbildern liegenden Sternhaufen, Galaxien und Nebel. Für jeden Himmelsgucker, ob er nun mit dem Feldstecher oder mit einem Kleinteleskop auf Suche geht, sind interessante Informationen dabei.

Darüber hinaus gibt Herrmann auch eine Übersicht über die „Familienmitglieder" unseres Sonnensystems und stellt Planeten und Monde vor. Ein abschließendes Kapitel gilt den astronomischen Erscheinungen *außerhalb* des Sonnensystems. Der Inhalt und das handliche Format machen dieses Buch zu einem nützlichen Begleiter durch das ganze astronomische Jahr. Kü.

„Die Sterne – ein Führer zur Himmelsbeobachtung in Europa", von J. Herrmann, Mosaik Verlag, München 1985, 287 S., 36,- Mark.

Die Biologie hilft bei der Reinigung des Grundwassers

A.N. Frankfurt

In zunehmendem Umfang finden sich in den tieferen Schichten des Grundwassers unterschiedliche Schadstoffe, die beseitigt werden müssen, um *die Trinkwasser-Qualität* zu erhalten. Wie ein Vergleich von Wasseranalysen zeigt, handelt es sich um Probleme, die nicht nur auf die technische Entwicklung und die damit verbundene Belastung der Umwelt in den letzten Jahrzehnten zurückzuführen sind.

Beim Kontakt mit Öl- und Gaslagern wurden schon früher Grundwasserschichten quasi auf natürliche Weise verseucht. Der Umfang und die Art der chemischen Verbindungen konnte jedoch erst in jüngster Zeit ermittelt werden.

Ein neuartiges, biologisch arbeitendes Verfahren wurde kürzlich in den USA zum Patent angemeldet. Es baut auf der Arbeit der stets im Grundwasser vorhandenen Mikroorganismen auf. Um ihnen aber ihre Arbeit zum Abbau ölhaltiger Verschmutzungen *zu erleichtern, brauchen sie die ge*zielte Zufuhr einer Reihe von Nährstoffen. Zumeist handelt es sich um Nitrat- und Phosphatsalze, die im tiefen Grundwasser nur in Spuren zur Verfügung stehen.

Bei Experimenten in ölverseuchten Grundwasserschichten, deren Zuflüsse und Bewegungen kontrolliert werden können, haben derartige „Salz-Spritzen" zu beachtlichen Erfolgen geführt: In etwa einem halben Jahr waren bei Probeuntersuchungen keine Reste von Kerosinen, Benzin oder Phenolen mehr nachweisbar.

Die Versuche fanden in einer geologischen Formation statt, die aus porösem Gesteinsmaterial bestand und deren Zuflüsse bekannt und überwachbar waren. Derartige hydrologische Situationen sind jedoch relativ selten anzutreffen. Es kommt hinzu, daß neben den Salzen auch sichergestellt werden muß, daß bestimmte, geringe Mengen Sauerstoff einzubringen sind. Bei ersten Versuchen konnte dies mit dem Einblasen der Salzlö*sungen kombiniert* werden.

Hirnforschung und ihre Ethik auf dem Prüfstand

Bundeskanzler beruft Wissenschaftler-Konferenz ein

Von ANATOL JOHANSEN

„Wer in Südamerika tot ist, der lebt vielleicht bei uns noch." *Dieses auf den ersten Blick* überraschende Statement traf der Vizepräsident der Max-Planck-Gesellschaft, Prof. Benno Hess, gestern in Bonn.

Der Wissenschaftler bezog sich jedoch keineswegs auf das afrikanische Phänomen der Zombies oder auf parapsychologische Erscheinungen. Hess sprach vielmehr zu der Thematik eines wissenschaftlichen Gipfeltreffens, zu dem Bundeskanzler Helmut Kohl vom 21. bis 25. April Top-Wissenschaftler aus der Europäischen Gemeinschaft, Japan, Kanada, den USA sowie Vertreter internationaler Wissenschaftsorganisationen eingeladen hat.

Die Konferenz, die nach der Eröffnung in Bonn auf dem Gut Jakobsberg in der Nähe von Boppard stattfinden wird, befaßt sich unter ande*rem mit sehr heiklen Fragen, die man* unter dem sachlichen Tagungsthema „Neurowissenschaften und Ethik" nicht unbedingt vermuten würde.

Hess, der die Konferenz auf Gut Jakobsberg leiten wird, berichtete gestern in Bonn, daß einer der wichtigsten Aufgaben der Tagung die „Definition des Todes" sein wird. Sie sei in verschiedenen Ländern unterschiedlich geregelt. Wer bei uns noch als lebend gelte, könne woanders schon als tot eingestuft werden.

Wann ist der Mensch tot?

Darüber hinaus, so Hess, sei auch die Frage des Hirntodes durchaus *nicht so eindeutig, wie das in der* Öffentlichkeit bisweilen vermutet werde. Denn ein komplettes Aussetzen der Hirnfunktion sei nicht gleichzusetzen mit dem Tod des Menschen. Man will eine genauere als die bisher gültige Definition des Todes finden, was nicht zuletzt für jede Art von Organtransplantation von größter Wichtigkeit ist.

Große Sorge bereitet den Medizinern nach den Ausführungen von Hess auch die erhebliche Zunahme von Depressionskrankheiten in aller Welt. Heute seien weltweit schon mehrere 100 Millionen Menschen von Depressionen betroffen, auch die Zahl der Suchtkranken nehme ständig zu. Den medizinischen Aspekten dieser Frage gelte eine Vortragsreihe auf der Konferenz.

Fragen zum Altersabbau

Mit dem Terminus „Debile demenz" umschrieb Hess die ständig größer werdende Gruppe der älteren Mitmenschen, deren mentale Kapazität so zurückgeht, daß sie zu keinerlei logischem Denken oder Handeln mehr fähig sind und auf dauernde Hilfe angewiesen bleiben. Bei den 80jährigen und Älteren habe der Anteil dieser verwirrten Menschen inzwischen schon 20 Prozent erreicht. In diesem Zusammenhang sind neue Einsichten über den Altersabbau und chemische Umsetzungen im Gehirn von Wichtigkeit, über die jetzt ebenfalls gesprochen werden soll.

Untersucht werden soll allerdings auch, wie weit man in der Neurochirurgie gehen kann und darf. So ist es im Tierversuch bisher schon gelungen, altersbedingte Beeinträchtigungen der Lernfähigkeit durch die Übertragung von embryonalem Gewebe zu beheben oder zu mildern. Dabei erheben sich schwerwiegende *Fragen.*

Darf man auch aus menschlichen Feten Substanz für Transplantationen entnehmen? Und ist es über*haupt zulässig, am menschlichen* Gehirn etwas zu verändern, ihm etwas einzupflanzen und damit zwangsläufig auch das Bewußtsein des Patienten in der einen oder anderen Weise zu verändern? Dabei kann schließlich, wie bei jeder anderen Operation auch, eine Verschlechterung des Zustandes des Kranken mit irreparablen Folgen eintreten.

Brennstoffzellen werden immer leistungsfähiger

trz, Frankfurt

Alle bis jetzt eingesetzten Brennstoffzellen, Stromzellen also, bei denen durch Direktumwandlung elektrische Energie aus chemischer Energie gewonnen wird, brauchen zwischen den Elektroden einen flüssigen Elektrolyten. Am vorteilhaftesten ist die Verwendung von phosphorsäurehaltigen Elektrolyten, weil diese den höchsten Wirkungsgrad erreichen. Diese flüssigen Elektrolyten machten bisherige Brennstoffzellen jedoch schwer und unhandlich.

Physiker des Argonne National Laboratory haben nun endlich einen Weg gefunden, mit festen und mechanisch beständigen Elektrolyten zu arbeiten. Das erlaubt neben den bislang schon benutzten Brenngasen Wasserstoff und Sauerstoff, auch höher molekulare Kohlenwasserstoffe einzusetzen. Dazu zählen Benzin, Methan, Alkohol, Kerosin und möglicherweise sogar vergaste Kohle. Nach Ansicht von Energietechnikern läßt sich aber auch der Wirkungsgrad dieser festen Brennstoffzellen deutlich verbessern. Wie sich bei Laborversuchen herausstellte, können Festzellen rund fünfmal mehr elektrische Energie als heute benutzte Zellen liefern.

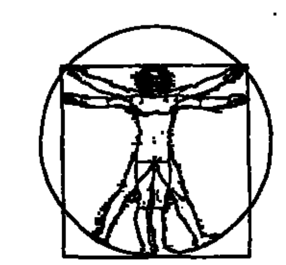
Außerdem liegt der Ausnutzungsgrad der Brenngase gut doppelt so hoch, wie in vergleichbar schweren Verbrennungsmotoren. Er kann um und über 60 Prozent liegen. Als Baumaterial werden besondere keramische Materialien eingesetzt, die eine sehr hohe Gasdurchlässigkeit aufweisen.

Nach Vorstellungen der Wissenschaftler will man zur Stromerzeugung Hunderte von kleinen Zellen zusammenschalten. Jede Einzelzelle wird etwa 0,8 Volt Spannung erzeugen. Diese keramische Brennstoffzelle braucht allerdings zum optimalen Betrieb eine Temperatur um etwa 1000° C. Gegenwärtig konzentrieren sich die Entwicklungsarbeiten auf die Konstruktion und den Bau der Einzelzellen. Wie es heißt, soll in zwei Jahren ein funktionsfähiger Prototyp vorgestellt werden.

AUS LABORS UND INSTITUTEN

Aids in Polen

Warschau (AFP) – Auch in Polen ist jetzt erstmals der Aids-Erreger nachgewiesen worden. Bei ärztlichen Untersuchungen von insgesamt 10 000 Menschen wurden 15 Personen entdeckt, die mit dem Erreger dieser Immunschwächekrankheit, einem als HTLV-III bezeichneten Virus infiziert sind. Nach Angaben des Regierungssprechers Jerzy Urban zeigen die Betroffenen allerdings noch keine Symptome der Krankheit. Bei den Virusträgern handelt es sich um zwei Prostituierte, vier Homosexuelle sowie um Bluter.



Laser gegen Gallensteine

Lübeck (dpa) – Das erste Gerät in der Bundesrepublik zur sogenannten laserinduzierten Stoßwellenanwendung, mit dem tiefsitzende Harnleitersteine sowie Blasen- und Gallensteine zerstört werden können, ist jetzt der Medizinischen Universität *Lübeck übergeben worden.* Nach Mitteilung der Hochschule ist das neue, lediglich koffergroße Gerät wesentlich preisgünstiger als alle bisher zur Steinzertrümmerung verwendeten Apparaturen. Es ist eine *Gemeinschaftsentwicklung von* Wissenschaftlern der Lübecker Klinik für Urologie sowie Experten der MBB-Medizintechnik (München).

Katzenleukämie

München/Hannover (dpa) – Ein in den USA entwickelter Impfstoff soll jetzt auch in der Bundesrepublik Katzen vor Blutkrebs (Leukämie) schützen. Die Tierärztliche Hochschule in Hannover bezeichnete am Dienstag den Vorbeuge-Impfstoff als einen „hoffnungsvollen Versuch". Das Präparat (Hersteller Smithkline Animal Health Products, München) müsse zunächst noch seine Wirksamkeit in der Praxis unter Beweis stellen. Notwendig sei es auf jeden Fall, bereits junge Katzen zu impfen, die noch nicht mit dem zumeist über den Speichel übertragenen Virus in Berührung gekommen sind. Die Katzenleukämie wird zu den häufigsten Todesursachen bei Katzen gezählt.

Kostenloser Hörtest

Hamburg (DW.) – Eine Aktion zum besseren Hören hat jetzt die Fördergemeinschaft Gutes Hören zusammen mit dem Deutschen Grünen Kreuz gestartet. Alle Bürger werden aufgefordert, ihr Gehör prüfen zu lassen. Wer sich bis zum 2. Juni bei den über 1000 Hörgeräte-Akustikern in der Bundesrepublik dem kostenlosen Test unterzieht, erhält einen „Besser Hören-Paß", in den auch alle späteren Untersuchungen eingetragen werden können. Jeder Bürger erhält damit ein unbestechliches Protokoll darüber, ob sein Hörvermögen im Lauf der Jahre abnimmt.

Samstag auf der Wissenschafts-Seite

Geologen befürchten weitere Bodenabsenkungen im norwegischen Ölfeld „Ekofisk" – Harald Steinert berichtet über die Folgen.

*

Projekt „Gallex" – Wissenschaftler bauen eine 30 Tonnen Gallium enthaltende Versuchsanordnung zum Nachweis von Sonnen-Neutrinos.

*

„Zuckerfabriken in Geiselhaft" – Rolf Latusseck über *neue Erkenntnisse, wie Pflanzen zum Photosynthese-Farbstoff Chlorophyll kamen.*

Honecker will Kirche loben und Autoren tadeln

SED-Parteitag in Ost-Berlin / Rechenschaftsbericht

H.-R. KARUTZ, Berlin

Wenn sich heute vormittag im „Palast der Republik" der Begrüßungsapplaus für Erich Honecker gelegt hat, wird der SED-Chef vor 2500 Parteitagsdelegierten schmeichelhafte Worte zur Rolle der Kirche finden, einige soziale Wohltaten verkünden und den SED-Kurs gegenüber Künstlern und Schriftstellern im großen und ganzen bekräftigen. Aus Ost-Berlin sickerten erste Informationen über die Leitlinien des fünfstündigen Honecker-Referats durch.

Danach will sich der Parteichef wesentlich wohlwollender als noch vor fünf Jahren zur Rolle der evangelischen Kirche im Lande äußern. Das gemeinsame „Wort zum Frieden" von EKD und Kirchenbund ist offenkundig in Ost-Berlin auf Zustimmung gestoßen.

Der Pegelstand der Beziehungen Staat–Kirche ließ sich bereits Anfang Februar aus Honeckers ungewöhnlich schnellem Glückwunschtelegramm für den neuen Kirchenbund-Vorsitzenden, Bischof Werner Leich, ablesen. Dort waren ausdrücklich die „hervorragenden Leistungen" der Christen in Mitteldeutschland und ihre „fleißige, schöpferische Arbeit" gelobt worden, die einen „wichtigen Beitrag zum weiteren Gedeihen unseres Landes" darstelle.

„Soziale Bonbons"

Vor fünf Jahren klang dies in Honeckers Rechenschaftsbericht merklich kühler, zumal der Parteitag damals das „Prinzip der Trennung von Staat und Kirche" betonte. Damals sprach Honecker davon, die Beziehungen hätten an „Offenheit, Verständnis und Bereitschaft zu konstruktiven Regelungen gewonnen". Im Leich-Telegramm stellte er fest, sie hätten sich in dieser Hinsicht bereits „entwickelt".

Honecker dürfte in seinem Rapport auch das Vorhandensein „sachlicher, verfassungsgerechter und vom gegenseitigen Verständnis getragener Beziehungen" konstatieren. Vor fünf Jahren sprach er nur von einer „Entwicklung" in diese Richtung.

Wenngleich Volkskammerpräsident Horst Sindermann erst kürzlich auf die hohen Etatbelastungen durch Staats-Subventionen hingewiesen hatte, kommt Honecker nach vorliegenden Informationen wenigstens um einige kleinere soziale „Bonbons" nicht umhin. Sie sollen im Bereich des Mutterschutzes liegen. Bisher erhalten Mütter für das erste Lebensjahr ihres zweiten Kindes eine „Mütterunterstützung" in Höhe des Krankengeldes.

Junge Mütter absichern

Dem Vernehmen nach sollen junge Mütter noch besser abgesichert werden, um die Nachfrage nach teuren Hortplätzen zu stoppen und für eine günstigere geistige und körperliche Entwicklung der Kleinen zu sorgen. Denn interne Studien ergaben, daß die bisherige Staatserziehung in Krippen und Horten alles andere als zum geforderten Typ des „schöpferischen Menschen" beitrug und häuslicher Erziehung unterlegen ist.

Hinsichtlich der künftigen Kulturpolitik verlautet aus Ost-Berlin, habe es Meinungsverschiedenheiten im Politbüro zwischen den sogenannten „Tauben" und „Falken" gegeben, die auf eine härtere Gangart gegenüber allzu offenkundigen Erscheinungen von „Pessimismus und Resignation" gedrängt hätten.

Diese Vokabeln hatte Kurt Hager, im Politbüro für Kultur zuständig, kürzlich auf einer Vorstandssitzung des Schriftstellerverbandes benutzt. Er warnte damals vor einem „Irrweg". Auf dieser Linie dürfte sich heute auch Honeckers Argumentation bewegen. 1981 hatte Honecker eine „Wanderung zwischen den Welten, zwischen den Fronten des Klassenkampfes" gerügt und von „Nichtigkeiten" gesprochen, in der sich Meisterschaft nicht „verschwenden" dürfe.

Honeckers Passage über die Bundesrepublik wird, sind sich Bonner Experten sicher, vom SDI-Thema beherrscht sein und Aufschluß darüber liefern, wie Honecker – im Angesicht von Gorbatschow auf der Ehrentribüne – den deutsch-deutschen Dialog führen will. Vor fünf Jahren prägte Honecker die Formel, Bonn solle „keine gesamtdeutschen Sprüche klopfen" und davon ablassen, „für alle Deutschen" zu sprechen.

FDP korrigiert Kiechle: Noch keine Einigung über Hilfen für die Bauern

Entlastung für kleine Betriebe unstrittig / Größenordnung muß ausgehandelt werden

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Die Beratungen über die Soforthilfe für die deutschen Landwirte gehen auch heute in Bonn weiter. Die FDP-Fraktionsspitze korrigierte die Aussage von Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle, nach der eine Einigung auf die Grundzüge weiterer Subventionen bereits erfolgt sei. Zwar sprechen auch die Freidemokraten nicht von Schwierigkeiten und wollen sich notwendigen Hilfen nicht widersetzen. Andererseits wiesen sie ausdrücklich darauf hin, daß sie nur solche Maßnahmen beschließen wollten, „von deren tatsächlicher Wirksamkeit sie auch überzeugt sind". Deshalb seien noch umfangreiche Abstimmungen zwischen den Koalitionsparteien erforderlich.

Minister zurückhaltend

Auch aus dem Finanzministerium wurde bekannt, daß sich Gerhard Stoltenberg nicht gar zu freigiebig zeige. Anderenfalls könne die Notwendigkeit eines Nachtragshaushalts nicht ausgeschlossen werden, hieß es. Trotzdem betonte Ignaz Kiechle gegenüber der WELT: „Wir sind auf einem positiven Weg."

Die Grundausrichtung der zusätzlichen Hilfe erscheint weitgehend unstrittig. Zum einen sollen die kleineren und mittleren Betriebe bei ihren Beiträgen zur Sozialversicherung entlastet werden. Ferner sollen die benachteiligten Gebiete, in denen Ausgleichsbeträge gezahlt werden können, weiter ausgedehnt werden.

Über die Ausgestaltung, über die Größenordnung und über den Fahrplan für das Inkraftsetzen der zusätzlichen Hilfe will heute am Rande der Bundestagssitzung eine Koalitionsrunde beraten, der auf Seiten der Union unter anderem die Minister Kiechle, Stoltenberg und Blüm angehören. Es ist fraglich, ob diese Runde bereits zu einer Einigung kommen kann oder ob sogar der Bundeskanzler eingreifen muß. Möglicherweise wird auch zunächst der nächste EG-Agrarministerrat Anfang kommender Woche abgewartet, der die Preisverhandlungen fortsetzt.

Auf der gestrigen Kabinettssitzung stand nicht die Soforthilfe für die Landwirtschaft im Vordergrund, auch wenn die Notwendigkeit noch einmal betont wurde, sondern die „Neuausrichtung der gemeinsamen Agrarpolitik und Agrarpreisverhandlungen 1986/87". Wie Kiechle vor der Presse erläuterte, stimmte das Kabinett in der Zielsetzung überein. Danach müsse die Preispolitik zentrales Instrument der Einkommenspolitik bleiben. Die Überschüsse müßten auch abgebaut werden, weil nur so Spielraum für eine Preispolitik zugunsten der Einkommen der Bauern geschaffen werden könne.

Überschüsse beseitigen

Die Beseitigung der Überschüsse könne nur durch ein Bündel von Maßnahmen erfolgen. So halte die Bundesregierung ein EG-weit greifendes Programm zur Stillegung von Flächen und Marktproduktion für erforderlich. Es werde auch eine verstärkte Förderung von Produktionsalternativen befürwortet, also jener Produkte, bei denen die EG wie bei Ackerbohnen noch keine Überschüsse produziert. Empfohlen werde auch eine verstärkte Förderung von Verwendungsalternativen im chemisch-technischen Bereich. „Die Bundesregierung befürwortet auch ein spezielles EG-Förderungsprogramm zur Umwandlung von Getreide und Rüben in agrarisches Äthanol, soweit dieses wirtschaftlich vertretbar ist."

Das Bundeskabinett erteilte Kiechle das „klare" Mandat, die vorliegenden Vorschläge der EG-Kommission für die diesjährige Preisrunde abzulehnen.

Stoltenberg will bis Januar Kurs halten

HEINZ HECK, Bonn

Finanzminister Gerhard Stoltenberg will ungeachtet der neu auf den Bund zukommenden Haushaltsanforderungen den für 1986 festgelegten Ausgaberahmen halten und einen Nachtragshaushalt vermeiden. Mehr noch: Wie in den bisherigen Etats unter seiner Ägide erwartet Stoltenberg jetzt erst recht, daß er in der Schlußphase des Bundestagswahlkampfes Mitte Januar 1987 einen Haushaltsvollzug mit einem guten Einsparergebnis werbewirksam einbringen kann. 1985 zum Beispiel sind die Ausgaben mit 257,1 Milliarden Mark um 2,2 Milliarden unter dem vom Parlament bewilligten Ansatz geblieben.

Diese Bemühungen werden allerdings im Vorwahljahr durch die höheren Zuwendungen an die Landwirtschaft erschwert. Ernährungsminister Ignaz Kiechle hatte sich bereits den Kopf des Kollegen Stoltenberg zerbrochen und die Notwendigkeit eines Nachtragshaushalts betont.

Stärker als die zusätzlichen nationalen Hilfen für die Landwirtschaft könnten die Belastungen infolge des Dollarkurs-Rückgangs zu Buche schlagen. Das zeigt sich etwa bei der hochsubventionierten Steinkohle, vor allem bei der Kokskohlenbeihilfe aufgrund des Hüttenvertrags. Die deutsche Stahlindustrie zahlt für deutsche Kokskohle in etwa den Weltmarktpreis. Die – mit sinkendem Dollarkurs zunehmende – Preisdifferenz fangen Bund und Kohleländer auf. Mehrbelastungen gegenüber dem Etatansatz von bis zu zwei Milliarden Mark hält Stoltenberg dem Vernehmen nach nicht für ausgeschlossen. Doch wird ein erheblicher Teil (vor allem letztes Quartal 1986) erst 1987 haushaltswirksam.

Mit dem gestrigen Kabinettsbeschluß zu den EG-Finanzen will Stoltenberg ein breites Einfallstor für Haushaltsrisiken nach Möglichkeit schließen (WELT v. 15. 4.). Vier Jahren Bonner Haushaltsdisziplin stehen nahezu ungebremste Ausgabenentwicklungen in Brüssel gegenüber.

Hinzu kommt, daß die Bundesrepublik als größter Nettozahler bei der Abwehr von Ausgabenwünschen schon allein deshalb einen besonders schweren Stand hat, weil alle Partner außer Großbritannien und Frankreich davon netto profitieren. Allerdings ist die Bonner Position durch die Haltung in der Agrarpreisfrage nicht so eindeutig auf Sparkurs getrimmt, wie es für ein überzeugendes Konzept in Brüssel erforderlich wäre.

„Verbot von Überstunden wäre der falsche Weg"

WELT-Interview mit Bundestagsvizepräsident Cronenberg

DW. Bonn

Im Gegensatz zu Arbeitsminister Norbert Blüm (CDU) hat sich der arbeitsmarktpolitische Sprecher der FDP, Bundestagsvizepräsident Dieter Julius Cronenberg, gegen ein Verbot von Überstunden ausgesprochen. Zugleich machte er die hohen Lohnnebenkosten für die weiter steigende Schwarzarbeit verantwortlich. Mit Cronenberg sprach Diethart Goos.

WELT: Die Bundesanstalt für Arbeit hat erschreckende Zahlen über zunehmende Schwarzarbeit veröffentlicht. Man hört außerdem, daß Überstunden nicht abgebaut werden, sondern zunehmen.

Cronenberg: Die Zahlen der Bundesanstalt, die deren Präsident Heinrich Franke bekanntgegeben hat, sind für mich nicht überraschend. Sie beweisen unsere Befürchtung, daß zu hohe Lohnnebenkosten die Schwarzarbeit fördern. Aus der Sicht des Verbrauchers ist es menschlich verständlich, wenn er preiswertere Arbeit einzukaufen versucht.

Es ist nicht richtig, daß die Überstunden zunehmen. Wir hatten in den letzten Jahren, auch konjunkturell bedingt, eine beachtlich rückläufige Tendenz und ich glaube nicht, daß deren Zahl bei besserer Wirtschaftslage wieder steigt. Der Ruf nach einem gesetzlichen Verbot oder einer massiven Einschränkung von Überstunden ist falsch. Es ist eine Milchmädchenrechnung zu glauben, mit einem Verbot von Überstunden das Problem zu lösen.

WELT: Damit setzen Sie sich in Gegensatz zu Arbeitsminister Blüm wie zum DGB, die solche Forderungen ja immer wieder erhoben haben.

Cronenberg: Es ist ein großer und alter Irrtum der Gewerkschaften, zu glauben, daß die Zahl der Überstunden multipliziert mit einem Tagwerk Aussagekraft über zusätzliche Arbeitsplätze habe. Wenn Norbert Blüm ähnliche Vorstellungen hat, dann sind sie genauso falsch, wie die der Gewerkschaften. Es geht darum, die Chancen für Arbeit zu verbessern und nicht zu verschlechtern. Und deswegen ist es ein untaugliches Mittel, wenn man mit einem Verbot oder mit einer massiven Einschränkung von Überstunden arbeiten will.

WELT: Ist es richtig, daß Zeitverträge nicht im erwarteten Maß zur Entlastung des Arbeitsmarktes beigetragen haben?

Cronenberg: Irrtum. Die Erwartungen, die wir an dieses zarte Pflänzchen Zeitverträge geknüpft haben, sind erfüllt worden. Wir haben mit steigender Tendenz Zeitarbeitsverträge zu verzeichnen, die auch zu Dauerarbeitplätzen führen. Wie bei allen neuen Instrumenten bedarf es natürlich einer gewissen Zeit, daß sich die Praxis auf diese neue Möglichkeit einstellt.

WELT: Zurück zur Schwarzarbeit. Was kann man tun, um ihr vor allem in der Baubranche zu begegnen?

Cronenberg: Man muß sich mal konkret vor Augen führen: Der Anbieter im Baubereich, der einen Stundenlohn von 45 Mark in Rechnung stellen muß, konkurriert mit dem Schwarzarbeiter, der für 15 bis 25 Mark seine Arbeit anbietet. Unabhängig davon, daß wir alle Chancen wahrnehmen müssen, den Preis für Arbeit, der durch die Lohnnebenkosten so hoch geworden ist, zu stabilisieren und wo möglich zu senken, ist es selbstverständlich notwendig und auch richtig, die Kontrollen im Baubereich zu verstärken.

WELT: Reichen 350 Kontrolleure in den Arbeitsämtern überhaupt aus, um diese Aufgabe zu bewältigen?

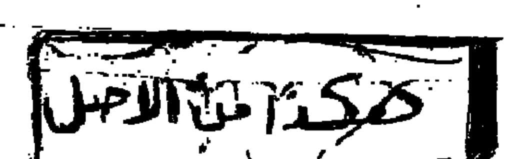
Cronenberg: Diese Frage muß man eindeutig mit Nein beantworten.

WELT: Und was müßte man sonst noch tun, außer Kontrollen und hohen Geldbußen?

Cronenberg: An die Vernunft und Solidarität der Beteiligten appellieren. In keinem Falle ist die Einschränkung von Überstunden ein wirksames Instrument. Es würde genau das Gegenteil bewirkt.

WELT: Ist der Arbeitminister in Sachen Überstundenverbot schon an die FDP herangetreten?

Cronenberg: Nein. Ich habe die Äußerung von Norbert Blüm auch so verstanden, daß er noch einmal allen Beteiligten deutlich machen wollte, sich des Instruments der Überstunden nur im unverzichtbaren Umfang zu bedienen.



Endlich gut

bg – Was lange währt, wird endlich gut: Fünf Jahre lang mußte Telefunken um sein Partnersystem kämpfen, weil das Bundeskartellamt darin eine Umgehung des Verbots der Preisbindung vermutete. Es war ein Kampf auf *Leben* und Tod, denn nur mit Hilfe dieses Systems konnte sich die kränkliche Tochter der französischen Thomson über Wasser halten. Nun hat der Bundesgerichtshof den Kampf für Telefunken entschieden.

Wie gut diese Entscheidung indes wirklich ist, wird sich erst herausstellen, wenn ihre Begründung vorliegt. Noch ist nicht klar, ob die Richter nur den Einzelfall Telefunken entschieden haben, oder ob sie der Ansicht sind, daß Agenturverträge zwischen Herstellern und unabhängigen Einzelhändlern, in denen Verbraucherpreise vorgeschrieben werden, grundsätzlich nicht mit dem Preisbindungsverbot kollidieren.

Sollten die Richter den Einzelfall gemeint haben, dann ist es eine sinnvolle Entscheidung. Erstens, weil sonst die ganze Sache wieder von vorn losgegangen wäre – Telefunken hatte schon das nächste System in der Schublade – und zweitens, weil Mutter Thomson möglicherweise eines Tages die Geduld verloren hätte.

Nicht sinnvoll wäre indes die generelle Anerkennung solcher Systeme, denn sie werden sich dann verbreiten. Zu Lasten der Verbraucher, weil der Hersteller die Preise immer so festlegt, daß auch der Händler mit der ungünstigsten Kostenstruktur dabei noch verdient. Im Fall Telefunken mag das wegen des starken Wettbewerbs angehen – die Ausdehnung auf weitere Branchen wäre nicht gut.

Das Zentralstück

HH – Subventionsabbau ist für den FDP-Politiker Gerhart Baum „ein Zentralstück der Regierungspolitik der nächsten Regierungsperiode", wie er kürzlich in einem Interview verkündet hat. Man stutzt bei der Lektüre: War es nicht auch schon ein – erklärtes – Zentralstück dieser Legislatur? Vielleicht sind manche Aufgaben aber so wichtig, daß man erst volle vier Jahre Anlauf nehmen muß, bevor man sich so richtig an die Lösung heranmachen kann. Das Bonner Handlungsdefizit in dieser wichtigen Frage läßt richtige Politiker allerdings keineswegs verzagen. Baum jedenfalls hat an Selbstgewißheit nichts eingebüßt, auch hat sein Sendungsbewußtsein nicht gelitten: „Das schafft die CDU/CSU nie alleine", meint er. Was liegt also näher, als ihr den starken Arm der FDP dafür zu leihen? Verdrossene Steuerbürger sähen wahrscheinlich lieber eine selbstkritische Haltung der Politiker, die den Subventionsabbau endlich anpacken und bis zur Vorlage überzeugender Ergebnisse – schweigen.

WIRTSCHAFTSLAGE / In Paris beginnt heute die Ministerratssitzung der OECD

Industrieländer setzen weiter auf inflationsneutrale Wachstumspolitik

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Ministertagung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die heute in Paris beginnt, steht im Zeichen der Kontinuität. Die Wirtschafts- und Außenminister der 24 Mitgliedstaaten werden sich voraussichtlich für die Fortsetzung einer inflationsneutralen Wachstumspolitik aussprechen. Dabei soll aber den quantitativen Aspekten stärker als bisher Rechnung getragen werden mit dem Ziel, die Wirtschaftsentwicklung „dynamischer" zu gestalten.

Die Voraussetzungen dafür hält man beim OECD-Sekretariat für gegeben. Einerseits hat sich die Inflationsrate im OECD-Durchschnitt auf inzwischen 3,8 Prozent vermindert, wobei im Februar erstmals seit elf Jahren ein Preisrückgang (gegenüber dem Vormonat) verbucht wurde. Andererseits verspricht das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr durchschnittlich 3,25 Prozent zu erreichen und damit um 0,5 Punkte höher auszufallen als 1985.

Für das nächste Jahr zeichnet sich allerdings eine leichte Verminderung des Wachstums auf drei Prozent ab. Der Bundesrepublik, die 1986 auf 3¾ Prozent Wachstum kommen dürfte, werden 3¼ Prozent in 1987 in Aussicht gestellt. Ihre Binnennachfrage dürfte zwar weiterhin stark bleiben, heißt es, jedoch rechnen die OECD-Experten mit Ausfällen im deutschen Export, vor allem infolge der DM-Aufwertung. Dagegen kann die Bundesrepublik weiterhin mit dem niedrigsten Preisanstieg von allen OECD-Ländern rechnen. Im Jahresvergleich Februar hatte er nur 0,7 Prozent erreicht.

Positiv bewertet wird auch der weltweite Rückgang der Zinssätze und der Abbau der Budgetdefizite, obwohl diese Entwicklung noch nicht alle Länder voll erfaßt hat. Dagegen macht das Arbeitslosenproblem nach wie vor große Sorge und zwar nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus politischen Gründen. Zu diesem Thema liegt den Ministern ein Katalog konkreter Fragen nach Einzelmaßnahmen vor. Auf ein Globalkonzept wird diesmal verzichtet.

Ein weiteres wichtiges Thema der Ministerratssitzung ist der Kampf gegen den Protektionismus und die Liberalisierung des Welthandels. Da es den OECD-Staaten wieder besser geht, sollten sie stärker zur Wiederbelebung der gesamten Weltwirtschaft beitragen, um die Ungleichgewichte im Außenhandel abzubauen. Im Hinblick auf die neue Gatt-Runde wird eine stärkere Öffnung der Märkte gegenüber den Entwicklungsländern empfohlen. Doch will man prüfen, wie weit die Industriestaaten die Investitionslust in diesen Ländern stärken können.

Schwierigkeiten erwartet man in der Agrarfrage. Die amerikanische Delegation dürfte massiv auf einen Abbau der EG-Agrarsubventionen drängen – ein Problem, welches sich nach der EG-Erweiterung um Spanien und Portugal noch zugespitzt hat. Manche Beobachter halten es nicht für ausgeschlossen, daß es deshalb zwischen der EG und der USA zu einem „Handelskrieg" kommen könnte.

Ob unter diesen Umständen in der Exportkreditfrage endlich ein Kompromiß erzielt werden kann, erscheint sehr fraglich. Die Amerikaner fordern nach wie vor bei den sogenannten Mischkrediten eine Erhöhung des Geschenkelements von 25 auf 50 Prozent, womit diese Finanzierungsform nur noch für entwicklungspolitische und nicht mehr für kommerzielle Zwecke interessant wäre. Die EG-Länder wollen aber höchstens einer halb so starken Aufstockung des Anteils zustimmen.

Allgemein dürfte der Ministerrat empfehlen, daß das marktwirtschaftliche Konzept der OECD fortgeführt und die Kooperation zwischen ihren Mitgliedstaaten vertieft wird. Das gilt auch für den Energiebereich. Hier soll die Verbilligung der Ölimporte grundsätzlich voll an den Verbraucher weitergegeben werden. Einer steuerlichen Abschöpfung will man allerdings dann nicht widersprechen, wenn deren Ertrag zur Verminderung der Budgetdefizite verwendet wird, weil dies letztlich ebenfalls anti-inflatorisch wirkt.

HANNOVER-MESSE

Aussteller mit Kompetenz der Besucher zufrieden

DOMINIK SCHMIDT, **Hannover**

Die Deutsche Messe- und Ausstellungs-AG betrachtet das neue Konzept der Hannover-Messe mit der *Zweiteilung in CeBIT- und Industrie*messe als gelungen. Zwar müsse vor allem mit Blick auf die gestern zu Ende gegangene Industriemesse noch einiges „nachgebessert" werden, hieß es auf der Abschluß-Pressekonferenz. Der Großteil der 5500 Aussteller aber zeigte sich mit den Ergebnissen der Premierenveranstaltung zufrieden. Für die Messe-AG selbst schließlich, deren Erfolgsgradmesser die Besucherzahl ist, gebe es gleichfalls keinen Grund zur Unzu*friedenheit: Mit schätzungsweise* 420 000 Messegästen seien die Erwartungen erfüllt worden.

Niedersachsens Wirtschaftsministerin Birgit Breuel, zugleich Vorsitzende des Messe-Aufsichtsrats, bezeichnete die Zellteilung als eine „gute Entscheidung". Gegenüber der Hannover-Messe 1984 (740 000 Besucher), die vom Angebot her für einen Vergleich herangezogen werden müsse, hätten die CeBIT- und die Industriemesse zusammen mit 770 000 In*teressenten sogar mehr Publikum an*gezogen.

Verbesserungswürdig ist nach den Worten von Messe-Chef Klaus E. Goehrmann *und Dieter Metzenauer*, Vorsitzender des Ausstellerbeirats, die Kommunikation im Vorfeld der Messe. Vor allem im Ausland müsse deutlicher gemacht werden, daß die Informations- und Kommunikations*technik nicht mehr Bestand*teil der Industriemesse ist. Zudem gebe es noch immer das Problem des „Schnittstellen-Angebots". Die Messeleitung bleibe bemüht, entsprechende Anregungen der Ausstellerschaft im nächsten Jahr zu berücksichtigen. Ohnehin, so Goehrmann, mache die dynamische Entwicklung einzelner Branchen eine ständige Neuorientierung notwendig.

Nicht ganz aufgegangen ist die Rechnung der Messe-AG bei den Doppelbesuchern. *Nur 15 Prozent* der CeBIT-Besucher, also rund 50 000, kamen auch zur Industriemesse. Die Prognosen gingen von 25 Prozent aus. An der gleichfalls diskutierten zeitlichen Nähe der beiden Veranstaltungen wird sich zunächst nicht ändern. Der CeBIT-Termin 1987 wurde auf den 4. März, der für die Industriemesse auf den 1. April festgelegt.

Zu den positiven Effekten der Messeteilung gehört die erneut gestiegene Fachqualität der Besucher und der weiter erhöhte Anteil ausländischer Gäste (24 Prozent), wenngleich aus Übersee weniger Personen gezählt wurden. Das Niveau der Gespräche *an den Messeständen habe deutlich* zugenommen.

Einen hervorragenden Eindruck von der Messe hat das „Partnerland" Bulgarien *mitgenommen. Allein in* Hannover wurden Direktbeschlüsse im Wert von 200 Mill. DM getätigt. Hinzu kamen zahlreiche Kooperationsabkommen. 1987 wird sich die VR China als Partnerland vorstellen.

Sozialwahlen

Von THOMAS LINKE

Was soll das Ganze überhaupt? Die Frage nach dem Sinn von Selbstverwaltung und Wahlen in der Sozialversicherung wird gestellt werden, wenn dieser Tage die Post die ersten Stimmzettel an geschätzte 25 Millionen zur Wahl aufgerufene Versicherte austeilt. Die Zweifler dürfen sich auf berühmte Vordenker berufen. Auch Bismarck war sich über die „Wahl der Wege ... so unbedingt sicher nicht".

Nachdem er als Träger der Unfallversicherung zuerst eine staatliche Behörde bevorzugte, vollzog er am 2. April 1881 vor dem Reichstag eine geistige Kehrtwendung, „da die Masse der Geschäftsnummern, die entstehen würde, für keine Zentralbehörde zu bewältigen sein würde". Schlußfolgerung des großen Sozialpolitikers: Arbeitsteilung war geboten, „und zwar eine solche, die den Interessenten mit heranzieht".

Diese Entscheidung war weise und hat bis heute nichts von ihrer Richtigkeit verloren. Eine Sozialversicherung in staatlichen Händen hätte viele Nachteile. Durch die Selbstverwaltung wird nicht jede Krise des sozialen Systems gleich zur Staatskrise. Zudem tritt nicht der Staat als *größter Nachfrager* von Gesundheitsleistungen auf, sondern die Sozialversicherung. Politische Preise auf diesem Markt können somit vermieden werden.

Jeder Befürworter einer Sozialversicherung ohne Selbstverwaltung sollte bedenken, daß die Tarifpartner *dem Staat* Arbeit und Kosten abnehmen. Die Frage ist berechtigt, ob die Sozialversicherung *ohne* die kostenlose *Hilfestellung* der Lohnbüros in den Betrieben überhaupt funktionieren würde. Aber ist nicht heute Bismarcks Vorstellung, den Interessenten, sprich Arbeitgeber und Versicherte, heranzuziehen, ihn also an den wesentlichen Weichenstellungen zu beteiligen, schon längst Geschichte? Hat nicht der *Gesetzgeber* insbesondere die Selbstverwaltung bei der *Renten- und* Unfallversicherung auf eine bloße Verwaltungstätigkeit reduziert? Die *Antwort* auf diese Fragen kann nur heißen: Ja, aber.

Die Personalpolitik – also die Wahl der Vorstände der Versicherungsträger – bleibt ein wichtiges Instrument der Selbstverwaltung. In den Krankenkassen setzen die Vertreterversammlungen immerhin die Beitragssätze fest und entscheiden über die Leistungen der Gesundheitsvorsorge und Rehabilitation. Das ist nicht mehr viel, doch es scheint, daß sich die jetzige Mehrheit in Bonn in Richtung auf eine Stärkung der Sozialversicherung orientiert.

Sicher haben die Wahlen zu den Vertreterversammlungen das Ansehen der Selbstverwaltung nicht gerade erhöht. Diesmal wird nur bei 35 von 1330 Versicherungsträgern gewählt. Nicht abgestimmt wird vor allem da, wo der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) allein Listen eingereicht hat oder sich mit anderen Kandidaten darauf geeinigt hat, insgesamt nicht mehr Kandidaten zu nominieren als Sitze zu vergeben waren. Hier hat der DGB seinen Alleinvertretungsanspruch für alle Versicherten voll durchgesetzt.

Im Bereich der Angestellten haben die Deutsche Angestellten Gewerkschaft und christliche Gewerkschaften ihm diesen Gefallen nicht getan. Eine starke Position haben hier auch die freien Listen, bei denen der Name des Versicherungsträgers oft *Bestandteil des eigenen Namens* ist. Ihr Erfolg ist ein Zeichen dafür, daß die Versicherten nicht bereit sind, nur Gewerkschafter in den Sozialparlamenten zu sehen, obwohl nur ein Drittel der Sozialversicherten aktives oder passives Gewerkschaftsmitglied ist, aber alle Beitrag zur Sozialversicherung bezahlen müssen. Unverständlich bleibt allerdings, daß viele dieser freien „Interessengemeinschaften" oder „Wählergemeinschaften" in der Vergangenheit über ihre *Ziele und Absichten den Mantel* des Schweigens gehüllt haben. Einer durch Wahlen legitimierten Selbstverwaltung ist solch ein Verhalten sicher nicht dienlich.

Wer der Selbstverwaltung hingegen einen Dienst erweisen will, sollte wählen. Je höher die Wahlbeteiligung ist, *desto stärker ist die Position* der Selbstverwaltung. Die Kosten – bei einer geschätzten Wahlbeteiligung von 50 Prozent enstehen allein Portokosten von 50 Millionen Mark – dürfen kein Argument sein, angesichts der genannten Vorteile der Selbstverwaltung.

AUF EIN WORT

» Entwicklungshilfe muß die Ärmsten der Armen erreichen, sie soll Hilfe zur Selbsthilfe sein. Programme zur vielfältigen ländlichen Entwicklung sind hierzu oft besser geeignet als Großprojekte der Industrie oder der Infrastruktur. «

Dipl.-Ing. Jens J. Schnieders, Vorstandsvorsitzender des Verbandes unabhängig beratender Ingenieurfirmen e.V. (VUBI), Bonn — FOTO: DIE WELT

Einkommen steigt um 60 Milliarden

dpa/VWD, Bonn

Das Haushaltseinkommen der Bundesbürger wird in diesem Jahr um 60 Mrd. DM höher liegen als 1985. Davon werden nach Berechnungen des Bundesverbandes der Deutschen Volks- und *Raiffeisenbanken (BVR)* zehn Mrd. gespart und 50 Mrd. DM für den privaten Konsum ausgegeben. Damit würden sich die Verbrauchsausgaben um knapp fünf Prozent erhöhen. Bei einer Inflationsrate von rund einem Prozent sei dies der höchste Anstieg seit 1973. Die deutlich gesunkenen Ölpreise werden die verfügbaren Einkommen zusätzlich noch um weitere 20 Mrd. DM erhöhen.

FINANZPOLITIK

Bundesbank gegen höheren Kassenkredit an Länder

cd. Frankfurt

Über eine Änderung des Bundesbankgesetzes durch die Hintertür versuchen die Bundesländer den Rahmen für den Zugriff auf den zinsgünstigen Kassenkredit der Bundesbank, für den lediglich der Diskontsatz berechnet wird, von rund 2,5 Mrd. DM auf 6 Mrd. DM auszuweiten. Diese Initiative des Finanzausschusses des Bundesrats ist unauffällig eingepackt in ein „Rechtsbereinigungsgesetz", das allerlei nebensächliche Vorschriften neu regelt oder aufhebt und das morgen vom Bundesrat beschlossen werden soll.

Die Bundesbank hat dagegen schwere währungspolitische Bedenken *angemeldet. Sie fürchtet, ihr im* Gesetz verankertes Prinzip, nicht in die mit Inflationsgefahren verbundene direkte Staatsfinanzierung eingeschaltet zu werden, würde gefährdet, wenn die Länder die Möglichkeit hätten, den Kassenkredit innerhalb eines größeren Rahmens zur Dauerfinanzierung umzufunktionieren. Auch die nach der letzten Festsetzung des Kassenkreditlimits deutlich gestiegenen Haushaltsvolumina der Länder rechtfertigten nicht den Vorstoß des Bundesrates. Die nationalen und internationalen Kreditmärkte bieten nach Auffassung der Bundesbank ein ausreichendes Finanzierungspotential für den Kreditbedarf der Länder.

Das vom Bundesrat vorgebrachte Argument einer Ungleichbehandlung der Länder gegenüber dem Bund, der einen Kassenkreditrahmen von 6 Mrd. DM hat, läßt die Bundesbank *mit dem Hinweis darauf nicht gelten*, daß sie den Ländern anders als dem Bund die Pflicht, ihre Kassenmittel zinslos bei ihr anzulegen, weitgehend erlassen hat.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Parlament wehrt sich gegen Wirkung der Agrarpolitik

Ha. Straßburg

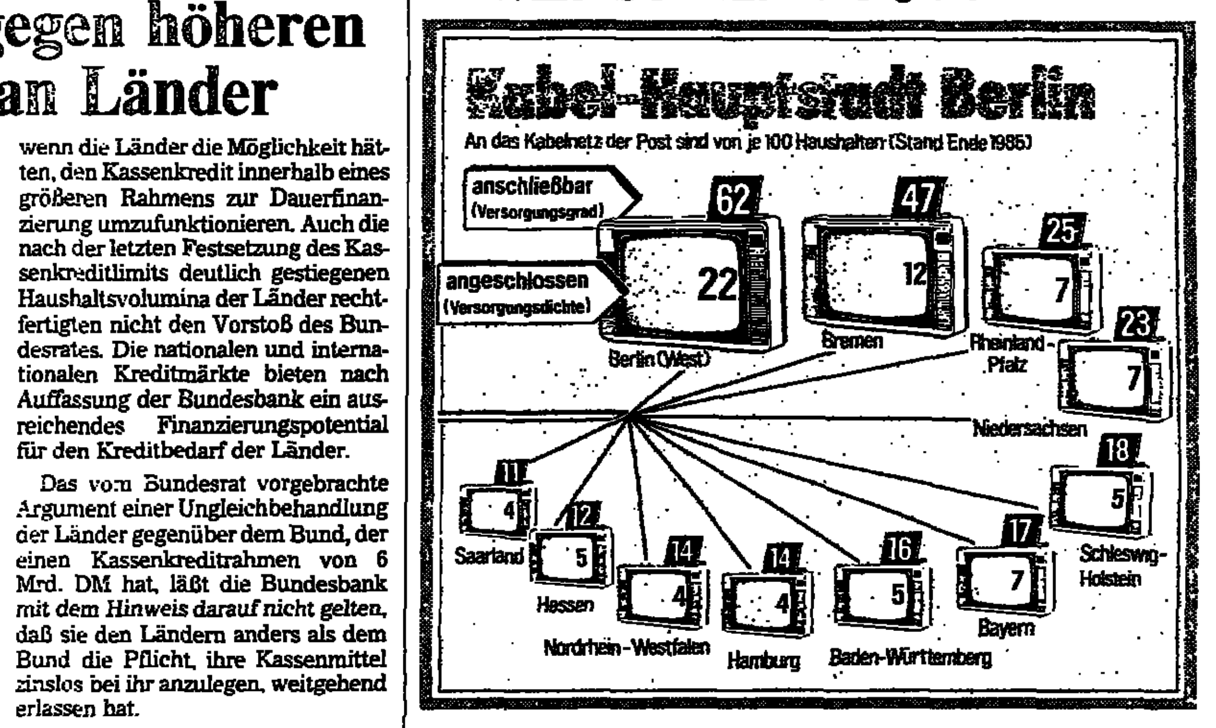
Das Europäische Parlament hat sich dagegen zur Wehr gesetzt, daß *die Agrarausgaben der EG zuneh*mend die Entwicklung anderer Gemeinschaftspolitiken gefährden. In einer gestern verabschiedeten Entschließung bezeichneten die Abgeordneten die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch produktive Investitionen sowie die Förderung und Entwicklung des Binnenmarktes als prioritäre Ziele der Gemeinschaft.

Es müsse sichergestellt werden, daß durch Ressourcentransfers aus den Brüsseler Strukturfonds und durch spezifische Programme eine gleichmäßigere Wirtschaftsleistung erreicht werde, heißt es darin. Trotz der schwierigen Haushaltslage müsse der Rat die in früheren Jahren eingegangenen Verpflichtungen für Regional- und Sozialvorhaben einlösen.

Der CDU-Abgeordnete Heinrich Aigner meinte, es sei „unerträglich", wenn die Staats- und Regierungschefs eine gemeinsame Forschungs- und Industriepolitik verabredeten, die finanziellen Mittel dafür aber nicht bereitstellten. „Es wirkt geradezu lächerlich, wenn man für die Hochtechnologie weniger Mittel einsetzt als für die Reinigungskosten der Brüsseler Gebäude", sagte Aigner. Zur Agrarpolitik heißt es in der Entschließung, die Verbindung zwischen *Preisstützung und Einkommenssi*cherung müsse flexibler gestaltet werden.

Der Brüsseler Haushaltskommis*sar Henning Christophersen sagte*, eine vernünftige Finanzplanung der EG für 1987 sei nur dann möglich, wenn es gelinge, die seit dem Beginn dieses Jahres aufgelaufenen Mehrkosten der Gemeinschaftspolitiken in einem Zusatzhaushalt für 1986 aufzufangen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



An das Kabelnetz der Bundesrepublik Deutschland können sich gegenwärtig 18 Prozent aller Haushalte im Bundesgebiet anschließen. Tatsächlich angeschlossen haben sich aber bislang nur sechs Prozent. Von diesem Bundesdurchschnitt gibt es erhebliche Abweichungen in den einzelnen Bundesländern. Ganz am Ende des Kabels hängen Nordrhein-Westfalen, Hamburg und das Saarland. Berlin und Bremen haben dagegen die meisten Kabel-Hörer und -Seher. QUELLE: GLOBUS

Dollar um sieben Pfennig gefallen

Frankfurt (cd.) – Nach dem gestrigen Rückgang des Dollarkurses, der bei der amtlichen Notierung von 2,3317 auf 2,2662 DM und am frühen Nachmittag weiter auf 2,26 DM fiel, wartet man heute mit Spannung auf die vorläufigen Zahlen für die Entwicklung des Sozialprodukts in den USA im ersten Quartal. Sollte das Wachstum am unteren Rand des Erwartungsbandes von zwei bis 2,7 Prozent liegen, rechnen Devisenhändler mit einem weiteren Rückgang, weil die Spekulation auf eine Diskontsenkung neue Nahrung bekäme.

Einzelhandel zufrieden

Köln (dpa/VWD) – Die Einzelhandelsgeschäfte haben in den ersten beiden Monaten 1986 ihren Umsatz um 4,2 Prozent gesteigert. Eine besondere Rolle hat nach einer Übersicht der Hauptgemeinschaft des *Deutschen Einzelhandels (HDE) in* Köln dabei der Fahrzeughandel gespielt, der zweistellige Zuwachsraten erzielte.

Opec-Sitzung vertagt

Genf (AP) – Die Fachminister der Organisation erdölexportierender *Länder (Opec) haben ihre Konferenz* in Genf gestern vertagt. Ein Sprecher sagte nach der zweistündigen Morgensitzung, die Minister würden in *kleinen Arbeitsgruppen heute weiter* die Möglichkeit einer Drosselung der Fördermenge des Kartells diskutieren. Einzelheiten über die Morgensitzung wurden nicht mitgeteilt.

Weniger Arbeitslose

London (dpa/VWD) – Die Arbeitslosigkeit in Großbritannien ist im März um 13 000 auf 3 323 776 gefallen. Damit liegt die Arbeitslosenrate bei 13,7 Prozent. Das gab das britische Arbeitsministerium gestern bekannt.

Milchimitationen erlaubt

Straßburg (Ha.) – Milchimitationserzeugnisse sollen in der EG nicht verboten werden. Dies hat die Brüsseler Kommission in Übereinstimmung mit der Mehrheit der Mitgliedsregierungen beschlossen. In einem Richtlinienvorschlag tritt sie lediglich für eine Kennzeichnungspflicht der Bestandteile dieser meist auf Sojabasis fabrizierten Surrogate ein.

„TÜV-Monopol öffnen"

Bonn (A.G.) – Nach Auswertung des öffentlichen Anhörungsverfahrens zum TÜV-Monopol gibt es nach den Worten des verkehrspolitischen Sprechers der FDP-Bundestagsfraktion, Klaus-Jürgen Hoffie, keinen Grund mehr, die Zulassung freier Sachverständiger zur Kfz-Überwa*chung weiter zu verzögern. Hoffie er*klärte gestern, daß die FDP dieses Thema zum Gegenstand weiterer Koalitionsgespräche machen müsse, falls sich CDU und CSU weiter gegen eine Verabschiedung des Regierungsentwurfs noch vor der Sommerpause sperren sollte.

Umweltschutz verankern

Bonn (A.G.) – Die Bundesregierung hat sich dafür ausgesprochen, die Belange des Umweltschutzes *im Rah*men der Raumordnung und im Rahmen des Fernstraßenbaus verstärkt zur Geltung zu bringen. Eine entsprechende Stellungnahme zum Gesetzentwurf des Bundesrates hat das Bundeskabinett gestern verabschiedet. Dem Grundanliegen des Bundesrates stimmt die Regierung voll zu. Soweit in einzelnen Punkten andere Formulierungen vorgeschlagen werden, solle dadurch den gemeinsamen Zielsetzungen besser Rechnung getragen werden.

Teilweise Preisfreigabe

Paris (J. Sch.) – Die französische Regierung hat die noch reglementierten 15 Prozent der Industriepreise und 75 Prozent der bisher voll blokkiert gewesenen Handelsspannen freigegeben. Die öffentlichen Strom- und Gastarife wurden bereits gestern um ein Prozent reduziert, während die Staatsbahnen und die Pariser Verkehrsbetriebe ihre Tarife um bis zu acht Prozent anheben dürfen.

US-KONJUNKTUR

Nachfrage und Ölkrise bremsen die Produktion

Sbt. **Washington**

Die US-Konjunktur erweist sich als schwach. Wie die Notenbank in Washington mitteilte, ist die *Industrie*produktion im März noch einmal um 0,5 Prozent gesunken, verglichen mit minus 0,7 Prozent im Februar. Mit 125,1 lag der Index nur *um 0,9* Prozent über dem Vorjahrsmonat. Verursacht wurde die steile Talfahrt durch die wachsende Krise in der amerikanischen Mineralöl- und *Erdgas*industrie. Neben einer enttäuschenden Stahlerzeugung liefen außerdem weniger Personenkraftwagen und Lkw vom Band. Wie *befürchtet*, wirken jetzt die im Herbst eingeführten Kaufanreize durch Billigkredite immer stärker als Bremse.

Wegen der Absatzeinbrüche und der hohen Lagerbestände hat die US-Automobilindustrie im März die Zahl der montierten Wagen von 8,7 auf 7,7 Mill. (Jahresrate) zurückgenommen. Bei Gebrauchsgütern sank der Index um kräftige 2,9, bei Geschäftsausrüstungen um 0,9 Prozent. Im Bereich der Fertigwaren verzeichneten nur Konsum- und Rüstungsgüter ein Plus von 0,1 und 0,6 Prozent.

Die Produktionsverluste sind bereits durch den Anstieg der Arbeitslosenrate von 6,7 auf 7,8 Prozent avisiert worden. Auszumachen ist überdies *eine* Kaufmüdigkeit bei den Verbrauchern. Im Februar nahmen die Ratenkredite lediglich um fünf Mrd. Dollar netto zu – das niedrigste Plus in *acht Monaten*. Ferner verringerten sich die Ablieferungen der Firmen um 1,1 Prozent, während sich die Lager leicht erhöhten. Das US-Handels*ministerium* veröffentlicht heute das BSP-Wachstum im ersten Quartal. Auf Jahresbasis wird die Rate vermutlich unter drei Prozent liegen.

LIBYEN / Vor allem Firmen aus der Ölbranche haben in dem Wüstenstaat investiert

Tripolis kaufte weniger deutsche Waren

K. S. **Bonn**

Die wirtschaftlichen Verflechtungen der Bundesrepublik mit Libyen sind nicht bedeutend. Dennoch: Seit Muammar el-Khadhafi 1969 die Macht in dem nordafrikanischen Staat übernahm, wuchs das Interesse deutscher Firmen an dem nordafrikanischen Land kontinuierlich. Waren es 1970 noch 168 Millionen DM, für die deutsche *Unternehmen* Waren nach Libyen ausführten, umfaßte der Export zehn Jahre später 2,3 Milliarden und 1982 schon 2,8 Milliarden DM. Besonders gefragt sind vor allem deutsche Anlagen, aber auch Maschinen; außerdem ist „Made in Germany" beliebt im elektronischen Bereich, bei Eisenwaren und Kraftfahrzeugen.

Die Fried. Krupp GmbH, Essen, und ihre Beteiligungsgesellschaften und die Siemens AG, München, haben sich beispielsweise am Bau eines Eisen- und Stahlkomplexes in Misurata beteiligt. Für ein Kaltwalzwerk in dem gleichen Gebiet lieferte Brown, Boveri & Cie (BBC), Mannheim, zusammen mit der BBC-Konzerngesellschaft in Baden (Schweiz) die elektronische Ausrüstung.

Doch inzwischen ist der Export nach Libyen – vor allem aus politischen Gründen – erheblich zurückgegangen. Im vergangenen Jahr schrumpfte die Ausfuhr auf einen Wert von 1,5 Milliarden DM. Als Abnehmerland rangierte der Revolutionsstaat an der 44. Stelle. Hingegen: Die Bezüge aus Libyen haben ihre Bedeutung noch gewahrt. Etwa zehn Millionen Tonnen Öl lieferte der Wüstenstaat an die Bundesrepublik, rund 15 Prozent der gesamten deutschen Öleinfuhren. Damit war Libyen nach Großbritannien und Nigeria der drittwichtigste Öllieferant für die Bundesrepublik. Unter diesen Umständen ist es klar, daß die Deutschen ein Defizit im Handel mit den Libyern ausweisen. Im vergangenen Jahr betrug es 4,5 Milliarden DM.

Doch die wirtschaftlichen Verflechtungen beschränken sich nicht auf die Außenhandelsbeziehungen, sondern dehnen sich auf die Direktinvestitionen aus. Deutsche Firmen haben vor allem die Attraktivität Libyens als Ölland erkannt. So haben sich in der Vergangenheit besonders die Veba Oel, Gelsenkirchen, die Wintershall, Kassel, und die Deminex-Deutsche Erdölversorgungsgesellschaft, Essen (zu 72,5 Prozent in den Händen von Veba und Wintershall), in dem Wüstenstaat engagiert. Auf sie entfiel der größte Teil der deutschen Investitionen in Höhe von 309 Millionen DM (Ende 1984).

Das Engagement der Libyer in der Bundesrepublik wirkt dagegen freilich kärglich: 32 Millionen DM Ende 1984. Diese Mittel sind vor allem in den Anlagenbau geflossen.

FRANKREICH

Paris tilgt EG-Schulden

J. Sch. Paris

Angesichts der gewaltigen Devisenzuflüsse, die Frankreich seit der letzten Francabwertung vom 6. April verbuchte – man schätzt sie auf 30 bis 40 Mrd. Franc – hat die Regierung in Paris beschlossen, die im Zusammenhang mit der vorangegangenen Abwertung 1983 bei der EG vom Staat aufgenommenen 400 Mill. Dollar vorzeitig zurückzuzahlen. Die staatliche Auslandsschuld vermindert sich dadurch auf rund sechs Mrd. Dollar oder 45 Mrd. Franc.

Die gesamte französische Auslandsschuld hatte Ende letzten Jahres 469 Mrd. Franc erreicht. Sie soll jetzt auch durch die Beschränkung der Kreditaufnahmen der Unternehmen im Ausland von brutto 35 auf 15 Mrd. Franc im Jahr reduziert werden. Wirtschafts- und Finanzminister Balladur bezeichnete die Schuldentilgung als Beweis für den Erfolg „seiner" Abwertung. Wichtigster Grund für die Devisenzuflüsse ist aber das immer noch sehr hohe, jedoch nicht mehr mit dem Abwertungsrisiko belastete französische Zinsniveau. Um eine inflatorische Geldmengenvermehrung zu verhindern, verwendet Balladur einen Teil der Zuflüsse für die Schuldentilgung. Außerdem sollen die Zinsen in Etappen reduziert werden.

IW: Nachteile im Export gering

VWD, Frankfurt

Die Anpassungen im EWS werden den Export der Bundesrepublik nach Frankreich beeinträchtigen. Diese Erwartung vertritt das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW). Es verweist auf die Erfahrungen der Anpassung von 1983. Nach der Aufwertung der D-Mark um acht Prozent gegenüber dem Franc sanken die deutschen Ausfuhren nach Frankreich im gleichen Jahr um 7,5 Prozent.

Für Panikmache sieht das IW allerdings aus vier Gründen keinen Anlaß: Erstens seien die Preise in Frankreich seit der letzten Anpassung um 24,6 Prozent gestiegen, die deutschen hingegen nur um 8,1 Prozent. Somit habe sich die deutsche Preis-Wettbewerbskraft auf dem französischen Markt verbessert. Zweitens werde sich das aktuelle Preisgefälle zwischen beiden Ländern, das zur Zeit bei 2,8 Prozentpunkten liege, in den kommenden Monaten vergrößern. Drittens verbuche die Bundesrepublik im beiderseitigen Handel kräftige Exportüberschüsse. Viertens erlebe die französische Wirtschaft ein hohes Wachstum; das bedeute Nachfragebelebung.

EG / Paritätenänderung im EWS hat günstigeres Klima für Liberalisierung des Zahlungsverkehrs geschaffen

Einheitlicher Kapitalmarkt noch in weiter Ferne

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Neufestsetzung der Leitkurse im Europäischen Währungssystem (EWS) hat in der EG nicht nur die Aussicht auf eine längere Periode monitärer Stabilität geschaffen, sondern auch ein günstigeres Klima für eine weitergehende Liberalisierung des Kapitalverkehrs.

Die Brüsseler Kommission will Ende Juni/Anfang Juli Vorschläge vorlegen, mit denen die noch aus den Jahren 1960 und 1962 stammenden Liberalisierungs-Richtlinien der Gemeinschaft „fortgeschrieben" werden sollen. Damit dürfte zum erstenmal seit langer Zeit die Diskussion über die Schaffung eines integrierten europäischen Kapitalmarktes wieder an Hand von konkreten Problemstellungen vorangetrieben werden.

Über die Notwendigkeit neuer Anstrengungen kann vor allem vor dem Hintergrund der von den Staats- und Regierungschefs „eingesegneten" Pläne für einen einheitlichen europäischen Binnenmarkt kein Zweifel bestehen. Der Währungsausschuß der EG befaßt sich auch bereits seit Monaten mit vertraulichen Papieren der Kommission. Schon im Juni 1985 hatte er die EG-Behörde aufgefordert, dem Rat so bald wie möglich Vorschläge für eine Umgruppierung von Transaktionen der Listen C und D der einschlägigen EG-Richtlinie in die Kategorien A und B zu unterbreiten.

Diese Listen regeln den Grad der Liberalisierung des Kapitalverkehrs in der Gemeinschaft. Während die Liste A dieser Richtlinie Direktinvestitionen, Immobilienkäufe, private Transfers wie Schenkungen und Erbschaften sowie Kredite für Handels- und Dienstleistungsgeschäfte enthält, betrifft die Liste B Wertpapiere. Für diese Art von Kapitalbewegungen gilt in leicht abgestufter Form schon seit den sechziger Jahren jeweils eine Verpflichtung zum Abbau von Beschränkungen.

Dagegen läßt die EG-Direktive für grenzüberschreitende Operationen der Liste C (Euro-Emissionen, nicht an der Börse gehandelte Papiere, Zertifikate von Investmentfonds sowie Darlehen, die nicht mit Handelsgeschäften verbunden sind) den Mitgliedsregierungen die Möglichkeit, dann Schutzmaßnahmen zu treffen, wenn eine Liberalisierung den Zielen der nationalen Wirtschaftspolitik widersprechen würde. Die Liste D schließlich umfaßt vorwiegend Kapitalbewegungen kurzfristiger Art. Für diese Operationen besteht keinerlei Verpflichtung zur Liberalisierung.

Entscheidungen müssen einstimmig gefaßt werden

Es ist wenig wahrscheinlich, daß im Ministerrat weitgehende Umgruppierungen zu erreichen sind. Zumal in diesem Fall alle Entscheidungen einstimmig gefaßt werden müssen. Die neuen Mitgliedsstaaten Griechenland, Portugal und Spanien haben bereits alle Mühe, im Verlauf der ihnen in den Beitrittsverträgen eingeräumten Übergangsfrist die vor 23 Jahren vereinbarten Regelungen einzuführen. Auch für die irische Wirtschaft ist bis auf weiteres ein freier Kapitalverkehr kaum zumutbar.

Wichtiger als die Ausweitung der geltenden EG-Regelungen ist ohnehin die Abschaffung oder wenigstens eine eindeutige Eingrenzung der bestehenden Ausnahmebestimmungen. Hier sind vor allem Frankreich und Italien gefordert. Frankreich nimmt seit 1968 die Schutzklausel der Gemeinschaftsrichtlinien in Anspruch und beschränkt in wichtigen Bereichen die eigentlich vorgeschriebene Liberalisierung.

Zwar sind die 1982 erheblich verschärften Devisenbestimmungen inzwischen wieder gelockert worden. Doch gibt es zum Beispiel nach wie die Vorschrift, daß Direktinvestitionen im EG-Ausland nicht ohne Zustimmung des Pariser Wirtschaftsministeriums vorgenommen werden dürfen, oder daß Auslandsaktien und -obligationen nur mit Devisen gekauft werden dürfen, die durch den Verkauf von ähnlichen Wertpapieren von französischen Staatsbürgern stammen.

Wie Frankreich macht auch Italien von einer Ausnahmebestimmung der EG-Richtlinien Gebrauch. Es hat allerdings in jüngster Zeit ebenfalls seine Devisenrestriktionen deutlich gemildert.

Die Kommission beginnt sich erstaunlicherweise erst seit kurzem auf ihre Verpflichtung zur Wahrung des „Besitzstandes" der Integration. Im vergangenen Jahr hat sie jedoch endlich die Absicht geäußert, stärker als bisher von ihrem Recht auf Genehmigung der bestehenden Restriktionen Gebrauch zu machen.

Nationale Regierungen inzwischen einsichtiger

Die französischen Ausnahmebestimmungen wurden bis Ende 1986, die italienischen auf ein Jahr später terminiert. Nicht zuletzt die betroffenen Regierungen selbst haben eingesehen, daß sich der Ruf nach engerer Währungszusammenarbeit kaum mit dem Fortbestehen nationaler Kapital- und Devisenbeschränkungen verträgt.

Die inzwischen weitgehend angeglichenen Preissteigerungsraten in der EG schaffen darüber hinaus mehr Spielraum für eine liberale Politik. Voraussichtlich wird die Kommission daher darauf drängen, die inzwischen vorgenommenen Auflockerungen im Kapitalverkehr auf EG-Ebene jeweils „festzuschreiben". Eine Rücknahme der Einschränkungen würde für diesen Fall eine (nach strengeren Maßstäben bemessene) neue Genehmigung der EG-Behörde voraussetzen und nicht mehr dem freien Ermessen der betroffenen Regierungen anheim gestellt sein.

GROSSBRITANNIEN / Nutzfahrzeug-Markt umkämpft

Ford und Iveco kooperieren

WILHELM FURLER, London

Ford Großbritannien und der multinationale europäische Lkw-Hersteller Iveco werden ihr Nutzfahrzeuggeschäft in Großbritannien zusammenlegen. Betroffen sind die Fertigung und der Vertrieb von Nutzfahrzeugen über vier Tonnen. Auf den außerbritischen Exportmärkten wird Ford weiterhin seine in England hergestellten Nutzfahrzeuge selbst und unter eigenem Namen vertreiben.

Das Joint venture kam nach langen Verhandlungen zustande, nachdem Anstrengungen für eine Kooperation zwischen Fiat und Ford im Personenwagenbereich im vergangenen Herbst gescheitert waren. Iveco wurde 1975 mit dem Zusammenschluß der Lkw-Produktion von Fiat, Lancia, Unic, OM und Magirus-Deutz gegründet. Ursprünglich war spekuliert worden, daß Iveco und Ford ihre Aktivitäten auf dem gesamten, heiß umkämpften europäischen Nutzfahrzeugmarkt zusammenlegen würden.

Die neue britische Firma Iveco Ford Truck Ltd wird mit Wirkung vom 1. Juli dieses Jahres gegründet. Nach Angaben von Sam Toy, Chairman und geschäftsführender Direktor von Ford of Britain, werden Ford und Iveco jeweils 48 Prozent der Aktienanteile an dem neuen Unternehmen halten. Die restlichen vier Prozent gehören der Londoner Auslandsbank Credit Suisse First Boston U. K. Ltd.

Hinter der Zusammenlegung der Aktivitäten von Ford und Iveco in Großbritannien spricht nach Angaben von Toy der immer schärfere Wettbewerb. Die europäischen Nutzfahrzeughersteller sehen sich hausischen jährlichen Verlusten in Höhe von bis zu 1,4 Mrd. DM ausgesetzt. Ford habe seit 1980 seine Produktivität ununterbrochen verbessert. Dennoch verhinderten widrige Marktkonditionen die notwendigen Investitionen. „Es alleine zu versuchen macht keinen Sinn mehr", betonte der Ford-Chairman.

Iveco ist hinter Daimler-Benz (europäischer Marktanteil 25 Prozent) Europas zweitgrößter Nutzfahrzeug-Hersteller mit 16,7 Prozent Marktanteil. Die Jahresproduktion liegt gegenwärtig bei 100 000 Lkw. Ford ist seit 1977 Marktführer in Großbritannien. Die Firma verkauft jährlich 17 000 Lkw, davon 10 000 in Großbritanien. Iveco hält am britischen Nutzfahrzeugmarkt einen Anteil von vier Prozent. Die Produktion des Ford Transit sowohl in Großbritannien als auch in Belgien wird von der Kooperation nicht betroffen.

Giorgio Garuzzo, Geschäftsführer von Iveco, betonte auf der Pressekonferenz in London, daß Ford seine umfangreichen Kenntnisse des britischen Marktes und sein erfolgreiches Cargo-Modellprogramm in das Joint Venture einbringt, während Iveco seine gesamteuropäischen Stärken beisteuert. Dazu zählen Werke und Entwicklungszentren in Italien, der Bundesrepublik, Frankreich und der Schweiz.

Polen braucht neue Umschuldungen

HH. Bonn

Ungeachtet der drei Umschuldungsabkommen, die die polnische Regierung mit den westlichen Gläubigerländern unterzeichnet hat, kann der hochverschuldete Ostblockstaat voraussichtlich auch in diesem Jahr seine internationalen Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen. Für 1986 rechnet Bonn daher mit weiteren Umschuldungsverhandlungen im Rahmen des Pariser Clubs der Gläubiger über ein Abkommen Polen 4, in das auch Fälligkeiten aus den drei vorangegangenen Abkommen eingebracht werden dürften.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Finanzministerium, Friedrich Voss (CSU), hat gestern den Haushaltsausschuß über die Ergebnisse der Umschuldungsverhandlungen mit Polen über den 1975 von Bonn gewährten Milliarden-Kredit unterrichtet. Mitte März hatte die polnische Seite – vorbehaltlich der Regierungszustimmung – einen Zinssatz von 5,9 Prozent für die Rückstände von rund 400 Millionen Mark akzeptiert. Diese sollen in etwa gleichen Jahresraten von 1987 bis 1989 gezahlt werden.

Der Umschuldungs-Zinssatz war deshalb zum Politikum geworden, weil der Kredit selbst nur mit 2,5 Prozent zu verzinsen ist. Warschau wollte noch vor Ostern die Vereinbarungen bestätigen. Statt dessen hat der polnische Außenminister Orzechowski bei seinem Besuch in Bonn einen Nachbesserungsversuch gemacht, hatte damit aber bei den Ministern Bangemann und Genscher keinen Erfolg. Die Bundesregierung rechnet in diesen Tagen mit der endgültigen Bestätigung der Vereinbarungen aus Warschau.

ITALIEN / Jetzt dürfen mehr Lire ausgeführt werden

Devisenbeschränkung bleibt

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die italienische Regierung ist entschlossen den Entwurf zur Novellierung des sogenannten Kapitalfluchtgesetzes aus dem Jahre 1976 beschleunigt über die Parlamentshürden zu bringen. Der Entwurf soll den Regierungsabsichten zufolge noch vor der Sommerpause verabschiedet werden. Mit der Novellierung soll unter anderem der Kapitalbetrag, den Gebietsangehörige straflos ins Ausland exportieren dürfen, von jetzt fünf Millionen auf 100 Mill. Lire (146 000 DM) erhöht werden.

Die vorgesehene Liberalisierung des Kapitalverkehrs folgt auf die am Montag dieser Woche erlassene Teilliberalisierung des Devisenverkehrs, mit der die Situation vor dem 16. Januar dieses Jahres wiederhergestellt wurde, als die italienischen Währungs- und Kreditbehörden gezwungen waren, um die Lira einen Schutzkordon zu legen. Unter anderem gehört dazu die Aufhebung des Verbots Einfuhrrechnungen vor Ablauf der ausgemachten Frist zu bezahlen, sowie die Aufhebung der den Exporteuren auferlegten Pflicht für ¾ des Ausfuhrbetrages ein Devisendepot zu hinterlegen. Gleichzeitig wurde der Geldbetrag, den Gebietsfremde bei Reisen nach Italien wieder ausführen dürfen, von einer Million auf fünf Mill. Lire erhöht.

Einen Schritt zur Kapitalmarktliberalisierung stellt auch die seit Montag dieser Woche den Investmentfonds eingeräumte Möglichkeit dar, zehn Prozent ihres Portefeuilles depotfrei auf der Basis ihrer Gesamtinvestitionen der vorangegangenen sechs und nicht wie bisher drei Monate anzulegen. Da die Anlagen der italienischen Investmentfonds kräftig im Steigen begriffen sind, bedeutet dies nach Expertenschätzungen, daß die Fonds jetzt zusätzlich wesentlich mehr investieren können.

Weiter unangetastet gelassen haben die italienischen Währungs- und Kreditbehörden die allen Anlegern einschließlich der Fonds auferlegten Pflicht, bei Auslandsanlagen ein zinsloses Bardepot von 25 Prozent zu hinterlegen. Damit wurden Erwartungen in Kapitalmarktkreisen enttäuscht, die auf eine Herabsetzung dieses Depots gerichtet waren.

Daß die italienische Regierung nicht die Absicht hat, alle bestehenden Devisen- und Kapitalmarktrestriktionen schon bald aufzuheben, hat Schatzminister Giovanni Goria erst jetzt wieder bestätigt. Demnach ist die stufenweise Aufhebung aller Kontrollen nur möglich, wenn sich die italienische Wirtschaft so stabilisiert, „daß aus dem Ausland auch mit niedrigeren Zinserwartungen Kapital nach Italien fließt".

Nach Schätzungen des italienischen Schatzministeriums hatten vor dem Jahr 1973, als im Zuge des ersten Erdölschocks und der damit verbundenen Lira-Krise eine Anzahl von Devisenbarrieren errichtet wurden, die Italiener zehn Prozent ihres gesamten Finanzvermögens im Ausland angelegt. Da dieses Vermögen derzeit rund eine Million Lire beträgt, würde dies selbst im Falle einer nur fünfprozentigen Anlage im Ausland bedeuten, daß 50 000 Mrd. Lire ins Ausland abfließen könnten. Nach Ansicht von Schatzminister Goria „entschieden zuviel, da wir rein materiell nicht über die Devisen verfügen um uns das zu leisten".

Erfolg mit Diversifizierung

J. Sch. Paris

Durch die Verstärkung ihrer Eigenmittel um 188 auf 363 Millionen Franc hat sich die Banque Franco-Allemande (BFA), Paris, eine 95prozentige Tochter der WestLB, die Mittel für eine Geschäftsausweitung beschafft. Die Bilanzsumme dieser größten deutschen Bank in Frankreich verminderte sich 1985 um 8,5 Prozent auf 6865 Millionen Franc. Ein Drittel dieser Summe wurde allerdings von der Dollarbaisse betroffen.

Daß die Kundenkredite noch stärker schrumpften – um 13,8 Prozent auf 3295 Millionen Franc – lag außerdem an der starken Zurückhaltung der deutschen Kundschaft, sich wegen der höheren französischen Zinsen in Franc zu verschulden, zumal der Franc gegen der D-Mark 1985 sehr fest war. Dagegen konnte die BFA ihr Geschäft mit österreichischen, skandinavischen und schweizerischen Unternehmen ausweiten und Erfolge mit ihrem Investmentfonds „Etoile Interobligations" erzielen. Auch am internationalen Finanzgeschäft war die BFA stärker beteiligt.

So erhöhte sich ihr Nettobankprodukt um 14,3 Prozent auf 112 Millionen Franc. Ihr Rohgewinn stieg um 40 Prozent auf 21 Millionen Franc. Nach Abschreibungen und Rückstellungen (für internationale Risiken) wird ein um acht Prozent angehobener Reingewinn von 6,6 Millionen Franc ausgewiesen. Er wurde durch außergewöhnliche Personalkosten und Investitionen belastet, die mit der neuen Diversifizierungsstrategie verbunden waren. Diese Strategie trifft jetzt auf ein günstiges Umfeld, meint die BFA-Verwaltung. Dank der Franc-Abwertung könne sich Frankreich an der Zinssenkungsbewegung beteiligen.

STEINKOHLE / Tagung des Kölner Energieinstituts

Subventionsbedarf steigt an

sas. Bonn

Der derzeitige Ölpreisverfall bilde für die Bundesregierung nach wie vor keinen Anlaß zu energiepolitischen Interventionen, etwa in Form höherer Mineralölsteuern. Dies erklärte der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerum, Dieter von Würzen, auf der 14. Internationalen Arbeitstagung des Energiewirtschaftlichen Instituts (EWI) in Köln. Die durch Investitionen oder die Verwendung neuer Techniken abgesicherten Einsparprozesse besäßen eine langfristige Eigendynamik.

Erheblich gravierender als für die Energieeinsparung sind nach Ansicht von Würzens die Folgen des Ölpreisrückgangs für die Kohlepolitik. Der Subventionsbedarf werde bei den niedrigen Ölpreisen, dem derzeitigen Dollarkurs und den Preisrückgängen auf den Weltkohlemärkten noch weiter ansteigen.

In der Verstromung bedeute dies höhere Ausgleichszahlungen in Form des „Kohlepfennigs". Es sei aber fraglich, ob der Ölausgleich in der derzeitigen Situation uneingeschränkt durchgeführt werden solle, da die Ölverbilligung in dem gegenwärtigen Umfang nicht dauerhaft sei. Zur Zeit werde mit der öffentlichen und industriellen Kraftwirtschaft darüber verhandelt, inwieweit eine Begrenzung der Ausgleichsansprüche erzielt werden könne, ohne den Jahrhundertvertrag zu gefährden.

Wie bereits am Vortag der Direktor des EWI, Prof. Hans-Karl Schneider, unterstrich auch von Würzen die Notwendigkeit, in der Umweltpolitik auf die Effizienz marktwirtschaftlicher Prozesse zu vertrauen. Auch künftig dürfe der Staat nicht durch Baubehörden oder Gewerbeaufsichtsämter die Struktur der Energieversorgung bestimmen, sondern – soweit wie möglich – der Wettbewerb. Voraussetzung dafür sei allerdings die strikte Befolgung des Verursacherprinzips. Dies sei einer der Gründe für die Ablehnung eines „Waldpfennigs" und des von der SPD geforderten Sonderprogramms „Arbeit und Umwelt" gewesen.

DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND

Elf Milliarden für Pflege

tl. Bonn

Die Absicherung Pflegebedürftiger sieht der Deutsche Gewerkschaftsbund als eine der zentralen Aufgben für die nächste Wahlperiode in der Sozialversicherung an. Rund zwei Millionen Menschen gelten heute in der Bundesrepublik als pflegebedürftig, rund 260 000 von ihnen sind in Heimen untergebracht. Die jetzt von der Bundesregierung für 1988 angestrebte Teillösung – aus den Etats der Krankenkassen sollen zusätzlich zwei Mrd. DM für die Schwerstpflegebedürftigen zur Verfügung gestellt werden – bezeichnete der stellvertretende Vorsitzende des DGB, Gerd Muhr, als halbherzig. „An der Sozialhilfeabhängigkeit der meisten Pflegebedürftigen bei stationärer Unterbringung ändert die geringfügige Erhöhung des Taschengeldes nichts", meinte Muhr.

Der DGB favorisiert einen Lösungsweg, wie ihn Rheinland-Pfalz in einem Gesetzentwurf verabschiedet hat. Der sieht eine gemeinsame Finanzierung durch die öffentliche Hand und die Krankenkasse vor. Im einzelnen fordern die Gewerkschaften ein neues Bundesleistungsgesetz, das ein Pflegegeld zwischen 350 und 750 DM gestaffelt nach dem Grad der Pflegebedürftigkeit vorsieht. Untere Einkommensgruppen sollten aus Mitteln der Sozialhilfe ergänzt werden.

Die Krankenkassen sollen nach DGB-Vorstellungen auch für medizinische Leistungen, Grund- und Behandlungspflege und hauswirtschaftliche Versorgung Pflegebedürftiger bezahlen. Die Mehrkosten für Bund und Krankenkassen schätzt der DGB auf brutto über elf Mrd. DM. Davon sind allerdings Minderausgaben für die Sozialhilfe in Höhe von rund sechs Mrd. DM abzuziehen. Auf die Krankenkassen kommen nach DGB-Schätzungen zusätzliche Ausgaben von rund 2,5 Mrd. DM zu.

NAMEN

Ernst W. Gottschalk ist zum Vorstandsmitglied der Magdeburger Feuerversicherungs-AG, Hannover, bestellt worden.

Manfred Wellner (45), wurde mit Wirkung zum 1. April 1986 in die Geschäftsführung der zum Organkreis Deutsche Shell AG gehörende T.I.B.-Chemie GmbH, Mannheim, berufen.

Lutz Walter, Geschäftsführer Marketing und Vertrieb der Rowntree Mackintosh, Hamburg, hat das Unternehmen am 15. April verlassen. Seine Aufgaben werden bis auf weiteres von **Rainer J. Schicke**, Vorsitzender der Geschäftsführung, übernommen.

Torsten Griess-Nega, Hamburg, ist mit sofortiger Wirkung als Geschäftsführer des Dentalherstellers Ritter GmbH, Karlsruhe, ausgeschieden. Seine Nachfolge übernimmt Dr. **Franz Vogt**, bisher bei Grundig, Thomson-Brandt und Dual tätig.

Rolf E. Steinmayer ist am 31. März 1986 nach 36jähriger Tätigkeit als Hauptgeschäftsführer bei Zeller + Gmelin GmbH & Co., Eislingen, ausgeschieden, hat aber den Vorsitz im neugebildeten Beirat übernommen. Die neue Geschäftsführung besteht nunmehr aus **Horst Bormann, Peter Waldt** und **Manfred Dröge**.

KUNSTAUKTIONEN / Sotheby's und Christie's verteilen Versteigerungen gleichmäßig auf Europa und die USA

Antiquitäten ziehen mehr Käufer in ihren Bann

WILHELM FURLER, London

Der Kunst- und Antiquitätenmarkt befindet sich weltweit in einer vorzüglichen Verfassung. So jedenfalls lautet die Beurteilung der beiden bedeutendsten Auktionshäuser Sotheby's und Christie's in London. Während Sotheby's im vergangenen Jahr einen Anstieg der Netto-Auktionsverkäufe weltweit um 15 Prozent auf den Rekordbetrag von 514 Mill. Pfund (gut 1,77 Mrd. DM) erlebte, erhöhte sich der Umsatz bei Christie's International leicht von 63,49 auf 64,1 Mill. Pfund, ebenfalls ein Rekordbetrag.

Lediglich das außergewöhnlich gute Ergebnis des Vorjahres hinderte Christie's an der Vorlage eines neuerlichen Rekordgewinns. Zwar wurde das Ergebnis von 1983 deutlich überstiegen, aber am Vorsteuer-Gewinn für 1985 in Höhe von 12,25 Mill. Pfund fehlen rund 4 Mill. Pfund bis zum Rekordgewinn von 1984.

1984 hatten in erster Linie die Versteigerung der Chatsworth-Zeichnungen für das herausragende Ergebnis gesorgt. Ein Vergleich mit dem großen Wettbewerber Sotheby's, der 1983 von dem Amerikaner Alfred Taubman (heute Sotheby's Chairman) übernommen worden war, ist nicht mehr möglich. Er veröffentlicht keine Gewinnzahlen mehr.

Doch in einem Exklusivgespräch mit der WELT betonte Michael Ainslie, Präsident und Hauptgeschäftsführer von Sotheby's, daß er mit dem Ergebnis absolut zufrieden sei und daß er auch für dieses Jahr mit einem sehr starken Auktionsmarkt für Kunst und Antiquitäten rechnet. Dies gelte für alle Bereiche und Preisklassen – „von ganz oben bis unten". Längst sei nicht mehr zu übersehen, daß der Anteil unverkaufter Auktionsstücke abnimmt.

Schmuck sehr gefragt

Wie Christie's versteigert auch Sotheby's zu jeweils etwa der Hälfte in Europa (London mit den britischen und kontinentaleuropäischen Verkaufsräumen) und in den USA. Ausgesprochen stark ist gegenwärtig die Nachfrage nach amerikanischen Werken, seien es Möbel, alte amerikanische Gemälde oder amerikanische Impressionisten, meint Ainslie. Anhaltendes Wachstum verzeichnet Sotheby's aber auch im Bereich Gemälde und Zeichnungen alter europäischer Meister, nicht zuletzt wegen der starken Nachfrage deutscher Interessenten.

Besonders beeindruckt zeigt sich der Sotheby's-Präsident allerdings vom Schmuck-Auktionsgeschäft, wo Angebot und Nachfrage vor allem bei altem Schmuck alle Erwartungen übertreffen. Dies habe auch die Auktion der John Sheldon Collection Ende Oktober in London unterstrichen. Praktisch alle Schmuckstücke aus der Sammlung des bekannten Londoner Juweliers wurden über Lospreis versteigert. Den höchsten Preis erzielte ein Brotkorb aus dem Jahre 1742 mit 94 000 Pfund (326 000 DM).

Doch der größte Auktionserfolg von Sotheby's im vergangenen Jahr war die Versteigerung der Sammlung Florence Gould im April in New York. Die 177 meist impressionistischen Gemälde und Zeichnungen erzielten den Rekordbetrag für eine private Kunstsammlung von 34 Mill. Dollar (79 Mill. DM). Allein das Gemälde „Landschaft mit der aufgehenden Sonne" von Vincent van Gogh kam auf 9,9 Mill. Dollar. Erst vor wenigen Tagen versteigerte Sotheby's in London 16 Werke von Pieter Brueghel dem Jüngeren aus der Sammlung Charles de Pauw ebenfalls sehr erfolgreich für insgesamt 2,8 Mill. Pfund (9,66 Mill. DM).

Erfolg in Monaco

Christie's hatte eine der erfolgreichsten Auktionen im Dezember in Monaco mit dem Verkauf französischer Möbel aus dem Besitz des verstorbenen Sir Charles Chlore für 6,46 Mill. Pfund. Mit dieser Auktion wurden die neuen Christie's-Räume in Monaco eingeweiht. Nur einen Monat später folgte die Eröffnung neuer Auktionsräume in Hongkong.

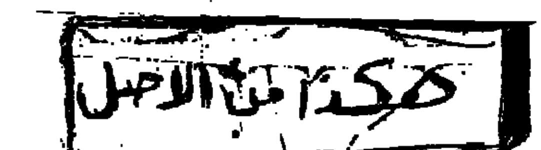
Dagegen hat sich Sotheby's auf seine bestehenden Häuser konzentriert – also außerhalb Großbritanniens und den USA in Genf, Madrid, Amsterdam, Florenz und Mailand. Nach Angaben von Ainslie bestehen auch keine Pläne, in absehbarer Zeit weitere Verkaufsräume zu eröffnen.

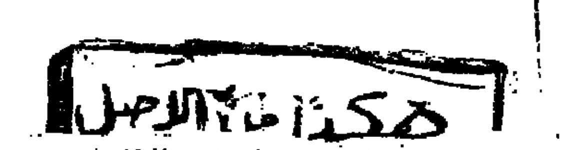
KONKURSE

Konkurs eröffnet: Baden-Baden: Schrag Baumaschinen GmbH, Achern; **Bad Hersfeld:** Nachlaß des Horst Erich Marczoch, Automobilverkaufsberater, Kirchheim; **Beckum:** Nachlaß des Friedhelm Röhr, Ahlen; **Hamburg:** Mecon Handelsgesellschaft mbH Machinery Electricity Consulting; **Heilbronn:** Eckart Baumgartner, Großbottwar 2; **Höxter:** Stork Holz und Kunststoff Verarbeitungs GmbH, Bad Driburg-Herste; **Köln:** monsieur gerards Herrenmoden KG; **Landshut:** Hocoplast GmbH & Co. KG, Eggenfelden; **Mönchengladbach:** Wiprecht Georg Kroitzsch; **Moers:** Nachlaß des Karl Tenhaef; **München:** Nachlaß der Erna Sichler, Artos Zeitpersonal GmbH; **Offenbach:** Soft Clean Pelzreinigungs GmbH; Beratende Ingenieure Busse & Welther GmbH; **Schweinfurt:** Wochenzeitung Echo Verlag GmbH, Bad Kissingen; Schlegelmilch und Arnold, Deckenverkleidung und Trokkenputz GmbH, Niederlauer; **Seligenstadt:** K. E. Jaeschke, Bau- und Montageausführungen GmbH, Hainburg; **Weiden i. d. OPf.:** Anneliese Bauer, geb. Wendler, Inhaberin der Firma Karl Danzer, Waldsassen; Nachlaß des Josef Praus, Eschenbach; **Wiesbaden:** Sedart Grundstücksverwaltungs- und Vermietungs-GmbH; **Worms:** Theodor Faust GmbH.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Kassel: Manfred Persch, Installateur, Helsa; **Lübeck:** Lübecker Merkur Verlagsgesellschaft mbH & Co. Beteiligungs-KG.

Vergleich beantragt: Balingen: Ludwig und Anna Luippold geb. Sauter, Inhaber der Einzelfirma Ludwig Luippold; **Bergisch Gladbach:** Friedrich Karl Schaperdot, Kaufmann, Inhaber der Firma Schaperdot, Baumaschinen.





KAMPA / Familienfirma wird zum Börsenneuling

Hohe Rendite vom Fertighaus

J. G. Düsseldorf

Nach herausragend guter Nettorendite von 7,3 Prozent des konsolidierten Außenumsatzes in 1985 kündigt die Kampa-Haus AG, Minden, für Mai den Gang an die Börse an. Ein von der Deutschen Bank geführtes Konsortium soll ein Viertel des Aktienkapitals von 20 Mill. DM, das bisher allein Eugen Kampa und seinem als Vorstandsvorsitzenden amtierenden Sohn Wilfried gehört, an Publikumsaktionäre verkaufen. Das Kapital wird für 1985 mit dem stolzen Dividendensatz von 16 DM je Aktie bedient. Zum deshalb hoch einzuschätzenden Verkaufspreis für die Publikumsaktien verlautet noch nichts.

Der kommende Börsenneuling, der seine Rechtsform erst 1985 von der GmbH & Co., KG in die AG wandelte, fungiert als Obergesellschaft einer Unternehmensgruppe, die aus einem um 1900 gegründeteten Tischlereibetrieb entstand und zumal seit Mitte der 60er Jahre mit der Produktion von Fertighäusern anspruchsvollen Genres kräftig wuchs. Mit drei deutschen Produktionsbetrieben (ein Schweizer Kampa-Betrieb ist nicht konsolidiert) und 623 Beschäftigten wurden 1985 rund 163 (185) Mill. DM Gesamtumsatz und 122 (147) Mill. DM Außenumsatz erzielt.

Trotz dieser Dämpfung fielen (erstmals genannte) Jahresüberschüsse von 8,9 Mill. DM im Konzern und knapp 8 Mill. DM bei der AG an. Das Eigenkapital mache im Konzern 26 Prozent von 82 Mill. DM Bilanzsumme aus, die AG zeige mit 40 Prozent Eigenmittelquote „eine solide Basis für die weitere Entwicklung des Unternehmens". Als Motiv für den Gang zur Börse ist vor allem zu vermuten, daß keine vierte Familien-Generation zur Firmenführung in Sicht ist. Für 1986 prophezeit der Vorstand eine „deutliche" Umsatzsteigerung mit „entsprechend gutem" Ergebnis.

MITTELSTAND / Überwiegend Lob von den Wirtschaftsverbänden für Gesetzesvorhaben der Regierungskoalition

„Ein Beitrag zum Abbau der Eigenkapitalschwäche"

HEINZ STÜWE, Bonn

Das geplante Gesetzespaket zur Verbesserung der Eigenkapitalausstattung der Unternehmen hat bei den Verbänden der Wirtschaft ein positives Echo gefunden. In einer Anhörung vor dem Finanzausschuß des Bundestages wurden zu den Entwürfen eines Börsenzulassungsgesetzes, eines Gesetzes über Unternehmensbeteiligungsgesellschaften (UBG) und eines Gesetzes zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für institutionelle Anleger aber zahlreiche Änderungen vorgeschlagen.

Die Sprecher der Spitzenverbände werteten die Gesetze als einen Schritt in die richtige Richtung, betonten aber gleichzeitig, die Regelungen reichten nicht aus, um das Eigenkapitaldefizit zu beseitigen. Eine nachhaltige Verbesserung der Situation vor allem kleiner und mittlerer Unternehmen erfordere eine weitergehende Steuerentlastung.

In der Einführung eines zwischen dem amtlichen Börsenhandel und dem Freiverkehr angesiedelten „Geregelten Marktes" sieht der Bundesverband deutscher Banken „nicht nur einen nützlichen, sondern sogar einen notwendigen Schritt, um mittelständischen Unternehmen den Zugang zur Börse zu erleichtern". Ausdrücklich begrüßen die Banken, daß die Zugangsbedingungen weitgehend den Börsenordnungen überlassen werden.

Daß die Börsenvorstände die Befugnis erhalten sollen, bei der Zulassung auch andere Mitantragsteller als Kreditinstitute zuzulassen, lehnt der Bankenverband ab. Die Mitwirkung der Banken sei im Interesse des Anlegerschutzes unverzichtbar. Während der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) sich dieser Argumentation anschließt, befürwortet die Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU) eine Lockerung des Emissionsmonopols der Kreditinstitute. Die ASU verspricht sich von den geringeren Zulassungsanforderungen für den „Geregelten Markt" niedrigere Kosten für ein mittelständisches Unternehmen, das an die Börse geht. Einig sind sich die Verbandssprecher, daß der neue Marktabschnitt auf Dauer den geregelten Freiverkehr verdrängen wird. Die drei Marktsegmente Börsenhandel mit amtlicher Notierung, geregelter Markt und ungeregelter Freiverkehr reichten aus.

Beim indirekten Börsenzugang, der über das UBG-Gesetz gefördert werden soll, reicht das Echo von Zustimmung bis Skepsis. Nach Ansicht des Bankenverbandes kann die Kapitaleinlage einer Beteiligungsgesellschaft für alle Größen und Gruppen mittelständischer Unternehmen interessant sein, auch als Zwischenstadium vor einer direkten Heranführung an die Börse. Die ASU sieht ein Hauptproblem: „Die UBG wird für den Anleger nur dann attraktiv sein, wenn es ihr gelingt, sich an Firmen zu beteiligen, die eine zufriedenstellende Rendite erwirtschaften", betont die ASU. Der Erwerb von UBG-Aktien könne nur dem risikobewußten Anleger mit Börsenerfahrung empfohlen werden und sei deshalb für die breite Vermögensbildung nur bedingt geeignet.

Die Festlegung der UBG auf die Rechtsform der Aktiengesellschaft wird überwiegend begrüßt. Einige Verbände bezweifeln aber, daß das vorgesehene Mindestkapital von zwei Mill. DM eine ausreichende Basis für eine UBG bieten kann. Der BDI kritisiert darüber hinaus die „vielfältigen Einengungen der Geschäftstätigkeit", der die Beteiligungsgesellschaften unterworfen würden. Eine marktwirtschaftliche Lösung des Eigenkapitalproblems erfordere den Verzicht auf bürokratische Gängelei.

PAKETDIENST

Den Kinderschuhen längst entwachsen

JB. Hamburg

Der Deutsche Paket Dienst (DPD), der vor zehn Jahren als erstes deutsches Unternehmen eine private Paketbeförderung angeboten hat, ist mittlerweile aus den Kinderschuhen herausgewachsen. Nach Angaben der Geschäftsführung beförderte der DPD, in dem sich 17 namhafte Speditionsfirmen zusammengeschlossen haben, im vergangenen Jahr 31 Mill. Pakete und erreichte einen Umsatz von 300 Mill. DM. Die Zuwachsrate betrug 31 Prozent und soll in diesem Jahr wieder erreicht werden. Das würde einem Paketvolumen von rund 40 Millionen Einheiten entsprechen.

Das theoretische Marktvolumen in der Bundesrepublik wird auf etwa eine Mrd. Pakete pro Jahr geschätzt, worin die im Werksverkehr beförderten Sendungen enthalten sind. Die Bundespost befördert davon seit Jahren mit rund 260 Mill. Stück ein konstantes Volumen. Die Zuwächse des Deutschen Paket Dienstes, heißt es, gingen somit nicht zu Lasten der Post. Vielmehr habe der DPD einen neuen Markt erschlossen, um den sich mittlerweile mehrere private Paketdienste bemühen.

Nach erheblichen Anlaufverlusten in den Aufbaujahren schrieben seit 1981 alle beteiligten Speditionen im Paketdienstgeschäft schwarze Zahlen, wird betont. Der DPD arbeite für mehr als 10 000 Versender vorwiegend aus der mittelständischen Wirtschaft. Weiteres Wachstum erwartet der Dienst durch zusätzliche Aktivitäten im Auslandsgeschäft. Der Service ist in diesem Bereich durch die Übernahme von Zollabfertigung, Kommissionierung und Administration abgerundet worden. Es werden je nach Bedarf Latskraftwagen, Schiff oder Flugzeug benutzt.

Zur Abwicklung des größeren Volumens werden die Partner in diesem Jahr mehr als 50 Mill. DM investieren. Dem Deutschen Paket Dienst stehen zur Zeit rund 3000 Mitarbeiter und 2000 Fahrzeuge zur Verfügung. Die Gesellschafter mit insgesamt 5200 Fahrzeugen und 12 000 Mitarbeitern setzten 1985 neben den DPD-Aktivitäten rund vier Mrd. DM um.

STUTTGARTER BANK / Dezentraler Aufbau bleibt

Genußrechte angekündigt

nl. Stuttgart

Dem Entstehen einer neuen großen Landesbank im Südwesten sieht die Stuttgarter Bank AG, Stuttgart, mit rund 12 000 Aktionären größte deutsche Volksbank, nach Worten ihres Vorstandsvorsitzenden, Walter Schneider, „mit Ruhe entgegen". Schneider: „Wir haben keine Wachstumsprobleme und auch keine Berührungsängste." Der Genossenschaftssektor werde auch künftig am dezentralen Aufbau festhalten, denn hier habe die Konkurrenz nichts ähnliches entgegenzusetzen.

Das Geschäftsjahr 1985 stand für die Stuttgarter Bank, deren Bilanzsumme um 2,7 Prozent auf 2,8 Mrd. DM anwuchs, „ganz im Zeichen eines qualifizierten Wachstums". Nach Schneiders Einschätzung ist auch „ordentlich verdient" worden. Der Zinsüberschuß stieg um 2,3 Prozent auf 76,8 Mill. DM, wenngleich sich die Zinsspanne auf 2,64 (2,8) Prozent ermäßigte. Auch erhöhte sich das Provisionsergebnis auf 14,1 (12) Mill. DM. Das Betriebsergebnis verbesserte sich um 17,8 Prozent.

Aus 6,95 (7,45) Mill. DM Jahresüberschuß erhalten die Aktionäre wiederum neun Prozent Dividende sowie einen Bonus von zwei Prozent. Das ausgewiesene Eigenkapital der Bank beträgt 104 Mill. DM (davon sind 45 Mill. DM Aktienkapital), was einer Eigenkapitalquote von 3,7 Prozent entspricht. Nach Zustimmung der Hauptversammlung (am 15. Mai) will man dieses Jahr Genußrechtskapital von bis zu 25 Mill. DM „zu attraktiven Konditionen" begeben.

Das Kundenkreditvolumen der Bank belief sich im Berichtsjahr auf 1,7 Mrd. DM (minus 3,2 Prozent), darunter stiegen langfristige Ausleihungen um 7,2 Prozent auf 791 Mill. DM. Unter den Kundeneinlagen (einschließlich Schuldverschreibungen) von 1,92 Mrd. DM (plus 2,6 Prozent) waren 791 Mill. DM Spareinlagen (plus 13 Prozent). Für 1984 rechnet Schneider mit einem „wiederum ordentlichen Ergebnis".

EUROPÄISCHE UHREN- UND SCHMUCKMESSE BASEL / Deutsche Industrie erwartet 1986 wieder gutes Abschneiden

Export in flotterem Takt

nl. Basel

Die günstige konjunkturelle Lage im Inland wie in den wichtigsten ausländischen Abnehmerländern gibt der deutschen Uhrenindustrie die Zuversicht auf ein gutes Abschneiden 1986. Wie Herbert Obergfell, Präsident des Verbandes der Deutschen Uhrenindustrie, in Basel anläßlich der europäischen Uhren- und Schmuckmesse darlegte, sei für die Branche auch 1985 gut gelaufen.

Die deutschen Uhrenproduzenten, die zu rund 90 Prozent in Baden-Württemberg ansässig sind, steigerten nach amtlichen Zahlen ihren Gesamtumsatz um 5,1 Prozent auf 1,62 Mrd. DM. Dabei nahm der Auslandsumsatz überproportional um 12,4 Prozent auf 796 Mill. DM zu, wogegen das Inlandsgeschäft mit 824 Mill. DM (minus 1,1 Prozent) leicht abnahm.

Von den Stückzahlen her sei – wie Obergfell hervorhob – die deutsche Industrie heute in Europa der größte Uhrenproduzent. Die etwa 250 Unternehmen mit rund 16 000 Beschäftigten produzierten im vergangenen Jahr 62,1 (1984: 56,6) Mill. Uhren und Uhrwerke, nämlich 59 (53,67) Mill. Großuhren und -werke sowie 3,1 (3,0) Mill. Kleinuhren. Der Produktionswert erhöhte sich insgesamt um 6,6 Prozent auf 1,42 Milliarden DM.

Eckpfeiler des Absatzerfolgs war wiederum der Export, der um 11,5 Prozent auf 1,32 Milliarden DM anstieg, wovon allein 781 (704) Mill. DM auf den „boomenden" Großuhrensektor entfielen. Wichtigste Abnehmerländer waren die USA, die Schweiz und Großbritannien. Die Uhrenimporte erhöhten sich um 7,3 Prozent auf 998 Mill. DM, darunter sind allein 668 (616) Mill. DM Kleinuhren mit Hauptschwerpunkt der Lieferungen aus Hongkong. Sorge bereite der Branche, daß im Vergleich zu den Auslandserfolgen die Wachstumsraten im spezialisierten deutschen Uhrenfachhandel in den letzten Jahren nicht Schritt gehalten hätte. Hier habe man Gespräche aufgenommen, um neue Wege zu finden.

Mit Volumen nicht gegeizt

nl. Basel

Nach zunächst schwächerem Verlauf der ersten neun Monate des Jahres 1985 hat es das regere Geschäft im letzten Quartal bewirkt, daß die deutsche Schmuckindustrie noch ein leichtes Wachstum erreichte. Der Umsatz der Branche erhöhte sich, wie in Basel anläßlich der Europäischen Uhren- und Schmuckmesse mitgeteilt wurde, um 1,2 Prozent auf 1,77 Mrd. DM. Da der Edelmetallpreis rückläufig war (Gold um 8,5 Prozent und Silber um 21,4 Prozent im Jahresdurchschnitt), bedeutet dies auch einen erhöhten Mengenabsatz. Besonders gut gingen im Weihnachtsgeschäft Gold- und Perlschmuck, wobei vor allem goldene Ketten in allen Legierungen in der Käufergunst weit oben standen.

Deutlich zugelegt haben die deutschen Schmuckhersteller im Auslandsgeschäft, das um fast zwölf Prozent auf 1,1 Mrd. DM anzog. Hier habe sich, wie es heißt, gezeigt, daß die schon immer auf qualitativ hochwertigen Erzeugnisse ausgerichtete Branche in ihrer mittelständischen Struktur Änderungen auf dem Modesektor und auf den Absatzmärkten sofort habe betrieblich umsetzen können.

Der zweistelligen Zuwachsrate im Export stand im vergangenen Jahr ein Rückgang der Einfuhr um 5,5 Prozent auf 485 Mill. DM gegenüber. Den im ersten Quartal des laufenden Jahres vorhandenen Auftragsbestand bezeichnen die Schmuckhersteller laut einer Umfrage zu zwei Drittel als gleich oder höher als im Vorjahr.

Von der Baseler Messe erwarten die dort vertretenen 332 deutschen Schmuckhersteller nachhaltige Geschäftsimpulse. Beim Schmucktrend zeige sich, daß man „nicht mehr mit Volumen geizt". Die rund 700 deutschen Schmuckproduzenten zählen knapp 14 000 Beschäftigte. Wichtigster Standort der Branche ist Pforzheim, dort sind Firmen mit gut 70 Prozent des Branchenumsatzes ansässig.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Neuer Pierburg-Chef

Düsseldorf (J.G.) – Karlheinz Radermacher (54) übernimmt ab 1. Mai den Vorsitz der Unternehmensleitung der Pierburg-Gruppe, Neuss, die jetzt zu 80 Prozent zum Rheinmetall-Konzern und mit dem Rest weiterhin dem Bosch-Konzern gehört. Er soll auch in den Vorstand der Holding Rheinmetall Berlin AG, Düsseldorf, berufen werden und dort für die neue Konzernsparte „Automobiltechnik" verantwortlich sein. Radermacher war von 1973 bis 1983 Entwicklungschef im Vorstand der BMW AG, München, und danach bisher stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Zahnradfabrik Friedrichshafen AG.

Unveränderte Dividende

Kulmbach (VWD) – Die Erste Kulmbacher Actien Brauerei AG (Eku), Kulmbach, schlägt der HV am 23. Mai für das Geschäftsjahr 1984/85 (30. September) die Ausschüttung einer unveränderten Dividende von 9 DM je Aktie auf das Grundkapital von 7 Mill. DM vor. Der Eku-Bilanzgewinn wird mit 1,27 Mill. nach 1,15 Mill. DM im Vorjahr ausgewiesen. Die HV hat auch über den Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der Brauhaus Amberg AG, Amberg, sowie der Tucher Bräu AG, Nürnberg, zu befinden.

Bordeaux-Exporterfolg

Bordeaux (AFP) – Der Winzerverband der Region Bordeaux exportierte im vergangenen Jahr 1,64 Mill. hl Wein für 4 Mrd. F. Hauptabnehmer war Großbritannien mit 257 000 hl vor Holland (256 000 hl) und Belgien (255 000 hl). Im Vergleich zu 1984 stieg der Export im Volumen um 9 Prozent und im Wert um 31 Prozent. Die stärkste Absatzzunahme wurde in der Bundesrepublik (plus 23 Prozent) registriert. 1985 erreichte die Bordeaux-Weinernte (100 000 Hektar Anbaufläche) 4,9 Mill. hl.

Plus mit Kalendern

Bielefeld (dpa/VWD) – Die Gundlach-Gruppe, graphisches Unternehmen in Bielefeld, steigerte 1985 den konsolidierten Umsatz um knapp 10 Prozent auf 170 Mill. DM. Beschäftigt wurden unverändert 1260 Mitarbeiter. Mit 17 Mill. produzierten Kalendern zählt Gundlach zu den vier marktbeherrschenden Kalenderherstellern, die zusammen etwa 60 Prozent des deutschen Kalendermarktes repräsentieren.

Wechsel beim EWI

Köln (sas.) – Prof. Hans-Karl Schneider, Direktor des Energiewirtschaftlichen Instituts (EWI) in Köln und Vorsitzender des Sachverständigenrats, wird sich zum 1. Oktober von der Leitung des Instituts zurückziehen. Neuer Direktor wird Prof. Carl Christian von Weizsäcker, bisher Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bern. Schneider wurde im vergangenen Jahr emeritiert.

Lebhafte Nachfrage

Düsseldorf (Py.) – Einer deutlich höheren Nachfrage nach Fondsanteilen sah sich der „Nordstern-Fonds RK" 1985 gegenüber. Das Vermögen wuchs um 80 Prozent auf 78 Mill. DM, von denen der überwiegende Teil in DM-Rentenwerten investiert blieb. Der Auslandsanteil verringerte sich auf 25 Prozent. Zum Wertzuwachs (8,1 Prozent) hat beigetragen, daß ein Teil der Währungsverluste durch Kurssicherung aufgefangen werden konnte. Die Ausschüttung blieb mit 3,55 DM je Anteil unverändert.

FAZ GmbH legt erstmals Bilanz vor

adh. Frankfurt

Erstmals hat jetzt die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt, im Bundesanzeiger ihre Bilanz veröffentlicht. Dies ist als Vorgriff auf die neuen Regelungen nach dem geänderten Bilanzrichtlinien-Gesetz zu sehen. Das kommentarlose Zahlenwerk gibt naturgemäß nicht mehr als eine Momentaufnahme des Status quo der GmbH. Aber soviel wird doch deutlich: Die FAZ hat eine temporäre Ertragsschwäche, über die in der Vergangenheit gesprochen wurde, offenbar mit Glanz überwunden. Dabei war man schon mit den im Jahr 1984 erreichten Ertragsverbesserungen bei der FAZ GmbH recht zufrieden gewesen.

Die Zahlen zeigen bei einer Umsatzsteigerung von 15,6 Prozent auf 376,3 (325,4) Mill. DM eine Erhöhung des Jahresüberschusses um gut 67 Prozent auf 22,35 Mill. DM. Diese Entwicklung ist wohl überwiegend Folge des stark gestiegenen Anzeigenaufkommens (vor allem Stellenanzeigen). Deutlich wird die erzielte Ertragsverbesserung auch an der EEV-Steuerposition , die sich auf gut 39 (25) Mill. DM erhöhte.

Aus dem Jahresüberschuß werden 19 (12) Mill. DM in die offenen Rücklagen eingestellt, die sich damit am Jahresende auf 39,8 (46) Mill. DM belaufen, denn zuvor wurde das Stammkapital aus Gesellschaftsmitteln um 22,4 Mill. DM auf 30,4 Mill. DM aufgestockt. Ausgeschüttet wurden 2,4 (1,2) Mill. DM. Am Stammkapital ist die Fazit-Stiftung mit 53,7 Prozent beteiligt, 26,3 Prozent liegen bei der Frankfurter Societätsdruckerei, 11,7 Prozent machen selbst gehaltene Anteile aus. 8,3 Prozent halten Herausgeber und Geschäftsführer, die nicht gewinnberechtigt sind.

MESSER GRIESHEIM / „Bestes Jahr in der Geschichte" – Neueinstellungen geplant

Gasegeschäft wird weiter ausgebaut

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Nach dem „besten Jahr in der Geschichte" hat sich für die Messer Griesheim GmbH, Frankfurt, auch 1986 sehr günstig angelassen, so der Geschäftsführungsvorsitzende Hans Messer. Im ersten Quartal nahm der Auftragsbestand des Industriegas- und Schweißtechnik-Produzenten um 13 Prozent, der GmbH-Umsatz um fünf Prozent auf 320 Mill. DM zu. Dank des hohen Auftragspolsters sei im zweiten Halbjahr höchstens eine „kleine Abschwächung der Aufwärtsentwicklung" denkbar, aber keine Umkehr des Trends.

Auf genaue Prognosen mag sich Messer zwar noch nicht einlassen. Doch der Umsatz der weltweiten Gruppe, 1985 um acht Prozent auf 1,91 (1,77) Mrd. DM gewachsen, könnte in diesem Jahr eine Größenordnung von rund zwei Mrd. DM erreichen, so die Schätzung. Gleichzeitig soll die weltweite Belegschaft, die 1985 bei 7585 (7550) Mitarbeitern stagnierte, um rund drei Prozent wachsen.

Wie expansiv die Stimmung bei der Hoechst-Beteiligung (zwei Drittel des gerade von 240 auf 273 Mill. DM erhöhten Stammkapitals liegen beim Chemiekonzern) derzeit ist, zeigen die Investitionspläne: Nachdem die Sachinvestitionen schon 1985 um 20 Prozent auf 193 (164) Mill. DM angehoben wurden, sollen sie in diesem Jahr sprunghaft auf 308 Mill. DM steigen. Davon werden 173 (85) Mill. DM aufs Inland und 135 (108) Mill. DM auf die Auslandstöchter entfallen.

Der Löwenanteil wird wieder dem Gasegeschäft zugutekommen, das 1985 etwa 70 Prozent zum Weltumsatz beitrug. Vor allem in den USA, wo Messer-Griesheim in 14 Bundesstaaten präsent ist, und in Westeuropa wird die Gaseproduktion systematisch ausgebaut. Einen Umsatzanteil dieses Geschäftszweiges von 80 oder 90 Prozent hält Messer durchaus für erstrebenswert; Unternehmenszukäufe seien möglich. Die Schweißtechnik will er aber nicht aufgeben, wie es mehrere andere Gasehersteller bereits getan haben: „Wir betrachten die Schweißtechnik als flankierendes Geschäft für die Gase."

Basis des kräftigen Griffs in die Investitionskasse sind die guten Erträge. Nachdem auch die Schweißtechnik wieder ein positives Betriebsergebnis erwirtschaften konnte, stieg der Jahresüberschuß der GmbH (eine Weltertragsrechnung wird noch nicht publiziert) um 31 Prozent auf 72 (55) Mill. DM, der Netto-Cash-flow um 13 Prozent auf 215 (191) Mill. DM. Vom Jahresüberschuß wandern 12 Mill. DM direkt in die Rücklagen, 60 Mill. DM stehen zur Ausschüttung bereit, allerdings nach dem langjährig geübten Verfahren „schütt' aus – hol zurück".

WETTBEWERBSPOLITIK / Mittelständische Marktstrukturen und verbrauchernahe Versorgung sind gefährdet

Die wirtschaftliche Wirklichkeit im Einzelhandel hat die Möglichkeiten des Kartellrechts überholt

Der Autor ist bayerischer Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr:

Von ANTON JAUMANN

Nur wenige Jahre nach Verabschiedung der letzten Kartellgesetznovelle hat sich die wettbewerbspolitische Diskussion um die Rahmenbedingungen unserer Wettbewerbsordnung erneut entzündet. Anlaß dafür ist die kritische Entwicklung der Wettbewerbsbedingungen im Handel, vor allem im Lebensmitteleinzelhandel, die sich weitgehend unbeeinflußt von den bestehenden Gesetzen vollzieht.

In der Diagnose besteht dabei seltene Einmütigkeit: Bundesregierung, Kartellbehörden, Monopolkommission und Politiker aller Parteien sind sich darüber einig, daß die Konzentration und die leistungswidrigen Behinderungspraktiken im Handel eine kritische Grenze erreicht haben und daß bei ungebremstem Fortschreiten der Entwicklung mit einer weiteren nachhaltigen Verschlechterung der ohnehin schon stark beeinträchtigten Handelsstruktur gerechnet werden muß. Einigkeit besteht auch, daß von der Ausdünnung des Handelsnetzes in erster Linie der mittelständische Handel betroffen ist.

Auf den ersten Blick überraschend muß es daher erscheinen, daß in der Frage der wettbewerbspolitischen Reaktion sowohl in der Wirtschaft als auch im politischen Bereich nach wie vor tiefgreifende Meinungsunterschiede bestehen. Während die bayerische Staatsregierung und eine Reihe von Wirtschaftspolitikern der Union eine zügige Anpassung des Kartellrechts für dringend notwendig halten, will die Bundesregierung zunächst das geltende Recht ausloten, von dem andere meinen, daß es gar nicht mehr auslotungsfähig, sondern schlicht unvollziehbar ist.

Der Präsident des Bundeskartellamts setzt auf das ihm gegebene „Berliner Gelöbnis" und warnt im übrigen vor gesetzgeberischer Flickschusterei. Die Monopolkommission empfiehlt, überhaupt nichts zu tun, sondern die Entwicklung eben als Ausdruck von – noch vorhandenem – Wettbewerb hinzunehmen. Eines ihrer Mitglieder hat dies sehr pointiert so umschrieben, daß der Wettbewerb gegenwärtig vor allem vor seinen Freunden zu schützen sei.

Diese Warnungen sind durchaus ernst zu nehmen. In der Tat wäre es sehr gefährlich, in diesem äußerst sensiblen Bereich voreilig oder oberflächlich herumzuoperieren. Die Auswirkungen könnten für die gesamte Wirtschaft sehr weittragend sein und sind oft nicht voll vorhersehbar. Auf der anderen Seite dürfen diese Schwierigkeiten aber nicht entmutigen, notwendige Korrekturen vorzunehmen, wenn die wirtschaftliche Wirklichkeit die Möglichkeiten des Gesetzes überholt hat. Ein Ausweg aus dem gegenwärtigen wettbewerbspolitischen Dilemma ist meines Erachtens nur möglich, wenn wir uns auf die ordnungspolitischen Leitvorstellungen besinnen und uns die Ziele wettbewerbsschützender Maßnahmen vergegenwärtigen.



Minister Anton Jaumann FOTO: TEUTOPRESS

Der Wettbewerb ist Grundelement jeder freiheitlichen Ordnung und ein zu erstrebendes Ziel an sich. Wettbewerb als Gestaltungsprinzip der Marktwirtschaft ist aber auch ein Instrument zur Erreichung übergeordneter Ziele und insoweit nicht nur eine Veranstaltung um seiner selbst willen. Er muß in seinen sozialen Bezügen und Auswirkungen gesehen werden. Es ist eine kaum zu leugnende Erkenntnis, daß Wettbewerb seiner Natur nach immer zugleich auf Verdrängung angelegt ist. Er trägt damit die Tendenz zur Selbstaufhebung und Selbstzerstörung in sich. In einer sozialen Marktwirtschaft kann der Wettbewerb daher nicht völlig sich selbst überlassen werden. Der Staat muß dafür Sorge tragen, daß der Wettbewerb die ihm zugewiesene Steuerungs- und Auslesefunktion erfüllt. Ist dies nicht oder nicht mehr der Fall, ist er zum Eingreifen verpflichtet.

Die dabei zugrundegelegten Maßstäbe leiten sich durchaus nicht nur vom Prinzip des Leistungswettbewerbs an sich ab. Sie wurzeln tiefer, nämlich in der grundlegenden Wertvorstellung einer freiheitlichen und sozialen Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft. Dazu gehören nicht zuletzt die Erhaltung der Angebotsvielfalt, eine verbrauchernahe Versorgung und die Erhaltung mittelständisch geprägter Marktstrukturen. Unter diesem Blickwinkel müssen wir das geltende Kartellrecht kritisch daraufhin durchleuchten, ob es mit der wirtschaftlichen Entwicklung Schritt gehalten hat und seine Aufgabe als gesetzlicher Rahmen für den Wettbewerb noch hinreichend erfüllt. Ich nehme als Ergebnis vorweg, daß hier eine deutliche Auseinanderentwicklung von Gesetz und Wirklichkeit eingetreten ist.

Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen ist entsprechend den wirtschaftlichen Gegebenheiten zur Zeit seines Entstehens stark auf die Angebotsseite ausgerichtet worden. Mit dem gewandelten Verhältnis von Industrie und Handel ist hier ein Ungleichgewicht entstanden, das den Gesetzgeber in regelmäßigen Abständen zu Korrekturen genötigt hat. Insbesondere der Aspekt der Behinderung von Wettbewerbern ist immer stärker und in immer vielfältigeren Formen in den Vordergrund getreten und meines Erachtens heute das zentrale Problem. Der Mißbrauch von Nachfragemacht – deren Existenz man nicht deshalb leugnen sollte, weil sie schwer zu erfassen ist –, die Diskriminierung bei den Einkaufskonditionen und systematische Verlustpreisverkäufe, also diejenigen Fälle, unter denen der Mittelstand heute am meisten zu leiden hat, sind typische Fälle der Behinderung, die mit der besten Strukturkontrolle nicht bekämpft werden können.

Die leistungswidrige Behinderung ist daher eine mindest ebenso gefährliche Form der Wettbewerbsbeschränkung wie die klassischen Fälle. Ihre wirksame Bekämpfung ist notwendig, weil sie direkt und unmittelbar gegen den Leistungswettbewerb zielt und damit den Mittelstand seiner einzigen Chance beraubt, im Wettbewerb mit marktstarken Unternehmen zu bestehen. Die leistungswidrige Behinderung ist heute eine der wesentlichen Ursachen für den Abschmelzungsprozeß und die zunehmende Konzentration. In einer sozialen Marktwirtschaft halte ich eine solche Entartung des Wettbewerbs für nicht hinnehmbar.

Die bayerische Staatsregierung sieht daher den Hauptansatz für eine Kartellgesetznovelle – unbeschadet einer Verbesserung auch der Strukturkontrolle – bei der Verhaltenskontrolle. Daß die dafür geltenden Vorschriften nicht ausreichen, hat gerade die Entwicklung im Lebensmittelhandel deutlich gemacht. Es mehren sich die Zeichen, daß die Tendenz zur Vermachtung – begleitet und begünstigt von aggressivem Preiswettbewerb unter Einsatz leistungswidriger Behinderungspraktiken – auch auf andere Bereiche des Handels übergreift. Wir müssen deshalb auf diese Marktveränderung reagieren und die gesetzlichen Rahmenbedingungen möglichst rasch fortentwickeln. Es wird eine bedeutende Aufgabe für den nächsten Bundestag sein, das Kartellrecht den Veränderungen der wirtschaftlichen Wirklichkeit anzupassen. Bayern wird dafür konkrete Vorschläge machen.



WELT-Korrespondenten berichten aus Hannover



„Straßenbau muß forciert werden"

Der Ausbau des Straßennetzes in der Bundesrepublik läßt nach Auffassung des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie (HDB) erhebliche Lücken offen. Gerhard Moll, Vorsitzender der Bundesfachabteilung Straßenbau im HDB, sieht vor allem in dem unzureichenden Finanzierungsrahmen der öffentlichen Hand die Ursache für Verzögerungen gegenüber den Planungen.

Auf der Messe in Hannover wies Moll darauf hin, daß die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden für den Straßenbau von 16,5 Mrd. DM im Jahre 1980 auf 12,6 Mrd. DM im vergangenen Jahr zurückgegangen seien. Auf der Basis dieses Niveaus, so Moll, werde es zu erheblichen Verzögerungen bei der Fertigstellung des geplanten Bundesfernstraßennetzes kommen. Dabei seien zu erwartende Kostensteigerungen nicht einmal berücksichtigt.

Eine solche Politik sei gleichbedeutend mit anhaltenden Stopps und Staus für die Benutzer, Beeinträchtigung durch Lärm und Abgase für die Straßenanlieger und erhöhte Instandhaltungskosten für die Steuerzahler. Trotz der geschrumpften Kapazitäten sei die deutsche Bauindustrie durchaus in der Lage, zur Verbesserung der Verkehrswege durch Neubauten und Erhaltungsmaßnahmen ihren Beitrag zu leisten. Voraussetzung indes seien Aufträge der Straßenbauverwaltungen, meinte Moll.

Aus der Sicht der Bauindustrie sind nach den Worten Molls mehrere Forderungen zu erheben, um auf dem Gebiet der Verkehrssicherheit Verbesserungen zu erreichen. Dazu gehöre die schnelle Fertigstellung des Autobahnnetzes. Autobahnen seien die mit Abstand sichersten Straßen. Auf ihnen würden 27 Prozent aller Fahrleistungen abgewickelt. Gleichzeitig seien die Autobahnen aber nur mit vier Prozent an den registrierten Unfällen mit Personenschäden beteiligt.

Wichtig sei ferner die Entlastung des Ortsverkehrs, weil sich dort die meisten Unfälle ereigneten. Durch den Bau von Ortsumgehungsstraßen werde nicht nur die Verkehrssicherheit erhöht, sondern gleichzeitig die Umweltbelastung vermindert. Die Widerstände in der Bevölkerung gegen derartige Projekte, die im Mittelpunkt des Straßenneubaus des Bundes stehen, sollten durch eine verstärkte Aufklärungsarbeit abgebaut werden.

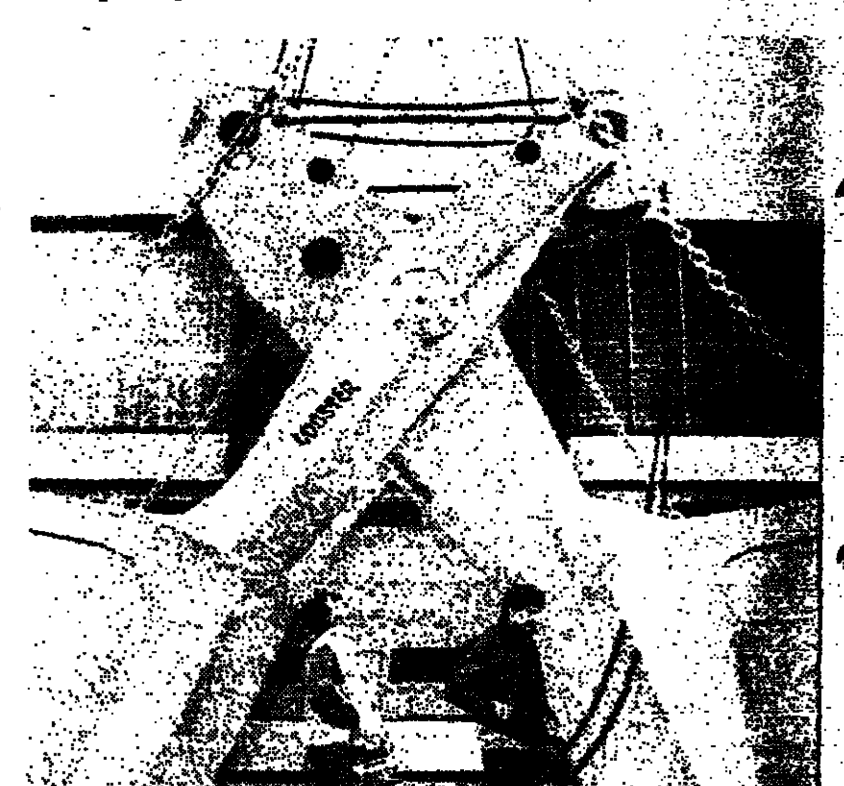
In den Planungen zu kurz kommen nach Molls Ansicht Maßnahmen zur Erhaltung des Straßennetzes. Das steigende Verkehrsaufkommen und die seit Jahren sinkenden Investitionen der öffentlichen Hand mindere den Wert der Straßen ganz erheblich.

DOMINIK SCHMIDT

Handwerk soll sich besser vermarkten

Wie vermarkte ich einen Handwerksbetrieb? Diese Frage beschäftigte den Bundesverband Junghandwerk auf seinem Diskussionsforum. „Hier gibt es einen gewaltigen Nachholbedarf", meinte der Verbandsvorsitzende Klaus Bürkle. Um hier Abhilfe zu schaffen, zeigte Projekt-Manager Franz-Josef Gomolka den Betriebsinhabern und Meistern, wie sie sich ein werbewirksames Unternehmensbild zulegen. „Wichtig ist, daß sie einheitliche Symbole auf Betriebsgebäuden, Kleidung und Briefköpfen verwenden, die zeigen, wer man ist und was man anzubieten hat." Ein einheitliches und prägnantes Unternehmensbild schaffe Vertrauen und bringe die eigene Leistung zur Wirkung.

„Noch immer haben viele Handwerker traditionelle Vorbehalte gegenüber der Werbung", meinte Nikolaus Teves, Betriebsberater der Handwerkskammer Mannheim, „obwohl auch im Handwerk der Wettbewerb immer schärfer wird." Den Grund vermutet Teves darin, daß der Aktionsradius eines Handwerksbetriebs lange Zeit auf nicht mehr als 50 Kilometer begrenzt war. Heute würden viele Betriebe jedoch schon landesweit arbeiten. (tl.)



Mehr als 55 Kubikmeter Kohle faßt der überdimensionale Scherengreifer FOTO: AP

Montageroboter für Siemens

Der Unternehmensbereich „Komponenten und OEM" gewinnt für den japanischen Elektronik-Konzern Epson nach dem Einstieg in den Markt der Montageroboter an Bedeutung. Nach den Worten von Günter Bretthauer, Geschäftsführer der Epson Deutschland GmbH, ist auf diesem Gebiet ein bedeutender Abschluß gelungen: Siemens habe 50 dieser Roboter für den Einsatz in verschiedenen Fertigungsbereichen geordert. In der konzerneigenen Fertigung von Uhren, Druckern und Computern haben sich die Montageroboter bereits seit Jahren bewährt. Die hohe Genauigkeit bei der Bestückung (0,02 Millimeter) und die Arbeitsgeschwindigkeit mache die Geräte konkurrenzlos.

Der Epson-Konzernbereich beträgt nach dem Zusammenschluß mit Seiko mit rund 3,8 Mrd. DM zum Gesamtumsatz bei. Epson Deutschland GmbH erzielte im soeben abgeschlossenen Geschäftsjahr 1985/86 (31.3.) einen Umsatz von rund 200 Mill. DM. Dies bedeute ein Plus von 25 Prozent. Prognosen zu dem erstmals auf der Hannover-Messe vorgestellten Montageroboter wollte Bretthauer nicht wagen. Ohne Frage aber sei das Interesse, wie die Gespräche auf dem Messestand zeigten, groß. Als Vorteil erweise sich der breite Anwendungsbereich des Roboters und seine Spezialisierung. (dos)

Gewaltige Vorleistungen

Gerade die im internationalen Geschäft tätigen Kreditinstitute stehen vor der Aufgabe, ihre Dienstleistungen permanent zu überprüfen und zu verbessern. Nach Ansicht von Heinrich Steinmann, Generaldirektor der Schweizerischen Bankgesellschaft, haben nur solche Institute eine Chance, Marktanteile zu gewinnen, die alle Ratinonalisierungsmöglichkeiten ausschöpfen „und dem Kunden technologisch ebenbürtig gegenübertreten". Dies hätten alle bedeutenden Institute längst erkannt und hochleistungsfähige Computersysteme, die das on-line und real-time-banking ermöglichen, installiert.

Der Mitteleinsatz in diesem Bereich, so Steinmann, sei gewaltig. Die Schweizerische Bankgesellschaft investiere allein in Computer- und Kommunikations-Hardware jährlich mehr als 300 Mill. sfr, beschäftige rund 1000 Personen im Entwicklungssektor und setze 700 Mitarbeiter für den Betrieb der Rechner- und Kommunikationszentralen ein - dies bei einem Personalbestand von 18 700 Mitarbeitern und einer Bilanzsumme von rund 140 Mrd. sfr im Stammhaus.

Der hochtechnisierte Bank-Arbeitsplatz verlange heute eine Investition von 360 000 sfr; die Hälfte davon sei der Informatik zuzurechnen. Nach Steinmanns Auffassung kommt der Informatik bereits ein solcher Stellenwert zu, daß die Bank ohne ihre elektronische Infrastruktur nicht existieren könnte. Steinmann: „Der Ausfall der Informatiknetze ist gleichbedeutend mit einer Katastrophe für das betroffene Institut."

Gegenwärtig sei die Verlängerung der Informationsnetzwerke über den nationalen Bereich hinaus und bis hin zu den Kunden und Konkurrenzbanken in vollem Gange. Ausländische Geschäftsstellen würden für Devisen- und Geldmarktoperationen, Anlageberatung, Wertpapierhandel, Kreditgeschäft und für das Reporting datenmäßig in die Stammnetze integriert. Dabei werde der Sicherstellung des Bankgeheimnisses besondere Beachtung geschenkt. Weil aber die öffentlichen Fernmeldeträger als „offen" zu betrachten seien und Unbefugte Informationen erlangen können, benötige man den integralen hochqualifizierten kryptologischen Schutz sämtlicher Verbindungen, auch den zu den Kunden.

Mit den Ergebnissen auf der Hannover-Messe sind die 113 Direktaussteller der Schweiz „unterschiedlich zufrieden". Die Qualität des Angebots und der Besucher sei zwar hoch zu bewerten; von der Notwendigkeit der „Zellteilung" der Messe sei man aber nicht überzeugt. Angesichts der Tatsache, daß die Bundesrepublik Deutschland der wichtigste Handelspartner (Volumen: 36 Mrd. sfr) sei, werde die Schweiz ihre Präsenz auch 1987 aufrechterhalten. (dos.)

Werbung auf leisen Sohlen

Es dürfte nur wenige Bundesbürger geben, die sich – bewußt oder unbewußt – bisher nicht als Werbeträger betätigt haben. Sei es, daß sie werbende Aufschriften auf Kugelschreibern oder Gläsern in der Hand halten, die Namen bekannter Markenprodukte auf dem T-Shirt tragen oder Werbesprüche auf ihrem Auto herumfahren. Im Gegensatz zu den berühmten Sportlern, die zum Teil als „Litfaßsäule auf zwei Beinen" viel Geld verdienen, bekommen sie dafür keinen Pfennig.

Diese Werbung – als ein gewichtiges Verkaufsargument für Unternehmen – präsentiert sich auch auf der Hannover-Messe. Firmen, deren Produkte in aller Welt als das Feinste vom Feinen bekannt sind, haben hier ihre Stände neben Unternehmen, die niemand kennt und die dennoch ihr gutes Geld machen.

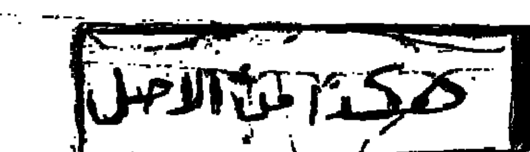
Ohne Werbung würden viele Produkte nur schwerlich Käufer finden. Werbung wird heute auf Kalendern, Lampen, Gläsern, Kugelschreibern, Tassen, Tellern, Lesezeichen, T-Shirts und Luftballons plaziert, um nur einige „Träger" dafür zu nennen. Sie geht direkt ins Volk, ohne Klassenunterschiede zu kennen. An ihr nimmt der Generaldirektor, der Fabrikant und der Taxifahrer genauso teil wie das Schulkind oder die Hausfrau. Sie dringt mit Hilfe von Aufklebern direkt in die Küchen und Kinderzimmer privater Haushalte vor.

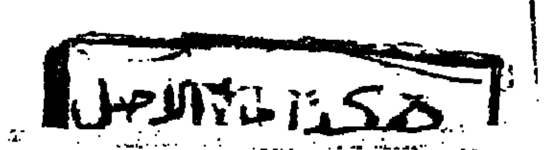
Da kann der Einkäufer als Werbung für seine Produkte oder seiner Firma komplette Tafelgeschirre von Porzellanmanufakturen bestellen, deren Service für den Normalbürger unerschwinglich sind. Mehr oder weniger unauffällig wird bei der Herstellung des Porzellans im kunstvollen Dekor der Name des Unternehmens mit eingearbeitet, das damit wirbt. Das trifft auch für Schreibgeräte zu, die die Großen der Welt für ihre Unterschriften benutzen.

Aber auch ein einfacher Kugelschreiber, ein Schlüsselanhänger, Plüschtiere, Biergläser, Aschenbecher, Uhren, Barometer und Thermometer sowie Pin-up-Girl-Kalender tragen Werbung ins Haus. Fachleute der Branche geben in Gesprächen in Hannover unumwunden zu, daß sich ihre Unternehmen zum größten Teil weiter auf Expansionskurs befinden. Etwa 500 Firmen, die auf diese Werbung spezialisiert sind, gibt es im Bundesgebiet. Die Fachleute schätzen, daß sie im Jahr mehr als 1,3 Milliarden DM umsetzen. Dazu komme noch eine „Umsatz-Grauzone", die sogar höher sein kann. Dabei gehe es jedoch nicht um Geschäfte, die illegal sind. Der Gesetzgeber trage die Schuld daran, daß hier von einer „Grauzone" gesprochen werde.

Er schreibt nämlich vor, daß ein Werbemittel dieser Art einen Preis von 50 DM (einschließlich Mehrwertsteuer) nicht überschreiten darf, wenn es vom Besteller von den Betriebsausgaben abgesetzt werden soll. Werden Werbeartikel bestellt, die über dieser 50-DM-Schwelle liegen, können sie von den Bestellern beim Finanzamt nicht als Betriebsausgabe abgesetzt werden. In diesem Falle ist die Erfassung als Werbeausgabe für Außenstehende praktisch unmöglich. In dieser „Grauzone" bewegen sich offenbar viele kapitalkräftige Unternehmen, die bei der Bestellung von Werbeartikeln tief oder sogar sehr tief in die Tasche greifen. (dpa/VWD)







SIEMENS

Statt den Betrieb ins Ausland verlagern oder gar aufgeben: CAI* einführen.

Die Wettbewerbsfähigkeit eines Industrieunternehmens hat sicherlich viele Voraussetzungen. Aber eine davon wird immer wichtiger: eine hohe Produktivität in allen Bereichen. Statt zu resignieren, Betriebe ins lohngünstigere Ausland zu verlagern oder gar aufzugeben, suchen deshalb immer mehr Unternehmen ihre Qualitätsprodukte schneller zu entwickeln und flexibler zu fertigen. Für diese Betriebe hat Siemens CAI (*Computer Assistierte* Industrie) konzipiert.

Drinnen schneller, macht draußen stärker
Mit einer beschleunigten Entwicklung, Konstruktion und Fertigungsplanung können kreative Unternehmer ihre Innovationen schneller auf den Markt bringen. Eine intelligente Fertigung mit kurzen Rüstzeiten und effizienter Organisation der Fertigung ermöglicht es ihnen, auch bei kleinen Losgrößen rentabel zu arbeiten. Verbesserte Wettbewerbsfähigkeit draußen auf den Märkten beginnt drinnen im Betrieb.

CAI bringt die Datenbank an die Drehbank
Unternehmen, die ein ganzheitliches Konzept für ihren Betrieb erwarten, obwohl – oder gerade weil – sie die verschiedenen Komponenten in Stufen einführen wollen, finden bei Siemens umsichtige Gesprächspartner. Dafür nur einige Gründe:

1. Als führendes Computerunternehmen hat Siemens ein ausgeklügeltes Datenhaltungskonzept, das die *unterschiedlichsten* Fachbereiche mit der Datenbasis verknüpft.
2. Siemens bietet ausgereifte Anwenderprogramme. Z.B. ABS zur Steuerung der Werkstattfertigung und zur permanenten Überwachung des Auftragsfortschritts: Die Durchlaufzeit wird zur bekannten Größe. Die CADIS-Verfahrensketten umfassen das Umsetzen der Geometriedaten in NC-Informationen sowie deren Kontrolle vor dem Fertigungsprozeß.
3. Siemens liefert Spitzen-Hardware, wie den CAD-Arbeitsplatz für farbige 3D-*Darstellungen.*
4. Siemens sammelt Tag für Tag selbst Erfahrungen vor Ort – in seinen über 100 Fabriken (darunter auch kleinere) im In- und Ausland.

Wer jetzt mit Siemens über CAI spricht, macht seinen Produktivitätszuwachs planbar.

Mehr darüber von Siemens AG, Infoservice 133/Z 133, Postfach 156, 8510 Fürth.

***CAI Computer Aided Industry, zu deutsch Computer Assistierte Industrie. Das Siemens-Konzept für den Informationsverbund im Unternehmen. Z.B. in Maschinenbau und Elektrotechnik, im Fahrzeugbau, in der Metallverarbeitung oder in der Herstellung von Möbeln. CAI umfaßt:**

CIM Computer Integrated Manufacturing. Verbund aller rechnerunterstützten Teilsysteme: Vom Auftragseingang über die Produktionsplanung und -steuerung (PPS), die Konstruktion (CAD) bis zur Maschine (CAM), einschließlich Qualitätssicherung.

CAD Computer Aided Design, zu deutsch computergestützte Konstruktion und Entwicklung. Heißt bei Siemens beispielsweise CADIS und ist zwei- *oder dreidimensional.*

CAM Computer Aided Manufacturing = computerunterstützte Fertigung. Umfaßt Steuerung und Überwachung von Maschinen und Materialfluß.

PPS Produktionsplanung und -steuerung. Siemens-System, das von der Disposition über die Material- und Teilewirtschaft, die Termin- und Kapazitätsplanung bis zur Stammdatenverwaltung reicht.

CAO Computer Aided Office. Siemens Computer und Programme für das Planen, Verwalten und Überwachen im Büro.

A 19100-D-Z117

Bundesanleihen

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Renten ohne klare Linie

Auf dem Rentenmarkt hat sich zwar die Tendenz gebessert, aber von einem nennenswerten Anlagegeschäft konnte noch nicht die Rede sei. Immerhin kamen aber begrenzte Kaufaufträge aus dem Ausland. Die DM als Anlagewährung hat also durch den Libyen-Konflikt offenbar keinen Schaden genommen. Die Banken berichten, daß die Ausländer sich zunehmend auch für Pfandbriefe öffentlich-rechtlicher Banken interessieren. Dabei spielt deren Renditevorsprung vor den öffentlichen Anleihen eine Rolle, die sich aber dennoch um bis zu 0,40 Prozentpunkte verbessern konnten.

F	4 Dresdn.Bk. 83 m. O	221,5	219
F	4 dgl. o. O.	95,5T	95,7
F	8 dgl. 84 m. O.	245G	244G
F	8 dgl. 84 o. O	109,5T	109G
F	3½ Fuji 84 m. O.	144	144,5
F	3½ dgl. 84 o. O.	93,5T	93,85
F	3½ Hanwa 84 m. O.	142G	147G
F	3½ dgl. 84 o. O	95bG	95bG
F	7½ Jap. Synth. 82 m.O	220T	220G
F	7½ dgl. 82 o. O.	102,5	102,15
F	5¼ Jusco 83 m. O	316G	330G
F	5¾ dgl. 83 o. O.	100,25G	100,25G
F	3½ Kansai Paint84 m.O.	152G	150G

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

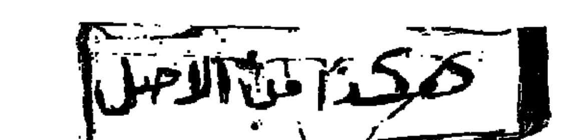
[illegible]

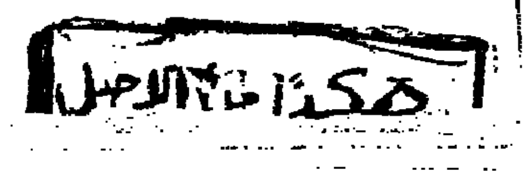
Anmerkung: *Zinsen steuerfrei; PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Ha = Hannover, M = München, S = Stuttgart

BEKANNTMACHUNGEN

Beschluß: Aufgebot (309 II 2/86)
Frau Elfriede Bregulla, geb. Skulmowski, wohnhaft in 2000 Hamburg 53, Welsestraße 8, hat beantragt, ihren verschollenen Sohn Herrn Lothar Frank Kunze, geb. am 29. 10. 1950 in Delitzsch, zuletzt wohnhaft in Hamburg 53, Welsestraße 8, für tot zu erklären. Der vorstehend bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens an dem auf den 11. Juli 1986 vormittags 11.00 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht in Hamburg-Altona, Max-Brauer-Allee 91, Zimmer 129, anberaumten Aufgebotstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird. Herr Kunze wird seit dem 20. 10. 1984 gegen 12.00 Uhr auf Grund eines Unfalles auf dem Plöner See (Schleswig-Holstein) vermißt. An alle, welche Auskunft über das Leben oder dem Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermin im Gericht Anzeige zu machen.

Amtsgericht Hamburg-Altona, Abt. 309, den 10. April 1986





Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Dienstag die Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Gut behauptet ging Silber aus dem Markt. Bruchteilig schwächer notierten Gold und Kakao. Mit niedrigeren Notierungen schloß Kaffee.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	15.4.	14.4.
Mai	289,50	289,25
Juli	243,00	245,25
Sept.	244,00	246,25

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St.L. 1 CW	271,01	271,21
Amb. Durum	268,99	269,19

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
Mai	96,30	94,10
Juli	97,80	98,20
Okt.	99,70	100,00

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
Mai	82,50	82,20
Juli	79,90	79,90
Okt.	78,50	78,50

HAFER Chicago (c/bush)		
Mai	96,75	100,00
Juli	99,50	102,50
Sept.	104,25	106,50

MAIS Chicago (c/bush)		
Mai	226,50	227,50
Juli	218,75	219,25
Sept.	202,25	203,25

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
Mai	91,70	91,50
Juli	92,40	92,20
Okt.	88,60	88,50

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	15.4.	14.4.
Mai	226,00	227,25
Juli	230,24	233,25
Sept.	234,43	238,25

KAKAO New York ($/t)	15.4.	14.4.
Mai	1756	1775
Juli	1821	1830
Sept.	1875	1880
Umsatz	4165	3224

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 Mai	7,83	8,23
Juli	7,96	8,34
Sept.	8,02	8,36
Okt.	8,06	8,40
Jan.	8,11	8,65
Umsatz	17713	15708

Iso-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	7,99	7,88

KAFFEE London (£/t) Robusta	15.4.	14.4.
Mai	2165-2169	2310-2320
Juli	2222-2224	2361-2365
Sept.	2269-2270	2406-2410
Umsatz	6355	2101

KAKAO London (£/t)		
Mai	1379-1382	1382-1385
Juli	1380-1381	1387-1389
Sept.	1400-1402	1413-1415
Umsatz	3500	1196

ZUCKER London (£/t) Nr.6	15.4.	14.4.
Mai	190,00-192,00	205,20-206,00
Aug.	197,00-198,00	–
Okt.	197,00-198,00	–208,00
Umsatz	160	90

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)	16.4.	15.4.
schw.		
Saraw.spez.	825,00	820,00
weiß.Saraw.	1170,00	1170,00
weiß.Munt.	1185,00	1185,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)	15.4.	14.4.
Mai	94,10	93,40
Juli	93,00	92,30
Sept.	91,55	91,10
Nov.	91,00	90,90
Jan.	91,75	91,20
Umsatz 2500	500	

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	15.4.	14.4.
	23,50	23,50

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	18,25	18,25

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Mai	17,73	17,46
Juli	18,12	17,78
Aug.	18,25	17,95
Sept.	18,30	18,05
Okt.	18,35	18,50
Dez.	18,70	18,50
Jan.	18,85	18,95

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk	16,00	16,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	11,50	11,50
Choise white hog 4 % fr. F.	10,00	10,00

TALG New York (c/lb)		
top white	12,25	12,25
fancy	11,75	11,75
bleichf.	11,50	11,50
yellow max. 10% fr F	10,00	10,00

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
April	41,00	40,92
Juni	41,90	42,20
Juli	42,15	42,55

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Mai	50,80	50,85
Juli	52,50	52,25
Aug.	51,35	51,35

HÄUTE Chicago (c/lb)	15.4.	14.4.
Ochsen einh. schwere River Northern	61,00	61,00
Kühe einh. schwere River Northern	54,00	48,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
Mai	525,75	524,50
Juli	522,50	522,25
Aug.	520,00	520,00
Sept.	510,00	510,50
Nov.	507,75	508,50
Jan.	516,50	517,25
März	525,00	526,00

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
Mai	152,70	153,50
Aug.	152,10	153,50
Sept.	151,80	153,20
Okt.	149,50	150,50
Dez.	147,50	148,20
Jan.	148,30	149,20
März	149,50	150,50

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	15.4.	14.4.
Mai	282,00	280,30
Juli	287,20	287,20
Okt.	291,20	291,20

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	15.4.	14.4.
	12,75	12,50

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)	16.4.	15.4.
jegl. Herk. cif	590,00	580,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	460,00	460,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra cif	250,00	255,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	86,00	86,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen cif	280,00	280,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1 cif	216,00	214,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	15.4.	14.4.
Mai	63,20	62,20
Juli	63,75	63,22
Okt.	39,05	39,40
Dez.	38,81	39,15
März	39,90	40,19
Mai	40,30	40,80

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1	39,12	39,12

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.	16.4.	15.4.
Mai	499-500	500-502
Aug.	517-518	517-519
Dez.	521-523	–
Umsatz	25	77

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	16.4.	15.4.
Mai	45,00	45,00
Juli	45,00	45,00
Okt.	45,00	45,00
–	–	–
Umsatz	0	0
Tendenz: ruhig		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	16.4.	15.4.
Mai	606,00-610,00	606,00-608,00
Juli	623,00-630,00	–
Dez.	–	–
Umsatz	9	6

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	16.4.	15.4.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	16.4.	15.4.
April	12468	12468
Mai	12575	12590

KAUTSCHUK London (p/kg)	15.4.	14.4.
RSS 1 Mai	55,50-56,50	55,00-56,00
RSS 1 Juni	56,00-57,00	55,50-56,00
RSS 2 Mai	54,50-55,50	54,00-55,00
RSS 3 Mai	53,25-54,25	52,75-53,75
Tendenz: ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	16.4.	15.4.
Mai	197,00-199,00	195,00-197,00
Juni	198,00-199,00	197,50-199,50
Nr. 2 Mai	195,50-196,50	194,00-195,00
Nr. 3 Mai	193,00-194,00	191,50-192,50
Nr. 4 Mai	188,50-189,50	187,00-188,00
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)	16.4.	15.4.
BWC	395	395
BWD	360	360
BTC	395	395
BTD	360	360

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	16.4.	15.4.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	254,32-254,66	259,07-259,42
dritt. M.	258,57-258,74	263,39-263,73
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	83,47-83,81	84,75-84,92
dritt. M.	86,36-86,45	87,51-87,68
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	901,00-902,70	937,22-938,94
dritt. M.	921,40-923,10	957,95-958,97
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	142,80-143,82	141,53-142,22
Prod.-Pr.	158,94	163,50
REINZINN 99,9 %	unerh.	unerh.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	16.4.	15.4.
	ausg.	14,78

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	16.4.	15.4.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	332,01-334,39	340,36-342,78
BLEI in Kabeln	91,25-92,25	92,50-93,50
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	16.4.	15.4.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	295-301	300-306
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	340-343	347-348
MS 63	321-325	326-331

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	16.4.	15.4.
Leg. 225	333-337	333-337
Leg. 226	325-338	325-338
Leg. 231	370-374	370-374
Leg. 233	380-384	380-384

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	16.4.	15.4.
PLATIN (DM/g)	32,80	33,60
GOLD (DM/kg Feingold)		
Bank-Vkfpr.	25400	26010
Rückn.-Pr.	24650	25260
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	25370	26050
Rückn.-Pr.	24700	25370
verarbeitet	26610	27330
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	24900	25550
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	402,70	413,30
Rückn.-Pr.	390,00	400,90
verarbeitet	419,90	431,50

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	14.4.	15.4.
10.30	340,75	340,25
15.00	339,00	341,75
Zürich mit.	341,10-341,60	342,50-343,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	79500	81300
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	359,00	363,25
3 Mon.	367,50	371,90
6 Mon.	375,30	379,95
12 Mon.	391,30	396,35
PLATIN (£/Feinunze) London	15.4.	14.4.
fr. Markt	288,05	286,90
PALLADIUM (£/Feinunze) London	15.4.	14.4.
f. Händl.-Pr.	73,25	72,85

New Yorker Metallbörse

	15.4.	14.4.
GOLD H & H Ankauf	342,00	341,85
SILBER H & H Ankauf	540,00	538,50
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	420,00-427,00	420,00-427,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	108,50-109,50	108,00-109,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00
SILBER (c/Feinunze)		
April	540,30	540,20
Mai	541,50	540,90
Juli	545,10	545,10
Sept.	547,00	548,00
Dez.	553,50	552,00
Jan.	565,00	564,00
März	567,30	567,10
Umsatz	2200	16000

KUPFER (c/lb)	15.4.	14.4.
April	64,25	63,55
Mai	64,35	63,70
Juli	64,80	64,10
Sept.	64,95	64,40
Dez.	65,40	64,85
Jan.	66,00	65,50
März	66,30	65,70
Umsatz	7000	5500

Londoner Metallbörse

ALUMINIUM (c/lb)	16.4.	15.4.
mitt. Kasse	748,00-749,00	753,00-755,00
3 Mon.	760,50-761,00	766,00-767,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	245,50-246,50	246,00-247,00
3 Mon.	254,00-254,20	254,00-254,50
KUPFER Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	958,00-958,50	967,50-968,00
3 Monate	ausg.	ausg.
ab. Kasse	–	965,50-966,50
3 Monate	–	ausg.
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate	973,00-975,00	980,00-982,00
ZINK Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	442,00-443,00	440,00-441,00
3 Monate	453,00-454,00	450,50-451,00
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate	ausg.	ausg.
QUECKSILBER ($/FL)	–	225-235
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	45-55

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	15.4.	14.4.
Mai	40,70-40,80	41,50-41,80
Juni	37,55-37,90	38,06-38,30
Juli	36,70-36,85	37,26-37,50
Aug.	37,00-37,20	37,50

GASÖL – London ($/t)	15.4.	14.4.
Mai	143,50-143,75	144,25-144,75
Juni	132,50-132,75	134,25-134,50
Juli	128,25-128,50	129,75-130,00
Aug.	127,50-127,75	129,00-129,50
Sept.	127,50-128,25	129,00-130,00
Okt.	129,25-129,75	129,75-131,00
Nov.	129,50-132,00	130,50-133,00
Dez.	128,00-134,00	130,00-135,00

BENZIN – New York (c/Gallone)	15.4.	14.4.
Mai	44,75-44,90	44,99-45,10
Juni	43,15-43,40	43,50-43,60
Juli	42,20-42,35	42,40-42,60
Aug.	40,70-41,15	41,20-41,30
Sept.	39,86	40,25

ROHÖL – New York ($/Barrel)	15.4.	14.4.
Mai	12,65-12,75	12,95-13,00
Juni	12,45-12,55	12,75-12,85
Juli	12,35-12,45	12,65-12,75
Aug.	12,45	12,70-12,84
Sept.	12,65-12,70	12,85

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	15.4.	14.4.
Arabian Lg.	–	–
Arabian Hv.	–	–
Iran Lg.	–	–
Forties	13,30	13,70
N. Sea Brent	13,50	14,00
Bonny Light	–	–

Kartoffeln

London (£/t)	15.4.	14.4.
Mai	160,40	163,40
Nov.	89,60	87,30
Febr.	97,50	94,80
April	126,00	119,90

New York (c/lb)	15.4.	14.4.
April	2,01-2,02	1,75-1,82
Mai	3,37-3,40	1,96-2,02
Nov.	3,60	3,35-3,37
März	4,20	3,59-3,65

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	15.4.	14.4.
Mai	180,30	185,50
Juli	175,50	178,80
Sept.	171,00	173,50
Nov.	164,10	166,60

Devisenterminmarkt

Nachgebende US-Dollar-Zinssätze waren am 16. 4. für geringe US-Dollar/DM-Deports verantwortlich.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,49-0,39	1,30-1,20	2,52-2,32
Pfund/Dollar	0,50-0,48	1,27-1,24	2,20-2,15
Pfund/DM	2,40-1,10	5,30-3,90	9,00-7,60
FF/DM	16-p	31-15	51-33

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 16.4. : Tagesgeld 4,50-4,65 Prozent; Monatsgeld 4,40-4,55 Prozent; Dreimonatsgeld 4,35-4,50 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,50 Prozent, 6 Mon. 4,50 Prozent.
Privatdiskontsätze am 16.4. : 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 16.4. : 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 16.4. ; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	6¾-7	4⅜-4½	4¼-4½
3 Monate	6⅝-6⅞	4⅜-4½	4-4¼
6 Monate	6½-6¾	4¼-4½	4-4¼
12 Monate	6⅜-6⅞	4⅜-4½	3⅞-4¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 16.4. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 16,00; Verkauf 19,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,00; Verkauf 19,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 16.4. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1025,00	a.W.
5 US-Dollar (Indian)**	700,00	866,70
5 US-Dollar (Liberty)	395,00	529,65
1 £ Sovereign alt	894,25	238,55
1 £ Sovereign Elizabeth II.	179,25	227,15
20 belgische Franken	144,00	192,66
10 Rubel Tscherwonez	189,00	242,82
2 südafrikanische Rand	171,25	216,89
Krüger Rand, neu	766,75	914,00
Maple Leaf	783,75	933,38
Platin Noble Man	986,00	1163,94
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	219,50	278,73
20 schweiz. Franken „Vreneli"	158,75	209,48
20 franz. Franken „Napoléon"	161,50	212,61
100 österr. Kronen (Neuprägung)	731,25	889,49
20 österr. Kronen (Neuprägung)	145,75	188,96
10 österr. Kronen (Neuprägung)	75,00	102,60
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	339,25	420,95
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	78,75	112,58

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Mai 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/5 (Typ A) 3,00 (3,00) – 4,50 (3,74) – 5,00 (4,14) – 5,50 (4,46) – 6,50 (4,82) – 7,50 (5,21). Ausgabe 1986/6 (Typ B) 3,00 (3,00) – 4,50 (3,75) – 5,00 (4,16) – 5,50 (4,50) – 6,50 (4,89) – 7,50 (5,32) – 8,00 (5,70) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,63, 2 Jahre 4,40. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,50 , Kurs 100,80, Rendite 5,31 .

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 16.4.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	56,729	6,35
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	109,015	6,35
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	56,47	6,40
Berl. Bk. E.55	100,00	1.7.00	40,05	6,65
Commerzbank	100,00	22.5.95	57,50	6,75
Commerzbank	100,00	4.8.00	40,20	6,58
Deutsche Bk. S	287,00	23.1.95	136,50	8,86
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	110,00	5,35
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	80,29	5,35
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	56,67	6,30
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	112,65	6,30
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	53,65	6,20
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	58,51	6,05
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	42,13	6,31
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	58,01	6,15
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	30,10	6,45
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	29,96	6,36
SGZ-Bank 060	100,00	12.6.95	58,15	6,13
WestLB 600	100,00	2.5.95	58,10	6,20
WestLB 601	100,00	2.5.00	41,30	6,51
WestLB 603	100,00	1.6.01	38,55	6,51
WestLB 602	100,00	3.10.05	28,70	6,33
WestLB 500	126,86	16.2.89	112,05	4,51
WestLB 501	137,01	16.2.90	114,50	4,86
WestLB 503	115,76	3.10.88	104,40	4,31
WestLB 504	141,85	1.10.91	107,65	5,20
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud. Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	–	9,03
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	64,00	7,98
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	56,50	10,30
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	61,75	8,62
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	60,875	8,80
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	58,625	8,11
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	51,375	8,88
Penney (A+)	100,00	17.2.94	51,50	8,82
Sears (AA)	100,00	27.5.94	52,00	8,38
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	50,50	8,74
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	49,50	8,23

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.% (Vortag)		Ordentierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,45	(4,45)	100,6	101,4	102,4	103,3	104,3	105,2
2	4,72	(4,73)	100,5	102,2	104,1	106,0	107,8	109,7
3	5,20	(5,05)	99,95	102,4	105,1	107,8	110,6	113,3
4	5,25	(5,30)	99,10	102,3	105,8	109,3	112,9	116,4
5	5,43	(5,48)	99,75	102,0	106,3	110,6	114,8	119,1
6	5,70	(5,72)	96,05	101,5	106,0	110,9	115,9	120,8
7	6,01	(6,00)	93,85	100,0	105,0	110,5	116,1	121,7
8	6,25	(6,27)	91,75	98,45	104,0	110,1	116,3	122,4
9	6,35	(6,35)	90,35	97,00	103,7	110,4	117,0	123,7
10	6,38	(6,40)	89,35	96,55	103,8	111,0	118,2	125,4
15	6,60	(6,65)	84,20	93,50	102,8	112,1	121,4	130,7

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 113,891 (113,870)
Performance-Rentenindex: 241,963 (241,888)

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	15. April	7,00-7,063
Commercial Paper (Direktplazierung)	30-89 Tage	6,58
	60–270 Tage	6,20
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	6,625
	60 Tage	6,55
	90 Tage	6,50
Certificates of Deposit	1 Monat	6,45
	2 Monate	6,35
	3 Monate	6,30
	6 Monate	6,30
	12 Monate	6,55
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,82
	26 Wochen	5,88
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,18
	30 Jahre	7,32
US-Diskontsatz		7,00
US-Primerate		9,00
Geldmenge M1	31 März	640,1 Mrd. $ (+ 0,9 Mrd. $)

NYSE-Aktienindex (New York)		
Juni	138,75	137,55
Sept.	140,65	139,20

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	15.4.	14.4.
9¾ EEC 90	105,75	105,875
11¼ dgl. 90	111,5	111,25
10¾ EIB 93	110,75	110,875
11 dgl. 91	114	114
11¼ dgl. 90	114,375	114,5
11⅞ dgl. 93	121,25	121,125
12 dgl. 95	124,375	124,375
12½ dgl. 90	116,625	116,75
12⅞ dgl. 95	127,875	127,5
13 dgl. 96	123,375	123
10¾ Wld Bk 95	115,375	115,125
10⅞ dgl. 88	106,875	106,75
10⅞ dgl. 90	110,75	110,75
10⅞ dgl. 93	116,5	116,375
11 dgl. 92	115	114,875
11¼ dgl. 88	108	108,125
11½ dgl. 90	113,5	113,625
11⅞ dgl. 89	110	110
11½ dgl. 98	114,125	114,375
12 dgl. 95	121,625	121,5
12¼ dgl. 94	125,625	125,625
12⅞ dgl. 94	128,375	128
6¾ Sears 91	104	104
6¾ Swed.Ex.91	102,25	102,625
7 TRW 94	101,5	101,625
6¾ Un.Tech.92	102,375	102,375
6¾ World Bk90	103,625	103,625
6¾ dgl. 94	104,75	105
7 dgl. 94	106,875	107,125
7¾ dgl. 93	110,625	110,625
8 dgl. 95	112,75	112,75

Euro-Yen

	15.4.	14.4.
6¾ Al.Corp 91	101,5	101,75
6¾ Allied 95	100,25	100,5
7¾ ADB 94	107,625	107,875
7 Austria 95	106,5	106,625
7 BP 92	103,625	103,875
6¾ Denmark 92	103,5	103,625
7 Denm.Bk. 92	103,75	103,875
7 Dow Chem.94	101,75	102
6¾ EDF 95	105,875	106,125
6½ Eurofima86	99,75	99,75
6¾ dgl. 92	102,625	102,875
6¾ dgl. 93	102,25	102,5
7¾ dgl. 94	105,5	105,75
6¾ Fosmic 92	102,875	103,125
6¾ Finl.Rep90	103	103,25
6½ GMAC 90	102,125	102,125
7½ Goodyear95	101,75	101,875
6⅞ dgl. 94	101,625	101,625
6¾ ITT 92	100,75	100,75
6¾ McDonal.92	101,375	101,75
6⅞ Montreal95	102,125	102,375
7¾ N.Bruns.95	105,75	106
7⅞ N.Zeald.90	105	105
7¾ dgl. 89	105,75	105,875
7 Pac.Gas 94	101,875	102
6¾ Penney 92	101,75	101,75
6¾ Procter 92	102,875	102,875
6¾ Sallie 92	102,375	102,375

Lux. Franc Bonds

	15.4.	14.4.
9¾ Akzo 87	100	100
9¾ Asea 89	101	101
6¾ Asian Dv87	98,5	98,5
10½ BFG Lux90	105,25	105,25
11 BNP 90	105	105
9 dgl. 93	103	103
10¾ Ceca 94	105	105
11 dgl. 92	105	105
13 dgl. 91	101	101
12½ Consell92	105,5	105,5
8 Coptel 88	100	100
8¾ dgl. 89	100	100
11 Cr.Lyon.88	103,5	103,5
13 dgl. 89	109,5	109,5
7¾ Den.Mtg 88	99	99
10¾ Euroloan96	109	109
11 dgl. 93	102	102
12¾ dgl. 88	108,5	108,5
12¾ dgl. 92	–	–
9 Eurofima 95	107	107
10 dgl. 91	106,5	106,5
10 dgl. 94	106	106
11¾ dgl. 89	100,5	100,5
8 EIB 91	100	100
9½ dgl. 95	105	104,75
9¾ dgl. 88	102	102
9¾ dgl. 93	103,75	103,75
10½ dgl. 94	109,75	109,75
11½ dgl. 88	102	102
12¾ dgl. 90	100,5	100,5
9¾ Hypo Bk.88	102,75	102,75
9¼ Ind.B.F.95	104	104
11 Kredlet.93	107	107
7¾ dgl. 87	99	99
10 dgl. 90	102,75	102,75
11¾ dgl. 89	100,5	100,5
8 Luxair 87	100	100
8½ dgl. 87	100	100
10½ Lux Bk.91	102,25	102,25
9 Met.Chim 95	104	104
10½ N.Lux.Al92	102,75	102,75
12⅞ Nord L.89	101	101
8 Norges 86	99,75	99,75
8 Oslo 89	99	99
8½ dgl. 87	100	100
9 Paribas 92	102,75	102,75
10¾ Paribas89	101	101
8 Philips 89	99,75	99
7¾ Renault 88	98,5	98,5
9¾ Sogenal 92	105	105
10¾ Solvay 87	100	100
10¾ Stockh.86	99,75	99,75
8 Sveriges 88	99,75	99,75
9¾ Volvo 87	101	101
9¾ WorldBk.90	106	106
10¾ dgl. 89	107	106

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,52832

	15.4.	14.4.
8¾ Cop City91	98,5	98
12¾ dgl. 92	102	102
8¾ CCA 91	99,5	98,75
11¾ Ned. G.88	101	99,75
9¾ Queb. P.94	99	99
8½ SDR 94	98,25	98

ECU

	15.4.	14.4.
9¾ ABN 92	112,875	112,875
All Nippon 95	113,125	113,75
9¾ ANZ 92	111	111,625
10¾ Austria93	117,375	117,625
8¾ B.d.Roma93	109	109,75
10 BNDA 92	102	102,625
9 M.+Hope 92	107,5	108
9 Bk.Hels.96	106,25	107
9¾ Bk.Tok.90	107,875	108,25
10¾ dgl. 91	–	–
8¾ BNP 95	108	108,875
8¾ Bay.Vbk.88	106,25	107
8¾ BFCE 93	105,75	106,625
9¾ dgl. 92	114	114,625
9¾ dgl. 95	114	114,875
9¾ Bull 92	108	108,625
9¾ CNT 92	114	114,625
9¾ dgl. 95	114	114,75
8¾ Cargill 95	108,375	109,125
10¾ Ceca 89	110,5	111,375
11¼ dgl. 94	116,75	117,25
9 Chrysl. 92	103,25	104,125
9¾ dgl. 94	105,375	105,625
10 dgl. 91	105,5	106,125
10¾ dgl. 93	107,5	107,25
9 ClubMed 88	104,5	105,25
9 Colgate 91	102,875	103,75
9¾ Consell 92	–	–
9 Cop City 95	113	113,5
9¾ CCF 95	110,25	111,25
9¾ CrdNord 91	111,25	112,25
11¾ CrdFonc90	110,5	111,25
11¾ dgl. 90	112,75	113,375
8⅞ CrdNat 96	111,125	112,875
10¾ dgl. 94	117,625	117,75
8¾ Crdanst.94	109,5	110,125
9¾ Creditio 92	109,125	109,75
10¾ Denmark91	107,625	107,875
9¾ Dresd.bk93	–	–
9 EDF 97	110,5	111,25
8¾ EEC 93	111	112
8¾ ELFAqu. 88	103,5	104,5
9 Enso Gut 91	104,625	105,25
9¾ dgl. 93	105,375	105,75
10 Euratom 97	115,5	116,125
9¾ Eurofima95	110,375	110,75
11 dgl. 92	111	111,625
8¾ EIB 90	111	111,375
8¾ dgl. 93	109,375	110,5
8¾ dgl. 92	110,5	111,125
9¾ dgl. 95	116,75	117,75
10¾ dgl. 94	117	117,75
10¾ dgl. 94	115,625	116,25
10¾ dgl. 90	114,625	115
11¾ dgl. 92	113,625	114,25
11¾ dgl. 94	–	–
9 Eutelsat 93	108,25	108,75
8¾ Fiat 90	105,25	106,125
9 IBKFloni 95	107	107,75
8¾ Ford C.93	108,375	109,25
10¾ Giroz. 93	115,75	116,75
10 IADB 95	114,625	115,625
8¾ IBM 90	107,75	108,375
8¾ IKB 95	103,25	103,5
9 Imatran 96	107,25	107,625
9¾ Italia 89	105,625	106,25
10¾ dgl. 92	114,75	115
11¼ dgl. 90	115	115,125
9¾ Kansall 92	108,25	109
9¾ Kbfima 92	110,5	111,375
10¾ Megal 95	112	112,75
8¾ Mits.Tr.93	107,75	108,75
9 MostHen.91	108,75	109,625
9¾ Mol 90	104,25	104,75
8¾ Morgan 90	106,5	107,25
8¾ Motorola92	109,25	109,875
9 Neste 95	108,25	109,125
8¾ N.S.Wal.93	109,625	110,375
9¾ N.Zeal. 90	107,875	108,75
9¾ N.Zeal.92	109,75	110,5
9 Ostkbk. 89	105,375	106,125
8¾ Olivetti93	109,375	110,375
8¾ Parbel 89	104	104,375
10 Pechin.90	107,625	108,375
9 Petroc.93	106	106,5
10¾ Peugt. 90	108	108,75
9¾ dgl. 90	107,125	108,25
8½ Phibro 96	104,75	105,125
9 Philips 93	111,875	112,25
9¾ Piba 92	110,625	111,5
11¼ dgl. 93	–	–
10 Prvbk. 92	107,5	108,25
11¼ dgl. 91	–	–
10¾ RATP 92	108,5	109,125
11 dgl. 94	109,75	110,25
9¾ Rabobk. 95	116,25	117
8¾ Reynolds91	107	107,75
9 SAS 95	109,125	110
9 Sanwa 95	108	108,375
8¾ Secpac 90	103,75	104,75
11¼ SNCF 94	114,5	114,625
9 SNCI 95	109,25	110
8¾ Sumitomo92	107,125	108,125
9¾ dgl. 93	111,5	112,125
9 dgl. 93	111,625	112,25
9 Unibk.Nor.95	110,25	111
8¾ Vict. 90	107,75	108,75
9½ WestLB 90	–	–
9¾ Westpac92	110,125	111
8¾ Worldbk.95	112	112,625
8¾ dgl. 93	110	110,75
9¼ dgl. 92	111,5	112,125
10¾ dgl. 89	109,75	110,575
10¾ dgl. 94	112,75	113,125
11 dgl. 93	112,75	112

ECU-Tageswerte

	15.4.	14.4.
Dollar	0,92758	0,931503
Bfr	43,8397	43,8086
DM	2,15801	2,15643
Hfl	2,431	2,42917
£	0,627379	0,630245
Dkr	7,94286	7,93454
FF	6,87058	6,86611
Lira	1478,56	1477,56
I-£	0,708888	0,708637
Sfr	1,80155	1,80264
öS	15,1427	15,1276
Peseta	136,419	136,353
Skr	6,814	6,81813
Nkr	6,74582	6,74408
Kan-$	1,29629	1,29898
Esc	141,549	141,821
Fmk	4,8364	4,84288
Yen	165,619	166,972
Drachme	134,718	134,474

SZR-Wert

	15.4.	14.4.
Dollar	1,13407	1,13882
DM	2,64431	2,62980

Aktien wieder auf Gipfelkurs

Libyen-Schock spielte keine Rolle mehr

DW. – Auf dem Aktienmarkt erreichten einige Standardwerte neue Höchstkurse. Zu verdanken haben sie dies ausländischen Käufern, aber auch inländische Anleger blieben aktiv. Von der am Vortag im Zusammenhang mit dem Libyen-Konflikt zeitweise entstandenen Unsicherheit, war nichts mehr zu spüren. Ebensowenig von negativen Folgen, die sich aus dem Optionsabrechnungstermin noch hätten ergeben können. Durch Glattstellungen des Berufshandels kam es gegen Börsenschluß in einigen Aktien zu nachgebenden Notierungen.

Im Mittelpunkt standen Finanzwerte und Autoaktien. Großbanken schlossen zum Teil bis zu 10 DM höher als am Vortag. Die Bayerische Vereinsbank machte sogar einen Aufwärtssprung von mehr als 30 DM. Bei den Autowerten standen Daimler und Mercedes mit Kursanhebungen von 50 bis 90 DM im Vordergrund. Hier, aber auch bei den VW-Aktien, kam es gegen Börsenschluß zu Gewinnmitnahmen. Weiterhin schwer taten sich die Papiere der Großchemie, die im allgemeinen nur ihre Vortagseinbußen wieder aufholten. Vernachlässigt noch immer Mannesmann, eine der wenigen Gesellschaften, deren Aktien am Mittwoch ein klares Minus aufzuweisen hatten. Nach der jüngsten Erklärung über zu erwartende Verluste im Röhrengeschäft, sind kaum noch Ausländer für diese Papiere zu erwärmen.

Frankfurt: Holzmann erzielten mit plus 15 DM und Hutschenreuther mit plus 7 DM neue Kursgewinne. Contigas erholten sich um 8 DM und Altana um 10 DM. Buderus verminderten um 30 DM und Pfaff um 5 DM.

Düsseldorf: Alexander verteuerten sich um 5 DM, Breitenburger kletterten um 10 DM und Edelwitten um 16 DM. DAB schwächten sich um 2 DM ab und Dyckerhoff St. gaben um 8 DM nach. Mauser rückten um 1,50 DM vor.

Hamburg: Phoenix Gummi und Vereins- und Westbank verzeichneten mit jeweils um 10 DM die höchsten Steigerungen. Bremer Vulkan kletterten um 9 DM und Beiersdorf erholten sich um 5 DM. Elbschloß verbesserten sich um 7 DM.

Berlin: Berliner Bank konnten um 8 DM, Springer um 4 DM und DUB-Schultheiss um 3 DM höher bewertet werden. Herlitz St. Berliner Kindl gaben um 5,50 DM und Berliner Elektro um 5 DM nach.

München: Aigner verminderten um 9 DM, AKS um 1,50 DM und Knürr um 4 DM. Verbessert haben sich Bay. Lloyd um 10 DM und Flachglas um 5 DM. Leonische Draht stockten um 30 DM auf.

Stuttgart: Baden-Württembergische Bank stiegen um 57 DM. SEL lagen um 8 DM fester und Kolbenschmidt verteuerten sich um 10 DM. Daimler erhöhten um 70 DM und Mercedes um 85 DM. Porsche verbesserten sich um 15 DM. Die Württembergische Hypothekenbank gaben um 15 DM nach.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 317,39 (312,94)
WELT-Umsatzindex: 7426 (6798)
Advance-decline-Zahl: 117 (77)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Freiverkehr

Ungeregelter Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Ausland

Johannesburg

	16.4.	15.4.
Abercom Inv.		1,8
AE & Co Ldt.	Werte	11,5
Barlow Rand	lagen	15,7
DeBeers	bei	23,25
Gold Fields	Red.-	36,75
Highveld Steel	schluß	5,4
Kloof Gold Min.	nicht	21,75
Rembranch	vor	49,5
Rustenburg P.		33
Sasol		6,75
Vaal Reef		211
RDM Gold Index	–	1119,60
RDM Ind. Index	–	1222,00

Stockholm

	16.4.	15.4.
AGA A	–	218
Alfa-Laval A	365	350
ASEA Fria	460	452
Atlas Copco A	236	237
Electrolux B	304	306
Ericsson A	–	325
Saab-Scania	–	–
Sandvik A	915	–
SKF B	340	337
Volvo A	405	395
J & P Ind. Index	2319,16	2305,12

Tokio

	16.4.	15.4.
Alps.	1940	1930
Bank of Tokyo	755	750
Banyo Pharma	900	901
Bridgestone Tire	610	612
Canon	1060	1060
Daikin Kogyo	750	750
Daiwa Sec.	1300	1310
Daiwa House	1350	1340
Eisai	1570	1570
Fuji Bank	1580	1550
Fuji Photo	2000	2000
Hitachi	815	810
Honda	1150	1140
Ikegai Iron	445	440
Kansai El. P.	2310	2310
Kao Soap	1350	1360
Kirin Brewery	1250	1240
Komatsu	475	477
Kubota Iron	355	350
Matsushita El. Ind.	1480	1470
Matsushita El. Wks.	1280	1270
Minolta Camera	815	816
Mitsubishi El.	355	352
Mitsubishi H. I.	385	384
Nikko Sec.	960	959
Nippon El.	1480	1390
Nippon St.	170	169
Nomura Sec.	1900	1900
Pioneer	2350	2350
Ricoh	920	915
Sankyo	1400	1400
Sanyo Electric	418	417
Sharp	922	922
Sony	3830	3830
Sumitomo Bank	1920	1900
Sumitomo Marine	815	820
Takeda Chem.	1420	1410
Teijin	505	508
Tokio Marine	1180	1170
Tokyo El. Power	3720	3590
Toray	540	545
Toyota Motor	1400	1390
Index	1223,10	1223,95

Toronto

Ortszeit: 18.00 h	16.4.	15.4.
Abitibi Price	24,5	24,5
Alcan Alu.	44,25	44
Bk. of Montreal	33,625	33,625
Bk. of Nova Scotia	14,5	14,5
Bell Cda Enterprises	39,75	39,75
Bluesky Oil	2,6	2,56
Bow Valley Ind.	11,375	11,375
Brenda Mines	9,125	9,25
Brunswick M & Sm.	–	13
Cdn. Imperial Bk.	20,375	20,25
Cdn. Pacific	17,5	17,5
Cominco	13,75	13,75
Coseka Res.	–	1,65
Denison Mines	9	9
Dome Petroleum	2,02	2,05
Domtar	32,375	32,375
Falconbridge Ltd.	23,75	23,75
Great Lakes Forest	28	26,75
Gulf Canada	16,125	16,125
Gulfstream Res.	0,65	0,65
Hiram Walker Res.	38,25	38,5
Hudson Bay Mng.	–	8,5
Husky Oil	8,625	8,625
Imperial Oil -A-	46,625	46,75
Inco	22,25	22,125
Inter City Gas Ltd.	15,875	15,75
Interprov. Pipeline	–	44,125
Kerr Addison	15,75	15,375
Lac Minerals	18,25	18,5
Massey Ferguson	2,7	2,7
Moore Corp.	38	37,75
Noranda Mines	17,875	17,875
Norcen Energy Res.	12,125	12,125
Northgate Expl.	–	4,6
Northern Telecom.	40,625	40,125
Nova An Alberta 'A'	5,125	5
Nu West Group	0,37	0,37
Oakwood Petrol	–	4,5
Placer Development	22,5	22,75
Provigo Inc.	19,125	19,25
Ranger Oil	5,25	5,25
Revenue Properties	–	2,75
Rio Algom	25,375	25,625
Royal Bk. of Can.	32,575	32,375
Seagram	79,25	78
Shell Canada	24,25	24,375
Sherritt Gordon	7,125	7
Stelco -A-	27,625	27,625
TransCdn. PipeLines	19,5	19,75
Westcoast Transm.	13,625	13,625
Index: TSE 300	3805,00	3108,20

Wien

	16.4.	15.4.
Creditanst.-Bkv.Vz.	2320	2300
Gösser-Brauerei	3400	3375
Länderbank Vz.	2350	2350
Lenzing	988	–
Österr. Brau	3275	3250
Perlmooser Zement	685	685
Reininghaus	900	900
Schwechater Br.	1900	1900
Semperit	195	188
Steyr-Daimler-P.	185	182
Steyrermühl Papier	5210	3290
Universale Hoch	301	308
Veitscher Magnesit	10500	10450
Index	119,40	118,85

Zürich

	16.4.	15.4.
Alusuisse	730	730
dgl. NA	225	225
Bank Leu	4000	4000
Brown Boveri	1860	1850
Ciba Geigy Inh.	3975	3950
Ciba Geigy Part.	3070	3080
Elektr. Watt	3840	3775
Georg Fischer Inh.	1580	1550
Mag.z.Globus Part.	1470	1480
H. La Roche 1/10	12500	12500
Holderbank	4925	5050
Italo-Suisse	337	335
Jacobs Suchard Inh.	7850	7850
Jelmoli	3275	3225
Landis Gyr	2050	2040
Mövenpick Inh.	6500	6300
Motor Columbus	1410	1440
Nestlé Inh.	8825	8800
Oerlikon-Bührle	1750	1775
Sandoz NA	5075	5080
Sandoz Inh.	12400	12500
Sandoz Part.	1950	1900
Art. A. Saurer	222	218
Schw. Bankges.	6340	5300
Schw. Bankverein	585	586
Schw. Kredit. A. Inh.	3790	3785
Schw. Rückv. Inh.	18050	18100
Schw. Vollsb. Inh.	2480	2465
Sika -B-	4075	4075
Gebr. Sulzer Part.	540	550
Swissair	1950	1970
dgl. NA	1620	1600
Winterthur Inh.	7258	7300
Winterthur Part.	5850	5800
Zür. Vers. Inh.	7810	7850
Index: Schw. Kred.	–	533,50

Optionshandel

Inlandszertifikate

WELT-Aktien-Indizes

Chemiewerte: 185,25 (183,85); Elektrowerte: 339,84 (339,32); Autowerte. 893,42 (865,70); Maschinenbau: 181,99 (183,02), Versorgungsaktien: 188,58 (186,28); Banken: 472,37 (463,86); Warenhäuser: 159,81 (161,29); Bauwirtschaft: 530,48 (534,56); Konsumgüterindustrie: 182,57 (182,97); Versicherung: 1737,48 (1713,65); Stahlpapiere: 180,83 (179,72)

Kursgewinner (Frankfurt):

Koepp	245,00	+30,20	+13,9%
Hemmoor	250,00	+25,00	+11,1%
Bad. Württ. Bk.	688,00	+61,00	+9,7%
Hanfw. Obera. Vz.	230,00	+20,00	+9,5%
Nord. Hypo	285,00	+20,00	+7,5%
Glas & Sp.	290,00	+20,00	+7,4%
Patrizier Br.	450,00	+30,00	+7,1%
Bay. Vereinbk.	680,00	+45,00	+7,0%
Brau. Moninger	169,000	+11,00	+6,9%
Hindrichs Auff.	265,00	+15,00	+6,0%

Kursverlierer (Frankfurt):

Hageda	145,00	-9,00	-5,8%
Frankf. Hypo	1380,00	-70,00	-4,8%
Kraft. Rheinf.	352,00	-18,00	-4,8%
Brau AG	500,00	-25,00	-4,7%
Buderus	620,00	-30,00	-4,6%
Pfälz. Hypobk.	1060,00	-50,00	-4,5%
Die bl. Quellen	440,00	-20,00	-4,3%
Münch. Rück. Inh.	3700,00	-170,0	-4,3%
Veith-Pirelli	440,00	-20,00	-4,3%
Neckarw. Essl.	250,00	-10,00	-3,8%

Junge Aktien

Berlin: Hermes 750G, Kötitzer 1850T, VAB 3000T. Düsseldorf: BASF 310, Bayer 321, BHF 568, Contigas 390, Dresdner Bk. 491,5, IWK 305T, KSB St. 209T, KSB Vz. 200T, Linde 705, Metallges. 340T, Nixdorf 608, Rütgers 415G, Salamander 330, Schering 580, VEW 178. Frankfurt: Ackt 60, Allweiler St. 285bG, Allweiler Vz. 229bB, BASF 312, Bayer 321, BHF 573T, Commerzbk. 364, Contigummi 250T, Dresdner Bk. 492, Hoechst 311, IWK 306, KSB 200, KSB Vz. 205T, Linde 704, Magdeburger Feuer NA 715, Magdeburger Feuer 1498B, Mainkraft 510G, Metallges. 345, Moto Meter 280G, Nixdorf 615, Pfaff 252, Salamander 332, Schering 588, VEW 178, Wella 826, Ymos Vz. 198. Hamburg: Doag 455T, Schering 580. München: BASF 308, Bayer 325, Bay. Hdlbk. 570bG, Br. Wolff. 282B, Contigas 365G, Hoechst 302G, IWK 302, Linde 700bG, Metallges. 355TG, Nixdorf 608,5, Rütgers 408TB, Salamander 315, Schering 570, Stumpf 169, VAB 3150, VEW 176bG, Wanderer 659G.
Bezugsrechte: München: Knürr 18bG, Münch. Rück 690.

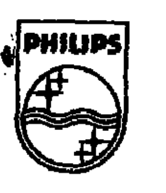
Devisenmärkte

In den Mittelpunkt traten am 16. April die seit Tagen zu beobachtenden Zinssenkungserwartungen in den USA. Der US-Dollar geriet unter starken Druck und wurde sehr schnell von seiner Ausgangsbasis 2,298 während der ersten Handelsstunde auf 2,275 zurückgenommen. Der Abstieg setzte sich kontinuierlich fort und wurde erst bei 2,26 gebremst. Die amtliche Notiz von 2,2662 wurde bei nervösem Handel später bis 2,258 unterboten. Die D-Mark erzielte auch gegen andere Währungen hohe Tagesgewinne. Es schwächten sich ab: der Kanadische Dollar um 2,2 Prozent, der Japanische Yen um 1,6 Prozent, das Englische Pfund um 1,5 Prozent, die Schwedische Krone um 1,2 Prozent sowie die Norwegische Krone um ein Prozent. US-Dollar in: Amsterdam 2,5555; Brüssel 46,0975; Paris 7,2175; Mailand 1553,50; Wien 15,872, Zürich 1,8967; Ir. Pfund/DM 3,045; Pfund/Dollar 1,4972; Pfund/DM 3,393.

Devisen und Sorten

16.4.1986	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York[1]	2,2622	2,2702	2,2609	2,21	2,31
London[2]	3,384	3,400	3,338	3,32	3,47
Dublin[2]	3,038	3,052	3,00	2,96	3,11
Montreal[1]	1,627	1,635	1,6162	1,58	1,68
Amsterd.	88,645	88,865	88,60	88,00	89,75
Zürich	119,38	119,58	119,40	118,25	121,00
Brüssel	4,907	4,927	4,878	4,79	4,99
Paris	31,33	31,49	31,17	30,50	32,25
Kopenh.	27,115	27,235	27,00	26,25	28,00
Oslo	31,66	32,78	31,005	31,25	33,00
Stockh.**	31,265	31,425	30,93	30,75	32,25
Mailand[3]**	1,4545	1,4645	1,452	1,40	1,50
Wien	14,234	14,274	14,233	14,15	14,37
Madrid**	1,576	1,586	1,548	1,52	1,64
Lissabon**	1,504	1,524	1,447	1,25	1,90
Tokio	1,282	1,285	–	1,24	1,30
Helsinki	44,31	44,51	43,65	43,25	45,75
Buen.Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen* **	1,5455	1,6195	–	1,20	1,90
Frankf.	–	–	–	1,71	1,80
Sydney*	1,6155	1,6345	–	1,55	1,70
Johannbg.*	1,113	1,147	–	0,76	1,01
Hongkong*	28,95	29,23	–	27,50	33,50

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire
[4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.



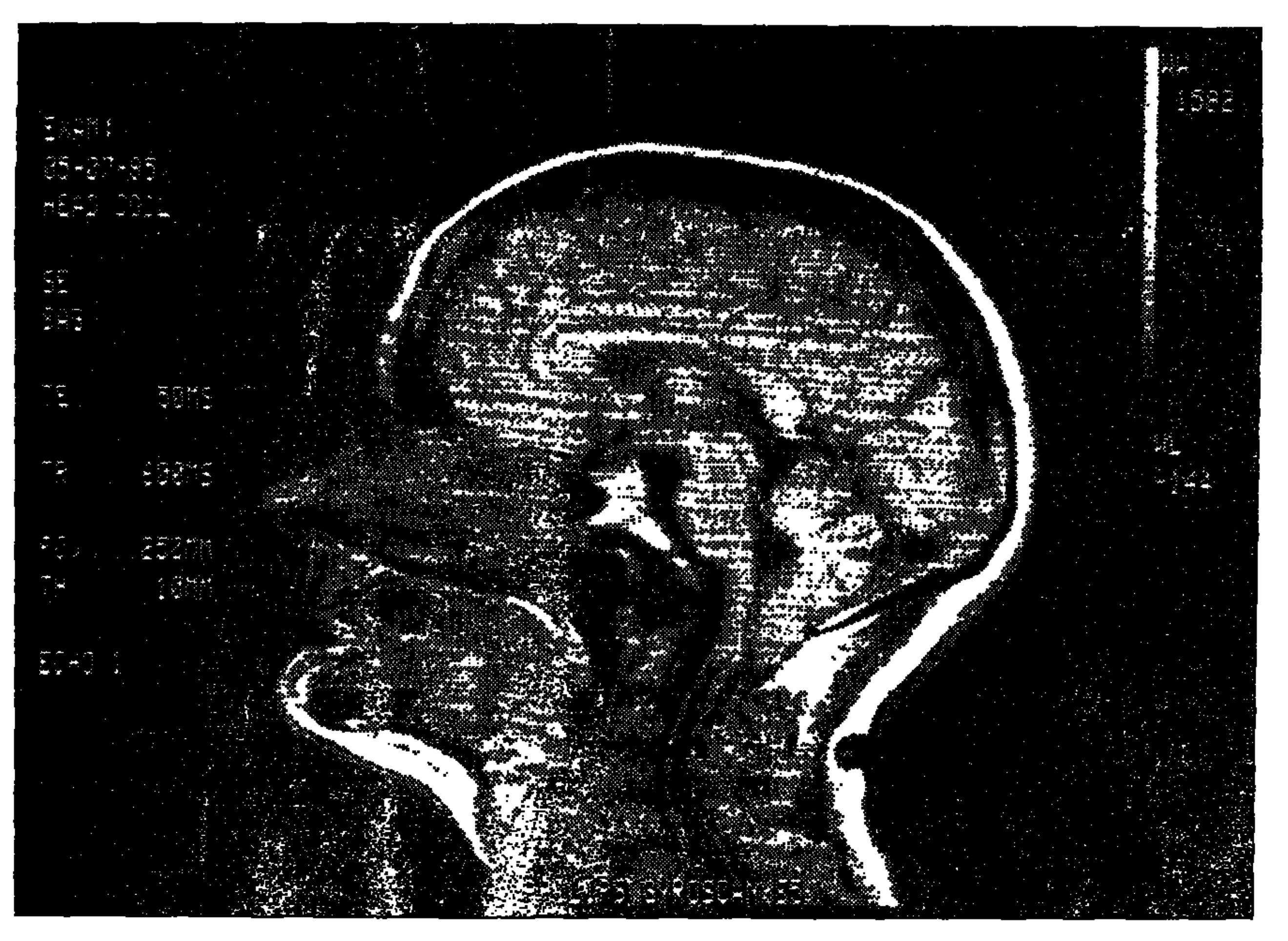
PHILIPS

Philips High Tech:

Warum die Philips MR-Forschung der klinischen Diagnose zu mehr Durchblick verhilft.

Die Kernspin- (MR-) Tomographie ist ein neues bildgebendes Diagnoseverfahren für die Medizin, das einen seit Jahrzehnten in der Wissenschaft bekannten Effekt ausnutzt, die Kernspinresonanz: Wenn man Atomkerne in einem starken Magnetfeld durch hochfrequente elektromagnetische Impulse beeinflußt, geben sie Resonanzsignale ab, aus denen sich mit einem Computerprogramm Bilder rekonstruieren lassen.

Bei der Untersuchung des menschlichen Körpers werden körpereigene Atomkerne, z.B. Wasserstoff, zur Aussendung hochfrequenter Signale veranlaßt, aus denen Schnittbilder des Körpers berechnet werden. Diese Schnittbilder zeigen eine mit bisherigen Diagnoseverfahren nicht erreichbare Detailvielfalt. So kann man krankhafte Gewebsveränderungen sehen; Tumore und Durchblutungsstörungen werden erkannt. Weitere Beispiele sind die Darstellbarkeit von Infarktbereichen am Herzen und von Herden der Multiplen Sklerose im Hirn.



MR-Schnittbild des menschlichen Kopfes, aufgenommen mit einer speziellen Kopfspule. Eine fast lehrbuchartige Darstellung von Gehirn und Gesichtsschädel. Weiße und graue Hirnsubstanz werden deutlich getrennt. Selbst die Organe der hinteren Schädelgrube und des Hirnstamms werden ohne Abbildungsfehler dargestellt, was z.B. mit dem CT-Scanner bis heute nicht möglich ist.

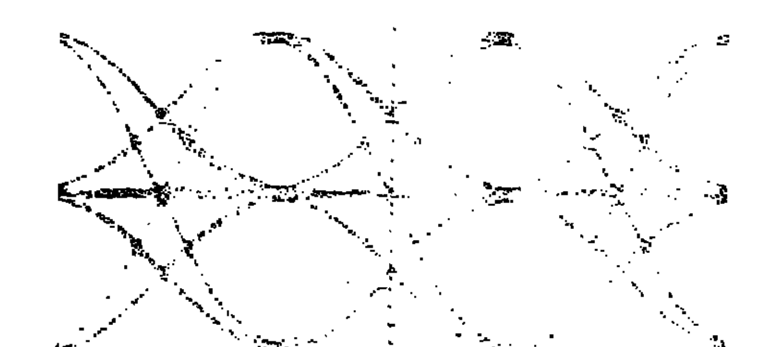


Auswertung und Befundung der mit Hilfe der Kernspinresonanz gewonnenen Schnittbilder des menschlichen Körpers am Computer-Arbeitsplatz. Durch Anwendung verschiedener Rechenprogramme läßt sich die Darstellung der klinischen Fragestellung entsprechend variieren, so daß der Befund optimal abgebildet wird. Im Hintergrund sind Magnet und Patiententisch erkennbar.

Heute werden bei vielen medizinischen Forschungsprojekten sowie auch in der klinischen Routine MR-Tomographen von Philips eingesetzt. So arbeiten z.B. die Universität Köln, die Universität Bonn und das Universitätskrankenhaus Hamburg-Eppendorf mit dem supraleitenden 1,5 Tesla System Philips GYROSCAN S 15. Diese Institute arbeiten eng mit dem Philips Forschungslabor Hamburg zusammen.

Ziel der Forschungsaktivitäten ist es, die klinische Anwendbarkeit der MR-Tomographie für weitere Organbereiche abzuklären, die Untersuchungszeit zu verkürzen, die Bildgüte zu optimieren und die Darstellung von Stoffwechselvorgängen zu ermöglichen.

Welcher Aufwand für ein solches Projekt notwendig ist, zeigen folgende Zahlen: Philips hat bis zum Jahresende 1985 in den Bereich MR-Tomographie über 400 Mio.DM investiert, und etwa 250 Mitarbeiter sind ständig in der MR-Forschung und Entwicklung tätig.



FORSCHUNG. INNOVATION. KOMPETENZ.

Ba Jin und Feng Jicai: Bilanz der Kulturrevolution

Die stinkende Madame

Seit einiger Zeit sind bestimmte Leute unzufrieden über das, was sie nach der Erzählung „Narben" Narbenliteratur nennen, da diese Werke, die an unsere eigenen Wunden rühren, ihrer Ansicht nach unsere Schwächen bloßlegen und dem Ansehen Chinas schaden." Ba Jin, der inzwischen 83jährige große realistische Schriftsteller Chinas, schrieb das 1980 in seiner „Gedanken" genannten regelmäßigen Kolumne in einer Hongkonger Zeitung, die jetzt als „Gedanken unter der Zeit" auch in einer deutschen Auswahl vorliegen.

Der Begriff „Narbenliteratur" entspricht in etwa der „Tauwetterliteratur" in der Sowjetunion nach dem XX. Parteitag. Und so wie Ilja Ehrenburgs Erzählung „Tauwetter" der literarischen Bewältigung des Stalinismus (und bald auch der – allerdings kurzfristigen und nicht sehr gründlichen – politischen Entstalinisierung) den Namen gab, steht der Titel einer Erzählung von Lu Xinhua in China für die kritische Auseinandersetzung mit den menschlichen und politischen Verwüstungen der Kulturrevolution – allerdings vielfach noch als Kritik an Lin Biao und der „Viererbande" kaschiert.



Ein charakteristisches Beispiel für diese „Narbenliteratur" ist der Kurzroman „Ach!", den Feng Jicai 1979 schrieb, und der ebenso wie Ba Jins „Gedanken" in der von Helmut Martin bei Diederichs herausgegebenen „neuen chinesischen Bibliothek" erschien. Anders als die in historisierenden Parabeln versteckte Kritik, wie sie z. B. Deng Do 1961/62 in seinen „Abendgesprächen am Yenshan" nach der klassischen chinesischen Tradition des „mit der Vergangenheit auf die Gegenwart zielen" an Mao und seiner Politik übte, schildert Feng unverblümt die Tatsachen.

In „Ach!" lernen wir den farblosen Wissenschaftler Wu Zhongyi kennen, der sich in einem historischen Institut mit der Geschichte lokaler Bauernaufstände beschäftigt. In seiner Biographie gibt es allerdings einen dunklen Punkt. Während der „Hundert-Blumen-Kampagne", als Mao die Intellektuellen zur freien Kritik ermunterte, um dann die Kritiker um so härter zu bestrafen, hatte auch Wu unter Freunden den Mund aufgemacht. Doch das war damals nicht bekanntgeworden. Sein Bruder und ein Freund jedoch wurden von den Verfolgungen erfaßt und verbannt.

Beim Ausbruch der Großen Proletarischen Kulturrevolution verliert Wu einen Brief an den Bruder, der ihn vor der Gefahr, daß die Geschichte ans Licht kommen könnte, gewarnt hatte. Und da Wu mit dem Absender seines Institutes geschrieben hatte, fürchtet er, daß der Brief dort abgegeben würde. Also kommt er in der Atmosphäre des permanenten Druckes der Kritik durch eine Selbstanzeige zuvor, die erneut das Leben des Bruders, der Schwägerin, des Freundes, aber auch die eigene Liebesgeschichte zerstört. Der Titel „Ach!" bezieht sich auf die Schlußpointe. Als Wu nach einem halben Jahr Arrest, verbunden mit öffentlicher Kritik, Selbstkritik und vielerlei Demütigungen, nach Hause in seine Wohnung zurückkehrt, entdeckt er den scheinbar verlorenen Brief.

Was Feng Jicai in eine Geschichte kleidet, spricht Ba Jin in seinen Kolumnen offen aus. Er berichtet von den Verfolgungen, die er als „unverbesserlicher Rechter" erleiden mußte. Besonders anrührend sind die Kapitel „In Gedanken bei Xiao Shan", weil er darin schildert, wie seine Frau, nur weil sie seine Frau war, mißhandelt wurde und schließlich an Krebs starb, weil man „Ba Jins stinkender Madame" eine rechtzeitige Behandlung verweigerte.

Ba Jins Bilanz der Kulturrevolution ist nicht frei von Selbstanklagen: „Ich selbst habe die Autorität der ‚Viererbande' anerkannt, gehorsam den Nacken gebeugt und ihnen erlaubt, auf mir herumzutrampeln. Bin ich also mitverantwortlich? Und sind es nicht viele andere auch?" Die Antwort, die beide Bücher geben, ist eindeutig. Es ist die Momentaufnahme einer Tyrannei, die mit psychischem und materiellem Terror jeden Widerstand und jede Menschlichkeit zu unterdrücken verstand.

PETER DITTMAR

Ba Jin: „Gedanken unter der Zeit", 224 S., 26 Mark
Feng Jicai: „Ach!", 142 S., 22 Mark
beide: Diederichs Verlag, Köln.



Sie forderte Freiheit für die Erziehung ihrer Kinder: Elisabeth von Österreich als junge Mutter FOTO: KATALOG

Eine Kaiserin wird besichtigt: Ausstellung über Elisabeth von Österreich in Wien

„Hoch muß ich die Thiere schätzen"

Amüsant ist es auf jeden Fall. Und lehrreich obendrein. Wenn man gemeint hatte, so ziemlich „alles" über Kaiserin Elisabeth von Österreich zu wissen, wird man durch einen Besuch der soeben eröffneten Ausstellung „Elisabeth von Österreich – Einsamkeit, Macht und Freiheit" in der Hermesvilla im Westen von Wien in gelöster Form eines Besseren belehrt. Sie zu erreichen bedarf es eines zwanzigminütigen Spaziergangs im weitgestreckten Lainzer Tiergarten an verstreut untergebrachten Mufflon- und Elchgehegen vorbei, auch das schon ein Vergnügen.

Die Ausstellung in der seinerzeit eigens für die Kaiserin erbauten Villa macht mit einer Fülle von Material bekannt, die durch einen Film mit sämtlichen Darstellerinnen der „Sissy" (recte „Sisi") den Beschauer vor die Frage stellt, ob ihm die Schönheit Romy Schneiders nicht näher steht als die in vielen, wie man erfährt, oft nur im Vorbeihuschen des hohen Modells geschaffenen Porträts der weltberühmten Dame mit ihrer 52-cm-Taille und dem Prachthaar. Wie man weiß, hatte sie einen schweren Stand gegen ihre Schwiegermutter Sophie. Trotzdem überrascht die groß wiedergegebene „Unabhängigkeitserklärung", in der sie strikt Freiheit in der Erziehung ihrer Kinder forderte. Die wurde ihr dann teilweise auch zuteil, was zu Mißstimmung auch in der Ehe führte.

Franz Josef, der Gemahl, ist natürlich in vielen Dokumenten vertreten. Seine Handschrift findet sich unter anderem, dies nur als Beispiel für die enorm ins Detail gehende Exposition, auf einem nicht an ihn gerichteten Brief: „Von mir erbrochen FJ". Ein überaus sorgfältiger Katalog macht mit Wesen und Umgebung der Kaiserin bekannt. Er enthält unter anderem Beiträge Brigitte Hamanns, der Habsburgerspezialistin, und von Professor Polychronis Enepekides, der Kenntnis von Elisabeths Liebe zu Griechenland gibt, die mühsam und konsequent das Neugriechische erlernte, bis sie Werke der Weltliteratur in diese Sprache übersetzen konnte.

Dem Kaiser mißfiel diese Beschäftigung; er nannte einen ihrer Lehrer einen „Langhaxigen" und folgte ihr lieber in politischen Dingen, wobei sie unter anderem den Ausgleich mit Ungarn bewirken konnte.

Ihre Interessen waren überaus weitgespannt, die Totenmaske verrät das mit fast männlichen, durchgeistigten Zügen. Ihr literarisches Idol war Heinrich Heine, dem sie in ihren Gedichten nacheiferte. Ob er aber mit dieser Nachfolge zufrieden gewesen wäre, steht dahin: In einem der vergrößert an die Wand eines Saales gemalten Originalmanuskripte erschreckt schon die Anfangsstrophe: „Hoch muß ich die Thiere schätzen / Weil sie niemals sich ergötzen / An dem schnöden Alcohol / Daher nie vom Saufen toll." Wie man weiß, sind ihre politischen Gedichte, erst vor kurzem an die Öffentlichkeit gekommen, formal auch nicht viel überzeugender, in der Sache dagegen oft aufschlußreich. (Bis 22. März 1987; Katalog 250 öS.)

ERIK G. WICKENBURG

Düsseldorf zeigt Trivialkeramik der Weimarer Zeit

Kandinsky auf der Platte

Sammeln zählt allgemein zu den noblen Passionen. Doch es muß nicht immer Kunst sein; auch wenn ein Kunsthistoriker sammelt. Tilmann Buddensieg zum Beispiel sammelte Trivialkeramik „der Weimarer Republik". Er fand sie auf Floh- und Trödelmärkten. Als er genug beisammen hatte, verkaufte er sie als „Sammlung Buddensieg" dem Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg, das sie – Direktor Bott mag wissen, warum – sogleich als Wanderausstellung ins Ausland schickte. Zwischen Rotterdam und London macht sie jetzt Station im Düsseldorfer Hetjens-Museum, das aus eigenem Besitz einige Stücke beisteuerte.

Um es vorweg zu sagen: Die Düsseldorfer Zutaten sind das Beste der ganzen Ausstellung, zu deren Niveauverbesserung sie als verschwindende Minderheit freilich wenig beitragen können – wohl aber doch einiges zu einer Richtigstellung der Begriffe hinsichtlich des überschwenglich hier beschworenen „Weimarer Zeitstils". Es sind Arbeiten von Otto Lindig, Theodor Bogler, Hedwig Bollhagen, Elisabeth Dörr und Claus Rudolf Barthelmeß. Man hätte auch das schöne Teeservice von Gerhard Marcks dazustellen können – warum eigentlich tat man's nicht? –, das sich im Besitz des Museums befindet und um 1923 in der Bauhaus-Töpferei Dornburg entstanden ist, der Marcks damals *als Formmeister* vorstand. *Von dort nämlich sind seinerzeit* wesentliche Impulse zur Erneuerung der Keramik, auch der Gebrauchskeramik, ausgegangen, nicht von Kandinsky, Klee oder Mondrian.

Die Ausstellung wirbt mit dem Slogan „Kandinsky auf Großmutters Tortenplatten". Es finden sich in der Tat einige Dekors auf den Exponaten, die wie Kandinsky-Imitationen wirken. Aber was sich im übrigen hier ausbreitet auf Kannen, Tellern, Tassen und anderen Geschirrteilen, sollte man, um Unruhe in ihren Gräbern zu vermeiden, lieber nicht so keß mit den Bauhausmeistern und anderen Künstlern der klassischen Moderne in Verbindung bringen. Es sind Zeugnisse einer ganz gewöhnlichen, keineswegs dominanten Zeiterscheinung; um sie zu demonstrieren, hätte ein Dutzend Beispiele genügt. Die Sammlung Buddensieg zählt 450 Einzelteile. In der Masse dargeboten, wirken sie beileibe nicht so „vielfältig, farbenfreudig und heiter", wie man uns suggerieren möchte, eher deprimierend monoton in ihren stereotypen Formen, Farben, Mustern und Techniken, die ohne Frage von der damals zeitgenössischen Kunst vom Kubismus und Konstruktivismus angeregt wurden.

Seit eh und je, auch nachdem sie sich voneinander trennten, haben Kunst und Kunsthandwerk und zutage auch die industrielle Fertigung sich gegenseitig angeregt, Motive, Formen, technische Erfahrungen ausgetauscht. Genauso war's auch in den zwanziger Jahren; Buddensieg nennt das „realistische Teilhabe" an den Avantgardepositionen der großen Kunst der Zeit".

In Wahrheit waren es deren Derivate, und es handelt sich um Übernahmen aus zweiter Hand – um Teilhabe höchstens an einem Modetrend der höheren Preis-Etage, genannt Art Déco. Dort hatte man die Kubisten und Abstrakten schon früher entdeckt und nutzbar gemacht. Modische Textilien mit entsprechenden Mustern wurden in Paris bereits „picassine" genannt. Auch Léger, Delaunay waren neben Kandinsky dekorativ verwendbar. Natürlich machte es, wie zu allen Zeiten üblich, die Trivialkeramik der Salonkeramik nach, bloß billiger und anspruchsloser.

Die Welle verebbte bald; es bedurfte nicht der „brutalen Zerschlagung" durch die Nazis, die so schön ins Klischee paßte. Es setzte sich dank ihrer ästhetischen Überlegenheit eine andere Formgebung durch, für die – auch in dieser Ausstellung – der Name Hermann Gretsch steht, der im Katalog allerdings fast als reaktionärer Wegbereiter und Liebediener des NS-Amtes „Schönheit der Arbeit" denunziert wird. Die Beispiele dieser Formgebung – natürlich auch in der Minderheit – beweisen auch hier ihre ästhetische Überlegenheit, die mit einer praktischen einherging: Sie waren volkstümlich und preiswert. Ihre schlichte „gute Form" ist zeitlos und noch heute beliebt. Auf bizarren Dekor können sie verzichten; sie bestechen durch die makellose Leuchtkraft ihrer zumeist einfarbigen, blauen oder cremefarbenen Engoben.

Den Gesamteindruck dieser seltsamen Ausstellung aber verbessern sie nur unerheblich. Deshalb bleibt zu wünschen, daß in die ausländischen Städte, wo sie gezeigt wird, bald eine ausgewogenere Auswahl der deutschen Keramik der Weimarer Zeit auf die Reise geschickt wird. (Bis 19. Mai; Katalog 29 Mark)

EO PLUNIEN

Ein ZDF-Team suchte in Japan nach den Möglichkeiten der Automatisierung

Szenen wie aus dem Jahre 2100

Am meisten hat mich beeindruckt, wie unterschiedliche gesellschaftliche Schichten auf computergesteuerte Apparate reagieren. Japaner sind – weil sie einer hierarchischen Gesellschaft angehören – offensichtlich prädestiniert, sich in solche Prozesse einzuordnen."

Joachim Bublath, der beim ZDF für Forschung und Technik verantwortliche Redakteur, hat sich während seiner dreiwöchigen Dreharbeiten in Japan davon überzeugt, „daß dort Roboter-Techniken viel schneller und vielleicht auch kritikloser akzeptiert werden als in Europa: Bei einem dieser Automaten drückt man einen Knopf mit der Wurst seiner Wahl. Abgeschneiden und verpacken sind eins, dann kommt die Wurst 'rausgedonnert."

Weil viele diese Innovationen in Japan schnell akzeptieren, glaubt er, daß die Bandbreite in Japan – auf Anwendungen bezogen – größer als in Europa ist. „Bei uns", so Bublath, „wird der Schritt schwerer gemacht, weil es irgendwie alles einen Sinn machen muß. Wissen Sie, die Japaner probieren das einfach aus. Natürlich erleben sie auch eine Menge Flops. Aber einer ihrer Erfolge liegt in der großen Publikumswirksamkeit.

Die Euphorie allerdings, die man noch vor fünf bis sechs Jahren hatte, daß ‚robotics' alles sei, die hat sich gelegt. Wenn man sich mal ansieht, was letzlich als praktikable Anwendung auf diesem Gebiet übriggeblieben ist, dann landet man – fernab jeglicher futuristischen Gebilde – bei den Schweißautomaten."

Bublaths Team ist der Frage nachgegangen, inwieweit es überhaupt

Aus Forschung und Technik – ZDF, 21 Uhr

sinnvoll ist, Menschen mit Hilfe von Maschinen nachzubauen. Wann wird es möglich sein, Abläufe zu simulieren, die bislang dem menschlichen Organismus vorbehalten waren? Bublath: „Antworten auf diese Fragen lassen sich im Fernsehen mit schönen Beispielen darstellen. Man kann so den Leuten ein Gefühl vermitteln, wo es lang geht."



Dem Menschen stets zu Diensten: Roboter FOTO: TELEBUNK

Er beschreibt die Hoffnung, die Natur nachzuahmen, und diese Modell-Maschinen da einzusetzen, wo die Arbeit für den Menschen zu gefährlich ist. Bublath macht aber eine Einschränkung: „Vergleichen Sie's mit der Fliegerei: Den Vogelflug hat man bis ins Detail studiert, man wird sich aber hüten, einen Flügel aus Federn zu bauen. Was man gelernt hat, sind die aerodynamischen Prinzipien."

Japaner besitzen seiner Ansicht nach ein Gefühl für Show-Elemente, die man mit Maschinen erreichen kann: „Es ist lustig, beim Mittagessen in einer vollmechanisierten Kantine zu sitzen. Um Punkt zwölf Uhr ertönt ein Gong, die Rollos gehen wie von Geisterhand hoch und geben die Tabletts mit dem Essen frei. Fernseher mit Nachrichten schalten sich automatisch ein, kurz danach strömen die uniformierten Arbeiter herein. Das sieht alles wie eine Szene im Jahr 2100 aus. Nach der halbstündigen Mahlzeit gehen die Rollos 'runter, die Fernseher schalten ab, der Spuk ist vorbei. So unwirklich das aussieht: Bei den Dreharbeiten haben wir gedacht, daß zumindest das Fernsehen eine Chance hat, in der Zukunft zu überleben." DIETER THIERBACH

STUDIO

Die ARD darf ihr Satellitenprogramm **Eins plus** nennen. Das Landgericht Baden-Baden wies eine Klage von Radio Luxemburg zurück. Das Gericht begründete sein Urteil damit, daß **RTL plus** zu lange mit seinem Antrag gewartet habe. Die Frage, ob RTL plus und Eins plus wegen der Namens-Ähnlichkeit zu verwechseln sind, ließ das Gericht offen. A.K.

*

Der Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks beharrt darauf, sich an **Eins Plus** zu beteiligen. Mit 19 gegen 14 Stimmen nahm er einen Antrag an, der sich kritisch mit den rechtsaufsichtlichen Schritten der Staatsregierung gegen das Satellitenprogramm befaßt. Darin wird das Vorgehen des Kultusministeriums, das die Ausstrahlung verbieten wollte, als in Art und Inhalt „einzigartig in der Geschichte des Münchner Senders" gerügt. Vergeblich hatte die Regierung darauf hingewiesen, daß Eins Plus ohne Staatsvertrag keine gesetzliche Grundlage habe. lz

*

Einen deutschsprachigen Feriensender wird es in diesem Jahr zum ersten Mal **am Lago Maggiore** geben: „Radio Antenne 3" wird vom 14. Juni bis 6. September ganztägig auf UKW 103,7 MHz vor allem Musik, aber auch Nachrichten und Tips senden. H.J.





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Fußball-Europapokal
Halbfinale-Rückspiele
11.55 Umschau
12.10 ZDF Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

15.50 Tagesschau
16.00 Expeditionen ins Tierreich
Aus dem Leben der Krokodile und Rhinozerosse
16.45 Tom Sawyer und Huckleberry Finn
17.10 Fußballschule
17.45 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Pro und Contra
Unter Leitung von Ernst Elitz, der heute Emil Obermann ablöst, stimmen Zuschauer nach Anhörung von Experten und Anwälten über die Frage „Waffenschein für scharfe Hunde" ab.
21.00 Der 7. Sinn
21.03 Mensch Meier
Spiele und Musik mit Alfred Biolek
Gäste: Circus Roncalli, Caterina Valente, Stephanie, Count Basie Band u. a.
Live aus der „Meier"-Halle in Köln-Bocklemünd
22.30 Fußball-Bundesliga: Werder Bremen gegen Borussia Mönchengladbach (Ausschnitte)
22.50 Tagesthemen
23.20 Mascha
Fernsehfilm von Hans-Eberhard Quelle
Mit Eva Ordonez, Rosel Zech, Mathias Fuchs u. a.
Der Film erzählt von den Konflikten und Spannungen eines zehnjährigen Mädchens, dessen Mutter Alkoholikerin ist.
1.05 Tagesschau
1.10 Nachtgedanken

16.00 heute
16.04 Daten-Schatten
9. Folge: Die neue Kommunikation
Methoden der Datensicherung
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Der Stein des Marco Polo
Die Baßlaute
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Der rosarote Panther
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Wanderjahre
Die Ehrbarkeit
19.00 heute
19.30 Show & Co. mit Carlo
Mit Carlo v. Tiedemann
Interpreten: Roger Whittaker, Klaus & Klaus, Camy Todorow, Die Goldene 13, Nicki und Christian Franke
21.00 Aus Forschung und Technik
Maschinenmenschen
Joachim Bublath führt in japanische Forschungslaboratorien. Dort wird versucht, möglichst viele Funktionen des Menschen auf Roboter zu übertragen.
21.45 heute-journal
22.05 5 nach 10
Gehört der Staat den Parteien?
Diskussion über Geld, Filz und Machtmißbrauch
Unter Leitung von K. Bresser und T. Beckert diskutieren G. Gaus, J. Gross, W. Hennis, R. Wassermann, I. Adam-Schwaetzer, H. Geissler, P. Glotz, G. Haefner
Anschl. heute

SAT 1

15.00 Marco
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Drei Engel für Charlie
18.00 Boomer, der Streuner
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
18.45 Aufgeblättert
Mode, Kosmetik und Sommer
19.45 Bundesliga: Werder Bremen gegen Borussia Mönchengladbach
21.55 APF blick
22.40 Lektüre ist angesagt
23.10 High Chaparral
0.00 APF blick



19.00 Nachbar Europa
ARD-Ratgeber: Essen und Trinken
Siebecks Festmenü
19.45 Europa – Deine Weine
3. Sherry
20.00 Tagesschau
20.15 Polizeiinspektion 1
10. Weiberleut
20.40 Die Schraiers
10. Der Stammhalter
21.05 György Ligeti
Zum 60. Geburtstag
Werke von György Ligeti, Alban Berg und Mauricio Kagel
23.05 Der Sündenbock
Englischer Spielfilm (1958)
Mit Alec Guinnes, Bette Davis, Nicole Maurey u. a.
Regie: Robert Hamer
0.35 Nachrichten zum Sendeschluß

3SAT

18.00 Mini-ZiB
18.10 Sport-Zeit
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Derrick
Der Tod sucht Abonnenten
Von Herbert Reinecker
20.30 Rundschau
Politik und Wirtschaft – aus Schweizer Sicht
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Fieber im Blut
Amerikanischer Spielfilm (1961)
Der Ölbaron Ace Stamper ist gegen die Hochzeit seines Sohnes Bud mit der hübschen Deannie
23.45 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.35 Komm doch mal in die Küche
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Knight Rider
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Hände hoch, old boy!
Amerikanischer Spielfilm (1949)
21.05 Zeichentrick
21.10 Hände hoch, old boy (2)
21.35 RTL-Spiel
21.43 Blick in die Welt
Heute vor 30 Jahren
21.55 Neu im Kino – Action
22.15 Jeanny – ab heute verboten?
Heute entscheidet die „Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften" über Falcos Jeanny
23.02 Wetter / Horoskop / Betthupferl

KRITIK

Rote Fahnen im Tempel

Die leidvolle Geschichte der Kambodschaner in den siebziger Jahren ist den meisten kaum mehr gegenwärtig. Insofern ist es ein Verdienst, das Manfred Rohde mit seiner ZDF-Reportage den Alltag in diesem südostasiatischen Land vorführte: **Das Lächeln kehrt wieder.**

Er war einer der wenigen, der mit seinem Team in diesem für westliche Journalisten abgeschotteten Raum filmen durfte. Rohde beschönigte nichts. Seine Texte waren einprägsam. Die Kamera bemühte sich ohne Schnörkel den Alltag einzufangen: Szenen aus der Hauptstadt Phnom Penh, das rege Treiben am Hafen des Sees Donlesap, der mit der Lebensader Kambodschas, dem Mekong, verbunden ist.

Bauern, Soldaten, Marktfrauen und die kommunistischen Funktionäre, sie alle bildeten den Rahmen für eine Reportage, die aus Anlaß der siebenjährigen Befreiung „vom blutigen Joch Pol Pots" gedacht war, jenes Massenmörders, der in der Geschichte des Kommunismus eine besonders grausig herausragende Figur ist. Bilder einer Schädelstätte von mehr als 8000 Toten unterstreichen dies. 140 000 vietnamesische Soldaten stehen im Land. Gegen Pol Pot sind sie gewiß das kleinere Übel. Doch wird dieses Land mit der großen buddhistischen Vergangenheit eine Zukunft im Kommunismus haben? Von Freiheit redet niemand mehr.

Rohdes Reportage endete vor den Tempeln von Angkor Wat, dem gewaltigsten buddhistischen Denkmal Südostasiens. Soldaten und rote Fahnen auch hier. Schade, daß Rohde es versäumte, eine Karte seiner Strecke einzublenden und daß er der großen Geschichte dieses kleinen Volkes zu wenig Raum gab. Nur von ihren Wurzeln her kann wohl einst das Lächeln wiederkehren. SIEGFRIED IHLE

Schnitzler ja, SAT-1 nein

Es ist kurzsichtig, aus rein finanziellen Gründen langjährige Freunde zu verprellen." So kritisierte Bürgermeister Klaus Wedemeier die Entscheidung Werder Bremens, die Spiele gegen Mönchengladbach und München an SAT-1 zu verkaufen. Die langjährigen Freunde – damit meinte er die Fans, die das Spiel nun nicht im Fernsehen verfolgen können, weil SAT-1 in Bremen nicht ins Kabelnetz eingespeist wird. Doch ist Werder daran Schuld?

Im Land Bremen sind bisher etwa 40 000 Wohnungen verkabelt. Diese Haushalte – meist Ein- oder Zweifamilienhäuser – können ARD, ZDF, Nord-III, West III, das Regionalprogramm NDR-Niedersachsen, 3SAT und beide „DDR"-Programme empfangen; Eins Plus aus technischen Gründen nicht – das private SAT-1 aus politischen. Denn das Bremer Medien-Vorschaltgesetz vom August 1985 verbietet die Ausstrahlung von Werbung am Sonntag, auf die SAT-1 nicht verzichten zu können glaubt, was der Bürgerschaft im Sommer letzten Jahres bekannt war. Doch sie beschloß eine Regelung, die dem „DDR"-Fernsehen und seiner Schnitzler-Propaganda wohlgesonnener ist als den privaten Anbietern.

Der Bürgermeister, so meldet der Sport-Informationsdienst, sei ungehalten darüber, daß sich „der traditionell SPD-nahe Klub Werder zu einem solchen Handel hinreißen ließ". Bedeutet dies, daß sich SPD-Nähe und Verträge mit dem Privatfernsehen ausschließen? Dann ist es doch wohl nicht die Sonntags-Werbung, die die SPD am Privatfernsehen stört, dann ist es das System, das nicht paßt.

Abgesehen davon, daß zu den Zeiten des öffentlich-rechtlichen Monopols nie ein Bundesliga-Spiel direkt übertragen wurde, können viele zu Freunden nach Niedersachsen ausweichen, wo SAT-1 empfangen werden kann. Außerdem gibt es die Möglichkeit, für zwei Mark in der Bremer Stadthalle das Spiel gegen Mönchengladbach auf einer Leinwand live zu verfolgen. Auch das gab es noch nie in Bremen. da

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Playtime
Französischer Spielfilm (1965)
22.10 Madame Gigi
22.40 Kulturszene
Lilalo – jiddisches Kabarett, Jugendästhetik im 20. Jahrhundert
23.25 Kino '86
Jacques Tati, Filmbücher
0.10 Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Die Fischer von Kerala
19.00 Musik für uns – Musik für Euch
19.15 Die Erde lebt (2)
20.00 Tagesschau
20.15 Vermißt
Amerikanischer Spielfilm (1981)
22.15 Berliner Ansichten
23.05 Unterm Funkturm
0.35 Nachrichten

HESSEN
18.30 Hessen Drei heute
18.33 Sammler und Gesammeltes
19.05 Rund ums Zwiebelmuster
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Zoff für zwei
Amerikanischer Spielfilm (1967)
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.15 Halluzinationen?
23.05 Frankfurter Poetikvorlesungen

SÜDWEST
18.58 Schlagzeilen
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.26 Sandmännchen
19.30 Trokadero
Deutscher Spielfilm (1980)
21.00 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg:
21.45 Unruhestand
22.30 Gehen oder Bleiben
23.15 Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.45 Der Ameisenschützer
22.30 Landesspiegel
Nur für das Saarland:
21.45 Der Saargau (2)
Grenzlandschaft – ein Stück meines Lebens
22.25 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Die Feuerzangenbowle
20.35 Zwölf Minuten in Babelsberg
20.45 Botschaft der Bilder
21.15 Die Frühjahrssynode
21.30 Rundschau
21.45 Sperrfrist
22.30 Z. E. N.
22.35 Im Gespräch
23.20 Rundschau
23.25 Eine Frau ist eine Frau
Französischer Spielfilm (1961)

Rekord ohne Zeigefinger

P. Jo. – Das meistverkaufte Buch der Welt (abgesehen von der Bibel) ist das Guinness-Buch der *Rekorde*. 51 Millionen Exemplare wurden davon seit 1955 unter die Leute gebracht. Und damit man sich das recht vorstellen kann, faltet sich in dem Buch, das uns diesen Rekord mitteilt, eine Pyramide auf, die von Wolken umspielt und auf halber Höhe von einem Bergsteiger erkraxelt wird. Es ist wiederum ein Guinness-Buch, das uns das mitteilt, „Das Guinness Pop-up Buch der Rekorde" aus dem Ullstein-Verlag.

Diese Auf- und Ausklapp-Bücher, bei denen sich alle möglichen Dinge aus den Seiten erheben oder in denen ein Pfeil andeutet, in welcher *Richtung* man an einer *Lasche* ziehen muß, um etwas in dem Buch in Bewegung zu setzen, sind in jüngster Zeit wieder in Mode gekommen. Und nun werden uns auf diese Weise ein paar schöne Rekorde vor Augen geführt.

Da schrumpft der kugelrunde Mr. Cobb aus Georgia zum Hänfling, auf daß wir nachfühlen können, was es heißt, in drei Jahren den Taillenumfang von 256 cm auf 112 cm und das Gewicht von 364 kg auf 105 kg zu reduzieren. Wir lernen auch Monsieur Michel kennen, der zehn Fahrräder, sieben Fernsehgeräte, sechs Kronleuchter, einen Supermarkt-Einkaufswagen verspeiste, und dem, wenn wir dem Pfeil gehorchen, nun ein Kleinflugzeug serviert wird.

Einen Rekord für das Genre Pop-up-Buch hat der Verlag trotzdem nicht aufgestellt. Vier Doppelseiten sind selbst für diese Art noch ein bescheidener Umfang. Und wenn als Novität sich hier auch ein Basketballer erhebt, um einen papierplatten „Ball" in einen Korb zu schnippen, so haben sich andere Papier- und Faltspezialisten mit Flugzeugen, Schiffen, Gespensterhäusern u. ä. doch viel kompliziertere Dinge einfallen lassen.

Aber wir wollen das Buch nicht schmähen. Denn immerhin hat es unser kindliches Gemüt ein halbes Stündchen amüsiert, ohne jegliche gesellschaftliche Relevanz – und das ist auf einem Buchmarkt, der die Zeigefingerbelehrung liebt, auch schon fast ein Rekord.

Internationaler Kongreß für Moraltheologie in Rom

Des Menschen Wahrheit

Im Bereich der Theologie ist es heute vor allem die Moraltheologie, die sich größten Herausforderungen durch die Probleme des heutigen Menschen gegenübergestellt sieht. Immer mehr setzte sich die Forderung nach einer wahren Konvergenz von Ethik und Anthropologie durch. Es ist die Wahrheit des Menschen und über den Menschen selbst, die sittliches Handeln fordert und begründet.

Das wurde beim Internationalen Kongreß für Moraltheologie deutlich, zu dem in Rom 300 Teilnehmer aus 31 Ländern zusammenkamen. Moraltheologen, Ethiker, Philosophen, Humanwissenschaftler, Mediziner und Experten für die Lebensbereiche Familie und Ehe diskutierten an sechs Tagen jene Fragen, gemäß denen die letzten Wahrheiten über den *Menschen auch die letzten entscheidenden* Gründe für das ethische Handeln und Leben des Menschen sind. Die bloße Autonomie des handelnden Menschen, die bloße Inanspruchnahme einer Freiheit ohne Rücksicht auf die theologische und metaphysische Wahrheit des Menschen wurde bewußter als jener Weg erkannt, der heute wohl weithin als der gängige und plausible gilt.

Die Themen des Kongresses bewegten sich von der entscheidenden Frage der Begründung der Moral bis hin zu sehr konkreten und neuen Problemen der Gegenwart, in denen die ethische Dimension besonders bewußt zu erarbeiten ist. Dabei ging es immer wieder um die Frage nach der Wahrheit des Menschen. Der Mensch als von Gott geschaffene Person läßt sich mit keinem anderen Ding vergleichen; der Mensch beansprucht eine moralische Ursprünglichkeit, die auf den Schöpfer selbst verweist; der Mensch bedarf der unveränderlichen Werte und Normen zur wahren Verwirklichung seines Menschseins und stellt sich radikal gegen die totale „Machbarkeit" moralischer Normen.

Johannes Paul II. sagte in seiner Ansprache an die Teilnehmer, die Ethik müsse sich immer mehr in einem wahren *Menschenbild* (Anthropologie) begründen; das Menschenbild wiederum braucht eine Metaphysik der Schöpfung zu seiner Begründung. Die Grundlegung der Ethik in der Wahrheit und Würde des Menschen bewahrt davor, Gut und Böse zu relativieren oder auf anderes zurückzuführen; verbunden mit der Wahrheit und Würde des Menschen sind Gut und Böse nicht mehr der bloßen „Situation" oder einem geschichtlichen Relativismus unterworfen; das ethische Handeln des Menschen ist das Handeln der Person, die wiederum in ihrem Sein und in ihrem Handeln von der Wahrheit ihres besonderen Geschaffenseins durch Gott bestimmt ist. Die vollkommene Wahrheit des Menschen ist für Johannes Paul II. schließlich im Erlöser Jesus Christus verwirklicht.

Mit größtem Nachdruck wurde von vielen Teilnehmern gefordert, jenen unheilvollen Dissens innerhalb der Kirche in Fragen der Moral zu beenden, jener Dissens, der der Kirche eine Art „Neben-Lehramt" von gewissen Theologen eingebracht hat. Dieser Forderung nach einer wirklichen Einheit der Lehre in Fragen der Moral pflichtete auch der Papst bei, als er von einer wahren und eigenen Kompetenz des kirchlichen Lehramtes in Fragen der Moral sprach und das Grundrecht der Gläubigen betonte, nicht persönliche Sondermeinungen von Theologen, sondern die wahre Morallehre der Kirche zu erhalten. Die Liebe zum Irrenden darf keinen Kompromiß mit dem Irrtum bedeuten; der Irrtum muß erkannt und auch benannt werden.

In der neueren Geschichte der Moraltheologie wird dieser Kongreß jener Neubeginn sein, der Wissenschaftler zu Wort gebracht hat, die sich der Einheit mit dem Lehramt des Papstes und der Kirche und der besonderen Wahrheit und Würde der menschlichen Person verpflichtet haben.

KURT KRENN

Kurt Krenn lehrt in Regensburg Theologie. Er gilt aus aussichtsreicher Nachfolger für Kardinal König als neuer Erzbischof von Wien.

Del Monaco inszeniert Verdis „Rigoletto" in Essen

Underdog der Garnison

Eine Woche vor der Bonner „Carmen"-Premiere hatten der Regisseur Giancarlo del Monaco und sein Ausstatter Michael Scott schon in Essen zugeschlagen: mit Verdis „Rigoletto", dem Vernehmen nach gut vorgeprobt, so daß die Terminüberschneidungen zwischen beiden Häusern sich *in Grenzen hielten*. Wie bei der „Carmen", die im Spanien Francos spielt, setzen del Monaco und Scott auch bei ihrem „Rigoletto" auf einen gewaltigen Zeitsprung.

Dabei fängt alles an wie gehabt: mit einem Maskenfest der Renaissance. Doch bald, wenn der Graf Monterone die ausschweifende Hofgesellschaft ob ihres Lebenswandels verflucht, dann fallen die Kulissen in sich zusammen, die Akteure *ziehen* ihre Ballkostüme aus und stehen in Uniformen des 19. Jahrhunderts da. Es war eben nur ein Maskenball à la Renaissance, der da gefeiert wurde.

Del *Monacos Überlegungen* sind leicht nachzuvollziehen: Verdi war viel zu sehr an den politischen und sozialen Umständen des Risorgimento interessiert, um eine jahrhundertealte Geschichte *ohne* Bezug zu seiner Gegenwart nachzuerzählen. Gerade beim „Rigoletto" hat er den Zugriff der Zensur durch die österreichischen Besatzer wieder deutlich gespürt: *Er mußte* aus König Franz I. von Frankreich, der Hauptfigur in Victor Hugos Schauspiel „Le Roi s'amuse", fürs italienische Opernlibretto einen namenlosen Herzog von *Mantua* machen, weil ein gekröntes Haupt nicht als Unhold auftreten durfte auf einer Bühne des Habsburgerreichs. Das treffende Bild findet Michael Scott dafür im zweiten Akt: ein ins Riesige vergrößerter, vergoldeter Kinderstuhl, nur mit einer Leiter zu besteigen, läßt den Thron zum Popanz werden.

Aber wenn nun die schurkischen Hofschranzen die österreichischen Besatzer sind, wer ist dann ihr Opfer Rigoletto? Wenn er der unterdrückte Italiener ist, wie kommt er mitten unter *sie*, wieso trägt er dieselbe Uniform? Del Monaco hat seine Ideen nicht zu Ende gedacht.

Daß aus Rigoletto eine Art Woyzeck wird, gleichsam der Underdog der Garnison, eröffnet ein paar interessante Perspektiven. Die Scheinwelt, die er um die Tochter herum bauen will, seine unaufrichtige Beziehung zum Hof, sein selbstzerstörerischer Racheakt lassen sich daraus begründen. Aber auch hier wieder die für del Monaco typische Verkürzung von menschlichen Aspekten aufs Soziale und Politische, mit der er Verdi, diesem grandiosen Schilderer von Menschenschicksal, nicht ganz gerecht wird. Verdi hat den „Rigoletto" so wenig mit politischen Hintergedanken komponiert wie Victor Hugo sein Drama über den Hofnarren Triboulet mit Seitenblicken aufs italienische Risorgimento geschrieben haben dürfte. Es hat eben in der Oper schon Zeiten gegeben, als weniger politische denn humanistische Anliegen im Vordergrund standen.

Hörenswert ist die Essener Aufführung vor allem dank Karoly Szilagyi in der Titelpartie: eine weiche, schöne timbrierte Baritonstimme mit feinsten Gesangsmanieren. Aber auch *Antonius Nicolescus Tenor* bleibt dem Herzog nichts schuldig.

REINHARD BEUTH

Weitere Aufführungen: 16., 22. und 30.4.; Karteninformationen: 0201 / 88 46 46

Auf dem „Traumschiff" der Ufa fuhren sie 1. Klasse: Erinnerung an Martha Eggerth und Jan Kiepura

Das Paar mit Paprika und Polonaise

Die Welt hat offenbar keine Zeit mehr für den holden Schwachsinn, der in den Filmoperetten der dreißiger Jahre herabtroff von der singenden, klingenden Leinwand. So wünschte man sich aber gerade den frischgebackenen Tonfilm: musikselig, gefühlvoll, schwerelos. Vergleichbares Wunschdenken führt heutzutage schnurstracks zum „Traumschiff" und zur „Schwarzwaldklinik" des Fernsehens. Das Traumschiff von damals aber hieß Filmoperette, und mit leichtem Sopran kommandierte es Martha Eggerth. Sie sang sich vielsprachig Europa ins Herz.

Sie drehte in England und Frankreich, in Italien, Österreich, Deutschland, Amerika. Ihre Filme kamen in fremdsprachigen Versionen heraus, für einen unersättlichen internationalen Markt produziert. In einem einzigen Jahr (1932) kurbelte man mit ihr in der Hauptrolle „Das Blau vom *Himmel*", „*Der Frauendiplomat*", „Ein Lied, ein Kuß, ein Mädel", „Es war einmal ein Walzer", „Kaiserwalzer", „Moderne Mitgift", „Traum von Schönbrunn" – und in England noch dazu „Where is the Lady?"

Dabei war es ganz einfach, diese Frage zu beantworten: Martha Eggerth war im Studio, stand vor der Kamera und bereitete sich auf ihren Großerfolg vor, mit dem sie das Unglücksjahr 1933 beschenkte. *Er hieß* „*Leise* flehen meine Lieder". Aber dieses Flehen, so kassenträchtig es war, fand kein Gehör bei der Politik. Ein paar Jahre später sah Martha Eggerth sich im Exil.

Sie ging nicht allein. 1936 hatte sie Jan Kiepura geheiratet, den polnischen Operntenor, der in puncto Schlankheit beinahe allen Kollegen voraus war und künstlerisch nicht *hinter allzu vielen* zurückstand. Kiepura sah blendend aus, wie ein junger de Sica aus dem Osten, und sang mit allen Opernitalienern seines Fachs um die Wette. Zwischen der Scala in Mailand und der Metropolitan in New York gab es kaum ein Opernhaus von Bedeutung, das ihn nicht mit Kußhand engagiert hätte. Er war ein Star, und das war die Eggerth auch. Also heirateten sie.

Sie wurden ein Paar, dem man gern zuhörte und genauso gern zusah. Beide verstanden ihr Metier. Er verkaufte seinen jungenhaften Charme, mit Spitzentönen garniert, ein Herzensbrecher und Schwerenöter wie im leichteren Singfach Maurice Chevalier. Sie besaß die blonde Innigkeit des Wiener Mädels, obwohl sie von



Sie bildeten das Weltklassepaar der musikalischen Unterhaltung: Martha Eggerth und Jan Kiepura FOTO: KEYSTONE

Geburt Ungarin war und daher im Grunde zu Rasse und Paprika zwangsverpflichtet.

Natürlich verfügte sie nicht annähernd über das Stimmvolumen Kiepuras. Aber sie sang mit frischer, pfleglich behandelter, sicher geführter Stimme. Sonst hätte sie sich im alten Budapest auch gar nicht vor das Operettenpublikum wagen können. Gemeinsam mit Kiepura bildeten sie ein Weltklassepaar der musikalischen Unterhaltung, vergleichbar wohl nur Jeannette MacDonald und Nelson Eddy. Es war nun einmal die Maienzeit des Singe-und-Küsse-Films. Nur *Mund auf Mund kam er zeitweilig* zum verstummen. Dann seufzte das Publikum sehr.

Das Fernsehen fand noch in den Kinos statt und nicht daheim vor Sofa und Sessel. Die Kinopaläste lockten, aber sie wollten gefüttert sein. Die Kopplung Eggerth/Kiepura schien jedermann großartiges Futter, zumindest wenn *ihm* der Sinn nach dem schönen Tralala stand. Auffällig durch Kunst wurden in holdem Verein Eggerth/Kiepura nicht. Ihr Können genügte dem Publikum – und ihnen wohl auch.

Der Krieg drängte herauf, diese drôle de guerre, der zunächst Österreich zum Opfer fiel, die Tschechoslowakei – und alsbald Kiepuras Polen, gleich im ersten Waffengang der anrollenden Vernichtung des Kontinents. Eggerth und Kiepura retteten sich nach Amerika.

Doch so schmal sie auch waren, den Gürtel galt es nun enger zu *schnallen. Man lachte und dachte in* der Neuen Welt der Unterhaltung eben doch anders als daheim auf dem Kontinent.

„Higher and Higher", wie Rodgers' Musical-Titel Martha Eggerth versprach, ging es durchaus nicht hinauf. Das Musical wurde ein Flop. Ein dressierter Seelöwe stahl – Richard Rodgers' Worten zufolge – der Diva die Show. Rettung brachte die „Lustige Witwe". Eggerth und Kiepura wurden zum Operettenserien-Traumpaar New Yorks.

Als Hanna Glawari, die Millionenerbin, als Danilo, Schwerenöter im diplomatischen Dienst, kehrten sie nach Deutschland zurück. Aber die große Zeit der Operette war längst dahin. Sie war untergegangen mit den diversen Reichen und Kriegen. Das junge Publikum war ihr auf den Schlachtfeldern weggestorben.

Die neuen Sorgen trösteten die alten Schlager nicht mehr. Die Operette war aus der Mode gekommen, aber sie krallte sich immer wieder tapfer den Spielplänen ein. Nur ist Tapferkeit gerade das, was man sich am wenigsten von einer Operette erträumt.

Die „Lustige Witwe" drehte weiter ihre Runden und gewann Eggerth *und Kiepura* alten Applaus. Aber der Charme war nun zäh geworden, die Leichtigkeit von einst trug plötzlich Blei in den Taschen; die Stimmen, die zu betören verstanden hatten, verschlissen sich in der vokalen Alltagsfron der Ensuite-Auftritte. Heimlich, aber gnadenlos ging der Geist Federico Fellinis um. Ginger und Fred. Martha und Jan.

„*Man* schlägt sich nur dann auf die *Seite des* Lebens, *wenn man* – mit ganzem Herzen – eine Banalität sagt." „Oder singt" – müßte man das Dekret C. M. Ciorans wohl ergänzen. Eggerth und Kiepura hatten das fleißig und mit großer Begabung getan, aber dennoch war ihnen das Leben irgendwie fortgelaufen. Ihre singende, klingende Welt hatte sich nicht regeneriert. Das Genre, in dem sie brilliert hatten wie wenige neben ihnen, war ins künstlerische Abseits geraten – und sie mit ihm. Das war schmerzlich.

Denn natürlich wollte man das Paar freudig empfangen, ihnen danken für die Wiederkehr nach der Vertreibung, sich rühren lassen aufs neue. Aber all das funktionierte nicht mehr so recht. Das war deprimierend für beide Seiten, diesseits wie jenseits der Rampe.

Kiepura starb vor zwanzig Jahren. *Doch zum* Lustige-Witwe-Dasein ohne ihn fühlte sich Martha Eggerth nicht aufgelegt. Nicht länger ging's zu Maxim's. Hanna blieb ihrem Danilo über den Tod hinaus treu. Die Eggerth, der singende Sonnenschein, der so viele Herzen erwärmte, wird heute 73, 74, 75, 76, 77....(Zutreffendes bitte ankreuzen).

KLAUS GEITEL

Los Angeles im Visier: Dornhelms Film „Echo-Park"

Pizza mit Reizwäsche

Das ganze sei, so erläuterte der österreichische Regisseur Robert Dornhelm seinen Film „Echo-Park", natürlich nur eine Skizze, ein Aquarell. Zu einem Ölgemälde vom Glanz und vor allen Dingen Elend des Glitzerdings Los Angeles werde er sich vielleicht später einmal aufraffen. Ob ihm das dann so gut gelingen wird, wie diese Geschichte von drei Menschen und einem Kind in einem ärmlichen Winkel der Film-, Fernseh- und Reklamestadt, in der die meisten nur nach den Krümeln schnappen, die von dem Kuchen der Erfolgreicheren zu Boden fallen, das steht *noch dahin*.

Obwohl man recht deutlich spüren kann, daß „Echo-Park" von einem ziemlich schmalen Budget bestritten worden ist, wirkt er doch in manchen Punkten sehr gut komponiert. Man nehme zum Beispiel Anfang und Schluß des Films: Ein rundlicher österreichischer Metzgermeister strebt mit einem frisch eingehandelten Rind am Halfter nach Hause – und gleich darauf sieht man seinen Sohn August Reitzenstein auf seiner Lagerstatt in Hollywood aus einem Alptraum mit dem Aufschrei aufschrecken: „Vater, was machst Du hier in Amerika?"

Gegen Ende wird dieser Aufschrei dann Wirklichkeit: man hat den Vater daheim verständigt, daß er seinen Muskelprotz von Sohn mit einer Kaution von den Folgen unüberlegter Handgreiflichkeiten bewahren soll, und er hat sich tatsächlich aufgemacht und ihn nach langen Irrfahrten durch Elendsquartiere auch gefunden.

Dann wird eine fröhliche Schlußapotheose daraus. Die kleine Barkellnerin tanzt mit dem athletischen Flurnachbarn und ihrem platonisch verliebten Untermieter über eine Almwiese. Sie sehnt sich – ihre Darstellerin Susan Dey hat es in der Serie „The Partridge Family" schon geschafft – nach einer richtigen Rolle im Film und muß sich mit der Ausgabe eines stripteasenden und singenden Telegrammboten begnügen.

Tom Hulce, den wir alle als den *frechen kleinen Amadeus kennen, ist* ein nicht sonderlich erfolgreicher Songschreiber, der im Hauptberuf Pizzas ausfährt, *in* einem wackligen, *mit* einer *riesigen* Pizzascheibe aus Pappmaché gekrönten Lieferwagen. In seiner Liebesnot schickt er sich selbst solch ein entblätterndes Glückwunschtelegramm, womit er bei seiner Angebeteten sehr schlecht ankommt.

Der Schwarzenegger-Imitator bringt keineswegs ein Gerät für die magische Übertragung seiner Kräfte zustande, darf statt dessen aber für einen wundersamen Wikingbalsam mit seiner athletischen Figur auf der *Mattscheibe* werben. *Und* die süße kleine Kellnerin mit dem ledigen Kind kriegt schließlich doch eine Rolle in einem Fernsehspot – als singender und strippender Telegrammbote für Reizwäsche.

HELLMUT JAESRICH

Wundersame Wirkung des Wikingbalsams: Szene aus „Echo-Park" mit Michael Bowen als August FOTO: FUTURA FILM

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Politische Meinung

Wacker für die Wende

In der gleichen Nummer 224 der Zweimonatshefte für Fragen der Zeit, „Die politische Meinung" (Postfach 200 521, 5300 Bonn 2), die das Ableben des Chefredakteurs Ludolf *Herrmann* bekanntgibt, findet sich ein letzter Leitartikel dieses so gebildeten und aufgeschlossenen Publizisten. Seine letzten, optimistischen Worte seien im Gedenken an Herrmann zitiert: „Die politisch vibrierende Kultur der sechziger und siebziger Jahre zeichnete sich durch gedankliche Engführung und mancherlei geistige Prüderie aus. Da werden jetzt Tore aufgestoßen, da kommt jetzt frischer Wind ins Land. Ob Vokabeln wie Postmoderne oder neue Unübersichtlichkeit oder Verteidigung des Mythos gewählt werden, ist nur ein Zeichen für die Reichhaltigkeit der neuen Spiritualität. Wer die Wende vermißt, hat die Kultur nicht im Auge. Hier ereignete sie sich längst, und sie ereignet sich mit einer Kraft, die zu guten Hoffnungen ermutigt."

Seit Herrmann 1979 die Chefredaktion der „Politischen Meinung" übernahm, hält sich die Zeitschrift mit Vorliebe an der Schnittstelle von Politik und Kultur auf. Diese Verzahnung findet sich auch in Herrmanns Lebensweg. Der Journalist, aus der katholischen Studentenbewegung kommend, wurde 1968 Leiter des Büros des Generalsekretärs der CDU. 1971 ging er zur „Deutschen Zeitung/ Christ und Welt", deren letzter Chefredakteur er wurde. Das Wirtschaftsmagazin „Capital" war Herrmanns abschließende berufliche Station.

Das letzte von ihm zusammengestellte Heft schneidet in den Hauptaufsätzen (von Konrad Adam, Max A. Höfer und Werner Ross) eine typisch Herrmannsche Thematik an: die Konservativen und die Intellektuellen. Wenn der PEN-Präsident Gregor-Dellin bemerkte, daß die Kluft zwischen Regierungspolitikern und Intellektuellen nicht größer sein könne als derzeit, dann führen die Autoren des Heftes das nicht auf „Pinscher"- und „Schmeißfliegen"-Mißverständnisse zurück. Die Intellektuellen in den Medien-, Lehr- und zunehmend Predigtberufen, „die den Sinn des Lebens darin sehen, andere über den Sinn des Lebens zu belehren" (Adam), bilden nach wie vor einen „linken Überzeugungsblock" (Ross).

Für den christlichen Konservativen, den „die Bereitschaft, menschliches Handeln einer anderen, außermenschlichen Instanz zu unterstellen", charakterisiere, stehe auf dem Platz, auf dem sich die Intellektuellen am wohlsten fühlen, schon ein anderer (*wie immer genannt*). *Es* gebe, meint Adam weiter, für eine christliche Partei zwei Wege, um die unvermeidliche Konkurrenz mit den Intellektuellen zu bestehen. Sie könne sich anpassen, dieselben Grundwerte wie die anderen vertreten, den sozialen Fetisch hochhalten, den Pluralismus als Synonym für opportunistisches Verhalten schätzen und sich notfalls mit Poppers so schön folgenlosem Kritischem Rationalismus schmücken. Oder sie könne, statt dem Zeitgeist immer nur zu folgen, ihn zu prägen versuchen und geistige und moralische Führung beweisen. Auf Kohl gehe ein „höchst verquerer dritter Weg" zurück: „Man redete zwar von geistig-moralischer Führung, unternahm jedoch wenig, was diesem Anspruch hätte genügen können." *Der linke* Überzeugungsblock sei heute ebenso dominierend wie anachronistisch. „Geistig hat diese Familie nichts mehr mitzuteilen, nur, man zweifle nicht an ihrem Familiensinn" (Ross). Es bedürfe sehr vieler Geduld, sehr vieler Intelligenz, sehr nachhaltiger Talentpflege und sehr geschickter Personalpolitik, um die Herrschaft dieser Kaste zu brechen.

CASPAR v. SCHRENCK-NOTZING

KULTURNOTIZEN

Amateurfiguren-Theater *ist vom* 24. bis 27. April in Bochum zu sehen. 17 freie Gruppen bewerben sich um den „Fritz-Wortelmann-Preis".

Die Prunkräume des Winterpalais von Prinz Eugen, in dem heute das österreichische Finanzministerium untergebracht ist, können vom 22. April bis 4. Mai besichtigt werden.

Die Philharmonia Hungarica startet am 14. April zu ihrer zweiten diesjährigen Amerika-Tournee.

Jazzpianisten aus Rumänien und der Sowjetunion sind in Stuttgart am 30. April und am 4. Mai zu hören.

Prof. Klaus Zernack *hat offiziell* das Amt des Vorsitzenden der Historischen Kommission zu Berlin übernommen.

„Ostdeutsche Postgeschichte" heißt eine Briefmarkenausstellung, die das Düsseldorfer „Haus des deutschen Ostens" am 26. und 27. April zeigt.

Der ungarische Schauspieler und Regisseur Tamas Major ist im Alter von 85 Jahren in Budapest gestorben. Major gehörte seit 1931 dem Ensemble des Ungarischen Nationaltheaters an.

JOURNAL

Nominierungen für den Deutschen Filmpreis

dpa, **Bonn**

Margarethe von Trottas Film „*Rosa Luxemburg*" *gehört zu den* acht Produktionen, die für den Deutschen Filmpreis 1986 nominiert worden sind. Die Hauptdarstellerin Barbara Sukowa erhält ein Filmband in Gold für eine hervorragende Einzelleistung. Außerdem nominiert: „Der Angriff der Gegenwart auf die übrige Zeit" von Alexander Kluge, „Daheim sterben die Leut'" (Regie Klaus Gietinger, Leo *Hiemer*), „*Goethe in D.*" (*Manfred* Vosz), „Heidenlöcher" (Wolfram Paulus), „Männer" (Doris Dörrie), „Versteckt" (Anthony Page), „Zuckerbaby" (Percy Adlon). Die Nominierung ist jeweils mit einer Prämie von 200 000 Mark verbunden.

Schauspielhaus mit „offener Tür"

dpa, **Düsseldorf**

Volker Canaris, neuer Generalintendant des Düsseldorfer Schauspielhauses, will den Beginn seiner Arbeit zur Spielzeiteröffnung mit einem Schauspieltreff zur Feier des *40jährigen Bestehens der Bühne* am 20. September festlich in Form einer Aktion „Haus der offenen Tür" begehen. Tags darauf wird im Großen Haus die neue Ära mit der deutschen Erstaufführung des Parabelstücks „Red Noses" des englischen Autors Peter Barnes begonnen. Es führt ins 14. Jahrhundert, die Zeit der großen Pest zurück, wurde im vergangenen Sommer mit großem Erfolg in London uraufgeführt und ist von Thomas Brasch übertragen worden.

Grieg-Manuskripte nach Norwegen zurück

SAD, New York

Originalmanuskripte des norwegischen Komponisten Edvard Grieg, darunter 29 Kompositionen und 371 Briefe, die in Norwegen lange Zeit als verschollen galten, sind jetzt von einem New Yorker Musikverlag an Norwegen zurückgegeben worden. Die Manuskripte, darunter Griegs Entwurf der Peer-Gynt-Suite, wurden von der New Yorker C.F. Peters Corp. für 615 000 Dollar an den norwegischen Staat verkauft. Die Sammlung soll in Griegs Heimatstadt Bergen aufbewahrt werden.

Neoimpressionisten im Jeu de Paume

AFP, Paris

Die Bilder der Neoimpressionisten und der sogenannten „Nabis-Gruppe" (Cross, Seurat, Signac, Vallotton, Maillol), die bisher im städtischen Pariser Museum für moderne Kunst ausgestellt waren, sind jetzt ins Musée du Jeu de Paume an der Place de la Concorde ausgesiedelt worden. Sie werden dort bis zur Eröffnung des neuen Museums des 19. Jahrhunderts im *ehemaligen Orsay-Bahnhof* am 2. Dezember gezeigt.

Deutsch-britisches Gemeinschaftsprojekt

dpa, **Bochum**

Mit knapp 350 000 Mark unterstützt die Stiftung Volkswagenwerk ein deutsch-britisches Gemeinschaftsprojekt an den Universitäten von Bochum und Warwick mit dem Thema „Städtischer Wiederaufbau und sozialer Wandel nach dem Zweiten Weltkrieg: Bochum und Coventry 1945–1960". Beide Städte waren nach dem Krieg stark zerstört und standen vor ähnlichen Problemen. Die Anfang März begonnene Untersuchung ist auf zwei Jahre angelegt.

Neuer Bestandskatalog des Landesmuseums

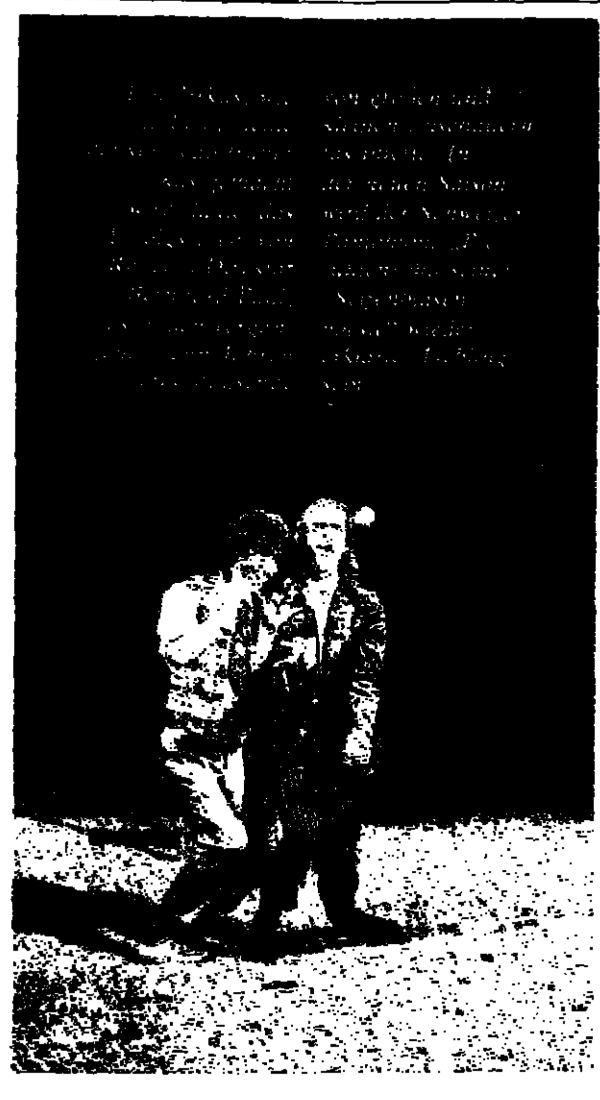
akk, **Karlsuhe**

Der Bestand mittelalterlicher Plastik reicht im Badischen Landesmuseum *Karlsruhe vom* berühmten Figurenportal aus Petershausen (1173–80, mit Signatur Wezil) bis zu einer Madonna von Tilmann Riemenschneider. In dem neuerschienenen Bestandskatalog werden auf 406 Seiten insgesamt 212 Werke aufgeführt und ausführlich kommentiert. Den Schwerpunkt bilden Skulpturen vom Oberrhein. Der Katalog kostet 100 Mark und ist über das Museum zu beziehen.

Valentin Katajew †

AFP, **Moskau**

Der russische Schriftsteller und Dramatiker Valentin Petrowitsch Katajew ist nach Angaben der amtlichen Nachrichtenagentur TASS am 12. April im Alter von 89 Jahren in Moskau gestorben. Der offizielle Nachruf des Majakowski-Freundes und -„Schülers", der der sowjetischen Schriftstellervereinigung angehörte und Sekretär des Moskauer Schriftstellerverbandes war, trug die Unterschrift von hohen Würdenträgern von Staat und Partei. Katajew begann seine literarische Tätigkeit mit Erzählungen aus den Kriegs- und Bürgerkriegsjahren. 1945 erschien sein Hauptwerk aus dem Zweiten Weltkrieg unter dem Titel „Der Sohn des Regiments".





Manege frei für derbe Späße und leise Poesie

Duft nach Sägemehl. Wolken von Konfetti. Der grazile Seiltänzer Joseph Bouglione. Die Ballerina zu Pferd. Pics schillernde Seifenblasen. René Stricklers zärtliche Spiele mit seinen Riesenkatzen. Deftige Clownsspäße und auch leise Poesie – nicht irgendein Zirkus, sondern Roncalli, der zauberhafte, feiert Jubiläum. Dort, wo vor zehn Jahren alles begonnen hat – in Köln.

Mitten in der Stadt auf dem Neumarkt wird in diesen Tagen das neue kornblumenblaue Baumwollzelt errichtet, werden die bunten Glühbirnen darüber angesteckt, nehmen die frisch bemalten alten Zirkuswagen ringsum Stellung, finden sich die Artisten ein. Der Countdown hat begonnen. Heute abend in Alfred Bioleks Live-Show „Mensch Meier" ein kleiner Vorgeschmack aufs Jubiläumsprogramm. Am Freitag der kommenden Woche ein großes Open-air-Fest auf dem Domvorplatz. Am Samstag, den 26. April, dann die Gala-Premiere für geladenes Publikum, danach heißt es drei Wochen lang „Manege frei" für jeden, der seinen grauen Alltag gegen ein paar Stunden eintauschen möchte, die lange verschüttete Kindheitsträume zurückbringen.

Ende Juni reist Roncalli mit Zelt und Troß per Bahn nach Moskau, wo er als erster westlicher Zirkus im Rahmen einer nordrhein-westfälischen Kulturpräsentation die Moskauer, das verwöhnteste Zirkuspublikum der Welt, zehn Tage lang verzaubern will. Im Sommer stehen auch die Städte Düsseldorf und München auf Roncallis Tourneeplan.

Zirkusdirektor Bernhard Paul (38) verhehlt seinen Stolz nicht auf das, was er und seine Helfer in nur zehn Jahren auf die Beine gestellt haben. Seine Liebe zum Zirkus ist zur Besessenheit geworden, neben der andere Gefühle kaum Platz haben.

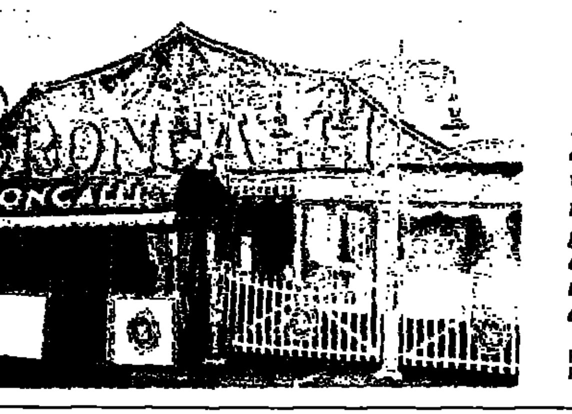
Er war Kind einfacher Leute im niederösterreichischen Industriestädtchen Wilhelmsburg. Rothaarig, Brillenträger, viel gehänselt. Eine graue Kindheit mit ein paar Farbtupfern, die ihr der kleine Wanderzirkus Belli aufhauchte. Seit damals hat ihn sein Traum, Zirkusdirektor zu werden oder zumindest Clown nie mehr losgelassen. Beides ist er heute; der tollpatschige Clown Zippo mit der viel zu weiten Hose und der wilden Löwenmähne, im Trio mit Angelo und Weißclown Cervantes, sorgt auch im zehnten Roncalli-Jahr für derben Spaß.

Die Anfänge von Roncalli – das Duo André Heller und Bernhard Paul, zwei so dominierende Künstlerpersönlichkeiten konnten nicht lange harmonieren. Die allererste Premiere im Sommer 1976. Wenig später kam der große Knall. Hellers Auszug aus der Phantasten-Ehe und seine Prophezeiung: Die Poesie ist tot. Pauls mühseliger Kampf ums Überleben. Dann, 1980 der Durchbruch in Köln. Die Poesie lebte, allen Prophezeiungen zum Trotz.

Die Kölner, offen und begeisterungsfähig, haben ihm das Überleben erleichtert. Auch Geld- und Ideengeber, wie der Schweizer Komiker Emil Steinberger. Die Kölner Behörden machten es ihm, wie er ihnen, schwer. Immer wieder gab es Streit um neue Quartiere und ausstehende Mietzahlungen, um Anerkennung als Kulturbetrieb. Heute sitzt Paul im eigenen 10 000 Quadratmeter großen Gelände in Köln-Mülheim. Für 2,5 Millionen Mark hat er das ehemalige Winterquartier von Zirkus-Prinzipalin Carola Williams gekauft und inzwischen restauriert. Zwei blattvergoldete Löwen thronen auf Säulen am schmiedeeisernen Eingangstor, das einheitsgraue Verwaltungsgebäude hat er mit Jugendstilschnörkeln verschönt.

Im kommenden Frühjahr soll auf dem Mülheimer Gelände endlich sein geplantes Zirkusmuseum eröffnet werden, in dem auch der Nachlaß des berühmten Clowns Grock zu bestaunen sein wird.

Weitere Pläne: ein Café-Restaurant mit einer Bühne für Kleinkunst, eine Zirkusschule und ein Winterbau mit 1000 Sitzplätzen, in dem, wie bei Krone in München, auch im Winter Manegenluft geschnuppert werden darf. Geld, für Bernhard Paul noch vor wenigen Jahren Mangelware, ist für ihn heute kein Thema mehr. Es ist lediglich Transportmittel für neue Träume. INGEBORG PRIOR



Als erster westdeutscher Zirkus wird Roncalli in Moskau gastieren, vor dem verwöhntesten Publikum der Welt.

FOTOS: ACTION PRESS/DPA

LEUTE HEUTE

Fleißige Schülerin

Schnell wieder zur Schule und intensiv arbeiten will die 15jährige Enkelin von Josef Stalin, die am Dienstag abend auf dem Flughafen London-Heathrow landete. **Olga Margedant Peters** hatte Anfang des Monats von den sowjetischen Behörden die Ausreise-Erlaubnis erhalten. Ihre Mutter, die Stalin-Tochter **Swetlana Allilujewa**, verließ 1967 die UdSSR und lebte seitdem in Großbritannien und den USA. Vor eineinhalb Jahren kehrte sie mit ihrer Tochter in die Sowjetunion zurück. Doch die Tochter eines amerikanischen Vaters, die nur schlecht Russisch spricht, konnte sich nicht an die neue Umgebung gewöhnen. Sie freue sich sehr, ihre Freunde im Quaker-College von Saffron Walden (Grafschaft Essex) wiederzusehen, sagte sie bei ihrer Ankunft. Ihre Mutter bekam vor einigen Tagen die Ausreisegenehmigung.

Eifriger Bürgermeister

Sein neues Amt wird Vorrang vor allen anderen Arbeiten als Schauspieler, Regisseur und Produzent haben, versprach der Filmschauspieler **Clint Eastwood**. Mit einer kurzen Zeremonie wurde der 55jährige am Dienstag als Bürgermeister seiner kalifornischen Heimatstadt Carmel-by-the-Sea vereidigt. In der vergangenen Woche war Eastwood mit 72 Prozent der Stimmen als klarer Sieger der Bürgermeisterwahl hervorgegangen.

Vier-Sterne-Hotel bestellt 100 000 Kilo Gesteinsmehl

KURT POLLAK, Wien

Wie die Pilze nach einem warmen Regen schießen derzeit in Österreich die ersten „Gesteinskur-Anstalten" aus dem Boden. Sowohl renommierte wie auch solche Gastronomiebetriebe, die bisher am Rande des Fremdenverkehrs dahinvegetierten, wollen an der Zufallsentdeckung eines „Jugendelixiers" aus Magma-Mineralgestein durch den Furnierholz-Fabrikanten Robert Schindele (54) aus der Wachau in Niederösterreich „mitnaschen" (siehe WELT v. 8. und 12. 4. 86).

Unter dem heimlichen Motto „Sie werden steinalt – und wir steinreich" sind außerdem Heilmittelbetriebe und Werbeagenturen aus Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz auf den „Steinzeit-Expreß" ins Land der ewigen Jugend aufgesprungen. Den Anfang machte ein Vier-Sterne-Hotel in Hofgastein („Arkadenhof"), das für seine vorwiegend deutschen Nobel-Stammgäste 100 000 Kilogramm des „Jugend- und Potenzsteinmehls" aus der Wachau bestellte.

Prinz kommt persönlich

In Niederösterreich haben bisher zwei Gasthöfe das Mittel, das bereits den Markennamen „Superbiomin" trägt, auf die Frühstückstische zur freien Selbstbedienung gestellt.

Bestellungen über bisher 5000 Kilogramm kamen aus China, Israel, Portugal, Spanien und Frankreich und selbst für Australien hat eine Werbeagentur Interesse angemeldet.

Robert Schindele zur WELT: „Ich werde von einer Post-, Telefon- und Menschenlawine buchstäblich überrollt. Innerhalb einer Woche lieferte ich 20 000 Kilo meines Gesteinsmehls allein in die Bundesrepublik. Täglich kommen 400 bis 500 Briefe aus aller Welt und gestern waren es 280 Telefonanrufe. Der erste um drei Uhr morgens, der letzte wenige Minuten vor Mitternacht."

Übrigens: Für kommenden Samstag hat sich der Prinz von Sachsen persönlich angemeldet. Unterdessen haben Verwandte des Prinzgemahls der holländischen Königin für 100 Mark Steinmehl bestellt.

Bei der Münchener Universität soll im Rahmen einer Versuchsreihe die neue Wunderdroge auf „Herz und Nieren" untersucht werden, um sie, wenn nötig, wie ein Medikament gezielt einsetzen zu können.

Test an Hamburger Klinik

An der Hamburger Paracelsus-Klinik will man das Steinmehl speziell auf seine Wirkung bei der Behandlung von Augenkrankheiten testen. Robert Schindele: „Seitdem die WELT als erste Zeitung der Welt über die Entdeckung meines Jugendelixiers ausführlich berichtete, glaubt die Menschheit nämlich wieder an etwas Positives: an die ewige Jugend."

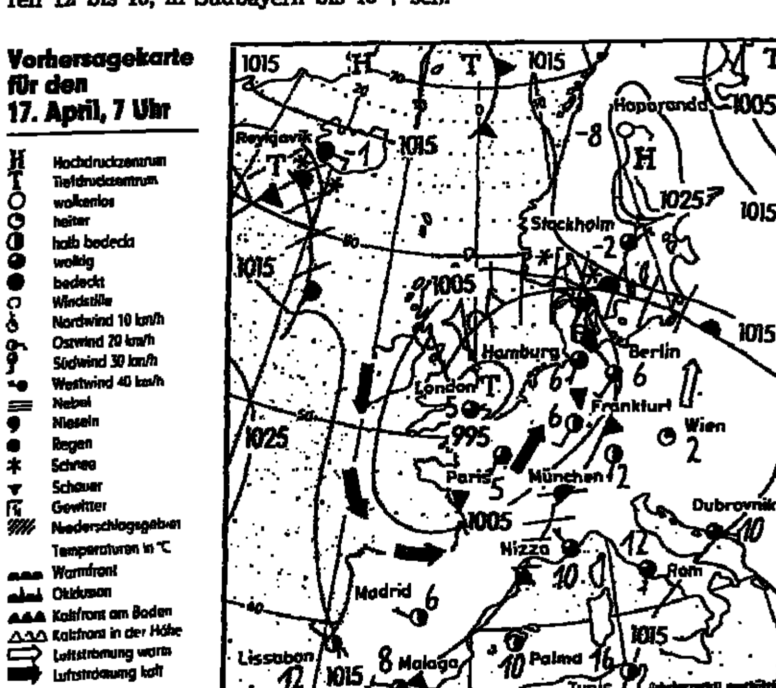
WETTER: Einzelne Schauer

Lage: Ein Tief über Südengland verlagert sich langsam ostwärts. Dabei gelangt zunächst noch verhältnismäßig milde, ab Freitag kühlere Meeresluft nach Nordrhein-Westfalen.

Vorhersage für Donnerstag: Am Alpenrand anfangs noch sonnig, sonst wechselnd bis stark bewölkt und zeitweise schauerartiger, örtlich auch gewittriger Regen. Temperaturen 12 bis 16, in Südbayern bis 18 Grad. Tiefstwerte nachts 7 bis 3 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus Süd bis Südwest, in der Nordhälfte starke Schauerböen.

Weitere Aussichten: Stark bewölkt, zum Teil länger andauernder Regen, kühler.

Sonnenaufgang am Freitag: 6.21 Uhr*, Untergang: 20.23 Uhr; **Mondaufgang:** 12.25 Uhr, Untergang: 4.29 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 14 Uhr (MESZ):

Ort	°C	Wetter
Deutschland:		
Berlin	15	he
Bielefeld	–	–
Braunlage	10	bw
Bremen	13	bw
Dortmund	12	bw
Dresden	16	he
Düsseldorf	12	bw
Erfurt	13	he
Essen	11	bw
Feldberg/S.	0	bw
Flensburg	13	he
Frankfurt/M.	13	bw
Freiburg	14	bw
Garmisch	16	he
Greifswald	12	bd
Hamburg	14	bw
Hannover	16	bw
Kahler Asten	6	bw
Kassel	13	bw
Kempten	11	he
Kiel	11	bw
Koblenz	13	bw
Köln-Bonn	13	bw
Konstanz	13	bw
Leipzig	14	he
List/Sylt	9	he
Lübeck	13	bw
Mannheim	14	bw
München	14	he
Münster	12	bw
Norderney	11	bw
Nürnberg	16	he
Oberstdorf	12	he
Passau	15	he
Saarbrücken	11	bw
Stuttgart	13	he
Trier	12	bw
Zugspitze	-7	he
Ausland:		
Algier	19	bw
Amsterdam	10	bw
Athen	15	bd
Barcelona	17	he
Belgrad	17	bw
Bordeaux	11	bw
Bozen	11	he
Brüssel	10	bw
Budapest	14	bw
Bukarest	10	bd
Casablanca	16	he
Dublin	5	bd
Dubrovnik	12	bd
Edinburgh	1	S
Faro	13	bw
Florenz	13	bw
Genf	10	Rs
Helsinki	4	he
Hongkong	28	bw
Innsbruck	15	he
Istanbul	17	bw
Kairo	26	he
Klagenfurt	8	bw
Konstanza	10	bd
Kopenhagen	8	bw
Korfu	16	bw
Las Palmas	19	bw
Leningrad	2	bd
Lissabon	13	bw
Locarno	14	bw
London	8	bw
Los Angeles	12	bw
Luxemburg	9	bw
Madrid	8	bw
Mailand	10	bw
Malaga	17	bw
Mallorca	16	he
Moskau	1	bd
Neapel	16	he
New York	8	R
Nizza	12	bw
Oslo	-1	S
Ostende	9	bw
Palermo	18	he
Paris	9	Rs
Peking	21	wl
Prag	12	bw
Rhodos	17	he
Rom	16	bw
Salzburg	15	he
Singapur	31	Gw
Split	12	R
Stockholm	2	he
Straßburg	12	bw
Tel Aviv	–	–
Tokio	17	he
Tunis	21	he
Valencia	17	he
Varna	12	bw
Venedig	13	he
Warschau	12	he
Wien	9	bd
Zürich	14	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Erkundungstour mit Fingerspitzen

Dauerausstellung für Blinde im Bonner Museum Koenig: ausgestopfte Tiere zum Anfassen

ANJA-K. KEYMES, Bonn

Als einst ein König die Blinden seines Reiches einen Elefanten betasten ließ, beschrieb diesen jeder auf seine Weise. So meinte der eine, der den Rüssel umfing, daß dies eine Schlange und der Stoßzahn ein Schwert sei. Ein anderer umfaßte ein Bein und dachte es sei der Stamm eines Baumes, während sein Nachbar das Ohr für ein gewaltiges Kohlblatt hielt. Und wieder einem anderen schien die rissige Haut eine Felswand zu sein. So machte jeder seine eigene Erfahrung und fand seine eigene Wahrheit, so wie auch Sehende oft nur Teilwahrheiten erkennen und der absoluten Wahrheit gegenüber blind sind. „Der Blindenbrunnen", ein indisches Gleichnis, ist auf einer Tafel im Tast- und Riechgarten für Blinde in Bonn zu lesen.

Die Umwelt be-greifen

Wenn andere Kunst bewundern, sich an den Farben der Blumen erfreuen, bleibt für rund 80 000 Blinde in Deutschland nur die andere Art des Sehens: die Erkundungstour mit den Fingerspitzen.

Mit Unterstützung des Bonner Blindenvereins hat sich das Museum Koenig etwas ganz Besonderes einfallen lassen: eine Dauerausstellung für Blinde. Dort fordern rund zwei Dutzend ausgestopfte Tiere, Schädel und Fellteile den Nichtsehenden zum Ertasten seiner Umwelt auf. Bei der Auswahl wurde Wert darauf gelegt, daß die Tiere aus dem Lebensraum der Besucher stammen, oder daß sie durch Erzählungen vertraut sind.

Aufmerksam, fast angestrengt tastet Heinrich Erk, Vorsitzender des Bonner Blindenvereins, einen Feldhasen. Nicht nur mit den Fingerspitzen seiner Hand, sondern mit den Handflächen streicht er über die Körperwölbungen des Tieres. Ganz ruhig versucht er, die Linien zu ertasten, um schließlich die Form zu begreifen. Auf einem Tonband erfährt er einiges über die Lebensweise und Besonderheiten des Tiers, das er gerade ertastet. Die langen Ohren und der muskulöse Körper werden für ihn spürbar. Die Gegenstände dürfen jedoch nicht größer als eine Armspanne sein, sonst fällt es dem Blinden schwer, sich das Tier vorzustellen und es käme zu Verwechslungen, wie in dem indischen Gleichnis.

Heinrich Erk be-greift durch Tasten eine Mönchsgrasmücke. Er meint: „Jeder Blinde ist sehr erstaunt, daß Vögel, mit ihrem wunderschönen lauten Gesang, so winzig kleine, leichte Tiere sind. Jeder kennt den Gesang der kleinen Tiere, macht sich aber gar keine Vorstellung von ihrer Größe. Über das Gefieder zu streichen, ist ein sehr angenehmes Anfaßerleben."

Immer mehr Initiativen und Verbände versuchen in vielfältiger Weise, den Alltag der Blinden zu verbessern. Es gibt spezielle Schulen für blinde und sehbehinderte Kinder, in Blindenschrift (Braille) werden immer mehr Bücher geschrieben und in vielen Städten signalisieren Fußgängerampeln auch akustisch „Rot" oder „Grün". Immer häufiger werden auch Ausstellungen für Blinde angeboten.

Beispielhaft ist das Blindenmuseum in Berlin-Dahlem. Dort können völkerkundliche Gegenstände, Skulpturen und Reliefs aus verschiedenen Materialien angefaßt werden. Ein Katalog in Braille und ein Tonband geben die nötigen Erklärungen.

Duft- und Tastgärten

In Frankfurts Palmengarten erleichtert ein Plan in Braille-Schrift Sehbehinderten die Orientierung. Ein Duft- und Tastgarten wie in den Bonner Rheinauen soll dort 1989 angelegt werden. Auch im Münchner Jagdmuseum sind die Tiere zum Anfassen da. Im Leipziger Stadtteil Rosenthal entsteht der erste Blinden-Park der „DDR", 7000 Quadratmeter groß, bepflanzt mit stark duftende Blumen, Gräsern und Gewürzen.

Viele Museen in Deutschland planen Ausstellungen für Blinde. Rainer Hasenkamp, Museumspädagoge im Museum Koenig, gibt seinen Kollegen den Rat: „Ganz wichtig ist die Zusammenarbeit mit den Blinden. Denn was für den Sehenden von Interesse ist, ist für den Blinden noch lange keine Attraktion."

Nach Belagerung Jennifer Guinness unverletzt befreit

REINER GATERMANN, London

Nach einer Woche vergeblichen Suchens gelang der Polizei in der irischen Hauptstadt Dublin in der Nacht zum Mittwoch der große Schlag: Aus einer Wohnung in unmittelbarer Nähe der Innenstadt konnte sie die am 8. April von drei bewaffneten und maskierten Männern entführte Millionärin Jennifer Guinness (48), Mitglied des gleichnamigen Brauerei- und Banken-Clans, unverletzt befreien. Ihre drei Bewacher wurden festgenommen.

Auf die heiße Spur kam die Polizei am Dienstag abend durch den Hinweis einer Frau, die bei einem Telefongespräch mit Personen in einem Haus im Stadtteil Rathforman Verdacht geschöpft hatte. Als die Polizei eintraf, war das Haus leer, sie fand jedoch Kleidungsstücke, die der Entführten gehörten. Um ein Uhr nachts umstellte sie das Reihenhaus 61 Waterloo Road unweit des Stadtzentrums. Was zunächst als Suchaktion startete, wurde schnell zu einer Belagerung. Als die Bewohner ihre Situation erkannten, wollte ein Mann durch den Hinterausgang fliehen, er wurde jedoch gefaßt. Einmal kam es zu einem kurzen Schußwechsel. Dann erschien Jennifer Guinness am Fenster und erklärte, es gehe ihr gut. Sie fragte nach einem Arzt für einen ihrer Bewacher. Nach kurzen Verhandlungen erklärten sich die Männer bereit, im Morgengrauen aufzugeben. Pünktlich um 6.30 Uhr erschienen die beiden Männer in der Tür, kurz darauf die entführte Frau, die sich in einer „erstaunlich guten Verfassung" befand.

Die Täter hatten zunächst ein Lösegeld von etwa sechs Millionen Mark gefordert, nach dem Überfall aber nichts mehr von sich hören lassen. Für die Polizei stand bald fest, daß die Täter nicht zu einer paramilitärischen Gruppen gehörten. Sie durchforstete darum das Register der „normalen" Kriminellen und durchsuchte zahlreiche Wohnungen. Frau Guinness war vermutlich am Wochenende in die Waterloo Road gebracht worden. Die Wohnung gehört der Freundin eines Entführers. Bestätigt wurde bislang auch noch nicht der Verdacht, daß die Täter einem landesbekannten Rauschgiftring angehören.

Hoher Beamte lief Amok

rtr, Zürich

Der Chef der Zürcher Baupolizei, Günther Tschanun, hat gestern morgen bei einem Amoklauf in seinem Amt drei Menschen erschossen und zwei durch Schüsse schwer verletzt. Der Täter soll bei einem Gespräch mit einem anderen leitenden Beamten plötzlich eine Schußwaffe gezogen und das Feuer eröffnet haben. Über die Motive liegen der Polizei keine Erkenntnisse vor. Der vermutlich noch immer bewaffnete Mann konnte fliehen.

Haft für Klinikdirektor

dpa, Aachen

Zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren und neun Monaten wegen schwerer Untreue, Steuerhinterziehung und Beihilfe zur Steuerhinterziehung hat gestern die Sechste Große Strafkammer des Aachener Landgerichts den 56 Jahre alten ehemaligen Verwaltungsdirektor des Kreiskrankenhauses Würselen, Gottfried Busch, verurteilt. Der Schaden, der zwischen 1974 und 1985 entstand, wurde von der Strafkammer mit insgesamt zwei Millionen Mark beziffert. Busch hatte die Gelder nach Gutdünken an Chefärzte, Angestellte, vor allem aber an sich selbst verteilt.

Anklage wegen Totschlags

AFP, Mailand

Zwei italienische Weinproduzenten, die ihren Produkten tödliche Mengen von Methanol beigemischt hatten, sind in Mailand des vorsätzlichen Totschlags angeklagt. Staatsanwalt Alberto Nobili glaubt, daß Giovanni Ciravegna und sein Sohn Daniele aus Narzole bei Cuneo (Piemont) von den tödlichen Folgen ihrer Weinpanscherei gewußt haben müssen. In Italien starben in den letzten Wochen mehr als zwanzig Menschen an mit Methanol versetztem Wein. Als weiteres Opfer wurde jetzt ein 54jähriger ermittelt, der am 3. März in Monza gestorben war.

Weniger tödliche Unfälle

dpa, Bonn

Bei Verkehrsunfällen in der Bundesrepublik Deutschland sind im vergangenen Jahr 11,2 Prozent weniger Motorradfahrer getötet worden als 1984. Obwohl sich der Motorradbestand um 3,8 Prozent auf 1,4 Millionen erhöhte, sank nach Mitteilung des Instituts für Zweiradsicherheit in Bochum im vergangenen Jahr die Zahl der tödlich verunglückten Motorradfahrer von 1206 auf 1071. Auch die Zahl der Verletzten verringerte sich um 14 Prozent von 65 719 auf 56 547.

ZU GUTER LETZT

Ein geheimnisvolles Unterseeboot suchte die neuseeländische Luftwaffe vor den Cook-Inseln. Nach der abgebrochenen Aktion meinte Neuseelands Ministerpräsident David Lange gestern: „Ich habe den starken Verdacht, es war ein Wal mit Blähungen."

Ein Hort der Ruhe für die durch den Terrorismus verängstigten Amerikaner

Von WERNER THOMAS

Die Regierung entfaltet rege Aktivitäten. Die Straßen werden repariert, neue Entwicklungsprojekte beschlossen oder geplant, optimistische Prognosen verbreitet. Der Premierminister versäumt keine Gelegenheit für öffentliche Auftritte. Er demonstriert wieder einmal sein Talent als Vollblutpolitiker.

Den Bahamas stehen Wahlen bevor, die Betriebsamkeit signalisiert dieses Ereignis. Die Bevölkerung kann wahrscheinlich schon im September darüber entscheiden, ob die lange Pindling-Aera weitergehen oder enden soll. Sir Lynden O. Pindling, 56, hält den Rekord des dienstältesten demokratischen Regierungschefs der Welt. Er regiert seit fast 19 Jahren die Nation der 700 Inseln.

Es sind wichtige Wahlen. Sie fallen in eine Phase der Reflektion und Gewissensprüfung, die der bisher schwersten Krisensituation folgte. Sir Lynden versucht seine Landsleute davon zu überzeugen, daß er immer noch der richtige Mann an der Spitze dieses kleinen Staates (250 000 Einwohner) ist, trotz der bedauerten „ernsten Urteilsfehler". Oppositionsführer Kendal Isaacs sagt dagegen: „Wir brauchen einen Wechsel nach diesen traurigen Entwicklungen."

Rücktritt wurde abgelehnt

Die Opposition behauptet, daß die Pindling-Regierung von Rauschgifthändlern korrumpiert wurde. Die Bahama-Inseln sollen Zwischenstation für 50 Prozent aller in die USA geschmuggelten Rauschgift-Sendungen sein. Nachdem der amerikanische Fernsehsender NBC Ende 1983 schlimme Vorwürfe erhoben hatte, auch gegen den Premier, ließ Sir Lynden eine Untersuchungskommission bilden. Im Dezember 1984 erschien der Schlußbericht, der noch heute die Gemüter beschäftigt.

Die „Royal Commision of Inquiry" berichtete, die Rauschgift-Probleme hätten „fast allen Sphären der Gesellschaft" geschadet. Pindling habe zwischen 1977 und 1983 „Geschenke" und „Kredite" in Höhe von 2,8 Millionen Dollar erhalten. Für weitere 240 000 Dollar würde es keine Erklärung geben. Die Kommission konnte aber keinen Zusammenhang zwischen diesen Geldern und der Drogen-Szene nachweisen.

1984 war das schwierigste Jahr in Pindlings politischer Laufbahn. Die Ermittlungen und eine spektakuläre Bahama-Serie des „Miami Herald" führten schließlich zu einem offenen Konflikt innerhalb der regierenden „Fortschrittlichen Liberalen Partei" (PLP). Der Premier verlor fünf Minister. Drei äußerten Kritik an seiner Amtsführung, unter ihnen der stellvertretende Regierungschef Arthur Hanna, ein Jugendfreund und langjähriger politischer Weggefährte. Der Wunsch der Rivalen nach einem Rücktritt des PLP-Führers ging jedoch nicht in Erfüllung.

Gewiefter Politiker

Sir Lynden konnte alle Angriffe abwehren. Er gestand wohl „schwere politische und wirtschaftliche Schäden" durch die Turbulenzen und nannte das Stichwort „Urteilsfehler". Er versicherte jedoch, er wolle aus den bitteren Erfahrungen lernen. „Wenn ich zu vertrauensselig war, muß ich vorsichtiger sein. Wenn ich zu nachsichtig war, muß ich resoluter sein."

Im vergangenen Jahr versuchte der angeschlagene Regierungschef die Wunden zu heilen und sein Comeback vorzubereiten. Er zeigte sich nur selten in der Öffentlichkeit, eine „low profile"-Taktik, um der oppositionellen „Freien Nationalen Bewegung" (FNM) keine Demonstrationsmöglichkeiten zu geben. Deren Anhänger hatten den rhythmischen Slogan „The chief ist a thief" skandiert. Die Commonwealth-Konferenz im Oktober 1985 verhalf Sir Lynden jedoch wieder zu einem großen Auftritt.

Die Wahlen – das genaue Datum steht noch nicht fest – sind nach Ansicht vieler Beobachter offen. Kendal Isaacs rechnet zwar mit einem Triumph seiner Partei. Neutrale Gesprächspartner meinen, daß ein Machtwechsel fällig wäre. Lynden Pindling ist jedoch einer der charismatischsten und gewieftesten Politiker der Karibik.

Der Sohn eines Schneiders, der in London Jura studierte, kann sich mit der Queen so angeregt unterhalten wie mit armen Leuten. Er wechselt seinen Akzent je nach Bedarf. Er verfügt über ein phänomenales Namensgedächtnis. Die älteren Bürger können seine Verdienste um diese Nation nicht vergessen.

Pindling hat als junger Politiker die soziale Gleichstellung der dunkelhäutigen „Bahamians" erreicht, mittlerweile mehr als 90 Prozent der Bevölkerung. Bis in die sechziger Jahre gab es Segregations-Praktiken. Bis 1967 dominierten die „Bay street boys" mit ihrer Vereinigten Bahamas-Partei (UBP) die Inselnation, die weißen Unternehmer, Importeure und Einzelhändler der Hauptgeschäftsstraße.

1965 warf Pindling während einer hitzigen Debatte über die Rassendiskriminierung den Amtsstab des damaligen Parlamentspräsidenten aus dem Fenster. 1967 wurde er zum Regierungschef gewählt. Er gewann seither alle Wahlen.

Basil Smith von der staatlichen Informationsstelle „Bahamas News Bureau" blickt dem bevorstehenden Urnengang optimistisch entgegen. Die traditionellen Wähler des Premiers hätten nicht das Lager gewechselt, sagt er. Es handelt sich vor allem um die unteren Bevölkerungsschichten.

Die Konjunktur des Staates hängt vom Tourismus ab, der zwei von drei Arbeitnehmern beschäftigt und 72 Prozent des Bruttosozialproduktes repräsentiert. Im vergangenen Jahr registrierte die größte Fremdenverkehrsnation der Karibik einen Besucher-Rekord (2,6 Millionen, Kreuzfahrtschiff-Passagiere eingeschlossen) und einen Umsatz-Rekord (fast 900 Millionen Dollar). Die Vertreter des Tourismus-Ministeriums erwarten ein weiteres Rekordjahr. Schon deshalb, weil viele Amerikaner wegen der Terroristen-Angst Reisepläne für die südlichen Teile Europas ändern und Umbuchungen vornehmen lassen in ruhigere Regionen; in die Bahamas beispielsweise.

Dennoch wird die Arbeitslosigkeit zu den zentralen Diskussionspunkten des Wahlkampfes gehören, eines der schwierigsten Probleme. Niemand kann genaue Zahlen nennen, die Schätzungen variieren weit, zwischen zehn und 30 Prozent. Oppositionsführer Isaacs, im Gegensatz zu Pindling ein reservierter, zurückhaltender Mann, will natürlich die Themen Korruption und Rauschgift in die Debatte werfen. Weiter werden die illegalen haitianischen Flüchtlinge Gesprächsstoff liefern.

Demokratie funktioniert

Die „Tribune" und der „Guardian", die beiden Tageszeitungen, erinnern an eine stolze Tradition der Bahamas: Die Demokratie, die bis 1729 zurückreicht, funktioniert. Die Regierung muß scharfe Kritik einstecken. Niemand fühlt sich verfolgt oder in seiner Freiheit eingeschränkt. Es gibt weder eine Geheimpolizei noch politische Häftlinge. Extremisten finden keinen Zulauf, die marxistische „Vanguard"-Bewegung ist bedeutungslos geblieben. Sowohl Pindlings Partei als auch Isaacs FNM sind ideologisch in der Mitte oder rechts von der Mitte angesiedelt. Die Krise konnte die politische Stabilität dieses Staates nicht erschüttern.

Hubert Ingraham, der ehemalige Wohnungsbauminister, der heute im Lager der PLP-Rebellen steht, gilt als einer der talentiertesten und ehrgeizigsten Nachwuchspolitiker. Der 38jährige Anwalt beurteilt die Zukunft „hoffnungsvoll". Er sagt: „Ich habe Vertrauen".



Lebensfreude ist Trumpf auf den Bahamas, Straßenszene in Nassau FOTO: F. HARTUNG

„Ich lade Investoren ein"

Sir Lynden O. Pindling, seit 1967 ununterbrochen im Amt, ist der dienstälteste Premierminister der westlichen Demokratien. Der Sohn eines Lehrers in Nassau studierte Jura in London, wo er auch promovierte und als Rechtsanwalt zugelassen wurde. Von 1952 an praktizierte er in seiner Heimatstadt, bis er als führendes Mitglied der Liberalen Fortschrittspartei zum Premier gewählt wurde. Seinem Regime ist die politische Stabilität des Landes zu verdanken. Sir Lynden schickte der WELT folgende Adresse zu dieser Beilage:

Premier der Bahamas: Sir Lynden O. Pindling

Bei uns in den Bahamas gilt der Satz, daß unser Klima gleichermaßen für Touristen wie für Unternehmer günstig ist. Ausländische Investoren sind für uns keine Fremden. In den Bahamas unterhalten dreihundert internationale Banken und Korporationen aus siebenundzwanzig Ländern ihre Niederlassungen.

Einige der größten Handelsketten der Welt operieren von unserem Staat aus, und seit mehr als zwanzig Jahren haben wir ausländische und einheimische Herstellungsbetriebe ins Land geholt beziehungsweise hier bei uns gegründet.

Unter der Lomé-Konvention genießen in den Bahamas hergestellte Produkte privilegierten Zugang zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Die Bahamas sind anerkannt als Steuerparadies für Investoren, die hier weder Körperschafts- noch Einkommen- oder Gewinnsteuer zu zahlen brauchen.

Ein weiterer Anreiz besteht darin, daß Investoren von Zollabgaben auf Rohmaterialien und Maschinen befreit werden.

Seit 259 Jahren gibt es in den Bahamas eine parlamentarische Form der Regierung, deren friedvolle und ungetrübte Stabilität ihresgleichen in der Welt sucht.

Ich lade interessierte europäische Investoren dazu ein, Anfragen an die „Bahamas Agricultural and Industrial Corporation" entweder direkt in Nassau oder an unser Büro in New York zu richten; sie werden prompt über die ökonomischen Möglichkeiten und Vorteile in unserem Land unterrichtet werden.

Für weitere Informationen stehen Ihnen unsere touristischen Büros in Frankfurt und London zu Verfügung.

Ich wünsche der WELT wie meinem Lande Erfolg mit dieser Sonderbeilage über die Bahamas.

SIR LYNDEN O. PINDLING

Reisen und mehr

Erst 1973 als Kolonie aus der britischen Abhängigkeit entlassen, schickt die Nation der Bahamas sich heute an, ihr Image eines reinen Urlaubsparadieses zu vervollständigen. Wirtschaftliche Expansion steht auf dem Programm, im internationalen Maßstab. Das politische Gewicht des Staates wurde durch die Commonwealth-Konferenz vom vergangenen Oktober in Nassau unterstrichen.

Noch bildet der Tourismus das ökonomische Rückgrat der Bahamas, und das wird auf absehbare Zeit so bleiben. Der exotische Reiz der mehr als siebenhundert Inseln ist längst nicht ausgeschöpft. Daneben aber schreitet die Entwicklung in Handel und Industrie fort, mit Hilfe und zu Nutzen ausländischer Investoren.

Internationale Firmen haben sich vor allem in der Hauptstadt Nassau und in Freeport auf Grand Bahama angesiedelt. Weitere werden folgen. – Dieser WELT-Report stellt das Land dar, seine Möglichkeiten als Standort für Investitionen und seinen Tourismus.

ALFRED STARKMANN

INVESTITIONEN

Ein steiler Aufstieg in nur drei Jahrzehnten

Die Stadt Freeport ist das kommerzielle und industrielle Mekka der Bahamas. Sie liegt auf einer der größten Inseln der Gruppe, auf Grand Bahama, und gilt mit ihren breiten Straßen, überhaupt mit ihrer modernen Infrastruktur, als einmalig in der bahamaischen Welt – und das zu Recht. Die Stadt begann ihre Existenz erst im Jahre 1955.

Das Privatunternehmen Grand Bahama Development Company war und ist verantwortlich für Planung und Entwicklung der City im Herzen der Insel. Es wird dabei stets das Konzept eines wirklich „freien Hafens" eingehalten. Deshalb kann David Chamorro, Präsident der GBDEVCO, ohne falsche Bescheidenheit sagen: „Innerhalb von knapp dreißig Jahren ist Freeport zur zweitwichtigsten Stadt im Staat der Bahamas aufgestiegen" – nach der Hauptstadt Nassau auf der Hauptinsel New Providence – und in mancher Hinsicht sogar zur wichtigsten.

Aber das würde Chamorro nicht an die große Glocke hängen. Sein Platz ist in Freeport, und da sagt er: „Was Investitionen betrifft, sind manche Leute der Meinung, daß wir die Nummer eins sind." Ökonomische Beobachter der Szene bestätigen es, die Niederlassungen international führender Unternehmen belegen es konkret.

Standard Oil von Kalifornien und Charter Oil, beide Partner von Borco, der fünftgrößten Ölraffinerie der Welt, haben einen Sitz auf Grand Bahama. Hinzu kommt die Syntex-Korporation aus dem pharmazeutischen Bereich, ebenfalls die Filiale von Smithkline Beckman, dem in Philadelphia ansässigen Pharma-Multi, der in Freeport den Grundstoff für seine weltweit verkauften Tagamet-Tabletten produziert.

Die Liste ließe sich fortsetzen, etwa mit Kendall Farms, den führenden Limonen-Anpflanzern der Hemisphäre, oder mit Bahama Cement, einer Anlage von U. S. Steel, oder Nita Pharmaceuticals, neben Syntex und Franklin (Smithkline Beckman) ein weiteres Unternehmen, das in Freeport Gesundheitsmittel herstellt.

David Chamorro zufolge sind sie alle nach Grand Bahama gekommen, weil dort die Vorteile der mit der EG verabredeten Lomé-Konvention und des mit den Vereinigten Staaten vereinbarten Hilfsprogramms für das Karibische Becken voll wirksam werden.

Es gibt kaum jemanden, der besser für den Platz Freeport zu plädieren weiß: „Der Schlüssel des geradezu dramatischen Wachstums liegt im Nachweis der Produktivität. Dazu braucht und hat man die unternehmerische Energie der Bahamaer wie den entschlossenen ausländischen Investor." Und der sollte beachten, daß die Inflationsrate in den Bahamas seit Jahren sehr niedrig liegt.

Das hat Mittel aus dem Ausland angelockt, die einerseits dem Budget der Nation auf die Beine geholfen und andererseits auch zur Ausweitung des US-Außenhandels in dem Gebiet seit 1982 beigetragen haben. Die jüngste Entwicklung des Dollar-Wechselkurses, der von Anfang 1981 bis Februar 1985 ständig gestiegen war und während der vergangenen zwölf Monate nun fast ebenso ständig gesunken ist, wirkt sich für den Inselstaat günstig aus. David Chamorro: „Wir haben jetzt ein gutes Klima für bahamaische Exporte und phantastische Gelegenheiten für europäische und amerikanische Investoren."

Der alterfahrene (mit seinen Silberhaaren immer noch jugendliche) Mann wartet mit Zahlen auf, die Privatanleger wie Firmen interessieren dürften: „Im Jahr 1977 betrugen die Baugenehmigungen in Grand Bahama rund den Wert von einer Million Dollar, im vergangenen Jahr waren es 30 Millionen Dollar. Das läßt den Trend erkennen."

Der in Freeport ein wenig Ortskundige weiß, daß die City mit dem Basar und dem Kasino und den rundum liegenden Hotels eigentlich den Mittelpunkt des Insellebens bildet. Damit ist David Chamorro noch nicht ganz zufrieden. Er will „Downtown Freeport" weiter entwickeln, wo der Tourist vielleicht noch günstiger als im Basar einkaufen, wo der potente Investor Büroräume mieten kann. Verhandlungen laufen. Mr. Chamorro: „Auf der Insel Grand Bahama tut sich was. Wer richtig hinsieht, kann zugreifen und dabei nur gewinnen."

AL DILLETTE

AUF EINEN BLICK

ANSCHRIFTEN
Botschaft der Bundesrepublik Deutschland (zuständig für die Bahamas), Kingston 10/Jamaika, 10 Waterloo Road, POB 44; Telefon (001 809) 9265665. – Bahamas Tourist Office, 6000 Frankfurt 1, Poststraße 2; Telefon (069) 252 029.

EINWANDERUNG
Auskunft: Immigration Department, Churchill Building, P.O. Box F 62, Freeport, Grand Bahama.

FLUGVERBINDUNGEN
Von Deutschland aus mit Linienmaschinen nach Miami (amerikanisches Visum notwendig), von dort mit diversen Gesellschaften zu den verschiedenen Inseln. Flugzeit etwa 20 Minuten. Außerdem Charterflüge.

WÄHRUNG
Bahamesischer Dollar, Wert entspricht dem US-Dollar.

UNTERKUNFT
Möglichkeiten von der Luxusvilla am Meer bis zur bescheidenen Wohnung. Preise je nach Größe, Ausstattung und Lage. Übernachtung in kleineren Hotels von 50 Dollar pro Doppelzimmer aufwärts (in der Wintersaison bis zu 50 Prozent mehr), in den großen Hotels von 60 Dollar aufwärts.

BANKEN
Internationale Bankhäuser, darunter Barclays, Chase Manhattan und Royal Bank of Canada. Bargeld mit Eurocard.

KLIMA
Tiefsttemperaturen im Februar um 22 Grad Celsius; während des Sommers zwischen 30 und 35 Grad Celsius bis zum November.

TELEFON
Direktwahl von Deutschland aus (Vorwahl: 001 809); von den Bahamas Direktwahl nur in manche Länder, sonst prompte Vermittlung durch BATELCO.

KULTUR
Vorstellungen der Freeport-Theatergilde im „Regency". Musik- und Ballettveranstaltungen der Freeporter Kunstfreunde.

LEBENSHALTUNG
Wohnungen mit einem Schlafzimmer zwischen 300 und 600 Dollar im Monat, mit zwei Schlafzimmern zwischen 500 und 850, mit drei Schlafzimmern 550 bis 1000 Dollar.



TRANSPORT
Taxigebühren sind staatlich festgelegt: 1,20 Dollar für die erste Viertelmeile (rund 400 Meter) und 20 Cent für jede weitere Viertelmeile. Einheitspreis in städtischen Omnibussen 80 Cent.

FERNSEHEN
Kabel-TV mit sieben Stationen. Vermietung von Video-Geräten.

HÄFEN UND SCHIFFAHRT / Phänomenale Entwicklung einer jungen Nation

Anlegestelle von Menschenhand

Nach Panama und Liberia verfügen die Bahamas über die drittgrößte Handelsflotte der westlichen Welt. Das ist bei einer solch jungen Nation, die erst 1973 aus der kolonialen Abhängigkeit entlassen wurde, ein erstaunliches Phänomen. Zwei Faktoren haben dazu wesentlich beigetragen: einmal naturgemäß die geographische Lage dieses Inselstaates der Vereinigten Staaten und zum anderen die Vorsorge, die besonders auf Grand Bahama noch zu kolonialen Zeiten getroffen wurde.

Zum ersteren: Die Hauptstadt Nassau auf der Insel New Providence/Paradise Island gelangte während des amerikanischen Bürgerkriegs zur wirtschaftlichen Blüte. Von hier aus operierten die Blockadebrecher, die den Militärs der Konföderation Ausrüstung lieferten. Daneben wurde die eigene Baumwollproduktion zur Verarbeitung nach England verschifft.

Das erforderte einen ständigen Ausbau der Hafenanlagen – in verstärktem Maße noch, als in den „wilden zwanziger Jahren" der amerikanischen Alkohol-Prohibition der bahamesische Rum in Massen über Florida ins Innere des Landes geschmuggelt wurde. Damals herrschte als ungekrönter König der „rum runner" Captain Bill McCoy, der zuverlässig immer unverdünntes Getränk lieferte; sein Name lebt heute noch fort in dem Begriff „The Real McCoy".

Zum zweiten: Die Häfen der Inseln dienen in unserer Zeit dem internationalen Touristen- und Frachtverkehr. In Freeport auf Grand Bahama, einer rein von Menschenhand geschaffenen riesigen Anlegestelle für Schiffe der größten Tonnenzahl, befindet sich ein wichtiger Schnittpunkt der weltweiten Wasserfahrt. „Der Hafen von Freeport liegt strategisch günstig am östlichen Rand des Golfstroms, auf der besten Route nach und von Amerika. Nur 69 Seemeilen von Palm Beach entfernt, bietet Freeport einen idealen Ausgangspunkt für Frachttransporte zwischen Europa und der westlichen Hemisphäre", so verkündet mit Stolz die Port Authority.

Sie untermauert das mit dem Hinweis darauf, daß die Bahamas Oil Refining Corporation zwei Molen angelegt hat, an denen Supertanker bis zu 500 000 BRT docken können. Hafenpiloten stehen zur Verfügung; Auftanken, Reparaturen, Trockendocken, Schlepperdienste, medizinische und Lebensmittelversorgung – kurz, alles was die internationale Schiffahrt als Service erfordert.

Die Harbour Company hat seit dreißig Jahren, seit diese Stadt auf Grand Bahama gegründet wurde, mit Weitsicht geplant und ausgebaut – bis ins letzte Detail: „Honda-Mopeds können im Hafengebiet zur Fahrt in die Innenstadt (sechs Meilen) gemietet werden."

JOSEPH MANSA

GEOGRAPHIE / Viele Inseln sind noch unberührt

Ein Reich der Sonne, geformt wie eine Möwe

Die zwei Großen und der Rest: Wer die Bahamas ein wenig kennt, teilt den Archipel so ein. Die beiden „Großen" sind die Insel New Providence mit der Hauptstadt Nassau und Grand Bahama mit der modernen Stadt Freeport in ihrem Zentrum, die erst vor dreißig Jahren, am Reißbrett geschaffen, ihre Entwicklung begann.

In der Tat spielt sich das ökonomische Leben des Staates vornehmlich dort ab. Nassau verfügt über den Sitz der großen einheimischen Import- und Handelsgesellschaften sowie über Niederlassungen internationaler Banken. Freeport wartet mit pharmazeutischen Unternehmen von weltweitem Zuschnitt auf, mit einer Ölraffinerie und einem exportorientierten Zementwerk.

Das klingt industriell – und ist es auch. Gleichzeitig stimmt aber, daß die zwei Großen ebenfalls die paradiesischen, landschaftlichen Reize zu bieten haben, die man mit dem Begriff „Bahamas" zu verbinden gewohnt ist. Nur vielleicht nicht in der Reinkultur wie auf den „Family Islands"; so heißen die übrigen der insgesamt rund 700 Inseln.

„Ein sonnenüberflutetes Reich, geographisch geformt wie eine fliegende Möwe, so weit sich erstreckend wie von New York nach Chikago oder von London nach Rom", schrieb ein bahamesischer Schriftsteller.

Sieht man nun einmal von New Providence und Grand Bahama ab, eröffnet sich der Zauber einsamer, unberührter Strände und von der modernen Zivilisation kaum erfaßter Menschen auf den Familien-Inseln in voller Faszination.

Dies scheint ein Widerspruch in sich. Wie kann man in solche Bereiche vordringen, ohne die Unberührtheit zu verletzen? Es geht, wenn man taktvoll ist. Man mietet ein Boot mit einem ortskundigen Führer, der sich mit den Gewohnheiten der Eingeborenen auf den wenigen besiedelten Inseln auskennt. Dann genießt man mit einigem Glück das Erlebnis, abends in einer Fischerhütte am brennenden Feuer nach einem gegrillten „Grouper" in Geheimnisse der Folklore eingeweiht zu werden.

Oder man stellt sich von vornherein auf die absolute Einsamkeit ein, bewaffnet mit Zelt, Schlafsack und Spirituskocher für den Kaffee am Morgen. Wer das zuwege bringt, eine Insel anzusteuern, die nach aller Wahrscheinlichkeit kaum eines Menschen Fuß vorher betreten hat – und wenn, dann nur sehr vorübergehend –, wer dort sein Nachtlager unter den Palmen am Strand aufschlägt, wird das so leicht nicht wieder vergessen.

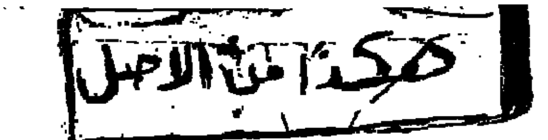
Indes, um auf den Widerspruch zurückzukommen: Der „Fortschritt" läßt sich auch im Paradies nicht aufhalten. Zum Beispiel Bimini, eine Insel, die noch vor wenigen Jahrzehnten zu den „unberührten" gehörte. Heute wird sie mit aller Macht touristisch entwickelt. An den Ufern von Bimini hatte Ernest Hemingway seinen „Alten Mann und das Meer" nicht nur ersonnen, sondern in natura beobachtet. Es hilft nichts, die Welt ändert sich und nimmt auch in ihren entferntesten Winkeln den von Neugier und ökonomischer Ausnutzung bestimmten Lauf.

Die Bahamas halten da noch ein großes Potential bereit. Und die verantwortlichen Leute dosieren geschickt. Auf Long Island lockt das unter deutscher Leitung stehende Hotel „Stella Maris" mit europäischem Komfort, mit bahamesischem Junkanoo und mit Ausflügen an die Ränder der Insel, wo (noch) echte Entdeckungen möglich sind. Andros, Eleuthera, Great Exuma, Little und Great Inagua – sie alle verheißen (noch) Exkursionen ins Unvertraut-Exotische. Gleichzeitig aber offerieren sie die zivilisatorische Basis mit Bad und Dusche, Telefon und Telex.

Die Family Islands stellen ohne Zweifel eines der letzten zu erkundenden Gebiete auf dem Globus dar. Die Bahamesen selbst haben sich verpflichtet, ihre Umwelt nach Kräften zu pflegen.

Traditionell sind es die Amerikaner, die in den Bahamas eine Heimstatt für den Urlaub suchen; allerdings – weil das Glücksspiel in den meisten Staaten verboten ist –, oft auch deshalb, um in den Kasinos von Nassau und Freeport ihr Geld einzusetzen. Mit den Familien-Inseln haben sie weniger im Sinn. Hier gibt es für Abenteurer vom alten Kontinent noch Wunscherfüllungen – ohne daß sie auf den Glanz und die Verführung der zwei Großen zu verzichten brauchen.

JOHANN SCHLEE



FERIEN AUF DEN BAHAMAS / Paradiesische Natur auf 700 Inseln in der Karibik

Der Tourismus verhalf dem Staat zu einem steigenden Wohlstand

Es gibt keine Bodenschätze. Es gibt keine Industrie. Es gibt keine nennenswerte Agrarwirtschaft. Dafür bietet diese Nation der 700 Inseln eine paradiesische Natur: Sandstrände, Meer und Palmen. Die Sonne scheint fast jeden Tag.

Die Bahamas haben ihre landschaftliche Schönheit vermarktet (it's better in the Bahamas) und sind nicht schlecht dabei gefahren. Der Tourismus ist der mit Abstand wichtigste Wirtschaftszweig geworden und verhalf dem Staat zu einem der höchsten Pro-Kopf-Einkommen der Karibik, etwa 2800 Dollar im Jahr.

Kein anderes Land dieser Insel-Region verzeichnet so viele Besucher und verbucht ähnliche Einkünfte. 1985 wurden 2,6 Millionen Gäste registriert, die Passagiere der Kreuzfahrtschiffe eingeschlossen, die 860 Millionen Dollar hinterließen. Zwei Rekordzahlen. 1987 erwartet das Tourismus-Ministerium bereits eine Milliarde Dollar. Der Staat zählt 226 000 Einwohner.

Die meisten Besucher kommen aus den Staaten

Die Fremdenverkehrsbranche erwirtschaftet 72 Prozent des Bruttosozialproduktes und beschäftigt zwei Drittel aller Arbeitnehmer. Das Tourismus-Ministerium mit dem berühmten Strohmarkt dominiert die Geschäftsstraße Bay Street der Hauptstadt Nassau. Der Tourismus-Minister gilt immer als einflußreichstes Kabinettsmitglied. Der stellvertretende Premier Clement T. Maynard bekleidet dieses Amt.

Die Bahamas sind der bevorzugte karibische Ferienort der Amerikaner, seit Fidel Castro Ende der fünfziger Jahre in Kuba die Macht übernahm und den ersten marxistischen Staat der westlichen Hemisphäre errichtete. 85 Prozent aller Urlauber kommen aus den USA. Sie müssen nur kurze Flüge absolvieren. Nassau und Miami trennen nur 30 Flugminuten. Zwischen beiden Städten verkehren Wasserflugzeuge. Bimini, die westlichste Bahama-Insel, liegt 65 Kilometer vor der US-Küste.

Die meisten Amerikaner schätzen New Providence und die mit einer Brücke verbundene Paradise Island, die 60 Prozent aller Touristen beherbergen. Die Grand Bahamas (28 Prozent) folgen an zweiter Stelle. Diese Inseln offerieren Hotels mit Kasinos und ein pulsierendes Nachtleben. Die Hauptstadt Nassau und die bekannte Cable Beach befinden sich auf New Providence. Die sogenannten „Family Islands" (Familien-Inseln) verbreiten jedoch ein ruhigeres Flair. Mit ihnen assoziiert sich das Stichwort Paradies.

Abaco, Eleuthera und Exuma, von Nassau und Freeport (Grand Bahamas) per Flugzeug oder Schiff zu erreichen, haben traumhafte und fast menschenleere Strände. Hier kann man die Welt vergessen, abschalten, ausspannen. Die Europäer bevorzugen diese Gebiete. Viele konnten bisher jedoch noch nicht Bimini entdekken, eine lässige Insel, die besonders Angler und Fischer fasziniert.

Der Europa-Tourismus floriert nicht mehr wie Ende der siebziger Jahre. 1980 sind noch 140 000 Europäer gezählt worden, darunter 60 000 Deutsche. 1985 verzeichnete das Tourismus-Ministerium lediglich 37 306 Urlauber aus dem alten Kontinent, 6835 waren Deutsche.

Basil Albury, der für Marketing-Fragen zuständige stellvertretende Generaldirektor des Tourismus-Ministeriums, erläutert diese Entwicklung mit zwei Gründen: „Der hohe Dollarkurs der letzten Jahre und die schlechteren Luftfahrtsverbindungen". Die Lufthansa fliegt nicht mehr zwischen Frankfurt und Nassau.

„Der Urlaub bei uns wird immer billiger"

Albury sieht die Zukunft jedoch optimistisch. „Der Dollarkurs sinkt, der Urlaub bei uns wird billiger." Er beobachtet bereits „ermutigende Signale", einen steigenden Besucher-Trend aus Europa. Die Europäer würden sich wieder an die Bahamas erinnern, besonders die Deutschen.

In Nassau wird der „Miami Herald" verkauft, der über die Witterungsverhältnisse auf der ganzen Welt ausführlich informiert. Am vergangenen Wochenende meldete das Blatt Temperaturen um den Gefrierpunkt in Berlin und Bonn und 32 Grad in Nassau. Im Sheraton-Hotel der Hauptstadt hat ein spärlich bekleidetes Ehepaar aus Deutschland diese Zahlen verglichen und ist lächelnd zu dem Schluß gekommen: „It's better in the Bahamas."

WERNER THOMAS

WELT-INTERVIEW MIT TOURISMUS-MINISTER CLEMENT T. MAYNARD / Die Zahl der Besucher steigt an

„Der Ausbau der Infrastruktur auf den Family Islands steht ganz oben auf unserer Liste"

WELT: Herr Minister, die Zahl der Touristen auf den Bahamas ist im vergangenen Jahr deutlich gestiegen. Das allein besagt aber noch nicht viel. Wie sehen Sie die Entwicklung im touristischen Bereich insgesamt?

Maynard: Zunächst einmal hatten wir eine gute Belegung der Hotelzimmer, es sind mehr Gäste gekommen; das gilt besonders für Grand Bahama. Trotzdem wird es auf dieser Insel noch einige Anstrengung kosten, bis wir wieder das Niveau, sagen wir, von 1979 erreicht haben. Immerhin ist aber die Zahl der Flugpassagiere um zehn Prozent gestiegen. Auf New Providence hatten wir Anfang 1985 mit einer Steigerung von fünf Prozent gerechnet – am Ende waren es zehn Prozent.

WELT: Abgesehen von New Providence und Grand Bahama bietet die Entwicklung der übrigen Inseln, der sogenannten Family Islands, sicher besondere Probleme, wenn man allein an das Transportwesen denkt...

Maynard: Nun, wir haben eine nationale Fluglinie, die Bahamasair, die keine Verluste macht. Man muß solche Einzelprobleme immer in dem größeren Zusammenhang von Lösungen sehen, die den gesamten Bahamas zugutekommen. Nach der Verbesserung der Flugverbindungen steht der Ausbau der Infrastruktur auf den Family Islands ganz oben auf der Liste. Es ist zwar schön, sich einmal von allem abzusetzen, aber man muß trotzdem in Verbindung bleiben können, über Telefon oder Telex – da herrscht noch Mangel. Außerdem braucht man mehr Straßen und bessere Flughäfen.

WELT: Wie wollen Sie die Family Islands vermarkten?

Maynard: Wir werden dabei sehr eng mit dem Islands Promotion Board zusammenarbeiten. Bisher bestand die Tendenz, jede der Inseln einzeln zu propagieren; mein Plan ist, alle Inseln kollektiv am Markt zu fördern und



Clement T. Maynard FOTO: DIE WELT

doch sicherzustellen, daß die besonderen Vorzüge jeder einzelnen bekannt werden. Man darf auch nicht vergessen, daß die Unterbringungsmöglichkeiten dort begrenzt sind. Wir wollen kein Übermaß an Nachfrage schaffen, das uns zwingen würde, Arbeitskräfte von außerhalb dieser Gemeinschaft heranzuziehen.

WELT: Was auswärtige Arbeitskräfte betrifft: Sie haben selbst die Aufsicht über das Programm der „Bahamasation" auf den Family Islands geführt. Wie beurteilen Sie die Situation heute?

Maynard: Im Bereich des Managements haben wir die Sache ziemlich im Griff. Wir verfügen über eine stattliche Anzahl von Hotelmanagern, die sowohl zu Hause wie im Ausland gute Arbeit leisten.

WELT: Wie können die Bahamas aus ihrer überwiegend touristisch orientierten Wirtschaft mehr Vorteile anderer Art ziehen?

Maynard: Ich bin nach wie vor optimistisch, was das Entwicklungspotential unserer Handwerkszweige angeht. Es kommt ja darauf an, bessere Kreuzverbindungen zwischen dem Tourismus und anderen kommerziellen Sektoren der Wirtschaft herzustellen, und da kann man die Wichtigkeit eines kompromißlos hohen Standards gar nicht genug betonen. Es gibt bei uns Leute, die Stroh- und Bastwaren von geradezu legendärer Qualität produzieren; die kann man natürlich in Hotels und anderen touristisch orientierten Einzelhandelsgeschäften erfolgreich anbieten. Andere Leute verdienen heute beträchtliches Geld mit der Lieferung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen.

WELT: Was planen Sie in naher Zukunft an Investitionen?

Maynard: Der Charakter der Tourismusindustrie hat sich gewandelt. Es werden mehr Kreuzfahrten organisiert als je zuvor. Deshalb müssen wir so schnell wie möglich ein Erweiterungsprogramm des Hafens in Nassau realisieren.

WELT: Wie sind Sie als Stellvertretender Premierminister mit der allgemeinen Lage der Wirtschaft auf den Bahamas zufrieden?

Maynard: Ich kann mit Genugtuung sagen, daß unser Wirtschaftsleben gute Fortschritte macht. Ein Wachstum, das die Inflationsrate übersteigt, ist immer von Vorteil, und unsre nationale Ökonomie hat diesen Punkt erreicht. Das vergangene Jahr war für die Bahamas hervorragend – wobei natürlich die 2,5 Millionen ausländische Besucher eine wesentliche Rolle spielten –, und 1986 hat sich gut angelassen.

Der amerikanische Dollar wird nicht mehr die beherrschende Position behaupten wie in den vergangenen drei oder vier Jahren. Aufgrund der kürzlichen Angleichungen der internationalen Währungskurse werden andere Länder wirtschaftlich wieder in den Vordergrund rücken. Wir sollten davon profitieren, wenn der Dollar auf dem gegenwärtigen Stand bleibt. Falls der Dollar gegenüber der deutschen Mark, der italienischen Lira oder dem französischen Franc sinkt, wird uns das bestimmt in diesen Märkten nützen.

WELT: Zum Abschluß, Herr Minister: Sind Sie zufrieden mit den Bemühungen der internationalen Reiseveranstalter, die Bahamas als bevorzugtes Touristenziel zu etablieren?

Maynard: Diese Frage kann ich mit einem großen Lob für die Veranstalter beantworten. Wie gesagt, hatten wir 1985 rund 2,5 Millionen Touristen. Dazu gehört auch ein Dank an unsere Partner in der Industrie, die dazu beigetragen haben, daß die Bahamas im Wettbewerb vorn liegen.

„Ich schätze die politische Stabilität"

Lyford Cay – das ist die beste Adresse, die es auf New Providence, der Hauptinsel der Nation der Bahamas, überhaupt gibt. Es ist das Viertel der Millionäre aus vielen Teilen der Welt, die hier Wohnsitze unterhalten. Wenn sie nicht am Ort sind, überlassen sie die Villen am Strand ihren Freunden. Deutsche Industrie-Magnaten sind darunter und andere Berühmtheiten des internationalen Jet-sets.

Ich selbst aber hatte ein festes, vorher verabredetes Ziel: einen Besuch bei dem amerikanischen Schriftsteller Arthur Hailey, den man nach seinen spektakulären Bucherfolgen (deutsch im Berliner Ullstein Verlag) und nach seinen ebenso aufsehenerregenden Fernsehserien kaum noch näher vorzustellen braucht.

Jedenfalls mußte ich durch die „Sperre" von Lyford Cay; das ist ein Schlagbaum mit rechts und links zwei Männern im Schildhäuschen, die nach einer Voranmeldung fragten. Die hatte ich gottlob in der Westentasche, und der Mann im linken Schildhaus rief beim Autor an, der ihm Bescheid gab: Ja, dieser Redakteur aus Deutschland darf kommen.

Dann sitzt man Arthur Hailey in seinem sehr großzügig geschnittenen Arbeitszimmer gegenüber. Vom Meer her gesehen, das man riechen und durch Bootsmasten südwärts vom Haus visuell orten kann, steht die Sofagarnitur rechts. Daneben dann, wenn man sich mt dem Glas Orangensaft in der Hand umdreht, lauert sozusagen der Schreib-Computer, auf dem dieser Autor kreativ ist. Das Gerät mahnt einen, dem Mann nicht zuviel Zeit zu stehlen. Er ist so beschäftigt, daß er die neueste Technologie einsetzt, um Zeit zu *gewinnen*.

Standardfragen stelle ich zwar, aber er beantwortet sie charmant: „Natürlich bin ich aus Amerika in die Bahamas übergesiedelt, um Steuern zu sparen. Am Anfang habe ich das



Arthur Hailey FOTO: DIE WELT

gar nicht richtig begriffen. Erst allmählich habe ich gemerkt, daß meine Steuerberater gar nicht so dumm waren. Dann aber, nach zwei Jahren oder so, hat mich die Liebe zu diesem Land ergriffen. Das Klima hier ist während des ganzen Jahres angenehm bis heiß. Ich kann im Garten herumbosseln, mit meinem Boot herausfahren, zusammen mit meiner Frau –, und ich schätze die politische Stabilität des Staates."

„Airport", „Räder", „Die Bankiers", und natürlich „Hochspannung" und „Hotel", das sind auch bei uns Markenbegriffe, die Arthur Hailey gesetzt hat. Es ist schon geographisch eine erstaunliche Spannbreite. Er hat dafür eine Erklärung: „Von hier aus komme ich schnell überallhin, wo ich hin will." Dieser Autor ist bekannt dafür, daß er alle seine Stories am Ort des Geschehens sehr sorgfältig recherchiert.

Die nächste Frage ist nun nicht zu vermeiden: „Mr. Hailey, an welchem Thema arbeiten Sie gegenwärtig? Wo führt Ihre nächste Reise Sie hin?" Da hat er eine Antwort parat, die dem Neugierigen den Wind aus den Segeln nimmt: „Wissen Sie, ich arbeite in einem bestimmten Rhythmus. Alle drei Jahre veröffentliche ich ein Buch, und bei dem neuen bin ich erst auf der halben Strecke. Ich will Ihnen auch sagen: Was die Fernsehleute mit meinen Büchern anstellen, kümmert mich nicht allzusehr."

„Bringt das nicht trotzdem eine Menge Geld ein?"

„Ach wo, mit den Drehbüchern habe ich recht wenig zu tun, und die Verwertung der Rechte, das ist so eine eigene Angelegenheit."

„Mr. Hailey, wie würden Sie sich einordnen in der zeitgenössischen Literaturszene, sowohl was Amerika wie Europa betrifft?"

„Das kann ich mit wenigen Worten sagen: Ich bin ein Erzähler von Geschichten, und ich fühle mich dabei in einer alten und respektierten Tradition. Die Geschichte muß gut sein, und wenn sie gut ist, kommt auch meine zugrunde liegende Botschaft an: ein Plädoyer für die Freiheit des *Individuums und die Freiheitlichkeit* des Systems, in dem wir leben."

ALFRED STARKMANN

FREEPORT GRAND BAHAMA / Idealer Alterssitz für sonnenhungrige Europäer

Doppelter Gegenwert fürs Geld

Im Alter wünscht man sich doppelt soviel Zeit zur Entspannung und Erholung, doppelt soviel Gegenwert fürs Geld, damit Träume in Erfüllung gehen können. Die erste Voraussetzung dafür ist ein warmes Klima während des ganzen Jahres, so daß man zweimal soviel Zeit zur Verfügung hat, um die Sonne zu genießen und um den müden Körper wieder in Form zu bringen.

Ich kann versichern: Da gibt es keinen besseren Ort als Freeport auf der Insel Grand Bahama. Hinzu kommt, daß die Bahamas insgesamt ein Steuerparadies sind und Freeport noch besondere Konzessionen bietet: keine Einkommen-, Körperschafts- oder Erbschaftsteuer: doppelter Gegenwert fürs sauer verdiente Geld.

Viele Angler haben oft den Köder in den heimischen Forellenbach geschleudert, und das erfordert schon Geschick und Sachkenntnis. Aber wer hat je das prickelnde Abenteuer erlebt, an einen Kampfstuhl geschnallt, wenn der Speerfisch am Haken in das gleißende Sonnenlicht hochspringt und in einem goldglänzenden Sprühregen erschöpft wieder aufs Wasser schlägt, doch so lange kämpfend, bis ihn der Widerhaken erwischt und an Bord zieht?

Ein anderer köstlicher Zeitvertreib sind Bootfahrten zu den Hunderten der Family Islands. Man entdeckt einsame pulverweiße Strände und begegnet einer Welt im paradiesischen Zustand. Oder lieber Tennis? Das kann man jeden Tag den ganzen Tag lang und sogar spätabends, wenn es kühler ist, auf den mit Flutlicht ausgestatteten Plätzen in Freeport. Und dann Golf: natürlich zwölf Monate im Jahr, und wer ein wenig kurzatmig sein sollte, fährt mit dem Elektrocart; seine 18 Löcher am Tag kriegt er so allemal hin. Hat man von einem Platz genug, geht man auf einen anderen – Grand Bahama bietet sieben Golfplätze unterschiedlicher Anforderungen.

Gut essen und im Kasino sein Glück beim Spiel versuchen zählen ebenfalls zu den Möglichkeiten des Vergnügens. In Freeport gibt es zwei Kasinos und eine fast schon verwirrende Fülle von Restaurants mit einheimischer und europäischer Küche, für jeden Abend ein anderes. Kein Feinschmecker wird enttäuscht.

Manche Leute, das lehrt die Erfahrung, können sich einfach nicht entspannen, wenn sie nicht gleichzeitig ihren weltlichen Reichtum mehren. Auch sie finden ein lohnendes Betätigungsfeld.

Die Bahamas stehen in ständiger Telefon- und Telexverbindung mit den großen Börsen und Warenmärkten der Welt. Wer will, kann sich einschalten in die Entwicklung des auf dem Tourismus basierenden Wirtschaftslebens der Insel. Man könnte zum Beispiel ein kleines Unternehmen gründen, etwa eine bahamesische Niederlassung. Dividenden und Gewinne lassen sich bei internationalen Banken deponieren, wo auf die Zinsen keine Steuer erhoben wird. Die einheimische Gesetzgebung erlaubt, Guthaben zu repatriieren – und das Bankgeheimnis wird strikt eingehalten.

Andere wiederum wünschen nicht mehr, als sich zurückzulehnen und den Tag zu genießen; wo kann man das besser als an einem einsamen Sandstrand, gestreichelt vom leisen Rauschen der Brise in den Casuarina-Bäumen?

Für Hobby-Gärtner ist die Insel der Himmel auf Erden, zum Züchten von Orchideen, anderen seltenen Blumenarten und tropischen Früchten, von denen man vorher nur geträumt hat.

Wessen Vorstellung von Glückseligkeit dies entspricht, der ist es sich einfach selbst schuldig, hierher zu kommen und nachzuschauen. Er wird sich gleichzeitig zu Hause und doch in einer anderen Welt fühlen. Und sein Traum wird leicht Wirklichkeit, denn es stehen genügend Häuser und Grundstücke für ein zweites Heim zur Verfügung. Entweder man baut selbst (gute und arbeitswillige Fachkräfte sind vorhanden), oder man kauft – vielleicht ein Haus oder eine Eigentumswohnung direkt am Ozean oder an einem der Kanäle mit Anlegeplatz für das Boot oder unmittelbar an einem der Golfplätze.

Alle Gebäude haben selbstverständlich Strom- und Wasseranschluß, sogar Kabel-TV fehlt nicht.

Wo auch immer man wohnt, nie ist es weit bis zur magischen City von Freeport mit ihrem exotischen Bazar, einer modernen Infrastruktur und hervorragenden Einkaufsmöglichkeiten aller Art. Nicht zu vergessen: Nach Amerika sind es nur zwanzig Flugminuten.

DAVID HUNTER

WAS INTERNATIONALE INVESTOREN AUF DEN INSELN ERWARTET

Nassau ist weit, und das Geld aus Amerika ist in greifbarer Nähe

Nicht von ungefähr hat Grand Bahama nach seiner „Entdeckung" vor rund 30 Jahren neben Amerikanern (20 Flugminuten nach Miami) weitere internationale, an Investitionen interessierte Kreise angezogen. Attraktive Steuervorteile, oder besser gesagt Steuerfreiheit, für Investierende, gepaart mit einer erstaunlichen politischen Stabilität, waren wohl die ausschlaggebenden Magneten.

Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß auch viele Europäer, angeführt von Deutschen und Schweizern, beachtliche Investitionen auf Grand Bahama getätigt haben – ja, die deutschen Investitionen sind so auffällig geworden, daß jetzt sogar ganze Straßenzüge nach den Geldgebern benannt sind. Wenngleich in der Folge nach dem ersten Boom nicht alle Spekulationshoffnungen erfüllt wurden, hat sich im Laufe der letzten fünf Jahre doch eine solide Grundlage für zukünftige Investitionen entwickelt.

Generell kann man sagen, daß nach einer Periode des Abwartens, die zusammenfiel mit dem Prozeß der Selbständigkeit der Bahamas, diese Nation ein unter Insidern bevorzugter Standort geworden ist.

Grand Bahama nimmt innerhalb des Inselstaates eine besondere Stellung ein, die Steuerprivilegien sind hier die besten von allen unter den „Family Islands". Grundstückspreise liegen relativ günstig. Die Zukunftsperspektive für Grand Bahama hat sich in den letzten zwei Jahren ganz wesentlich verbessert.

Dies drückt sich natürlich vor allem im Tourismus aus. Amerika und Kanada stellen gemeinsam 90 Prozent aller die Inseln besuchenden Touristen. Durch den Dollarkurs gebeutelt, kamen in den vergangenen Jahren nur noch wenige, nämlich knapp zehn Prozent der Gäste, aus Europa.

Immerhin waren es zehn Prozent, meist vermögende Individualisten, die hier ideale Voraussetzungen finden für die schönsten Wochen des Jahres, mit Golf, Tiefseetauchen, Surfen, Segeln, Tennis oder Reiten – und das gibt's sogar zwölf Monate im Jahr.

Vergleicht man das Preis-Leistungs-Verhältnis, so kommt man auf Grand Bahama und den kleineren Inseln zu dem Ergebnis, daß bei einer Buchung z. B. auf Halbpensionsbasis die Unterschiede zu in Europa konkurrierenden Ferienplätzen nicht viel mehr als zehn Prozent ausmachen, oft sogar weniger. Berücksichtigt man darüber hinaus, daß man hierfür tatsächlich vom 1. Januar bis 31. Dezember bei angenehmen Temperaturen Urlaub machen kann, so sind die Bahamas auch in Europa durchaus konkurrenzfähig.

Dabei ist weiter zu bedenken, daß der Hin- und Rückflug mit erstklassigen Fluglinien von Deutschland nach Freeport – mit Zwischenlandung in Miami – nur circa 1200 bis 1800 Mark, je nach Jahreszeit, kostet. Kenner buchen auch noch unter diesen Preisen.

Für den Europäer, der länger auf Grand Bahama lebt, bedeutet dies Abschiednehmen von vielen liebgewonnenen europäischen Kleinkrämereien und die Gewöhnung an amerikanische Marktmechanismen. Der amerikanische Markt beherrscht fast alles auf Grand Bahama: Jedes Steak im Hotel, die Autos auf der Straße, die Zeitungen im Kiosk – alles ist so, als befände man sich in den Vereinigten Staaten. Nassau, der Sitz der Regierung, ist weit. Amerika ist nahe.

Man hat den Eindruck, daß die europäischen Anbieter im Markt überhaupt keine Ahnung haben, daß die Bahamas existieren – so tief schlafen sie. Als Ausnahmen kann man die Brauereien Beck und Fürstenberg nennen.

Ein Markt von knapp 250 000 Menschen, verteilt auf 700 Inseln, hat natürlich seine Grenzen. Dennoch gibt es hier viele Nischen, die ungenutzt sind, zumal ein international erstklassiges Bankennetz die unter den Steuerprivilegien günstigen Bahamas phantastisch bendient.

Es ist wirlich wahr: Niemand in den Bahamas zahlt einen Dollar Einkommensteuer! Andererseits ist dies der Grund, warum sich der Staat durch Zölle in bedeutendem Umfang – auf Luxusprodukte bis zu 65 Prozent – bei den Importen bedient.

Im allgemeinen kann der Staat zufrieden sein, nur die schwankenden Interessen der Urlauber machen dem Ministerpräsidenten und seinem Minister für Tourismus Sorge. Die Gunst der Touristen – nicht nur der aus Europa, sondern auch aus Amerika – wendet sich von Zeit zu Zeit immer wieder einmal von einem Platz ab und dem anderen zu. Zehn Prozent Veränderung bedeutet schon Genugtuung oder Ärger für die Nation, Gewinn oder Verlust. Im Zeichen des fallenden Dollar gewinnen die Europäer – besonders die Schweizer und die Deutschen – jetzt wieder an Relevanz in der Touristik wie im Investmentbereich. Das bereitet natürlich Freude in den Bahamas.

Der Unternehmer, wenn er hier investiert, muß wissen, daß in den Bahamas die Uhren etwas anders gehen als in Europa. Das heißt aber nicht, daß man auf den Bescheid einer Behörde deshalb so lange warten muß wie z. B. in der Bundesrepublik Deutschland. Es kann durchaus sein, daß man Entscheidungen in Freeport auch in der halben Zeit durchsetzen kann. Berücksichtigt man, daß Hektik trotz der Nähe zu den Vereinigten Staaten nach wie vor ein Fremdwort ist, so spricht das eindeutig für die hier herrschende Lebensqualität.

Dieses positive Urteil wird auch nicht durch die Tatsache getrübt, daß es auf Grand Bahama zwei konkurrierende Gewerkschaften gibt, mit denen sich jeder Unternehmer befassen muß. Der Lebensstandard in den Bahamas ist der höchste in der Karibik, und die Effektivlöhne beziehungsweise Gehälter in fast allen vergleichbaren Fällen liegen über denen in Europa.

Dennoch ist es nicht nur für den Urlauber interessant, zwei oder drei Wochen des Jahres auf Grand Bahama zu verbringen; auch der international operierende Unternehmer findet hier einen fast idealen Standort, ganz besonders dann, wenn er Amerika und Kanada, die Staaten des Golfes von Mexiko und Südamerika bedienen will.

Alle auf Grand Bahama zum Zwecke des Exports verarbeiteten Produkte können zollfrei ein- und ausgeführt werden. Der anfallende Gewinn bleibt steuerfrei. Bei einer richtigen Vertragsgestaltung zahlt dann noch das deutsche Finanzamt den Flug nach Grand Bahama – wirklich ein Paradies für Deutsche.

BERND FEURING

Der Autor leitet seit zwei Jahren ein großes Hotel in Freeport.



Lohnendes Geschäft: Sklavenverkauf am Vendue House, Nassau

Im siebten Himmel

Heiliger Retter", rief um zwei Uhr in der Früh am 12. Oktober 1492 Christobal Colón, als er nach wochenlanger Fahrt endlich wieder einmal Land sah. Colon sprach allerdings nicht Deutsch, sondern Spanisch und rief deshalb „San Salvador". Und San Salvador heißt noch heute eine der Inseln Bahamas.

Die Insel ist 20 Kilometer lang, nicht einmal 10 Kilometer breit, hatte wenig zu bieten, und doch fühlten sich Christoph Kolumbus und seine Leute im siebten Himmel. Meinten sie doch, sie wären endlich am Südzipfel von Indien angelangt, und nannten daher die dunkelhäutigen Bewohner der Insel „Indios", obwohl es Lucayans waren, vom Stamm der Arawaks.

Wichtiger als die nackten Bewohner und ihre richtige Bezeichnung war den Spaniern das, was sie als Schmuck trugen, Armreifen aus Gold und Edelsteinen.

Das Goldfieber brachte die Lucayans in die Goldbergwerke auf Hispañola und Kuba; und bald darauf um ihre Existenz.

Das Goldfieber zog weiter. Der Archipel im Norden der Karibik geriet in Vergessenheit. Erst als eine Gruppe Puritaner sich 1647 dort etablierte und wenig puritanisch in den Sklavenhandel einstieg, erinnerten sich die Spanier ihrer Rechte. Die kriegerischen Streitigkeiten entschieden die Briten zu ihren Gunsten, wobei ihnen eine Kriegslist geholfen haben soll: Ganze Schiffsladungen britischer Truppen wurden an Land gerudert und setzten die Spanier in Angst und Schrecken. Was diese nicht gesehen hatten: Die Briten stiegen am Ufer nicht aus, sondern wurden im Boot liegend wieder zum Schiff zurückgerudert, um erneut, dieses Mal stehend, die Küste anzusteuern.

1834 wurde die Sklaverei verboten, und die 10 000 freigelassenen Neger begannen, zusammen mit Einwanderern aus den USA, das Land zu kultivieren.

1860 wurden die Bahamas im amerikanischen Bürgerkrieg zur Nachschubbasis für die Südstaaten. In den 20er Jahren waren sie Stützpunkt für die Rum Runners, die aus den Prohibitionsgesetzen der USA mit Hilfe eines blühenden Schmuggelgeschäfts Profit machten.

Während des Zweiten Weltkrieges dienten die Bahamas vielen Europäern zum Überwintern. 1964 erhielt die britische Kolonie ihre erste autonome Regierung, und 1973 wurden die Bahamas ein unabhängiger Staat innerhalb des britischen Commonwealth. hhh.

COMMONWEALTH-KONFERENZ

Ein Prestigegewinn für den Premierminister

Es war gleichzeitig ein großes weltpolitisches Ereignis und ein Treffen, das Schlaglichter warf auf die „Befindlichkeit" der Nation der Bahamas. Einerseits kamen unter dem nominellen Vorsitz der britischen Königin Elizabeth II. die Premierminister des Commonwealth im vergangenen Oktober in der bahamesischen Hauptstadt Nassau – zum ersten Male dort – zu ihrer turnusmäßigen Konferenz zusammen. Zum anderen massierten sich wieder einmal die Vorwürfe gegen das Regime von Sir Lynden O. Pindling, dem seit 19 Jahren amtierenden Premierminister des Inselstaates.

Der Kronbesuch aus London war Anlaß für eine ungewöhnliche Prachtentfaltung in Nassau, wo neben den obligatorischen Ehrengarden, von Amts wegen verordnet, Tausende Einwohner freiwillig und jubelnd den Weg der Kavalkade ins Innere der Insel säumten. Die Queen war da.

Diesmal war echtes politisches Gewicht involviert. Es ging bei dieser 25. Konferenz der Staatengemeinschaft, der 49 Mitglieder angehören, unter anderem um Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika – ein Thema, das in den Bahamas auf offene Ohren stieß. Mehr allerdings für das Selbstbewußtsein der gastgebenden Nation zählte vielleicht, daß auf ihren Inseln eine Commonwealth-Versammlung stattfand, die nie bisher in der Geschichte des Verbundes mit einem solchen Aufgebot an Staatsoberhäuptern aufwarten konnte.

Perfekte Organisation im Millionärsviertel

Es war die Commonwealth Conference par excellence, mit Pomp und Glanz und Gloria und Ankerung der königlichen Jacht „Britannia", die nach dem Ereignis Kurs nahm in die tieferen Gewässer der Karibik.

Die internationale Berichterstattung hob die perfekte Organisation im paradiesischen Millionärsviertel Lyford Cay lobend hervor, verschwieg aber nicht die inneren Spannungen hinsichtlich der Behandlung der südafrikanischen Apartheid-Frage. Trotzdem: Zum Schluß hatte dieser in der Welt einmalige politische Klub wieder einmal seinen Zusammenhalt bewiesen.

Darüber verhallten die kritischen Stimmen am Rande, die in dem so stabilen Gefüge des Inselstaates Risse entdeckt haben wollten, ohne allzu lautes Echo. Ein Vorreiter war die Londoner „Financial Times" gewesen, die der Regierung vorgeworfen hatte, daß sie sich am Drogengeschäft zwischen Süd- und Mittelamerika und den Vereinigten Staaten bereichere.

Gelassene Reaktion auf Attacken der Opposition

Indes, solche Anschuldigungen, an denen sich in der Vergangenheit selbst die bahamesische Oppositionspartei beteiligte, basieren auf Gerüchten ohne Beweiskraft. Premier Pindling nimmt die Attacken seiner Gegner mit Gelassenheit hin.

Bei der Konferenz in Nassau trat er als Staatsmann mit dem Geschick des Vermittlers auf. Die Vertreter der farbigen Commonwealth-Staaten, voran Robert Mugabe aus Simbabwe, der erklärte, Südafrika müsse „in die Knie gezwungen werden", standen einer Margaret Thatcher gegenüber, die von Wirtschaftssanktionen wenig hält.

Die WELT schrieb Ende Oktober: „Die Commonwealth-Länder haben der weißen Regierung Südafrikas sechs Monate Zeit zum Abbau der Rassentrennungspolitik gegeben und für den Fall der Nichterfüllung eine Reihe freiwilliger Sanktionen gegen das Land angekündigt. In einem Kompromißpapier, das die Regierungschefs von Großbritannien und 48 seiner Commonwealth-Partner in Nassau billigten, wurde Einigung auch darüber erzielt, die Einfuhr von südafrikanischen Krügerrand-Münzen zu beschränken."

An dem Zustandekommen des Kompromisses war der Gastgeber maßgeblich beteiligt. Die Veranstaltung war für ihn persönlich ein großer Erfolg und verschaffte seinem Lande – mit knapp 250 000 Einwohnern der kleinste unter den Commonwealth-Staaten – internationalen Prestigegewinn.

JOHN ESENS

WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

Lomé-Abkommen sorgt für satte Präferenzen

Als Nation ist das Commonwealth der Bahamas ein bloßer Teenager, kann aber auf 257 Jahre stabiler Regierung – der drittältesten in der Neuen Welt – und auf eine rapide Entwicklung seit der Unabhängigkeit im Jahre 1973 zurückblicken. Seine wirtschaftliche Zukunft ruht auf zwei immer stärker werdenden Säulen: Tourismus und Bankwesen.

Diese Kombination ist zwar auch anderswo in der Welt anzutreffen, doch dieses kleine Land (knapp 250 000 Einwohner) verfügt kaum über weitere nennenswerte Wirtschaftszweige. Es ist dabei, solche aufzubauen, und will gleichzeitig der Welt die Stärke ihrer zwei tragenden Säulen beweisen.

Die touristische Industrie hat ihre hauptsächlichen Stützpunkte auf der Insel New Providence/Paradise Island mit der Hauptstadt Nassau (Bevölkerung 148 000), auf Grand Bahama mit Freeport und auf einem halben Dutzend der Family Islands. New Providence mißt 32 mal 11 Kilometer, das Geschäftsviertel hat die Ausdehnung eines großen Dorfes.

Einer kürzlich erschienen Erhebung zufolge unterhalten die Bahamas nach Panama und Liberia die drittgrößte Handelsflotte der Welt. Im Juli vergangenen Jahres wurden 345 Schiffe mit einer Kapazität von 4,5 Millionen BRT unter der bahamesischen Flagge gezählt. Heute reicht ihre Zahl an 374, die gleiche Zahl der hier zugelassenen finanziellen Institutionen.

Nur wenige Häuserblocks von der geschäftigen Little Bay Street und dem malerischen, im europäischen Stil gestalteten Rowson Square entfernt, mischen sich Touristen von Vergnügungsdampfern während der Mittagszeit unter Buchhalter, Sekretärinnen, Anwälte und Angestellte von Ministerien, Banken, Trust- und Versicherungsgesellschaften.

Mehr als zwanzig Schweizer Banken haben sich hier niedergelassen. „Die Schweiz der Tropen" lautet die Überschrift eines Artikels zum Bankenwesen in der 1986er Edition des Buches „Welcome Bahama", das im Verlag Etienne Dupuch jr. in Nassau erscheint. Bis auf einen sind alle „großen neun" Rechnungsprüfer der Welt hier mit Filialen vertreten, und von Anwaltskanzleien haben zwölf mehr als sechs Partner.

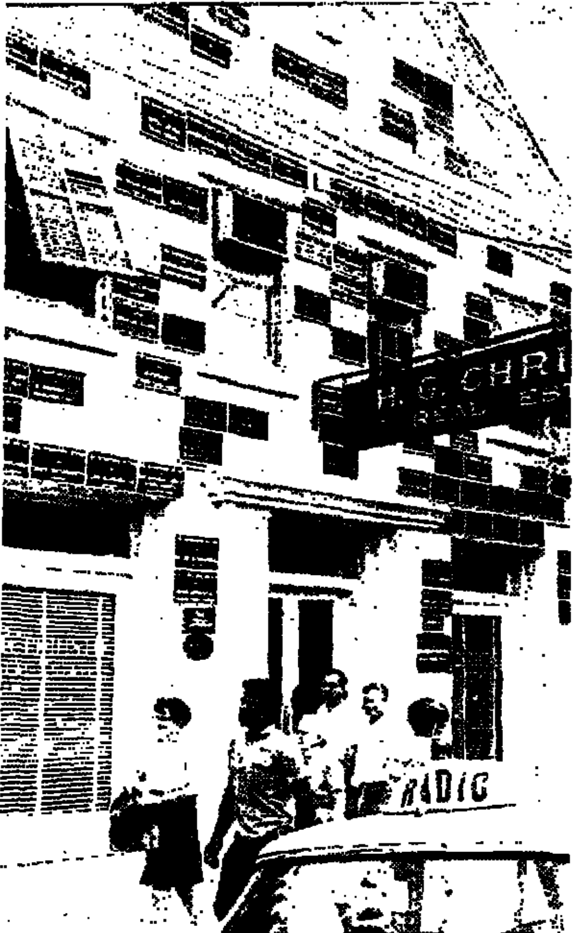
Ausländische Investoren in den Bahamas genießen die Vorteile folgender Vereinbarungen zwischen den Bahamas und verschiedenen anderen Nationen und Institutionen:

- Die Lomé-Konvention gewährt Sonderbehandlung beim Export von Gütern in die Europäische Gemeinschaft, zum Beispiel von Bacardi-Rum, der hier hergestellt wird.
- Die „Carribean Basin Initiative" (C. B. I.) und das „Generalised System of Preferences" (G. S. P.) wirken auf ähnliche Weise; sie erleichtern den Export von Gütern in die Vereinigten Staaten – Florida ist nur 295 Kilometer von Nassau entfernt.
- Die „Overseas Private Investment Corporation" (O. P. I. C.) finanziert und versichert US-Investitionen in den Bahamas. Das kanadische Gegenstück bildet das „Canadan Overseas Insurance Programme".

Wer das Steuerparadies der Bahamas als Bankplatz benutzt, kann mit außergewöhlicher fiskaler Liberalität rechnen. Dazu gehört: Keine private Einkommensteuer, keine Körperschaftssteuer, keine Verkaufs- oder Gewinnsteuer, keine Erbschaftssteuer, keine Doppelbesteuerungsabkommen – und auf der anderen Seite vom Gesetz verordnete Verschwiegenheit.

Das Bankengeheimnis oder präziser: Diskretion und Vertraulichkeit, hat zu romanhafter Ausschmückungen geführt; es geht das Gerede von anonymen Nummernkonten. In Wirklichkeit existieren sie nicht. Manchmal werden Nummern und Kennwörter eingesetzt, um bestimmte Konten zu lokalisieren – das ist alles. Die Identität des Kunden kennen nur einige wenige der leitenden Angestellten.

„Der Schlüssel", sagt William C. Allen, Gouverneur der Zentralbank, „liegt darin, daß man über die Bonität seiner Kunden Bescheid weiß." Und er fügt hinzu: „Der Status der Bahamas als Steuerparadies ist von uns nicht ausgeheckt wroden. Staaten werden schließlich nicht mit einem fertigen Steuersystem geboren ... Wir haben uns per Verfassung dafür entschieden, auf die Besteuerung von Einkommen zu verzichten."



Von den Steuerprivilegien gelockt, siedelten sich zahlreiche Firmen an, einige bestehen aus Anschrift und Briefkasten und (auf dem Bild nicht abgebildet) mindestens einem Konto.
FOTO: WINFRIED RABANUS

Der Zug zum „offshore banking" ist in erster Linie zurückzuführen auf Überbesteuerung in manchen Gegenden der Welt, auf zu straffe Vorschriften, Linkssozialismus, Rechtsextremismus, Mangel an Verschiegenheit und politische Unsicherheit – viel weniger auf kriminelle Aktivitäten. Durch euro-amerikanische Verabredungen ist die Vertraulichkeit in anderen Steuerparadiesen unterminiert worden. Dem haben die Bahamas bisher widerstanden.

Nach dem Stand vom 31. Dezember 1985 operieren 374 Banken und Trust-Gesellschaften in diesem Land; das bedeutet einen Zuwachs von 11 Prozent innerhalb eines Jahres. Von den 363 im Jahr 1984 registrierten Firmen hatten 263 die Genehmigung zum allgemeinen Publikumsverkehr, 92 hatten eine Lizenz, die ihre Aktivätten auf bestimmte Personen oder Aufgabenbereiche beschränkte, acht hatten latente Lizenzen.

Die 263 lassen sich weiter unterteilen: zehn waren von der Abteilung für Wechselkontrolle befugt, in bahamesischer und ausländischer Währung und in Gold zu handeln; acht Trust-Gesellschaften fungieren als Treuhänder und Händler in ausländischen Sicherheiten; unter den übrigen 245 waren 143 Eurocurrency-Filialen von Banken in den USA, in Großbritannien und Südamerika, Hongkong und Europa; weitere 81 waren ebenfalls Geschäftsstellen von Banken und anderen Institutionen mit Hauptsitz außerdem der Bahamas, eine wurde zu 50 Prozent von arabischen Interessen getragen. Der Rest (29) bestand aus bahamesischen Banken und Trust-Gesellschaften.

Es wäre interessant, einmal die Markenzeichen finanzieller Institutionen rund um den Globus zu studieren. Sie schmücken das kleine Nassau gleichsam wie ein verzweigter Weihnachtsbaum in der Bay Street: Glocken und Schilder, Löwen und Schiffe und andere Embleme reflektieren hier die Handelsmant der westlichen Welt.

London sollte auf der Hut sein, ebenso Wall Street in New York und die Bahnhofstraße in Zürich. Nassau verfügt über exzellente Kommunikationskanäle und alle modernen Dienstleistungen in Bilanz- und Rechtswesen. JOHN SHIRES

BANKPLATZ / Keine Steuer und keine Steuersünder

Der Punkt, wo man selbst dem Druck der Amerikaner nicht nachgibt

Die kleine Hauptstadt vermittelt eine geruhsame und gemütliche Atmosphäre. Keine hektischen Passanten, kein Verkehrschaos. Auch die Touristen, die tagsüber durch die Geschäftsstraße Bay Street strömen, haben Zeit und gute Laune. Exotische Vögel zwitschern, tropische Hecken blühen. Nassau, 135 000 Einwohner, erweckt nicht den Eindruck, eines der wichtigsten Finanzzentren der Welt zu sein. Die unscheinbare Metropole genießt jedoch diesen Ruf.

Die Zahlen frappieren. Etwa 350 Banken aus 27 Ländern sind in Nassau registriert. Sie managen gigantische Geldsummen, die Experten gegenwärtig auf 124 Milliarden Dollar schätzen. Gewaltige internationale Kredite laufen über die „Bahamas desks" dieser Banken.

Anders als in New York oder in Miami stehen in Nassau keine Glaspaläste der Finanzinstitute. Viele Banken verzichten auf eine physische Präsenz und wickeln ihre Bahama-Geschäfte weit entfernt von dem Inselstaat ab. Deshalb gibt es keine Wall Street und keine Brickell Avenue (Miami). Peter Albisser, der Vertreter der Schweizer Banca della Svizzera italiana Ltd. und Präsident der internationalen Bankenvereinigung in den Bahamas (AIBT), führt die Attraktion dieser karibischen Nation besonders auf zwei Gründe zurück: „Steuerfreiheit und Bankengeheimnis."

Die Vorteile des Handelsverkehrs in Dollars, der führenden Reservewährung der Welt, in einem Land, wo es keine Zentralbank-Kontrollen und keine vorgeschriebenen Mindestreserven gibt, liegen auf der Hand. Deshalb wuchs der Ecu-Markt rasch und wurde von vielen Regierungen und Unternehmen innerhalb wie außerhalb Europas genutzt.

Die von den Banken verwalteten Eurodollar-Guthaben beziffern sich auf 150 Milliarden US-Dollar oder rund zehn Prozent des internationalen Eurodollar-Marktes. Der Eurodollar wird definiert als Einlage von US-Dollars bei Banken außerhalb der Vereinigten Staaten; die Eurowährung (Eurocurrency oder kurz Ecu) ist breiter gespannt und umfaßt sämtliche Währungen, die im Zyklus von Handel und Geschäft aus den jeweiligen Ländern abgezogen werden.

Wie die jüngere Wirtschaftsgeschichte berichtet, kam der Eurodollar in den 50er Jahren zu einer Zeit auf, als sich in Europa Dollarmillionen massierten und die Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR auf einem Tiefpunkt standen. Die Sowjetunion brauchte Dollars für ihre Handelszwecke, wollte sie aber lieber außerhalb der Vereinigten Staaten aufnehmen und auf Konten lagern, um der Gefahr zu entgehen, daß ihre Devisenguthaben für alte, beträchtliche Schulden an Amerika beschlagnahmt wurden. Die sowjetischen Finanzierungsbedürfnisse wurden durch Kredite erfüllt. Aus europäischen Dollar-Mitteln, rückzahlbar in US-Dollars in Europa, begannen diese Transaktionen in Paris. Der Eurodollar nahm Gestalt an.

Die Bahamas kennen keine Steuern. Der Staat finanziert sich hauptsächlich mit Gebühren, Zöllen und Einnahmen aus Tourismus-Unternehmen. Da keine Steuern erhoben werden, existiert auch nicht das Delikt Steuervergehen. So können sich Ausländer mit Bahama-Konten vor der Steuerfahndung sicher fühlen. Vergeblich übten die USA bisher Druck auf die Pindling-Regierung aus, die Gesetze zu ändern.

Allerdings deckt das Bankengeheimnis nicht Verbrechen aller Art. Auf gerichtlichen Befehl müssen die Banken Auskunft erteilen über die Vermögensverhältnisse ihrer Kunden. Albisser betont, daß die Zentralbank und die Bankenvereinigigung in den letzten Jahren viele Schritte unternahmen, um dunkle Geschäfte zu unterbinden.

Die Rauschgift-Branche hatte die Bahamas oft in Verruf gebracht. Die Zentralbank verschärfte ihre Inspektionen und prüft heute penibel alle neuen Lizenzanträge. Inkriminierte Unternehmen wurden schon geschlossen. Albissers AIBT erließ vor einem Jahr einen Verhaltenskodex. „Niemand tätigt mehr Koffergeschäfte", sagt der Schweizer Bankier. Er meint dubiose Personen, die Bargeld in Koffern anschleppen. Sein Unternehmen akzeptiert keine neuen Kunden ohne Referenzen. Sie müssen mindestens 20 000 Dollar deponieren.

Für den Bankenboom gibt es noch andere Erklärungen. Der Bürokratismus und die Regulierungen sind minimal. „Geld sucht Sicherheit", heißt es. Der Inselstaat ist politisch stabil und besitzt einen effizienten Behörden-Apparat. Er liegt zudem in der Nähe der größten Wirtschaftsnation der Welt, der USA. Der Flug nach Miami dauert nur eine halbe Stunde. Die ausländischen Bankiers loben die Infrastruktur und optimalen Kommunikationsverhältnisse. Peter Albisser beobachtet an einem Computer in seinem Büro im Norfolk House die internationalen Aktien- und Devisenmärkte.

Er und seine Kollegen haben allerdings auch nichts gegen den Freizeitwert dieser Region einzuwenden. Die Providence-Insel mit der Hauptstadt Nassau präsentiert kilometerlange Strände und 18 Golfplätze. Das Bankengeschäft ist der zweitwichtigste Wirtschaftssektor der Bahamas, hinter dem Tourismus. Es bringt dem Land mehr als 100 Millionen Dollar im Jahr und beschäftigt 3000 Leute. Es öffnet wiederum andere Türen. In den Bahamas ließen sich 30 000 Gesellschaften registrieren. Der Staat belegt bereits hinter Liberia und Panama den dritten Platz auf der Liste der Schiffsregistrierungen. 345 Frachter und Öltanker fahren heute unter der blau-gelb-blauen Flagge der Nation.

Schließlich gewinnt der „Captive-Insurance"-Zweig immer größere Bedeutung, die Eigenversicherungen großer Unternehmen. Albisser prophezeit dieser Branche eine „dynamische Zukunft". Die meisten Bankiers stimmen überein, daß eine Konsolidierungsphase eingesetzt hat. Die Zeiten wilden Wachstums – in den sechziger Jahren operierten mehr als 600 Finanzinstitute – sind zu Ende. Die Bahamas spürten, daß auch die USA den Banken die Möglichkeit einräumen, für Ausländer Geschäfte (offshore) zu tätigen.

Die Konkurrenz macht sich jedoch weniger bemerkbar als zunächst erwartet. Kein Wunder. Ein wichtiger Kundenkreis fehlt in den USA: die Amerikaner. WERNER THOMAS



„The Royal Bahamian", Logis für Beatles und Duke FOTO: DIE WELT

Erst die Kirchen

Gebaut wird in den Bahamas viel – nicht immer mit europäischer Zügigkeit, so daß man gelegentlich an halbfertigen Gebäuden vorbeikommt, die verlassen scheinen. Mit Sicherheit aber werden diejenigen am schnellsten fertiggestellt, die für den Gottesdienst bestimmt sind. Es ist geradezu phantastisch, wie viele Kirchen auf diesen Inseln existieren.

Die Statistik verzeichnet zwölf verschiedene Religionsgemeinschaften, von den Anglikanern über Katholiken, Baptisten und Lutheranern bis zu hebräischen und Baha'i-Kongregationen.

Wie die 250 000 Bewohner der Inseln die Errichtung und den Unterhalt ihrer Gotteshäuser finanzieren, bleibt ein bahamesisches Geheimnis. Da in dem Staat keine Steuern erhoben werden, gibt es selbstverständlich auch keine öffentlichen Zuwendungen für die Kirchen. Diese leben allein von der Spendenfreudigkeit ihrer Gemeindemitglieder – und das offensichtlich gar nicht schlecht, wenn man etwa das römisch-katholische Pfarrzentrum von St. Mary Star of the Sea in Freeport zum Maßstab nimmt. Die weiträumige Kirche selbst mit ihrer modernen Architektur und der gediegenen Ausstattung sowie der angeschlossenen Schule zeugen von dem Engagement der „Pfarrkinder".

Überhaupt spielen die Religionsgemeinschaften eine entscheidende Rolle im Erziehungswesen des Staates. Ihre Schulen werden von der Regierung unterstützt; sie sind nach amerikanischem Muster ausgerichtet und durchweg auf anerkannt hohem Niveau. Absolventen bahamesischer weiterführender Schulen können in den Vereinigten Staaten ohne Zwischenprüfung studieren. Die Gläubigkeit der Bevölkerung ist auch der Grund dafür, daß die Rate krimineller Verstöße außerordentlich niedrig liegt – Ausnahmen werden in den Medien wie Sensationen behandelt.

Über die längste Tradition verfügt naturgemäß die anglikanische Kirche. Bischof Michael H. Eldon: „Die anglikanische Präsenz verlief seit der Gründung der Kirche des Heiligen Johannes 1768 in der malerischen Siedlung von Harbour Island parallel mit der Entwicklung des Commonwealth der Bahamas ... Das St. John's College brachte auch Schülern armer Herkunft die Möglichkeit einer erstklassigen Erziehung. Die Nation als ganze profitiert heute von den Leistungen vieler Akademiker, die aus unseren drei anglikanischen Schulen hervorgegangen sind."

Die bahamesischen Religionsgemeinschaften und ihre affiliierten Schulen haben ganz entscheidend zum Selbstverständnis und Selbstbewußtsein der Nation beigetragen. Sie sind ein Stolz des Landes.

NOEL MAN

TIPS VOR ORT

Junkanoo – Karneval auf karibisch

Mieten Sie in den Bahamas ein Auto, kostet das etwas mehr als im nahen Amerika – was verständlich ist, weil jeder Wagen importiert werden muß und bei der Einfuhr mit einer Zollabgabe belegt wird. Gefahren wird nach kolonialer britischer Tradition auf der linken Straßenseite. Das bereitet dem Fremden am wenigsten Schwierigkeiten in Freeport, der Stadt auf Grand Bahama, die in den 50er Jahren am Reißbrett entstanden ist. Die Straßen dort sind breit und in vorzüglichem Zustand.

*

Kriegen Sie im Urlaub unverhofft Zahnschmerzen, brauchen Sie auf beste Behandlung nicht zu verzichten. New Providence und Grand Bahama haben Dutzende von frei praktizierenden Dentisten und Fachärzten in den öffentlichen Krankenhäusern.

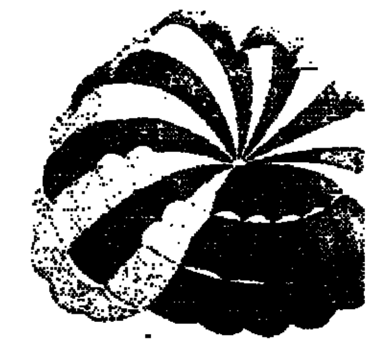
*

Haben Sie rechtliche Probleme – was zwar in den Ferien wohl selten passiert, aber für den Fall der Fälle –, stehen Ihnen jederzeit Anwälte zur Verfügung; darunter eine Reihe, die aufgrund ihrer Herkunft oder Ausbildung fließend Deutsch sprechen.

*

Junkanoo – das ist der Höhepunkt der einheimischen Folklore, sozusagen der bahamesische Karneval, der am zweiten Weihnachtstag und am ersten Tag des Jahres nach Sonnenuntergang mit Umzügen zum Klang von Kuhglocken, Ziegenfelltrommeln, Hörnern und Flöten stattfindet. Die Teilnehmer kleiden sich in phantastische Kostüme und Masken und zeigen tänzerisch ihr angeborenes rhythmisches Gefühl. Nach einer Version der historischen Erklärungen geht das Festival zurück auf den afrikanischen Prinzen John Conuu von der Goldküste, der im 18. Jahrhundert versklavt wurde und in den Bahamas auch in der Sklaverei für sein Volk das Recht verlangte, seine alten Stammesfeste zu feiern. J. S.

Bahamas
Redaktion: H.-H. Holzamer, Bonn
Anzeigen: Hans Biehl, Hamburg





Wassersport ist Trumpf am Paradise Island Beach, Parasailing ebenso wie Surfen, Wasserski oder Scuba Diving. Wer's privater liebt, dem bietet der Balmoral Beach Club Villen mit eigenem Pool.



Es gibt auch das Glück des Bescheidenen

Bevor man sich am nächstgelegenen heimischen Flughafen in den Jumbo oder die DC-10 setzt, die einen in ferne Gegenden fliegen wird, beginnt man sich schon vorzustellen, wie das Hotel wohl aussehen wird, in dem man seine nächsten zwei oder drei Wochen verbringt.

Geht der Flug in die Bahamas, kann man eines auf alle Fälle voraussetzen: Der Mindestkomfort der vom Schlafzimmer getrennten Dusche und Toilette ist immer vorhanden. Die verwöhnten Amerikaner, die den überwiegende Teil des Touristenstromes stellen, würden es nicht anders akzeptieren – und das kommt dann auch den Europäern zugute.

Natürlich gibt es Abstufungen. Nehmen wir an der Spitze zum Beispiel in Nassau das „Paradise Island Resort & Casino" mit den Nobelherbergen „Britannia Towers" und „Paradise Towers". Das ist ein Erholungskomplex in sich, mit insgesamt 1700 Zimmern und Suiten (mehrere davon direkt am Strand), mit Ballsälen, Spezialitätenrestaurants und einem exklusiven Ozean-Klub.

Wir wollen hier nicht über Preise reden, aber es sei soviel mitgeteilt, daß sie von 69 Dollar pro Übernachtung bis in fast unbegrenzte Höhen für die fürstlichen Appartements reichen. Was den Ozean-Klub betrifft, läßt der Magnat George R. Myers verlauten: „Alle Zimmer, Suiten und Wohnungen sind jetzt (nach beträchtlichen Investitionen) mit Mini-Bars, Telefonanschlüssen im Bad und im Schlafraum, zwei Bademänteln, speziellen Hygienemitteln, Nähkästchen und Schuhanziehern ausgerüstet."

Und das ist noch nicht alles: Wer zum wiederholten Male kommt, kriegt täglich frische Blumen und eine Fruchtschale auf den Tisch gestellt. VIPs werden am Flughafen auf Hotelkosten mit einer Riesenlimousine abgeholt und trinken unterwegs (20 Minuten dauert die Fahrt) französischen Champagner. George F. Myers, der 14 Stunden am Tag arbeitet, läßt sich täglich etwas Neues einfallen.

Die Gruppe „Wyndham Hotels" darf da natürlich nicht ins Hintertreffen geraten. Sie betreibt ebenso wie „Paradise" ein Spielkasino, in dem sich die große Welt trifft. Die Umsätze werden geheimgehalten, doch der Kasino-Experte weiß, daß sie enorme Höhen erreichen und daß am Ende in der Regel immer die Bank gewinnt. Das gilt für Nassau ebenso wie für Baden-Baden oder Aachen.

Die Wyndham-Leute haben auch einen neuen Schlager drauf, ein Kurprogramm mit dem Kurznamen „Spa" – das heißt bekanntlich „Kur". Also lassen sie wissen: „Spa-ktakulär sind die neuen Einrichtungen im Wyndham-Hotel-Royal Bahamian. Das kürzlich wiedereröffnete Luxushotel an der berühmten Cable Beach in Nassau hat nun einen 350 Quadratmeter großen Gesundheitskomplex fertiggestellt. Hier werden die Gäste von Charles Bowleg, dem berühmten Gesundheitstherapeuten, persönlich behandelt."

Dies sind Werbesprüche, hinter denen allerdings die Bemühungen erkennbar wird, über Komfort und Luxus hinaus dem Wunsch der Zeitgenossen nach physischer Gesundung entgegenzukommen. Dies ist ein ganz typischer Zug in den Bahamas, dem auch das Atlantik Beach Hotel in Freeport folgt. Dort befindet man sich aber noch im Stadium der Planung.

Die großen Hotels – was erwartet der „normale" Besucher eigentlich von ihnen? Mit Sicherheit erst einmal die internationale Atmosphäre, den sprichwörtlichen Duft der großen weiten Welt. Der weht deutlich. Es vergeht kaum ein Abend, an dem man nicht eine globale Zelebrität trifft an den Treffpunkten der „High Society", oft versteckt unter der Masse der Touristen, die an den „einarmigen Banditen", den mechanischen Spielautomaten, unablässig ihr Glück versuchen.

Aber man braucht gar nicht eifersüchtig nach den oberen Etagen zu schielen. Es gibt auch das kleinere Glück des Bescheidenen. Der wird etwa ein Zimmer im Pilot House Hotel in Nassau buchen, wo er kulinarisch bestens versorgt wird und von wo aus er in Minuten am Ort der rollenden Kugeln ist – falls er will. Wenn er nicht will, kann er sich gegenüber ein Boot mieten und das kristallklare Meer erkunden.

Noch einfacher geht das auf den Family Islands, zum Beispiel auf Long Islands, wo das „Stella Maris Resort" unter deutscher Leitung erfolgreich arbeitet. Auf den Familieninseln warten noch Entdeckungen auf den europäischen Urlauber.

Und zum Schluß Grand Bahama, die Insel, die neben New Providence/Paradise Island im Sprachgebrauch als Prominenz von der „Familie" ausgeklammert wird: Auch hier das Flair der Internationalität in den zwei Kasinos, auch hier die Plattformen zum Fallschirmsegeln und Golf- und Tennisplätze tagsüber und abends unter Flutlicht. Doch wirkt auf Grand Bahama dies alles ein wenig zurückhaltender, solider. Das Atlantik Beach ist so etwas wie eine deutsche Heimstatt.

Damit ist kein Werturteil verbunden, sondern lediglich der Eindruck des Unterzeichneten, der sich siebenmal auf diesen Inseln getummelt hat und der meint, daß eine Reise dorthin sich jederzeit lohnt, wenn man vorher an den richtigen Stellen zur richtigen Zeit seine Informationen einholt.

BAPTIST SNOW